

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Manuskripte 41

Rosa-Luxemburg-Stiftung

MICHAEL BRIE (HRSG.)

Linksparteien im Vergleich

Rahmenbedingungen, strategische Ansätze
und Erfolgskriterien

Internationaler Workshop
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Karl Dietz Verlag Berlin

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 41

ISBN 3-320-02938-X

Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2003

Umschlag: Heike Schmelter

Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH BärenDruck und Werbung

Printed in Germany

Inhalt

Vorwort	7
MIMMO PORCARO Die Partei der kommunistischen Neugründung. Traditionen, Innovationen, Perspektiven	9
ROGER MARTELLI Die Situation in Frankreich	45
EDELTRAUT FELFE Die Linkspartei in Schweden	73
MICHAEL CHRAPA Umbruch und Suche. Aufgaben der PDS bei der Ausprägung ihres Profils als linke und sozialistische Partei	117
PAULO VANUCCHI Brasilien 2002: Wie der Sieg der PT erreicht wurde	151

Vorwort

Ein gutes Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in Europa, nach dem direkten Vordringen neoliberaler Strategien auch auf dem europäischen Kontinent, nach dem Beginn der Neuordnung der globalen Verhältnisse befindet sich die linke europäische Linke in einer zutiefst uneinheitlichen Lage, verfügt nur über relativ schwache Formen der innereuropäischen Kooperation und ist weiter auf der Suche nach einer dauerhafteren Strategie. Mit den globalisierungskritischen Bewegungen und Gewerkschaften, die sich teilweise in den Konflikt mit den Strategien der neuen Sozialdemokratie begeben haben, sind neue bzw. veränderte Kräfte im sozialen Raum entstanden. Die Gesellschaft beginnt, auch von unten in Bewegung zu kommen.

Der Internationale Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Dezember 2002 „Linksparteien im Vergleich: Konfliktlinien, strategische Ansätze und Erfolgskriterien“ setzte zugleich die Bemühungen der Stiftung fort, zur Analyse insbesondere der Entwicklung der PDS in Deutschland beizutragen¹ und weitete sie auf die europäische und lateinamerikanische Ebene aus. In den nächsten Jahren wird dies einer der Schwerpunkte der Arbeit der Stiftung sein. Der Workshop vom Dezember 2002 hat, so zeigen die hier abgedruckten Beiträge der Hauptreferenten, wesentliche Grundlagen für einen umfassenden europäischen und internationalen Diskussionsprozess gelegt. Wir möchten allen danken, die daran Anteil hatten.

Berlin, März 2003 Michael Brie

¹ Vgl. dazu vor allem die folgenden Veröffentlichungen im Umfeld der Stiftung: Michael Brie/Martin Herzig/Thomas Koch: Die PDS – empirische Befunde und kontroverse Analysen. Köln 1995; Michael Brie/Rudolf Woderich (Hrsg.): Die PDS im Parteiensystem. Berlin 2000

Die Partei der kommunistischen Neugründung

Traditionen, Innovationen, Perspektiven

1. Grundgedanken

Die Rahmenbedingungen der sozialistischen Politik haben sich nach der Krise der kommunistischen Erfahrungen im Osten und der sozialdemokratischen im Westen radikal verändert. Grundlage beider Erfahrungswelten war die industrielle *Arbeiterklasse*, Ziel und Instrument beider war die Umwandlung des Eigentums sowie die Neuverteilung des Einkommens mittels einer ausgebauten Macht des *Nationalstaates* und beide sahen die *Partei* als einzige politische Kraft an, die in der Lage ist, die Klasse bei der Eroberung und Umwandlung der Staatsmacht zu führen. Die in den 80er Jahren begonnene kapitalistische Revolution hat die Struktur der Arbeiterklasse zersetzt, den Nationalstaat erheblich geschwächt (einerseits weil sie einen Großteil der Macht auf übernationale Organisationen übertragen hat, andererseits weil sie die materielle Produktion und die Produktion von Wissen auf solche Weisen beeinflusst hat, die nicht einfach durch die Politik des Staates verhindert werden können), und dadurch die Parteien sowohl hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Basis als auch ihres politischen Handlungsspielraums schwer getroffen. Da sich die sozialistischen und kommunistischen Parteien zum großen Teil mit dem Staat identifiziert hatten, sind sie von dessen Krise erfasst worden, ohne einen neuen Aktionsraum zu finden.

Unter diesen neuen Bedingungen können die Kriterien zur Einschätzung der Erfolgsaussichten alternativer Linksparteien nicht mehr dieselben sein, die bei den alten Parteien angewandt wurden. Sie können nicht mehr einfach die Verwurzelung in der Arbeiterklasse, der Wahlerfolg oder die Fähigkeit, das Einkommen umzuverteilen und Eigentum neu zu definieren, sein. Die Parteien der alternativen Linken müssen heute auf der Grundlage ihrer Fähigkeit bewertet werden, mit zahlreichen und verschiedenen Mitgliedern der Gesellschaft in Beziehung zu treten, den nationalen Kampf direkt mit dem globalen zu verbinden, gemeinsam mit den oben genannten vielfältigen Akteuren die zahlreichen und unterschiedlichen Bereiche der gesellschaftlichen Macht zu verändern, in denen der Kapitalismus seine Kraft bewiesen hat: die Wissens- und

Produktionsprozesse, die Bildung und Information, die Territorialstruktur und die Umwelt, die Rollen der Geschlechter und der Familie usw.

Dabei muss klargestellt werden, dass unter diesen Bedingungen der traditionelle Kampf der Arbeiterklasse nicht an Stellenwert verliert, sondern im Gegenteil seine ganze Bedeutung beibehält. Jedoch kommt der Kampf untypischer Schichten der Arbeiterklasse hinzu (so genannte prekäre Arbeitskräfte ohne festes Beschäftigungsverhältnis, formal Selbständige, jedoch im Wesentlichen abhängige Arbeitnehmer) sowie der Kampf von Bewegungen, in denen sich nicht so sehr die Initiative des „produzierenden Individuums“, als vielmehr die Initiative des „gesellschaftlichen Individuums“ äußert, von dem schon Marx in seinen *Grundrissen* sprach (auch wenn es sich hierbei nicht, wie es Antonio Negri und seine Anhänger gern hätten, um ein *unmittelbar gesellschaftliches* Individuum handelt).

Allerdings (und das ist für den Gegenstand unserer Untersuchung von großer Bedeutung) erscheint *in der gegenwärtigen Phase* der Kampf der traditionellen Arbeiterklasse in Europa weniger einschneidend und radikal als in der Vergangenheit zu sein und eher dazu geneigt, das Gebot des Weltmarktes und die Logik des Unternehmertums zu akzeptieren. Dabei darf jedoch nicht die Tatsache außer Acht gelassen werden, dass sich in den neuen Bewegungen, in denen sich das „gesellschaftliche Individuum“ ausdrückt, sehr oft Arbeitskräfte sowohl aus der Privatwirtschaft als auch aus dem öffentlichen Bereich zahlreich und stark engagieren. Die neuen Bewegungen bringen, kurz gesagt, oft einen „verschobenen“ Klassenkonflikt zum Ausdruck, eine Radikalität, die – *derzeit* – im traditionellen Kampf der Gewerkschaften keinen Raum findet.

Diese Vorbemerkungen leiten uns darauf hin, dass das Studium der Parteien der alternativen Linken mit Instrumenten vorgenommen werden muss, die es erlauben, anstatt ihrer *Kontinuität* hinsichtlich der traditionellen Parteimodelle ihre *Wandlung* zu erfassen. Man muss die Parteien der alternativen Linken nicht fragen, ob und in welchem Maße sie der „klassischen“ Gestalt einer Massenpartei entsprechen, sondern ob und in welchem Maße sie Teil *der dynamischen Prozesse der Bildung neuer Massenparteien* oder zumindest neuer Parteien, die die Massen beeinflussen können, sind. Nur auf diese Weise kann man nachvollziehen, ob sie in der Lage sind, in der neuen Ära des antikapitalistischen Kampfes zu handeln.

Im Folgenden werden einige Begriffe erklärt, die in dieser Abhandlung verwendet werden. Diese Begriffe betreffen: a) die Bedingungen für die Entstehung neuer Massenparteien, b) die neuen *Cleavages*, d.h. die neuen Kluften, die sich durch die Gesellschaft ziehen, und ihren Einfluss auf die Bildung von Parteien sowie c) die Wandlung der Massenparteien.

A) Damit die Entstehung neuer Parteien der Masse überhaupt möglich wird, muss die Gesellschaft eine starke Legitimationskrise durchlaufen, müssen neue Mitglieder der Gesellschaft hervortreten, die vorher nicht (oder nicht ausreichend) vom politischen System vertreten waren, und müssen sich gleichzeitig die Mechanismen der politischen Vertretung wandeln (vor allem, jedoch nicht nur, die Wahlverfahren). Die neuen Parteien müssen letztendlich eine neue *globale* Tendenz ausdrücken, da – wie Sigmund Neumann anführt – keine Partei eine nationale (oder „lokale“) Funktion erfüllen kann, wenn sie nicht das Ergebnis einer mehr oder weniger organisierten internationalen Bewegung ist. Um das Wesen der entstehenden Parteien zu erkennen, muss man darüber hinaus wissen, in welcher Beziehung sie zu den anderen Vereinigungsformen der untergebenen Klassen (Gewerkschaften, Genossenschaften, kulturelle Vereinigungen, *Single-Issue-Gruppen*) stehen. Die Parteien unterscheiden sich, je nach dem, ob sie *vor* dem Netz von Vereinigungen, *gleichzeitig* mit diesem oder *nach* der Entwicklung zahlreicher und verbreiteter Vereinigungen entstanden sind.

B) Grundlegend für das Verständnis des Wesens der neuen Parteien ist das System der gesellschaftlich relevanten *Cleavages*. Diese *Cleavages* können klassenspezifischer, religiöser, ethnisch-linguistischer, geografischer, generationsspezifischer und anderer Natur sein. Sehr oft überlagern sich die *Cleavages*, nähren sich gegenseitig oder verschleiern einander. Die *Cleavages* der Klassen werden zum Beispiel oftmals durch *Cleavages* geografischer oder ethnisch-linguistischer Natur (Regionalismus) versteckt oder verändert. Den klassischen Ausführungen von Stein Rokkan zufolge muss ein *Cleavage*, damit er tatsächlich Bedeutung erlangt, von politischen Institutionen (Parteien, Vereinigungen, Staaten), die den verschiedenen Schichten Strukturen zur Identifikation und Organisation bieten können, verfestigt (*frozen*) werden.

Heute stellt sich neben die soeben genannten traditionellen *Cleavages* auch die weltweite Kluft zwischen Liberalismus und Antiliberalismus, die noch nicht vollständig verfestigt ist, jedoch bereits wirksam von der antiliberalistischen Bewegung interpretiert wird. Das Wesen und die Form der neuen Klassenparteien (oder die Erneuerung der alten Parteien) werden sehr von ihrer Fähigkeit

abhängen, an der Verfestigung dieser Kluft mitzuwirken, sowie von der Art, in der letztere sich mit dem klassenbezogenen *Cleavage* verflechtet. Eine dem Liberalismus ergebene Arbeiterinitiative kann nicht die Entstehung neuer und unabhängiger Klassenparteien fördern. Eine auf Nationalismus oder Regionalismus basierende antiliberalistische Initiative wird das Entstehen lokalistischer Parteien traditioneller Form begünstigen, die wahrscheinlich nicht in der Lage sind, sich den liberalistischen Tendenzen in der Welt entgegenzustellen. Eine antiliberalistische Arbeiterinitiative, die mit der weltweiten antiliberalistischen Bewegung verbunden ist, kann die Entstehung neuer Klassenparteien fördern, welche sofort für die globale Dimension offen sind und wahrscheinlich in ihrer inneren Struktur erneuert sein werden auf Grund der Notwendigkeit, mit den zahlreichen Akteuren der Bewegung in Beziehung zu treten.

C) Sämtliche alten Massenparteien, ob sozialistische oder kommunistische, haben sich inzwischen grundlegend gewandelt. Die Funktion der Eingliederung und Aufklärung der Massen ist heute viel weniger wichtig als früher, während die Aufgaben der Interessenvertretung und damit die Wahlaufgaben an Bedeutung gewonnen haben: Von der Partei der Massenintegration ist man zur Massenwählerpartei übergegangen (Duverger). Des Weiteren haben sich die Vorahnungen von Otto Kirkheimer als begründet erwiesen (ihm zufolge tendieren sämtliche Parteien dazu, sich in *Catch-All-Parteien* zu verwandeln), und die Bedingungen, unter denen gegenwärtig die Wahlkämpfe ablaufen (zentrale Bedeutung der *Medien* und insbesondere des Fernsehens), haben viele Parteien gezwungen, sich kostspieliger Werbekampagnen und auf Politikmarketing spezialisierter Agenturen zu bedienen an Stelle der Arbeit der Aktivisten. Sie haben sie damit zu *kapitalintensiven* und nicht *personalintensiven* politischen Verfahrensweisen gezwungen, welche sich negativ auf die Beteiligung der Aktivisten an der Politik ausgewirkt haben.

Der Schlüssel für diese Veränderungen liegt in dem Verhältnis zwischen Partei und Staat. Wenn der Massenpartei die Erfüllung ihrer historischen Aufgabe gelingt (die der Integration der Massen in den gesellschaftlichen Staat), dann wird sie sich, gerade auf Grund dieses Erfolges, in etwas völlig anderes verwandeln. Daran gewöhnt, mehr für die vom Staat anerkannten Rechte zu kämpfen als für die Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, verwandeln sich die „Arbeiter“ erst in „Bürger“ und dann einfach in „Wähler“. Die Funktionäre der Partei ihrerseits werden oft zu Staatsfunktionären, und die Aktivisten zu einfachen Agitatoren. Das von den Parteien gewonnene „politische Wissen“ reduziert sich fast immer auf propagandistische und administrative Fähigkeiten. Auf diese

Weise erweisen sich die Parteien immer weniger in der Lage, sich mit der Komplexität der gesellschaftlichen Beziehungen auseinanderzusetzen, und demnach auf die kapitalistische Offensive der 80er und 90er Jahre zu reagieren, die vor allem die Veränderung der gesellschaftlichen Hegemonie in der produktiven Arbeit, in der Reproduktion, in der Bildung von Wissen und Kultur betraf. Die Parteien werden so in die Krise des gesellschaftlichen Staates hineingezogen. Dieselbe Parteienherrschaft, die ein Zeichen für die größte Macht der Parteien scheint, ist in Wirklichkeit ein Ausdruck ihrer Schwäche: Die Parteien nehmen „Zuflucht“ im Staat, weil sie die Fähigkeit verloren haben, sich in der Gesellschaft zu verwurzeln.

Es ist jedoch wahr, dass die von der gegenwärtigen Herrschaft des Kapitals herbeigeführten gesellschaftlichen Legitimationskrisen die Entstehung neuer Massenparteien begünstigen können. Diese können jedoch nicht länger die Eigenschaften der alten Parteien tragen. Tatsächlich fehlt es an einer starken sozialistischen Ideologie, die die Massen vereinigen könnte. Es fehlt die Möglichkeit, sich des Staates als ausschließlichem Instrument zur Neuverteilung des Einkommens und der Macht zu bedienen. Es fehlt die politische Kultur, die den Parteien zahlreiche Vollzeit-Aktivisten einbrachte. Vor allem kann, da inzwischen klar ist, dass die Gesellschaft nicht allein vom Staat ausgehend gelenkt werden kann und dass sich viele Selbstregierungsinstitutionen in den diversifizierten gesellschaftlichen Bereichen bilden müssen, die Partei sich nicht mehr darauf beschränken, eine Wahl- und Verwaltungskultur zu schaffen. Um die zeitgenössische Gesellschaft zu regieren, ist umfangreiches und diversifiziertes Wissen notwendig: Der Übergang der untergebenen Klassen in führende Klassen (historische Aufgabe der Partei) kann heute nicht mehr das Werk allein der traditionellen Partei sein, vielmehr obliegt dies einem Netzwerk verschiedener *gesellschaftlicher* Institutionen, die sich in den unterschiedlichsten Bereichen betätigen (Gewerkschaften und Genossenschaften von Arbeitern, Studentenausschüsse, Bürgervereine, feministische und Umweltschützer-Gruppen, Vereinigungen von kritischen Experten und Wissenschaftlern). Der Partei der Zukunft wird vor allem die Aufgabe zufallen, diese verschiedenen Institutionen untereinander zu verbinden (ohne sie in sich aufnehmen zu können) und gemeinsam mit ihnen das neue Gesicht des Sozialismus zu entdecken. Sie wird nicht einfach der Vermittler sein, der die sozialen Bewegungen bei den *staatlichen* Institutionen *vertritt*, sondern sie wird ein Bestandteil der Bewegungen selbst und jener gesellschaftlichen Institutionen sein. Vor der Herstellung einer Beziehung zwischen Masse und Staat muss sie eine Beziehung

zwischen den einzelnen Teilen der Massen herstellen und gemeinsam mit ihnen einen neuen „öffentlichen Raum“ definieren.

Auch aus diesem Grund wird man, wahrscheinlich, aus Sicht der politischen Soziologie, nicht mehr einfach von einer Massenpartei sprechen können, sondern sagen müssen, dass nach der Partei der Massen*integration* und nach der Massen-*Wählerpartei* die Epoche der massenverbindenden Partei beginnt. Wir werden nicht länger vor einer Partei stehen, die sämtliche Einzelpersonen und sämtliche Vereinigungen, die sich politisch engagieren, in sich integrieren kann oder will, sondern vielmehr vor einer Partei, die mit unabhängigen äußeren Kräften in Beziehung tritt und die Spezialisierung dieser Kräfte „ausnutzt“, um einen Einfluss auszuüben, den sie (aus historischen und gesellschaftlichen Gründen) nicht mehr direkt ausüben kann. Das Verhältnis der neuen Partei zu diesen externen Vereinigungen wird dabei jedoch nicht analog zum Verhältnis zwischen den alten Parteien und ihnen nahestehenden Vereinigungen sein. Vielmehr muss es ein *paritätisches* Verhältnis sein: Auf Grund der erfolgten Politisierung sämtlicher bedeutender Bereiche der Gesellschaft kann jede gesellschaftliche Vereinigung, auch wenn sie spezialisiert ist, ab und an allgemeine Perspektiven entwickeln und dadurch mit der Partei in „Konkurrenz“ treten: Jede Vereinigung ist ein vollständiges politisches Subjekt oder kann es sein, und die Partei muss jedes Mal erneut ihre tatsächliche Fähigkeit, eine „allgemeine Politik“ zu entwickeln, unter Beweis stellen.

Das Wesen der Bindung zwischen der Partei und den anderen Vereinigungen sowie das unterschiedliche Gewicht der einen bzw. der anderen wird sowohl von der für die Bildung der verschiedenen Strukturen notwendigen Zeit als auch von der allgemeinen Funktionsweise des politischen Systems abhängen (ein System, dass die parlamentarische Vertretung der Interessen fördert, begünstigt die Partei, ein System, dass die Aktivität der außerparlamentarischen Pressuregroups fördert, begünstigt die anderen Vereinigungen).

2. Kurzer geschichtlicher Abriss der Rifondazione Comunista

Um die Situation der Partei der kommunistischen Neugründung (Partito della Rifondazione Comunista, PRC) richtig zu verstehen, muss man zumindest einige der Aspekte des gesellschaftlichen und politischen Systems Italiens sowie einige der kulturellen Veränderungen, die in den 80er und 90er Jahren in diesem Land stattfanden, kurz ansprechen.

In den 80er Jahren erlebte man den Sieg einer Strategie der herrschenden Klassen, die darauf ausgerichtet war, sich den von der Kommunistischen Partei (Partito Comunista, PCI), die die Schwelle der Zentralregierung erreicht hatte und bereits in vielen peripheren Verwaltungen regierte, und von der Gewerkschaftsbewegung gesammelten Kräften entgegenzustellen. Diese Strategie begann auf gesellschaftlicher Ebene mit der Beschleunigung der Dezentralisierung der Produktion (und mit der daraus resultierenden Schwächung der Arbeiterklasse der großen Fabriken) sowie auf politischer Ebene mit der Einschränkung der Rolle des Parlaments und dadurch mit der Verringerung des Vetoeinflusses, den die PCI über das Parlament auf die Entscheidungen der Regierung ausüben konnte. Während allmählich einige der Leistungen des *Welfare State* reduziert wurden, baute gleichzeitig die politische Regierungsschicht der Democrazia Cristiana (Christdemokraten) und Partito Socialista (Sozialistischen Partei) durch die Erhöhung der *Staatsschulden* und die Ausgabe von *Staatsanleihen* zu äußerst günstigen Zinsraten ihren Konsens auf. Diese Politik rieb den gesellschaftlichen Block, der in der PCI Ausdruck fand, auf, nutzte die Unentschlossenheit dieser Partei aus (die zwischen einer Strategie des Einverständnisses mit den Kräften des „Zentrums“ und einer alternativen Strategie der Linken schwankte), aber löste nicht, sondern erschwerte vielmehr die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme der Nation. Ende der 80er Jahre erstickte Italien in den Staatsschulden, belastet mit einem äußerst teuren und wenig leistungsfähigen Staatsapparat und von einer Parteienherrschaft geführt, die regelmäßig von Korruption Gebrauch machte, um die eigenen Beziehungen mit den Gruppen der Wirtschaft zu regeln. Das Wirtschaftssystem des Landes erlebte die Vorherrschaft großer kapitalistischer Konzerne, meist als „Familienbetriebe“ geführt, die vom Staat in starkem Maße unterstützt wurden und mit den großen Konzernen der öffentlichen Hand verflochten waren. Hinter diesen dominierenden Konzernen entwickelte sich, vor allem im Nordosten des Landes, ein dichtes Netz an kleinen und Kleinstunternehmen, die auf einer starken Ausbeutung (und „Selbstaussbeutung“) der Arbeitskraft beruhten und kaum auf technologische Innovation ausgerichtet waren.

Solange die PCI existierte, waren die verschiedenen Teile der herrschenden Klasse gezwungen, das teure und korrupte System von Politik und Staat zu akzeptieren. Die weltweite Krise des Kommunismus und der Fall der Berliner Mauer führten die PCI dazu, ihr „Kleid zu wechseln“ und, bis hin zur Namensänderung, ihre alten ideologischen Bezüge fallen zu lassen. Mit dem Verschwinden der PCI konnte auch die DC (und die PSI) verschwinden. Danach begann eine große Gerichts- und Medienkampagne auf der Grundlage der folgenden Themen: Kampf gegen die Parteienherrschaft und Korruption, progressive Liquidierung des Staatskapitalismus, Einschränkung des Wohlfahrtsstaates und des öffentlichen Apparats, Überwindung der parlamentarischen Demokratie mittels der Einführung des Mehrheitswahlsystems und der Ausweitung der Regierungsbefugnisse sowie die weitere Beschränkung der Macht der Gewerkschaften.

Zu Beginn der 90er Jahre, mit der eintretenden Wirtschaftskrise und der Auflösung der DC (oft zu Gunsten eines xenophoben Regionalismus der Lega Nord, Ausdruck der kleinen Unternehmen, aber auch breiter Bevölkerungsschichten), erzielte diese Operation zwei große Erfolge. In den Jahren 1992 und 1993 wurden so genannte Abstimmungsvereinbarungen von der Regierung, den Gewerkschaften und den Unternehmern unterzeichnet, die die Gehaltserhöhungen drastisch einschränkten. Zur gleichen Zeit wurde ein Mehrheitswahlsystem eingerichtet, das auch von der ehemaligen PCI unterstützt wurde – inzwischen die Demokratische Partei der Linken (Partito Democratico della Sinistra, PDS). Auf diese Weise wurde einerseits der Kampf der Arbeiterklasse eingeschränkt und einer politischer Bedeutung beraubt. Zum anderen entbehrte die Politik (mit dem Verschwinden der PCI und der Tendenz des Mehrheitssystems, das Gewicht der extremen Linken zu reduzieren) jeglichen Bezugs zur Arbeiterklasse und wurde lediglich zum Ort der Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Teilen des Bürgertums. In der Zwischenzeit war die Leere an politischer Organisation im Mitte-Rechts-Block, die durch das Verschwinden der DC und der PSI hervorgerufen worden war, von dem Unternehmer Silvio Berlusconi und seiner Partei, Forza Italia (Produkt der Finanz- und Werbekonzerne desselben Berlusconi und kräftig unterstützt von seinen drei Fernsehsendern), sowie von den ehemaligen Faschisten der Alleanza Nazionale, die inzwischen vom allgemeinen Klima antikommunistischer Kultur wieder legitimiert worden waren, ausgefüllt worden.

Auf diese Weise endete die „erste Republik“, die aus der Widerstandsbewegung gegen den Faschismus und Nationalsozialismus entstanden war und auf der führenden Rolle der Parteien, auf der Vetomacht einer großen politischen Kraft

der Arbeiter (so gemäßigt sie auch sein mochte) sowie auf der Ausdehnung des öffentlichen Bereichs beruhte.

Gerade in diesen schwierigen Jahren entstand die PRC und machte ihre ersten Schritte.

Die PRC ist erst 12 Jahre alt, diese waren jedoch von einem sehr bewegten Leben ausgefüllt. Eine echte Entwicklung ist vollzogen worden, die auch bedeutende *Qualitätssprünge* mit sich brachte. Der wichtigste dieser Qualitätssprünge war der Übergang von einer Phase, in der die Partei sich vor allem im Verhältnis zum *politischen System* definierte, hin zu einer Phase, in der sie sich vorwiegend im Verhältnis zu den *sozialen Bewegungen* definierte. Es ist natürlich wahr, dass es auch in der ersten Phase eine große Aufmerksamkeit für die Bewegungen gab, jedoch waren einerseits diese Bewegungen schwach, defensiv und traditionell, andererseits wurde das Parteileben von der Problematik der Beziehung zu den anderen Parteien der Linken und, im Allgemeinen, zu den Institutionen bestimmt. Genau so richtig ist es, dass die PRC auch in der neuen Phase dem Problem der institutionellen und Wahl-Tradition ihrer Politik keinesfalls gleichgültig gegenübersteht, jedoch ist diese Politik inzwischen von den Zeiten und Fristen der Gesamtheit der Bewegungen, die ab 2000 in Italien und international aufgetreten sind, bestimmt (oder will es sein). Diese Veränderung ist so bedeutsam, dass sie denen Recht gibt, die sie polemisch als „genetische Mutation“ bezeichnen, als Qualitätssprung eben, im Vergleich zur langen Tradition der italienischen Kommunisten, die – auch aus Gründen, die mit den Erfahrungen der *Resistenza*, des antifaschistischen Widerstands, verbunden sind – vom Thema der Einheit der linken Kräfte (und aller, wenn auch gemäßigten Kräfte des Volkes) sowie vom Problem der Eroberung der Regierung und des Staatsapparats besessen war.

Es folgt eine kurze Beschreibung der Umstände, die zu dieser Mutation führten.

Die PRC entstand im Februar 1991, als 90 von 1260 Abgeordneten den Kongress verließen, auf dem die PCI entschied, ihren Namen zu ändern. Die Abspaltung, an deren Erfolg anfangs wenige glaubten, fand vor allem auf Grund des Impulses des „Cossutta'schen“ Teils der PCI statt – nach Armando Cossutta benannt, einer angesehenen Führungspersönlichkeit der Partei, die bereits seit 1981 begonnen hatte, ihren Dissens zu zeigen, also seit der Zeit des von Enrico Berlinguer vollzogenen Bruchs mit der Sowjetunion (als der Generalsekretär der PCI nach dem Staatsstreich des Generals Jaruzelski erklärte, dass die vorwärtstreibende Kraft der Oktoberrevolution erschöpft sei). Der Cossutta'sche Flügel hatte bereits Zeitschriften und Vereinigungen ins Leben gerufen, die die sowjetischen Erfahrungen verteidigten und sich auf den Marxismus und auf die historische

Funktion der Arbeiterklasse beriefen, und die der Meinung waren, dass die notwendige Kritik der Mängel und Fehler des sozialistischen Werkes nicht zur Abwendung von der Tradition und zur Entscheidung für die liberalen und bürgerlichen Werte führen sollte. Zum Zeitpunkt der Auflösung der PCI ermöglichte die Existenz dieses organisierten und bewussten Parteiflügels, alle diejenigen zu vereinigen, die den neuen Kurs nicht mittrugen. Der Erfolg dieser politischen Operation überstieg selbst die höchsten Erwartungen seiner Initiatoren. In kürzester Zeit wurden sämtliche der 50.000 von den Abspaltem gedruckten Ausweise ausgegeben und die Bewegung für die kommunistische Neugründung (Movimento per la Rifondazione Comunista), wie sie sich anfangs nannte, zählte zu Beginn etwa 60 bis 70.000 Mitglieder. Dieser Erfolg *war, mehr noch als politischen, vor allem gesellschaftlichen Gründen zuzuschreiben*, da die PCI auch ein gesellschaftliches Phänomen darstellte, eine durch gemeinsame Symbole und Werte vereinte widersprüchliche Gemeinschaft. Auf diese Weise, wenn es stimmte, dass auch der Eintritt in die PDS seitens der Mehrheit der Aktivisten zum großen Teil auf die während der Erfahrung der PCI erworbenen Denkgewohnheiten zurückzuführen war („die Partei hat immer Recht“...auch wenn sie Namen und Richtwerte ändert), zeigte der Eintritt in die PRC die starke Bindung zahlreicher Aktivisten an einen Namen, der sich, in Italien, mit dem Kampf um Demokratie und soziale Gerechtigkeit identifiziert hatte.

Auch auf Grund dieses starken anfänglichen Schubs trennten sich einige Führungskräfte von der PDS, die eine der Cossutta'schen entgegengesetzte Prägung hatten: Lucio Magri und Luciana Castellina sowie weitere, die aus der Erfahrung des *Manifesto* und später der kleinen Partei der Proletarischen Einheit (Partito di Unità Proletaria – PdUP) kamen, die in den 70er Jahren aktiv war und anschließend zum Großteil in der PCI aufging. Alle eben Genannten standen in ihrer politischen Geschichte immer in Opposition zu den Auffassungen von Armando Cossutta. Sie waren vielmehr von den Positionen von Pietro Ingrao beeinflusst, einem anderen angesehenen Führer der PCI, der seit jeher eine starke Erneuerung der Partei vertreten hatte, eine Öffnung gegenüber einer inneren Demokratie, den sozialen Bewegungen und dem Feminismus. Die Gruppe des *Manifesto*, entstanden mit der Welle der 68er, war von der PCI ausgestoßen worden und Cossutta gehörte zu denjenigen, die am meisten das *Manifesto* kritisiert hatten. Diese Uneinigkeiten wurden jedoch vorübergehend beiseite gelegt, sowohl weil Cossutta sich mehr als bereit zeigte, über die Fehler der PCI und der UdSSR zu diskutieren, als auch weil es für alle das Wichtigste war, die Existenz einer unabhängigen kommunistischen Kraft mit Massencharakter zu sichern.

Parteisekretär wurde Sergio Garavini, eine aus der schwierigen Gewerkschaftserfahrung der 50er Jahre bei Fiat hervorgegangene Führungspersönlichkeit. Armando Cossutta wurde Parteivorsitzender. Der erste Kongress wurde im Dezember 1991 abgehalten und brachte klare Kritiken an der UdSSR: Man sprach von einer endgültigen Krise jener Erfahrung, man beanstandete den Etatismus sowie die Identifikation von Staat und Partei. Im Anschluss daran formulierte man für die PRC den Plan für eine offene und pluralistische Partei. Als man von Aussagen zu organisatorischen Entscheidungen übergang, traten die Schwierigkeiten der Erneuerung jedoch sofort zu Tage: Zum Beispiel weigerte sich der Kongress einen speziellen „Ort“ einzurichten, an dem diesbezügliche Standpunkte geäußert werden könnten, und lehnte die Forderung nach der Schaffung eines „Frauenforums“ ab.

Inzwischen hatte die erste Wahlprobe bereits bestätigt, dass die PRC keine vergängliche politische Erscheinung war: *Rifondazione* (wie die Partei heute allgemein genannt wird) erhielt am 5. April 1991 5,6 % der Stimmen in der Abgeordnetenkammer und 6,5 % im Senat. Dabei handelte es sich um ein bedeutendes Ergebnis (man denke daran, dass die PDS 16,1 % der Stimmen erhielt), das in einem äußerst schwierigen Wahlkampf errungen wurde, welcher mit geringen Mitteln und gegen die Feindseligkeit aller anderen politischen Kräfte und der Medien geführt worden war. Dieses Ergebnis zeigte (wenn man annimmt, dass die PDS die starken Teile der bereits in der PCI präsenten *gemäßigten Linken* darstellt), *dass es in Italien zum ersten Mal eine „alternative“ – d.h. für antikapitalistische Positionen eintretende – Linke gab, mit potenziell recht bedeutendem Ausmaß*, sowohl in Bezug auf Mitglieder – ihre Zahl schwankte anfangs um die 100.000 – als auch Stimmen.

Hinzu kam eine weitere Tatsache. Im Juni 1991 löste sich die Democrazia Proletaria auf (eine kleine Partei von etwa 10.000 Mitgliedern, die einzige relevante politische Organisation, die sich auf die Erfahrungen der 70er Jahre berief, auf die außerparlamentarische Neue Linke, auf die Themen der Direktdemokratie, des Umweltschutzes, des Feminismus und des Pazifismus) und entschied, der Rifondazione Comunista beizutreten. Diese Entscheidung kam nicht aus heiterem Himmel: Seit langem schenkte man in der Democrazia Proletaria (DP) der Rifondazione eine gewisse Aufmerksamkeit. Sicherlich wurde die Entscheidung jedoch vom Wahlerfolg der PRC beschleunigt. Auf diese Weise *fügten sich zum ersten Mal die Themen der Neuen Linken der 70er Jahre in eine Organisation mit Massencharakter ein*, während bis dahin die Organisations- und Wahlerfolge der Kräfte der Neuen Linken recht unbefriedigend gewesen waren.

Die PRC entstand demnach aus einem Zusammentreffen von einer teilweise vom PCI „geerbten“ Massenbasis und heterogenen politischen Kulturen (die Cossuttasche, die des *Manifesto*-PdUP, die der DP), die sich vorher auch bitter bekämpft hatten, dann jedoch in dem Plan übereinstimmten, in Italien eine neue kommunistische Kraft ins Leben zu rufen. Im Erbgut der PRC gab es daher einen Widerspruch, der später auch sichtbar werden sollte. Dieser Widerspruch zeigte sich nicht so sehr im Urteil über die UdSSR (auch wenn Uneinigheiten bestanden, denn die Kritik der DP war viel härter als die von Cossutta), als vielmehr in den *konkreten politischen Entscheidungen* und damit beim Thema der Einheit und Unabhängigkeit von den anderen Kräften der Linken.

Nach den Wahlen von 1991 folgten zwei Regierungen: erst unter Giuliano Amato und dann unter Carlo Azeglio Ciampi. Dabei handelte es sich um Exekutiven, die in der politischen Fachsprache Italiens als „technische Regierungen“ bezeichnet wurden, da bei ihrer Bildung der Einfluss der Parteien, die sich inzwischen in voller Krise befanden, relativ gering war. Die Ministerpräsidenten wurden – nicht nur formal, wie dies stets der Fall gewesen war, sondern nun auch tatsächlich – vom Präsidenten der Republik ernannt und es handelte sich bei ihnen um eng mit der Wirtschaft verbundene Personen (Ciampi war Präsident der Banca d'Italia, der italienischen Staatsbank). Diese Regierungen verfolgten die Politik der *Deregulation* und finanziellen Strenge, (suchten dabei aber stets das Einvernehmen mit den Gewerkschaften) und erreichten die Überwindung des Verhältniswahlrechts zu Gunsten eines Mehrheitswahlsystems (das jedoch einen Restanteil von Sitzen vorsieht, die proportional verteilt werden). In der Zwischenzeit hat die PRC ihren Aufbau weiter vorangetrieben, sich aktiv an der Kampagne gegen die Abstimmungsvereinbarungen der Gewerkschaften beteiligt, einen zweiten Kongress einberufen, der Fausto Bertinotti zum neuen Parteisekretär gewählt hat. Auch dieser war Gewerkschaftsführer und kam aus der Erfahrung der sozialistischen Linken, einer in den 70er Jahren recht aktiven politischen Strömung, die sehr den Themen der Direktdemokratie und der Fabrikräte verbunden und oft zu Gunsten einer sehr „offenen“ Auffassung der Partei war. Auf dem Kongress wurde die Linie beschlossen, sich bei den Wahlen mit den Kräften der gemäßigten Linken zu vereinigen (eine Einheit, die auch durch die die Bildung von Koalitionen erfordernden Mechanismen des Mehrheitswahlsystems notwendig geworden war), selbst wenn dabei eine unabhängige gesellschaftliche Initiative bewahrt werden sollte. Im Gegensatz zu diesen Auffassungen entstand eine innere minderheitliche, jedoch kämpferische Linke, in die ein Großteil des DP-Anteils floss. Die Wahlen von 1993 brachten eine Bestätigung des guten Ergebnisses der PRC (6 % im Verhältnisanteil), jedoch auch die Niederlage der vereinten Listen

der Linken (die auch Kräfte des Zentrums einschlossen) und den unerwarteten Sieg von Silvio Berlusconi (im Bündnis mit der xenophoben Partei Lega Nord im Norden Italiens und im Süden mit den Postfaschisten der Alleanza Nazionale). Die Regierung Berlusconis, die das Ergebnis einer Koalition war, die auch zahlreiche kleinere Unternehmen umfasste, setzte später die liberalistische Politik der Vorgängerregierungen fort, versuchte es im Unterschied zu jenen jedoch sogar, ohne das Einverständnis der Gewerkschaften zu suchen. Gerade aus diesem Grund stürzte sie dann 1994 infolge von Kämpfen der Gewerkschaften gegen einen Plan von Rentenkürzungen. Auf diese Weise wurde eine weitere technische Regierung eingesetzt – mit dem Ministerpräsidenten Lamberto Dini, auch er gehörte der *Banca d'Italia* an – die eine Reform der Renten analog zu der von Berlusconi vorgesehenen vorschlug, die in ihren Inhalten und Umsetzungsfristen jedoch „weicher“ war und vor allem im Einvernehmen mit den Gewerkschaften vorgenommen wurde. Diese Regierung, die die Politik von Amato und Ciampi fortführte, wurde von der Mitte-Links-Koalition, jedoch nicht von der PRC unterstützt. Infolge von Ereignissen, die zu kompliziert sind, um hier wiedergegeben zu werden, befand sich an einem gewissen Punkt die PRC in der Lage, Dini zum Rücktritt zu zwingen, und entschied sich, dies zu tun. Dieser Entschluss führte zur *ersten Spaltung* der PRC. Eine bedeutende Gruppe von Führungspersönlichkeiten und Parlamentariern (zu denen der ehemalige Parteisekretär Garavini, Magri und viele andere aus der PdUP Stammende gehörten), jedoch unter den Aktivisten der Partei wenig einflussreich, entschied sich die Gruppierung der *Comunisti Unitari* ins Leben zu rufen, die Regierung Dini zu unterstützen (da es sich immerhin um eine Regierung handelte, die von der Linken mitgetragen wurde), aus der Partei auszutreten und sich wieder der PDS und dem Mitte-Links-Block anzuschließen. Die Entscheidung der PRC führte dazu, dass sich ein Teil der internen Minderheit wieder der Führungsgruppe näherte, und erfuhr vor allem eine kräftige Bestätigung während der Gemeindewahlen 1995, bei denen die PRC um einen Mittelwert von 8 % schwankte.

In den folgenden politischen Wahlen 1996 beschloss die PRC, keine gemeinsamen Listen mit dem Mitte-Links-Bündnis zu präsentieren, es gelang ihr jedoch trotzdem, mittels einiger Kunstgriffe des Wahlsystems, von außen Kandidaten aus jenem Lager zu unterstützen und dabei die eigene Unabhängigkeit zu bewahren. Das Mitte-Links-Bündnis (das als sein Symbol und Namen den Ölbaum – *Ulivo* – gewählt hat) gewann die Wahlen und die PRC erzielte ein ausgezeichnetes Ergebnis: 8,6 % der Stimmen.

Auf diese Weise begann die Zeit der Regierung Prodis, deren Aufgabe es war, durch die Sanierung des Haushalts nach den Maastricht-Kriterien „Italien nach Europa zu führen“, und die eine Linie des „gemäßigten Liberalismus“ einschlug, in Fortsetzung der Politik der vorangegangenen Regierungen, jedoch unter stärkerer Einbeziehung der Gewerkschaften. Die PRC stützte die Regierung von außen und erhielt das Versprechen für einen Plan zur Verkürzung der Arbeitszeiten sowie einige Garantien zur Erhaltung des *Welfare State*.

Diese Entscheidung stellte die PRC jedoch vor zahlreiche Widersprüche. Die Privatisierungspolitik wurde fortgesetzt, die Löhne und Gehälter sanken weiter – auch dank der Abstimmungsvereinbarungen – des Weiteren wurde (auch mit der Stimme der PRC) ein neues Gesetz über die „atypischen“ Arbeitsverträge verabschiedet, das die Zahl der unterbezahlten und ohne festen Vertrag beschäftigten Arbeitskräfte vervielfachte. Gleichzeitig kam bei einem Großteil des Mitte-Links-Bündnisses und bei der PDS die Idee auf, dass es möglich und notwendig wäre, auf die PRC und ihre ständigen Drohungen, der Regierung das Vertrauen zu entziehen, zu verzichten.

Als nach Abschluss der Phase der finanziellen Sanierung und des Eintritts in die Europäische Union die PRC der Regierung, ohne Erfolg, riet, die politische Linie zu ändern (eine Neuverteilung des Einkommens zugunsten der Volksschichten, die Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung), explodierten die Widersprüche und die Rifondazione entschied sich, das Vertrauen zu entziehen. All dies führte 1998 zu einer *zweiten Spaltung*, weitaus größeren Ausmaßes als die erste. Derjenige, der am meisten zur Entstehung der Partei beigetragen hatte, verließ diese nun: Armando Cossutta. Mit ihm gingen etwa 50 % der Führungsgruppe und 70 % der Abgeordneten, jedoch nur etwas mehr als 5 % der Mitglieder: Gemeinsam gründeten sie die Partei der Italienischen Kommunisten – Partito dei Comunisti Italiani (PdCI). Noch einmal fand die Spaltung eher an der Spitze als an der Basis der Partei statt, und noch einmal vor dem Hintergrund der Einheit der Linken. Aber wenn im Falle der Regierung Dinis Cossutta zu denen gehörte, die den Bruch mit der Regierung wählten, entschied er sich jetzt, nach der Erprobung der Kraft von Berlusconi und den Postfaschisten und angesichts einer technischen, aber immerhin Mitte-Links-Regierung, für den Bruch mit der Partei. Die politische Kultur, aus der diese Entscheidung hervorging, gehörte zum „Erbgut“ der PCI: die Notwendigkeit der Vereinigung aller demokratischen Kräfte im Kampf gegen den Faschismus und die Rechte, die zentrale Rolle der Initiative in den Institutionen für den Gesellschaftskonflikt, welcher eher als ein Mittel zur Verschiebung der institutionellen Machtverhältnisse zu Gunsten der Partei angesehen wird.

Sehr verschieden fiel dagegen die Bewertung der Mehrheit der PRC aus: Die antifaschistische Einheit war nicht länger möglich, da das Mitte-Links- und das Mitte-Rechts-Bündnis nicht mehr gegensätzlich waren, sondern zwei Gesichter derselben neoliberalistischen Politik darstellten. Das Mitte-Links-Bündnis stellte sogar die Weichen für einen stärkeren Sieg des Mitte-Rechts-Blocks, da es die Klassen des Volkes schwächte und zersetzte und einer echten politischen Vertretung beraubte, und weil es aktiv an der antietatistischen und antikommunistischen Propaganda beteiligt war. Daher war es nicht richtig, eine Regierung zu retten, nur weil an ihr linke Kräfte beteiligt sind, unter der Gefahr, auf diese Weise jede ideologische und praktische Unabhängigkeit zu verlieren. Vielmehr musste man auf die Wiederbelebung des Gesellschaftskonflikts setzen und die Bedingungen dafür schaffen, indem man statt in den Institutionen in der Gesellschaft aktiv wurde.

Indem sie dies tat, hat zum ersten Mal eine kommunistische Massenkraft, oder zumindest eine erheblicher Bedeutung, mit der politischen Tradition der PCI gebrochen, und zwar in dem wichtigsten *praktischen* Punkt: der Beziehung zu den anderen Kräften der Linken und zur Regierung. Dabei handelte es sich, wie Cossutta erklärte und wie oben bereits gesagt wurde, um eine echte „genetische Mutation“: Es war höchstwahrscheinlich die tatsächliche Entstehung einer kommunistischen Politik neuen Typs, wie auch immer das Urteil darüber ausfallen mag, der erste Augenblick einer *echten* Neugründung.

Nach dem Sturz von Prodi bildete sich unter Beteiligung der PdCI eine neue Mitte-Links-Regierung, geführt vom ehemaligen Kommunisten D'Alema (einer der Führungspersönlichkeiten, die sich am stärksten für den Ausschluss der PRC von der Politik eingesetzt hatte), eine Regierung, die auch von einigen ehemaligen Mitte-Rechts-Parlamentariern unterstützt wurde. Diese Regierung veranlasste die Beteiligung Italiens am „humanitären“ Krieg gegen Serbien und versuchte sich durch einen Volksentscheid für die Einrichtung eines reinen Mehrheitswahlsystems zu stärken, welcher jedoch fehlschlug. Die PRC ging aus den Gemeinde- und Europawahlen 1999 geschwächt hervor (4,3 %, während die PdCI 2 % erzielte und die PDS – die sich jetzt einfach DS – Democratici di Sinistra [Linksdemokraten] nannte – 17 %). In den Regionalwahlen des darauffolgenden Jahres unterstützte die PRC das Mitte-Links-Bündnis mit einer flexiblen Taktik, die zwischen den Vereinbarungen auf der Ebene der nationalen Regierung (für unmöglich gehalten) und denen für die regionalen Regierungen unterschied, bei denen sie scheinbar nicht vollständig liberalistische Koalitionen ermöglichen konnte. Dies verhinderte jedoch nicht den Sieg von Mitte-Rechts und ermöglichte der PRC nur eine leichte Verbesserung ihrer Ergebnisse des

Vorjahres (+0,6 %). Nicht viel anders waren die Ergebnisse der politischen Wahlen 2001. Trotz der zahlreichen Einigungsversuche, die von D'Alema, der auf die endgültige Niederlage der PRC setzte, stark behindert wurden, liefen letztere und das Mitte-Links-Bündnis getrennt: Der Sieg fiel erneut Berlusconi zu, die PRC erzielte 5 % der Stimmen, die PdCI erreichte 1,7 % und die DS 16,6 %. Das Ergebnis der PRC war in Anbetracht der Spaltung und einer stark isoliert verlaufenen Wahlkampagne (die Rifondazione war die einzige Kraft, die den Ausstieg aus dem Neoliberalismus, die Verteidigung des *Welfare State*, die Rückkehr zum Verhältniswahlrecht und die Ablehnung des Krieges vorschlug) insgesamt gesehen positiv: der Versuch, sie von der politischen Schaubühne zu vertreiben, war gescheitert.

Vor allem jedoch nahmen die sozialen Konflikte wieder Gestalt an. Ab 2000 trat die Bewegung in Erscheinung, deren Name sich von Seattle und dann von Porto Alegre herleitete. Die PRC beteiligte sich sehr aktiv an sämtlichen Ereignissen und Demonstrationen, die in ihrer Spur entstanden (Prag, Nizza, Neapel). In Italien belebte sich der Klassenkonflikt wieder dank des Richtungswechsels der FIOM (der Metallarbeiter-Gewerkschaft des CGIL), die die fügsame Politik der anderen Gewerkschaftsverbände nicht akzeptierte und allein mit großem Erfolg Streiks organisierte.

In der Zwischenzeit hat die Partei organisatorische Veränderungen vorgenommen: Auf dem dritten und vierten Kongress nahmen das Frauenforum und die eigene Organisation der Jugendlichen (Giovani Comunisti) Gestalt an. Die letztere spielte später eine entscheidende Rolle bei der Organisation sämtlicher antiliberalistischer Demonstrationen Europas und Italiens. Die politische Linie wurde in verschiedenen Bereichen konkretisiert: Reform der Partei hin zu einer größeren Öffnung derselben, Beziehungen zu allen Bewegungen, Vorschlag zur Einrichtung eines Forums, das die gesamte alternative Linke zusammenführt, fortgesetztes Augenmerk auch auf die Schwierigkeiten der gemäßigten Linken, um sie zu neuen Perspektiven zu drängen. Ein starkes Engagement galt auch der ideologischen Erneuerung: Bei der Begehung des achtzigsten Jahrestages der Gründung der PCI im Jahr 2001 verteidigte Fausto Bertinotti die gesamte Geschichte der Kommunisten, unterstrich jedoch auch deren Fehler und Schrecken, identifizierte im Stalinismus (als einer bestimmten Auffassung der Politik, die die Partei und den Staat *gegen* die Gesellschaft und die Bewegungen privilegiert) das negative Erbe, das entschieden überwunden werden muss, diesmal jedoch „von links“ und nicht „von rechts“, d.h., nicht mit der simplen Akzeptanz der liberalen Demokratie zum Nachteil des Gesellschaftskonflikts, sondern mit der Betonung der Direktdemokratie, der generellen Kritik am

Kapitalismus und nicht nur an seinen rechtlichen Aspekten (Privatbesitz) sowie der Konflikte bezüglich des Umweltschutzes und der Befreiung der Frauen. In anderen Momenten der Diskussion schlug die PRC (mit einer lebhaften Debatte, bei der ein Großteil derer in Opposition gingen, die, auch wenn sie Teil des Cossutta'schen Flügels waren, Cossutta nicht in die PdCI gefolgt sind) eine Lesart des globalen Kapitalismus vor, nach der die interimperialistischen Konflikte keine zentrale Rolle mehr spielen und es daher nicht mehr denkbar ist, eine Front aufzubauen, die zum Beispiel China und Russland als dem Imperialismus der USA entgegengesetzte Kräfte einschließt. Sie unterstrich des Weiteren, dass die Gleichwertigkeit von wirtschaftlicher Entwicklung und Fortschritt inzwischen nicht mehr gültig war und dass die Entwicklung der Produktivkräfte nicht länger als ein unbestreitbarer Wert angesehen werden konnte, da sie nicht mehr die Stärkung der Arbeiterklasse und der Demokratie zur Folge hatte, sondern im Gegenteil beide untergrub sowie schwere Umweltschäden verursachte.

Von all diesen Versuchen, das alte kommunistische Paradigma zu überwinden, um ein neues aufzubauen, war der interessanteste vielleicht der, der sich in dem Vorschlag zusammenfasste, ein Forum der alternativen Linken aufzubauen, das diverse Parteien, Gruppen, Vereinigungen zusammenbringt und in dem die PRC keine hegemonische, sondern eine paritätische Rolle zu spielen beabsichtigte. Das war ein bedeutender Vorschlag, denn er begann das zu verändern, was den Kernpunkt der kommunistischen Identität ausmachte: die Auffassung von der Partei. Jedoch erschien dieser Vorschlag, der spätestens ab 1999 vorgebracht wurde, anfänglich für die politische Schicht bestimmt zu sein und erzielte keinen nennenswerten Erfolg. Bis nach den Ereignissen von Genua im Juli 2001 ein gesellschaftliches Phänomen von großer Bedeutung auch in Italien eine klare politische Gestalt annahm: die Präsenz und die Radikalisierung zahlreicher Vereinigungen unterschiedlicher Natur, die schweigend, in den Jahren des Triumphes des Neoliberalismus und der Krise der Parteien und der Linken, unzählige Einzelpersonen um sehr konkrete solidarische und genossenschaftliche Verfahrensweisen der Politik organisiert haben. Diese gesellschaftlichen Vereinigungen waren durch die Härte des Neoliberalismus gezwungen, selbst eine politische Rolle zu übernehmen, und trafen auf eine politische Partei, die seit langem die Möglichkeit einer paritätischen Verbindung von gesellschaftlichen Vereinigungen diverser Natur anvisierte. Für die PRC begann eine neue Zeit voller Möglichkeiten. Die Rifondazione war in allen Initiativen der Bewegung vertreten. Ihre Aktivisten spielten eine entscheidende Rolle bei der Stärkung der Bewegung und seiner Unabhängigkeit. Die PRC war – in Italien, aber nicht nur – die einzige Partei, die *als solche* im Innern der Bewegung selbst akzeptiert wurde.

Gerade auch um diese neue Situation, die die Gültigkeit der schwierigen Entscheidungen der vorangegangenen Jahre bestätigte, mit größerer Entschlossenheit zu bewältigen, rief die PRC im April 2002 auf der Grundlage radikal innovativer Thesen ihren fünften Kongress ein. Diese Thesen unterstrichen die Erfolglosigkeit der Hypothese eines gemäßigten Liberalismus in der ganzen Welt und damit die Niederlage der gemäßigten Linken. Sie bekräftigten den Unterschied zwischen Globalisierung und Imperialismus sowie die Unmöglichkeit, von interimperialistischen Konflikten auszugehen. Sie bestätigten und entwickelten den Gedanken der radikalen Erneuerung der Parteiform unter Anerkennung der Tatsache, dass die Partei nicht länger der einzige oder der zentrale Träger der Veränderungen ist, auch wenn die Partei immer noch erforderlich war, um eine sozialistische Perspektive zu definieren und als Verbindung zwischen den verschiedenen antagonistischen Akteuren zu fungieren. Schließlich unterstrichen sie die zentrale Rolle der Beziehungen zu den Bewegungen für das Verhältnis zu den Institutionen sowie die Notwendigkeit, eine neue Arbeiterbewegung aufzubauen, in dem sich der Kampf um Gehälter und für bessere Arbeitsbedingungen mit dem allgemeineren Kampf um menschlichen Emanzipation verflechten würde. Um diese Thesen, die vom Parteisekretär Bertinotti mit Überzeugung verfochten wurden, formierte sich eine starke Mehrheit, die inzwischen fast den gesamten aus der DP stammenden Flügel umfasste, sowie die Aktivisten und Führungskräfte traditionellerer Prägung, die nicht den Entscheidungen Cossuttas gefolgt waren. Dieser Mehrheit stellte sich in eindeutiger Weise nur ein Teil des trotzkistischen Flügels entgegen (der andere, der sich um die Zeitschrift *Bandiera Rossa* versammelt, gehörte bereits zur Mehrheit), der eine direkte Wiederaufnahme der kommunistischen Initiative vorschlug und die Notwendigkeit sah, dass die Partei innerhalb der Bewegungen um die eigene Hegemonie kämpfe. Die wahre politische und kulturelle Auseinandersetzung des Kongresses findet jedoch zwischen zwei Seelen innerhalb derselben Mehrheit statt. Tatsächlich schlug der traditionalistische Flügel, jetzt um Claudio Grassi versammelt und seit langem um die Zeitschrift *L'Ernesto* formiert, keine alternativen Thesen vor, sondern lediglich einige Ergänzungen der Thesen der Mehrheit, in denen eine weniger kritische Bilanz der Erfahrung des Kommunismus gezogen und die Gültigkeit der Kategorie des Imperialismus sowie die zentrale Rolle der Arbeiterklasse und der Partei erneut bestätigt wurden. Im Hinblick auf die letztgenannte wurde nicht so sehr eine Erneuerung als vielmehr eine Stärkung und größere Verwurzelung an den Stätten der Arbeit vorgeschlagen. Die Ergänzungen wurden vom Kongress nicht angenommen, so dass sich die

PRC inzwischen mit einem ideologischen Profil präsentierte, das sich stark von ihrem ursprünglichen unterschied.

Sofort nach dem Kongress kamen neue Elemente hinzu, die das Bild der Bewegungen bereicherten und verkomplizierten. Neben der „Bewegung von Genua“ trat auch die Gewerkschaftsbewegung wieder stärker auf, da sich inzwischen die gesamte CGIL – nicht nur die FIOM – den Entscheidungen der anderen Gewerkschaften entgegenstellte und Streiks sowie riesige Demonstrationen zur Unterstützung des Gesetzes organisierte, das die Arbeiter vor ungerechten Kündigungen schützt (Artikel 18 des Arbeitnehmerschutzgesetzes). Die PRC reagierte vom Innern dieser Bewegung heraus (der auch die nach den Ereignissen von Genua entstandenen Social Forum beitraten) und belebte die Initiative erneut durch den Vorschlag einer Reihe von Volksabstimmungen, die nicht nur die Verteidigung des Artikels 18, sondern auch dessen Ausdehnung auf kleinere Produktionseinheiten vorsahen. Schließlich wurde auch die so genannte „Bewegung der Girotondi“ – so bezeichnet wegen des Brauchs, die Sitze der jeweiligen Institutionen, gegen die sie protestieren, mit pazifistischen Ringelreihen einzukreisen – zum wichtigen politischen Akteur, der sich vor allem als eine Form des Drucks zeigte, den die Wähler der gemäßigten Linken auf ihre Parteien ausübten, um sie zu erneuertem und schärferem Handeln zu drängen. Gegenstand der Politik der Girotondi war vor allem die Informations-, Schul- und Justizpolitik. Bezüglich der letztgenannten rief die Bewegung im Sommer 2002 in Rom zu einer Demonstration auf, die großen und unverhofften Erfolg brachte. Auch in diesem Fall nahm die PRC an der Demonstration teil, jedoch mit einer unabhängigen Plattform, die sich nicht auf die Verteidigung der Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit beschränkte (wie sie die Bewegung der Girotondi fordert), sondern auch die Notwendigkeit hervorhob, das Klassenwesen der Justizverwaltung zu verändern. Das neue Handeln der CGIL und die Girotondi hatten vor allem die Erneuerung der gemäßigten Linken zum Ziel: All dies brachte jedoch, zumindest bis zum Herbst 2002, nicht den erhofften Erfolg, einerseits weil die Führungspersönlichkeit der CGIL, Sergio Cofferati, von vielen als der neue Führer der gesamten Linken berufen, entschied, innerhalb der Grenzen der Mitte-Links-Politik zu bleiben, zum anderen weil die Parteien der gemäßigten Linken, und insbesondere die DS, starke Schwierigkeiten hatten, die Rolle einer sozialen Bewegung anzuerkennen, die ihre politische Mediation stört.

Angesichts dieses Bildes nimmt sich die PRC vor, zwischen den verschiedenen Bewegungen und den diversen politischen Kräften auszuwählen und dabei alles das zu unterstützen, was die Entstehung einer alternativen Linken begünstigen

könnte, zu der die Rifondazione gehören würde, jedoch nicht notwendigerweise in führender oder hegemonischer Rolle.

3. Die politische Kultur der Rifondazione Comunista und ihre Wandlung

Von Beginn an hat sich die PRC offen als ein Ort der Auseinandersetzung zwischen heterogenen politischen Kulturen gezeigt, die allesamt auf die Überwindung des Kapitalismus ausgerichtet sind, sich untereinander jedoch erheblich unterscheiden. Auch die PCI ist unter dem Gesichtspunkt der Kultur nie eine einheitliche Partei gewesen: In ihr existierten allgemein demokratische Elemente und solche die der sozialistischen Tradition verbunden waren neben kommunistischen Elementen unterschiedlicher Ausrichtung. Sie alle hatten sich jedoch innerhalb ein und derselben politischen Organisation entwickelt oder waren dieser infolge wichtiger gemeinsamer Erfahrungen, wie die *Resistenza*, zugeströmt. Die PRC ist hingegen unter Mitwirkung politischer Kulturen gegründet worden, die nicht nur verschieden waren, sondern die sich - wie bereits angemerkt wurde - seit der Mitte der 60er Jahre untereinander schwer bekämpft hatten und die sich nun nicht deshalb vereinten, weil sie ihre theoretischen und strategischen Meinungsverschiedenheiten überwunden hätten, sondern auf Grund des gemeinsamen Bedürfnisses, die Existenz einer kommunistischen politischen Kraft im Land zu sichern.

In einer kurzen Skizzierung ist es nicht möglich, sämtliche kulturellen Bestandteile der PRC, ihre nicht lineare Entwicklung, ihre Verflechtungen und ihre Konflikte zusammenzufassen. Deshalb werden wir uns darauf beschränken, die beiden am einfachsten zu identifizierenden Kulturen zu betrachten: Die eine folgt dem traditionellen Marxismus, die andere stammt aus der Erfahrung der DP. Schwieriger wäre es, den Beitrag der Ingrao'schen Kultur zu analysieren oder den der Kultur des linken Sozialismus, zwei Strömungen, aus denen zahlreiche Führer hervorgegangen sind (auch, zum Teil, der Parteisekretär Bertinotti) und die manchmal eine Scharnierfunktion zwischen den verschiedenen Seelen der Partei erfüllen.

Die traditionalistische Komponente stellt jedoch nicht das Erbe der vorherrschenden Kultur der alten PCI, die den von Palmiro Togliatti vorgezeichneten Linien treu war, dar. Die Togliatti'sche Kultur, die später von Enrico Berlinguer wiederaufgenommen und weiterentwickelt wurde, baute auf dem Versuch auf, einen *originellen* und *spezifischen* Weg für den Sozialismus in Italien zu finden, während man nach und nach die Unterschiede zu den

Erfahrungen des Sozialismus im Osten deutlich machte. Der „italienische Weg zum Sozialismus“ war insbesondere durch die volle Anerkennung der parlamentarischen Demokratie und den Aufbau einer breiten Einheit unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte (nicht nur der Arbeiter, sondern auch der „mittleren Klassen“, kleinen und mittelständischen Unternehmen, Freiberufler...) gekennzeichnet, zu deren gemeinsamen Zielen der Ausbau der Demokratie, die Entwicklung der Produktivkräfte und damit die Einführung von Elementen des Sozialismus in das Land gehörten. Dabei muss hervorgehoben werden, dass die Identifizierung des Sozialismus mit der wirtschaftlichen Entwicklung im Rahmen des Ausbaus der parlamentarischen Demokratie, typisches Merkmal der Togliatti'schen Ideologie, den Hintergrund darstellte, vor dem sich mit den Jahren die Kultur der „Verbesserer“ der PCI entwickelt hat, so bezeichnet wegen ihrer Ablehnung der *Umwandlung* vom Kapitalismus zum Sozialismus und der Entscheidung, sich für eine einfache *Verbesserung* der gegenwärtigen Gesellschaft einzusetzen. Die „Verbesserer“-Kultur spielte natürlich eine bedeutende Rolle beim Übergang von der PCI zur PDS.

Anstatt die Originalität und Spezifität des Übergangs zum Sozialismus in Italien zu unterstreichen, entstand der traditionalistische Flügel eher zur Verteidigung der Erfahrungen der Sowjetunion und zur Erinnerung an die zentrale Rolle der Arbeiterklasse. Er schlug demnach seine Wurzeln in einer Kultur, die sich nie *vollkommen* mit Togliatti und Berlinguer identifiziert hatte (und noch weniger mit dem Flügel der „Verbesserer“), auch wenn sie deren Hegemonie akzeptiert hatte. Diese seit vielen Jahren in der PCI latente Kultur trat mit der Opposition gegen den durch Berlinguer vollzogenen Bruch mit der Sowjetunion ans Tageslicht und wurde in den darauffolgenden Phasen nach und nach immer deutlicher. Dieser Flügel konnte in den 90er Jahren nicht länger in der einfachen Verteidigung der Sowjetunion verankert bleiben. Allmählich erkannte er die schwierigen Grenzen jener Erfahrung an, darunter auch die Tatsache, dass die Umwandlung der PCI nicht nur das Ergebnis des „Verrats“ der Führung, sondern auch auf tiefgreifende Fehler zurückzuführen war, die bereits in jenem „italienischen Weg zum Sozialismus“ präsent waren und noch mehr in der Berlinguer'schen Strategie des „historischen Kompromisses“. Die Fehler der Führungsgruppe der KPdSU und diejenigen der Führungsgruppe der PCI wurden jedoch als *politische* Fehler angesehen, infolge von subjektiven Mängeln oder der fehlerhaften Anwendung der richtigen Prinzipien. Weder die Prinzipien des traditionellen Marxismus noch der Gedanke der zentralen Rolle der politischen Partei wurden je wirklich in Frage gestellt. Selbst der Gedanke der zentralen Funktion der Arbeiterklasse – wenn er einerseits bei den Aktivisten den Willen und die Fähigkeit nährt,

bedeutende antikapitalistische Initiativen zu entwickeln, führt sie andererseits zur Bestätigung der zentralen Bedeutung der Partei (denn im traditionellen Marxismus hat die *Klasse* ohne die *Partei* keine wahre politische Existenz) sowie zur Behinderung schöpferischer Beziehungen zu anderen potenziell antikapitalistischen Gesellschaftsschichten. Trotz dieser „konservativen“ Einstellung vollzog der traditionalistische Flügel mit der Zeit zahlreiche und bedeutende Veränderungen: Zum Beispiel wurden die feministischen und Umweltschutzthemen – deren Einführung in die PCI als ein Moment der Auflösung der kommunistischen Identität angesehen worden war – nach und nach als bedeutende Themen der antikapitalistischen Strategie anerkannt; des Weiteren war eine gewisse Neubewertung der 1968 entstandenen Bewegungen sowie eine größere Toleranz gegenüber „alternativen“ Lebensstilen zu beobachten (bereits seit ihrer Entstehung hatte sich die PRC die Liberalisierung der „weichen“ Drogen vorgenommen).

Für einen bedeutenden Teil dieses Flügels wurden diese Teilaktualisierungen des traditionellen kommunistischen Guts jedoch unterbrochen, als man den *zentralen Punkt* der historischen Identität der PCI anrührte, nämlich die Auffassung, dass der Nationalstaat und das Parlament die *wichtigsten Schauplätze* kommunistischer Politik seien und dass die Einheit der Linken und aller demokratischen Kräfte gegen die Rechte der *Hauptinhalt* dieser Politik sei. Dieser Teil – der später die zweite Spaltung herbeiführte – konnte die Schwächung des Nationalstaates und des Parlaments, die Bedeutung der sozialen Bewegungen und die Umwandlung der „gemäßigten“ Linken in eine *liberale* Linke, die vollkommen in die Werte der kapitalistischen Gesellschaft integriert ist, nicht verstehen.

Wie jedoch bereits gesagt wurde, akzeptierte die Mehrheit des Flügels diese Schlussfolgerung nicht. Aber die Entscheidung, in der PRC zu verbleiben, schien – zumindest anfangs – nicht von einer tatsächlichen Wandlung der traditionalistischen Haltung diktiert worden zu sein. Vielmehr war diese Entscheidung auf den Gedanken der zentralen Rolle der Partei und auf die richtige politische Intuition zurückzuführen, der zufolge die Unterstützung der Regierung Prodis zur Unterordnung der PRC unter das Mitte-Links-Bündnis, zum Verlust der Unabhängigkeit seitens der Kommunisten und allmählich zum Verschwinden oder zur Irrelevanz der so mühsam aufgebauten kommunistischen Partei geführt hätte. Der Entschluss der Mehrheit der Traditionalisten scheint demnach eher von politischen als von theoretischen oder kulturellen Beweggründen herbeigeführt worden zu sein, so dass auf dem V. Parteikongress dieser Flügel eine Position kräftiger *Aktualisierung* der kommunistischen Identität einnahm, sich jedoch

durch die Ergänzungen, von denen bereits gesprochen wurde, einer tiefgreifenden *Neudefinierung* derselben widersetzte.

Es scheint offensichtlich, dass ohne den Beitrag des traditionalistischen Flügels in seiner Gesamtheit die PRC nicht hätte entstehen und überleben können. Armando Cossutta gelang es, einige Grundprinzipien des kommunistischen Handelns festzuhalten – insbesondere die Notwendigkeit, dass dieses Handeln über unabhängige politische Instrumente erfolgt – und vor allem gelang es ihm, den richtigen Zeitpunkt für die Abspaltung von der ehemaligen PCI zu wählen. Vor der Namensänderung der Partei wären der Abspaltung nur eine begrenzte Zahl an Aktivisten und Wählern gefolgt, aber nach dieser Veränderung wurde sie als richtig und notwendig angesehen, als ein Signal der Hoffnung für hunderttausende Männer und Frauen.

Es erscheint jedoch genauso offensichtlich, dass, wenn die PRC Cossutta bis zum Schluss gefolgt wäre, sie ihre Identität verloren hätte, gezwungen gewesen wäre, nicht nur die neoliberalistische Politik von Mitte-Links, sondern auch den Krieg zu akzeptieren, und die neuen sozialen Bewegungen hätte behindern können.

Der aus der DP stammende Flügel stellt, zusammen mit anderen Beiträgen von Einzelnen und Gruppen in der PRC, die Essenz vieler kommunistischer Erfahrungen aus den 60er und 70er Jahren dar, die *außerhalb* der PCI stattfanden und *gegen* diese gerichtet waren. In jenen Jahren entstand aus der Kritik am „italienischen Weg zum Sozialismus“ die Auseinandersetzung mit der PCI. Den Gruppen der Neuen Linken zufolge, die mit der 68er Welle entstanden waren, enthielt diese Strategie mindestens zwei schwere Fehler, da sie auf einer ökonomistischen Auffassung der Entwicklung der Produktivkräfte und auf einer estatistischen Sichtweise des Aufbaus des Sozialismus beruhte. Für die Neue Linke waren die Entwicklung der Produktivkräfte und die Erweiterung der Formen kapitalistischer Reproduktion nicht eindeutig Synonyme des Fortschritts, da sie zur verstärkten Ausbeutung der Arbeiterklasse und zur Verschärfung der Unterordnung zahlreicher anderer Gruppen, wie Jugendlicher, Frauen und Intellektueller, führten. Deshalb konnte sich der Sozialismus nicht nur mit der wirtschaftlichen Weiterentwicklung im Rahmen der Ausdehnung des staatlichen Eigentums der Produktionsmittel (und der Demokratie) identifizieren, sondern musste auf der internen Transformation der Produktionsprozesse mithilfe der in Räten organisierten Arbeiter aufbauen. Und die Arbeiterräte mussten sich mit allen Formen der Selbstorganisation anderer antikapitalistischer Gruppen der Gesellschaft verbinden. Die antikapitalistische Strategie durfte sich daher nicht auf das Parlament stützen, sondern auf die soziale Selbstorganisation. Die Kritik

am Parlamentarismus der PCI schloss sich der Kritik an der Sowjetunion an, dem Land, dessen nicht demokratischer Aufbau als das Ergebnis einer etatistischen Konstruktion des Sozialismus angesehen wurde, die die ursprünglichen Elemente der Arbeiterdemokratie ausgelöscht hatte.

In den 70er Jahren blieb die Neue Linke, auch wenn sie wichtige soziale Kämpfe und politische Kampagnen organisierte, stark in der Minderheit. Viele ihrer Organisationen lösten sich wieder auf, viele Aktivisten gingen in die PCI oder die PSI von Bettino Craxi. Die Kritik am Etatismus konnte in einer historischen Phase, in der der National- und Sozialstaat noch seine Wirkung zeigte, keine Massen für sich gewinnen. Die Kritik am „Realsozialismus“ und an der PCI konnte von der Mehrheit der Arbeiter nicht gebilligt werden, weil die UdSSR und die PCI, deren schwere Mängel viele Arbeiter durchaus sahen, trotz allem als eine Verteidigung gegen die Macht des Kapitalismus angesehen wurden. Die Mehrheit der potenziell antikapitalistischen Gruppen, die sich jedoch von der traditionellen Arbeiterklasse unterschieden – Jugendliche, Frauen, prekäre Arbeitnehmer, kritische Intellektuelle – suchten entweder den Weg des Beitritts zur PCI oder beschlossen, sich von der Politik zu distanzieren.

Die DP blieb während der gesamten 80er Jahre die einzige organisierte politische Kraft, die sich auf die Werte der Neuen Linken berief. In den Jahren der kapitalistischen Restauration setzte sie sich sowohl für den Klassenkampf ein – indem sie die gemäßigten Tendenzen der Mehrheitsgewerkschaften bekämpfte – als auch für die Öffnung der kommunistischen Kultur für Umweltschutz-, Frauen- und Pazifismus-Themen. Darüber hinaus versuchte sie, die Partei zu erneuern, in dem sie „unabhängige Orte“ erschuf, an denen die Aktivisten ihrer speziellen Identität, d.h. der von Frauen, Jugendlichen usw., Ausdruck verleihen könnten. Sie versuchte, eine neokommunistische Kultur zu entwickeln, und sträubte sich gegen die Absorption der Partei in einer allgemeinen „grünen“ Kultur.

Trotzdem überschritt die DP nur kaum die Schwelle von 10.000 Mitgliedern und erzielte stets enttäuschende Wahlergebnisse. Man kann vielleicht sagen, dass die Neue Linke, und mit ihr die DP, viele der Themen erahnt hatte, die später zur Niederlage der PCI und dem Zusammenbruch der UdSSR führten, dass diese Ahnung jedoch kein Massenphänomen werden konnte, solange nicht die historische Ära des Kommunismus des 19. Jh. zu Ende gegangen war. Das Verdienst der Führungsgruppe der DP war es zu begreifen, dass die Entstehung der Rifondazione Comunista die Gelegenheit war, die Themen der Neuen Linken in einem größeren politischen Rahmen zum Leben zu erwecken, und daher zu beschließen, mit der PRC zusammenzugehen. Auf diese Weise begann eine Zeit großer politischer Konfrontation, bei denen die Mitglieder der ehemaligen DP

sehr oft in der Minderheit waren, sich aber auch der Führungsgruppe der Partei annäherten, bis sie integraler Bestandteil derselben wurden, während die Partei eine immer kritischere Haltung zur gemäßigten Linken und eine immer positivere gegenüber den sozialen Bewegungen einnahm.

Die DP hatte demnach, wie wir gesehen haben, bereits in den 80er Jahren viele der wichtigsten Themen der kommunistischen Erneuerung ausgearbeitet. Im Jahre 2000 begünstigte dann die Krise der staatlichen und parlamentarischen Mediation, indem sie die Rolle der Bewegungen im Vergleich zu den traditionellen Parteien stärkte, eine politische Kultur, die stets von der Bedeutung der Bewegungen und der Notwendigkeit, dass diese aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen bestehen, ausging.

Die Kultur der Neuen Linken hat der PRC demzufolge in dem Augenblick als „Entwicklungsalternative“ gedient, in dem der traditionelle Marxismus Gefahr lief, sowohl die Unabhängigkeit der Partei als auch die Öffnung gegenüber den sozialen Bewegungen zu behindern.

Die Möglichkeit, dass die beiden politischen Hauptkulturen der PRC weiterhin schöpferisch sind, hängt von ihrer Fähigkeit zur Weiterentwicklung ab. Der Kultur des traditionellen Marxismus müsste es gelingen, sich noch weiter für die neuen Formen politischen Handelns zu öffnen. Die aus der Neuen Linken stammende Kultur sollte ihre Beziehungen zu den Bewegungen vervollkommen und versuchen, ausgehend von den inzwischen erworbenen neuen Werten, die „alten“ Themen der Regierung, der Macht und der gesellschaftlichen Steuerung der Produktion wieder zur Sprache zu bringen.

Wenn es stimmt, dass die Kultur der DP die Erneuerung der PRC in einem entscheidenden Augenblick begünstigt hat, darf man auch nicht vergessen, dass sie trotz allem – wie die Kultur des „orthodoxen“ Marxismus – selbst aus einer *Tradition* hervorgegangen ist, d. h. aus einer in der Vergangenheit entstandenen und entwickelten Konzeption, und dass die aktuellen Schwierigkeiten der antiliberalistischen und antikapitalistischen Bewegung zum Teil neuer Natur sind. Es ist kein Zufall, wenn sich angesichts der neuen Situation ein Teil der Führungsgruppe und der Aktivisten der PRC, zumindest in einigen Fragen, von Antonio Negri ausgearbeiteten Themen zugewandt hat (*Imperium versus Imperialismus*, *Vielzahl versus Klassen und Massen*) sowie solchen des zivilen Ungehorsams, wie sie der US-amerikanischen Bewegung am Herzen liegen. Auch dies sind kulturelle *Traditionen* (die Ausführungen von Negri überwinden zum Beispiel nicht das Paradigma des italienischen Operaismus und weisen daher erhebliche Grenzen auf, alte wie auch neue), aber sie scheinen auf einfachere Weise einige sofortige Antworten auf *praktischem* Gebiet zu liefern.

Der von der PRC übernommene und ausgeübte ideologische Pluralismus könnte jedenfalls den gemeinsamen Boden liefern, auf dem man in dialektischer Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Traditionen einen neuen und originellen kommunistischen Standpunkt aufbaut.

4. Die Organisation der PRC

Die Organisation der PRC ähnelt zum großen Teil der einer traditionellen Massenpartei. Die Gebietsvereine (zusammen mit den Vereinen, die in den Produktionsstätten entstehen) stellen formal die *Basiseinheit* der Partei dar. Diese wählen – zu jedem Kongresstermin – die Delegierten des Kongresses des *Provinzialverbandes*. Auf dem Kongress des Verbandes werden die Mitglieder des *politischen Föderalkomitees* gewählt sowie die Delegierten zum *Regionalkongress* und zum *Nationalkongress*. Der letztere wählt das *politische Nationalkomitee* (bestehend aus ca. 150 Mitgliedern) sowie den Nationalsekretär. Das politische Nationalkomitee wählt schließlich ein kleineren *Vorstand* und das *Nationalsekretariat*.

Bei jeder Wahl ist eine Mindestfrauenquote vorgesehen.

Es ist nicht einfach, genaue Angaben über die Zahl und die Zusammensetzung der Parteivereine zu finden. Im Jahr 1998 wurden 2.690 Gebietsvereine und 150 Unternehmensvereine registriert und die PRC war in 2.404 italienischen Gemeinden (von insgesamt 8.191 Gemeinden) vertreten. Die Mitgliederzahl schwankte um die 100.000 vor der zweiten Spaltung und um die 90.000 danach. Sehr stark ist das Phänomen des *Turnover* der Mitglieder: Das heißt, jedes Jahr gibt es sowohl eine hohe Zahl an erstmaligen Mitgliedschaften als auch eine hohe Anzahl nicht verlängerter Mitgliedschaften. Es gibt keine generellen Untersuchungen über dieses Phänomen, aber einige bei einzelnen Verbänden durchgeführte Studien ergaben, dass die ausbleibende Verlängerung der Mitgliedschaft fast nie auf mangelnde Zustimmung zur Parteilinie zurückzuführen ist, sondern oft auf Schwierigkeiten politisch-organisatorischer Art, durch die es den Vereinen nicht gelingt, eine dauerhafte Beziehung zu vielen der Mitglieder aufrechtzuerhalten. Wenn man gezielt und organisiert die Wiedergewinnung alter Mitglieder angeht, sind die Ergebnisse im Allgemeinen zufriedenstellend. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, dass der hohe *Turnover* auf ein grundlegendes Problem in der Funktionsweise der Vereine und im Aufbau der Partei hindeutet: Tatsächlich obliegt sehr oft und vor allem in den größeren Städten die konkrete Initiative der Partei mehr den *thematischen Kommissionen*

als den Vereinen. Diese Kommissionen sind spezialisierte Strukturen, die die Fragen des Friedens, der Einwanderung, des *Welfare State*, der Arbeit usw. behandeln. Es besteht daher ein Widerspruch zwischen der Rekrutierungsstruktur (dem Verein) und dem Ort der politischen Initiative (der Kommission), und all dies wirkt sich notwendigerweise negativ auf die Mitgliedschaft aus.

Die Finanzierung der Partei beruht zum überwiegenden Teil auf der *staatlichen Finanzierung* (Erstattung der Wahlkampfkosten) und auf der Besteuerung, seitens der Gewählten, eines erheblichen Anteils ihrer Vergütung. Geringfügig ist die Zahl der Funktionäre, die ein Gehalt empfangen: Der größte Teil der Arbeit wird von den Aktivistinnen und Aktivisten ehrenamtlich ausgeführt.

Die Abhängigkeit von staatlicher Finanzierung ist recht paradox bei einer Partei, die allmählich ihren antietatistischen Charakter herausgestellt hat. Dies zeigt einerseits einen bemerkenswerten *politischen Mut* von Seiten einer Partei, die Entscheidungen getroffen hat (wie der Bruch mit der Regierung Prodis), die sie der Gefahr aussetzten, von den Wahlen ausgeschlossen zu werden und somit von ihrer wichtigsten Unterstützungsquelle, jedoch ist es andererseits ein Zeichen für eine Konditionierung, die die Bewegungsfreiheit der Partei selbst einschränken könnte. Auch aus diesem Grund stellt sich die Partei ständig die Frage der *Eigenfinanzierung*: Einerseits vergrößert sie ihr *Immobilienvermögen* (im Jahr 2000 war die PRC Eigentümerin von 60 ihrer Geschäftsstellen, im Gesamtwert von etwa 20 Milliarden Lire bzw. 10 Millionen Euro), andererseits probiert sie Formen zur Verbindung von Massenpräsenz und Eigenfinanzierung aus. In einigen Vereinen tut sie dies zum Beispiel mit der Eröffnung von Dienstleistungseinrichtungen: Kinderhort, Aufklärungszentren zu sozialen Problemen (Arbeit, Zuhause usw.) sowie Informatikkurse. Diese Dienstleistungen werden zu einem ermäßigten Preis erbracht, der sowohl die Nutzung durch zahlreiche Bürger als auch die Verwendung zur Eigenfinanzierung der anderen Aktivitäten der Vereine ermöglicht.

Der Abhängigkeit vom Staatsapparat widersprechen, aus einer allgemeineren Sicht, auch die Satzungsbestimmungen, die das Gewicht der *parlamentarischen Gruppen* in den Entscheidungsprozessen der Partei begrenzen und dadurch die Identifizierung der parlamentarischen Gruppen selbst mit der nationalen Führungsgruppe verhindern. Diese Bestimmungen sind nicht nur aus prinzipiellen mit den Grundwerten der PRC übereinstimmenden Gründen gerechtfertigt, sondern auch durch die konkrete Erfahrung der beiden Spaltungen, bei denen gerade die Parlamentarier im Vordergrund standen: Der prozentuale Anteil der Verfechter der Spaltung fiel unter den Parlamentariern sehr viel höher aus als unter den Aktivisten.

Die PRC hat sich seit ihrer Gründung stets die Frage der *Innovation ihrer Organisation* gestellt, die auf allen Kongressen und zwei nationalen Konferenzen (1997 und 2000) angesprochen wurde. In Bestätigung der Entscheidung, hauptsächlich *in der Gesellschaft* tätig zu werden, und auch in Anbetracht der Tatsache, dass die Partei bessere Wahlergebnisse in den Gebieten erzielt, in denen ein Netz von sozialen Vereinigungen besteht (die Partei ist nicht zufällig im Süden des Landes schwächer als anderswo), hat die PRC beschlossen, als soziale und politische Aktionsform nicht nur den Verein anzusehen, sondern auch den Aufbau von Volkshäusern und Arbeiterkammern. Diese Einrichtungen sollten, so die Intention, Orte sein, an denen sich verschiedene Mitglieder der Gesellschaft, in und außerhalb der Partei, treffen und Initiativen ergreifen. An diesen Orten sollte die Partei versuchen, eine „Gesellschaft zu gründen“, sowohl indem sie ansonsten vereinzelt Personen Raum bietet, als auch indem sie unabhängige Vereinigungsstrukturen miteinander verknüpft. Dieses Vorhaben erinnert zum Teil an die Erfahrung der alten PCI (nicht zufällig hat an einigen Stellen, während die DS die Volkshäuser schlossen und deren Räumlichkeiten verkauften, die PRC sie wiedereröffnet). Während die Volkshäuser der früheren PCI von einer erheblichen ideologischen Einheit gekennzeichnet waren, stellen sich die der PRC jedoch als gegenüber den verschiedensten Kulturen und Mitgliedern der Gesellschaft offene Orte dar. Aus diesem Grund werden sie oft in den *Plural* umbenannt: *Häuser der Völker und Kammern der Arbeiten*.

Die Heterogenität, Offenheit und das Vorhandensein zahlreicher Dienstleistungseinrichtungen führen vielleicht dazu, dass die PRC, in diesem Bereich, eher der früheren PSI am Ende des 19., Beginn des 20. Jh. ähnelt als der alten PCI.

Trotzdem muss gesagt werden, wie es auch oft von der Parteipresse zugestanden wird, dass diese und andere Innovationen große Mühe haben, Gemeingut der gesamten Partei zu werden und dass zu viele Vereine eine verschlossene und sektiererische politische Praxis entwickeln.

Die Existenz (oder zumindest das Vorhaben) der Arbeiterkammern stellt eine weitere innovative Eigenschaft der PRC dar: Angesichts der Veränderungen der Arbeit, seiner Prekarisierung und seiner territorialen Streuung reicht eine einfache Gewerkschaftsinitiative nicht mehr aus (vor allem, wenn man bedenkt, dass die – in ihrer Art sehr gemäßigten – Gewerkschaften Mühe haben, selbst in den traditionellen Produktionseinheiten Konflikte zu bewältigen). Aus diesem Grund sind weitreichendere, territorial verwurzelte politische Initiativen notwendig und die PRC stellt sich als ein Instrument zur Erzeugung zahlreicher lokaler *Auseinandersetzungen* dar: Sie organisiert Veranstaltungen gegen die Prekä-

risierung der Arbeitsverhältnisse, gegen den Abbau der Leistungen und gegen die Umweltzerstörung. Sowohl aus Notwendigkeit als auch ideologischer Neigung führt die PRC daher einen Bruch der alten Zweiteilung zwischen (der Gewerkschaft übertragenem) *wirtschaftlichem* Handeln und (der Partei obliegendem) *politischem* Handeln herbei. Jeder Kampf ist gleichzeitig „wirtschaftlich“ und „politisch“ und die Partei trägt zur Organisation der Initiativen der Arbeiter und Bürger bei, manchmal allein, aber fast immer in Zusammenarbeit mit anderen unabhängigen Vereinigungen, und setzt sich für die Verbindung dieser Initiativen und der traditionellen Arbeit innerhalb der lokalen Verwaltungsorgane (Gemeinden, Provinzen, Regionen) ein. Der Gedanke der Schwächung des nationalen Parlaments bedeutet für die PRC keinesfalls Gleichgültigkeit gegenüber dem Parlament und vor allem den lokalen Ämtern, die oft als Schnittstelle der gesellschaftlichen Initiative und als Momente des Aufbaus einer Einheit der Linken, unabhängig von den Spaltungen, die auf nationaler Ebene bestehen, angesehen werden.

Mit der Politik der lokalen Streitigkeiten ist die – oft eher theoretische als praktische – Anwendung der Methode der *Meinungsbefragung* als *normale* und „obligatorische“ Vorgehensweise des politischen Handelns verbunden: ein Versuch, eine nicht ideologische Initiative aufzustellen, die in der Lage ist, das Bewusstsein sowohl der Aktivisten als auch der in die Umfrage einbezogenen Bürger und Arbeiter selbst zu stärken.

Zwei weitere Neuheiten die – diesmal parteiinterne – Organisation betreffend müssen hier aufgeführt werden.

Die erste ist die Akzeptanz der Bildung von um unabhängige Zeitschriften organisierten Kulturbereichen sowie von Gruppierungen von Aktivisten in Abhängigkeit von der Kongressdiskussion. Diese Entscheidung – die jedoch mit der Ablehnung der Bildung dauerhaft organisierter Strömungen einhergeht – erlaubt natürlich eine reichere und lebendigere interne Debatte.

Die zweite ist die Schaffung von unabhängigen Orten für Frauen und Jugendliche. Dies sind Orte, an denen Frauen und Jugendliche unabhängige Vertretungsformen zusätzlich zu denen der Partei entwickeln, in welchen sie einen spezifischen Standpunkt erarbeiten können, der dann in die Partei eingebracht wird. Hierbei handelt es sich um eines der stärksten Anzeichen der Erneuerung (nicht zufällig stieß man bei der Schaffung des Frauenforums auf großen Widerstand), das einen Versuch anzeigt, die Heterogenität der Mitglieder der Gesellschaft zur Kenntnis zu nehmen und das die einzelnen Aktivistinnen und Aktivisten im Vergleich zur Gesamtorganisation stärkt, da es ihnen einen Ort

verleiht, an dem sie ihre Zugehörigkeit wahrnehmen und von dem aus sie die Arbeitsweise der übrigen Partei betrachten können.

Diese *innere* Anerkennung der Heterogenität ist auch Voraussetzung für eine wirksamere *äußere* Initiative. Gerade die Organisation der *Giovani Comunisti* war der „Sensor“, der der gesamten Partei ermöglicht hat, die Bedeutung der „Bewegung von Genua“ zu verstehen und sich ihr anzuschließen.

All diese Innovationen werden, um es noch einmal zu wiederholen, von der Partei als ein Prozess angesehen, der alles andere als abgeschlossen und in der gesamten Organisation verbreitet ist (erst kürzlich ist ein für die organisatorische Erneuerung zuständiges zentrales Büro eingerichtet worden). Die Schwierigkeiten der Innovation sind sowohl subjektiv (die politische Kultur, das Alter, die den Aktivisten zur Verfügung stehende Zeit) als auch objektiv (die geringen Mittel, die Dringlichkeit, ständige und schwierige politische Schlachten zu führen). Aber wahrscheinlich gibt es eine allgemeinere Schwierigkeit: Die PRC ist weiterhin wie eine traditionelle Massenpartei aufgebaut und wird so finanziert, während sie sich *tatsächlich* nicht mehr wie eine solche verhält, da sie die gesellschaftliche Tätigkeit gegenüber der institutionellen vorzieht und nicht einfach mithilfe ihre Aktivisten handelt, sondern mittels eines Netzes von Individuen (einzeln oder in unabhängigen Vereinigungen zusammengefasst), die nicht notwendigerweise Mitglied der Partei sind oder es werden.

All dies führt zwangsläufig zu erheblichen Problemen, deren Lösung wahrscheinlich ein bedeutendes Experimentierfeld darstellt, das für sämtliche Parteien der alternativen Linken nützlich ist.

5. Die Perspektiven des PRC

Wenn man die Dinge vom Standpunkt der alten Massenpartei aus betrachtet bzw. von dem Standpunkt, dass die Partei das Hauptsubjekt politischen Handelns darstellt, das über die Mitgliedschaft den größten Teil der politikinteressierten Einzelpersonen in sich einschließt, sie in einer konkreten Ideologie vereint und ihr Handeln auf die demokratische Umwandlung des Nationalstaates ausrichtet, erscheinen die Perspektiven der PRC unsicher und unbeständig. In der italienischen Gesellschaft ist die Abneigung gegenüber sämtlichen politischen Parteien sehr groß, während die Ausübung von Politik in Basisgruppen, in *Single-Issue*-Vereinigungen und in der ehrenamtlichen Arbeit weit verbreitet ist. Die sozialistische und kommunistische Ideologie ist seit langem keine klar umrissene und eindeutige Idee mehr, die in der Lage wäre, Zustimmung zu finden, sondern

vielmehr eine Idee, die über den Wettbewerb und die Erfahrung verschiedener politischer und gesellschaftlicher Akteure neu konstruiert werden muss. Der Nationalstaat hat seine Fähigkeiten zur Neuverteilung des Eigentums und zur Führung der Wirtschaft verloren, und das Parlament hat gegenüber der Regierung, der Politik der Pressuregroups, der Bürokratie und dem System der *Medien* an Bedeutung verloren. Unter diesen Bedingungen kann der Versuch, in Italien eine traditionelle Massenpartei wieder aufzubauen, nur zur Schaffung politischer Minderheitsformierungen führen, die zu einem äußerst langsamen Wachstum oder gar zum täglichen Kampf ums Überleben verurteilt sind.

Die Aussichten ändern sich jedoch erheblich, wenn man die Dinge vom Standpunkt eines neuen Parteimodells aus betrachtet, das einige Aspekte der Massenpartei beibehält (Mitgliedschaft, formalisierte Verfahren zur Ernennung der Führungsgruppen, Engagement bei den Wahlen, umfassendes politisches Handeln, allgemeine ideologische Ausrichtung), aber bei dem die Partei sich nicht anmaßt, das gesamte relevante politische Handeln in sich aufzunehmen, und sich mit anderen politischen und gesellschaftlichen Akteuren vereint, indem sie diese als *paritätisch* und ebenso zu lokalen wie auch allgemeinen Initiativen fähig ansieht.

Tatsächlich werden die Weichen für die Entstehung neuer *massenverbindender Parteien* (wie im Vorangegangenen erläutert) gestellt, wenn man mit diesem Begriff Parteien bezeichnet, die in einer *Konstellation* von Akteuren stehen, die auf verschiedenen Ebenen der gesellschaftlichen Gesamtheit handeln und die von einem erneuerbaren politischen Pakt vereint sind und nicht von der Zugehörigkeit zu einer einzigen Organisation. Die neoliberalistische Globalisierung steckt inzwischen in einer wahren Legitimationskrise. Neue gesellschaftliche Subjekte, die sich früher selbst von der Politik ausgeschlossen hatten, indem sie sich auf bereichsbezogene Aktivitäten beschränkten, kehren jetzt in die politische Arena zurück, wobei sie eine entscheidende Rolle für sich beanspruchen und niemanden finden, der sie vertritt. Besser gesagt, sie lehnen es tendenziell ab, lediglich von einer Partei *vertreten* zu sein und wollen selbst politische Akteure mit allen Rechten sein, finden jedoch noch nicht die angemessene Form dafür. Diese Subjekte gehören zu einer weltweiten Bewegung und daher wären die neuen politischen Gruppierungen, die entstehen müssten, in einer weltweiten Tendenz verwurzelt, eine Grundvoraussetzung für ihr Überleben und ihre Wirksamkeit.

Unter diesen Bedingungen kann die PRC für eine entscheidende Rolle kandidieren, indem sie sich als ein Ort zur Verbindung unterschiedlicher Erfahrungen und Erarbeitung einer gemeinsamen Kultur zur Verfügung stellt. Sie hat die politische Kultur, um diesen Schritt auszuführen, da sie davon überzeugt

ist, dass die Rolle einer Partei heute nicht mehr so sehr darin besteht, die Bewegungen in den staatlichen Institutionen zu *vertreten*, als vielmehr sich gemeinsam mit anderen am *Aufbau* und der *Verbindung* der Bewegungen zu beteiligen, um *dann* Wege zur Einflussnahme auf staatliche Entscheidungen zu finden.

Die Möglichkeit, diese Funktion auszuüben, hängt von einer Vielzahl innerer und äußerer Bedingungen ab.

Die inneren Bedingungen betreffen die ideologische Evolution der Partei (d. h. die Fähigkeit, den Weg der Erarbeitung einer neuen kommunistischen Identität weiterzuverfolgen) und ihre organisatorische Entwicklung (d. h. die Fähigkeit, die konkreten Funktionsweisen der Partei zu identifizieren, die der ideologischen Erneuerung und der notwendigen Wirksamkeit der Initiative gerecht werden).

Die äußeren Bedingungen betreffen die Entwicklung der sozialen Bewegungen und die des institutionellen und politischen Systems.

Seitens der sozialen Bewegungen ist erforderlich, dass die Vereinigungen und die Einzelpersonen, die die „Bewegung von Genua“ ins Leben gerufen haben, ihren Radikalisierungsprozess fortsetzen. Dies hängt von der Kultur dieser Bewegungen ab, von der Dynamik der Wirtschaftskrise und von den Entwicklungen des institutionellen und politischen Systems. Die Radikalisierung der Bewegungen ist ein entscheidender Punkt, da, wenn es stimmt, dass die PRC *vor* diesen Bewegungen entstanden ist, es auch wahr ist, dass die wirkliche Neudefinierung der PRC als *neue* Partei *nach* der Entwicklung der Bewegungen und der Vereinigungen, die diese organisieren, erfolgt. Die *neue* PRC agiert daher gerade innerhalb eines Systems *präexistenter* Vereinigungen, eine Tatsache, die sich stark auf ihre Zukunft auswirkt. Des Weiteren ist es seitens der sozialen Bewegungen wichtig zu sehen, wie sich die Arbeiterbewegung verhalten wird. Bis jetzt hat sich die PRC in den *Cleavage* zwischen Liberalismus und Antiliberalismus eingefügt, aber dieser entspricht in Italien noch nicht dem *Cleavage* zwischen Arbeiterklasse und Kapital, denn die Mehrheit der Arbeiterklasse erkennt sich in den traditionellen politischen und Gewerkschaftsstrukturen und in ihrer gemäßigten Praxis (wenn nicht sogar in der Partei von Berlusconi) wieder. Die PRC ist in der Arbeiterbewegung stets sehr aktiv gewesen und ihr Bestehen wird auch von vielen Arbeitern, die sie wählen, als positiv anerkannt. Ihr Einfluss auf die antiliberalistische Bewegung ist jedoch stärker als ihr Einfluss auf die Arbeiterbewegung.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt findet die Wiederbelebung des Arbeiterkonflikts noch unter der Hegemonie der gemäßigten Linken statt. Die streikenden Arbeiter und die Bewegung der Girotondi fordern von der gemäßigten Linken, wie bereits

gesagt wurde, ihre Linie zu ändern, ihre übermäßige Zustimmung zum Neoliberalismus zu korrigieren und sich eine glaubwürdigere Führung zu geben. Wenn diese Teilerneuerung der gemäßigten Linken ihr Ziel erreichen sollte, könnten sich die Dinge für die PRC schwieriger gestalten, und außerdem könnte ein Teil der Bewegung von Genua sich entscheiden, das Mitte-Links-Bündnis zu unterstützen. Wenn sich jedoch, wie es wahrscheinlich ist, bald ihre Grenzen aufzeigen sollten (die allesamt in der Akzeptanz der neoliberalistischen Globalisierung liegen), würde die Verflechtung von Arbeiterbewegung und antiliberalistischer Bewegung über radikalere Inhalte erfolgen, und dies würde die PRC begünstigen. (Kurz gesagt liegt vom politisch-soziologischen Standpunkt aus das Problem der PRC darin, dafür zu sorgen, dass sich der *Cleavage* zwischen Liberalismus und Antiliberalismus in stabilen Strukturen verfestigt und mit dem neuen *Cleavage* der Klassen verschmilzt).

Aus diesem Grund setzt sich die PRC heute dafür ein, die Entwicklung der Linken vorauszuahnen, gemeinsame Ziele aufzustellen, die die gemäßigte Linke zwingen zu klären, ob und inwieweit sie gegen den Neoliberalismus ist, und die Bildung einer Koalition der alternativen Linken vorzuschlagen, die außer der Rifondazione und der Bewegung von Genua auch Teile der linken DS, der CGIL, die antagonistischen Gewerkschaften und die Grünen umfasst.

Eine weitere Bedingung für die Schaffung einer neuen Partei ist die Weiterentwicklung des Wahlsystems und der Institutionen. Die Entstehung der Arbeiterbewegung ging einher mit der Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts: Auch aus diesem Grund konnten sich die alten Massenparteien entwickeln. Die Entstehung neuer gesellschaftlicher Subjekte und die Radikalisierung der „alten“ Arbeiterklasse finden wir heute, in Italien aber auch anderswo, im Zusammenhang mit einer Reduzierung der demokratischen Spielräume, der Wirksamkeit der Stimmabgabe sowie der Rolle des Parlaments. In Italien drängt das Mehrheitswahlsystem die politischen Kräfte zum „Zentrum“, belohnt die Koalitionen, bringt auch potenzielle Wähler der PRC dazu, für eine Mitte-Links-Koalition zu stimmen, damit ihre Stimme etwas „nutzt“. Die gesamte gemäßigte Linke verteidigt das Mehrheitswahlsystem, auch um ein Wachstum der PRC zu behindern. Damit hängt die Entwicklung dieser Partei zum Großteil von der Überwindung des Mehrheitssystems ab. Mangels dessen hängt sie von der Fähigkeit ab, neue Koalitionsformen mit dem Mitte-Links-Bündnis zu erfinden, die die Unabhängigkeit der Partei sichern.

Wenn jedoch für eine traditionelle Massenpartei die Entwicklung des Wahlaspektes der Demokratie ausreicht, ist es für eine Partei neuen Typs erforderlich, dass sich ein breiterer und unterschiedlicher „öffentlicher Raum“ entwickelt. Die

vom Wahlsystem aufgestellten Grenzen könnten teilweise von der Einrichtung einer neuen „öffentlichen Sphäre“ kompensiert werden, d. h. von der Erweiterung eines Handlungsspielraums, in dem die Entstehung und der ausgeübte Druck der Bewegungen und Vereinigungen Resultate erlangen können, die sich nicht über die normalen parlamentarischen Kanäle erreichen lassen. Die PRC könnte sich in diesem neuen öffentlichen Raum voll legitimieren und in ihm auch die Kraft finden, auf Wahl- und Parlamentsebene Einfluss zu nehmen. All dies setzt jedoch die Beschleunigung der ideologischen und vor allem der die Organisation betreffenden Veränderungen voraus, von denen hier gesprochen wurde.

Bibliografische Hinweise

Allgemeine Werke

- Belligni, S. (ed.), *Il partito di massa. Teoria e pratica*, Milano, Angeli, 1975
- Calise, M. (ed.), *Come cambiano i partiti*, Bologna, Il Mulino, 1992
- Duverger, M., *Les partis politiques*, Paris, Colin, 1951
- Kirkheimer, O., *The Transformation of the Western European Party Systems*, in LaPalombara, J., Weiner, M. (eds.), *Political Parties and Political Development*, Princeton, Princeton University Press, 1966
- Neumann, S., *Modern Political Parties. Approaches to a Comparative Politics*, Chicago, Chicago University Press, 1956
- Porcaro, M., *Metamorfosi del partito politico. Associarsi contro il capitale*, Milano, Punto Rosso, 2000
- Rokkan, S., *Citizens, Elections, Parties*, Oslo, Universitetsforlaget, 1970

Werke über die politische Geschichte Italiens der 80er und 90er Jahre

- Calise, M., *Dopo la partitocrazia. L'Italia tra modelli e realtà*, Torino, Einaudi, 1994
- Ginsborg, P., *L'Italia del tempo presente. Famiglia, società civile, Stato 1980-1996*, Torino, Einaudi, 1998
- Mastropaolo, A., *La repubblica dei destini incrociati. Saggio su cinquant'anni di democrazia in Italia*, Firenze, La Nuova Italia, 1996
- Pitruzzella, G., *Forme di governo e trasformazioni della politica*, Roma-Bari, Laterza, 1996
- Scoppola, P., *La repubblica dei partiti. Evoluzione e crisi di un sistema politico*, Bologna, Il Mulino, 1997

Werke über die Partei der kommunistischen Neugründung

- Dalmaso, S., *Rifondare è difficile. Rifondazione comunista dallo scioglimento del PCI al "movimento dei movimenti"*, Torino, CdP-CRIC, 2002
- Diliberto, A., *Diliberto, O., La fenice rossa*, Roma, Robin, 1998
- Domagen, J-Y, *I comunisti. dal PCI a Rifondazione*, Roma, Koiné, 1996
- Valentini, A., *La vecchia talpa e l'araba fenice*, Napoli, La città del Sole, 2000

Veröffentlichungen der Partei der kommunistischen Neugründung

- Liberazione, kommunistische Zeitung
- Rifondazione, Monatszeitschrift für Politik und Kultur
- Partito di massa, Bulletin der Organisationsabteilung der PRC

Zeitschriften der Kulturbereiche der Partei

- Alternative/i, vierteljährliche Zeitschrift für Politik und Kultur
- Bandiera Rossa
- L'Ernesto, kommunistische Zeitschrift
- Proposta

Roger Martelli

Die Situation in Frankreich

Im Frühjahr 2002 waren die Wahlergebnisse der französischen Linken außergewöhnlich schlecht: Mit kaum mehr als 27% der Stimmen bei den Präsidentschaftswahlen lag sie nur wenig über den Ergebnissen von 1969, bei den Wahlen zur Nationalversammlung verzeichnete sie eines der schlechtesten Ergebnisse während der gesamten Fünften Republik und war kaum besser als bei dem verheerend schlechten Abschneiden von 1993. Im Jahr 1997 gewann sie überraschend die Wahlen, die durch die von Jacques Chirac veranlasste Auflösung des Parlaments nötig geworden waren; die Niederlage von 2002 war der Preis für fünf Jahre Regierungsverantwortung. Der Wiederaufbau der Linken steht von nun an auf der Tagesordnung.

Erster Teil: Die strukturellen Voraussetzungen

Die großen Wahlzyklen (siehe Anhang)

Die Entwicklung der Wahlergebnisse insgesamt lässt sich wie folgt zusammenfassen:

1. Nach einer Phase des Rückgangs in den 60er und 70er Jahren nahm die Zahl der Stimmhaltungen dramatisch zu, welche Wahl man auch immer betrachtet. Rechnet man die nicht in den Wählerlisten eingetragenen Personen hinzu, findet man sich mit einer den Verhältnissen in den USA vergleichbaren Situation konfrontiert. Stimmhaltungen dieser Größenordnung sind heute in allen sozialen Schichten und allen Regionen festzustellen.
2. Die Linke hatte nur zwischen 1978 und 1981 eine Mehrheit. Die Rechte jedoch wurde durch das Erstarken der extremen Rechten in Schwierigkeiten gebracht, deren Stimmen ihr im zweiten Wahlgang nicht in vollem Umfang zur Verfügung standen. 1997 hatte das Linksbündnis zwar die Mehrheit in der Nationalversammlung, war jedoch den Wählerstimmen nach in der Minderheit. Und doch ist das Wahlergebnis 2002 nach dem von 1993 das schlechteste während der gesamten Fünften Republik.

3. Interne Entwicklungen der Linken sind die entscheidenden Gründe für dieses Ergebnis:

– Nach drei Jahrzehnten der Führung in der französischen Linken kollabierte die KPF (Kommunistische Partei Frankreichs). Sie erreichte niemals wieder ihren Spitzenwert von November 1946 mit 28,6% der Stimmen. Zwar stiegen in den 60er Jahren die Wahlergebnisse wieder an, doch wurde dieser Anstieg am Ende des Jahrzehnts unterbrochen. 1981 wurde sie endgültig durch ihren sozialistischen Rivalen verdrängt: Ihr Abstieg hat seither den Charakter einer unumkehrbaren Abwärtsbewegung angenommen, die sie Stufe für Stufe im Jahr 2002 zu dem niedrigsten Ergebnis ihrer gesamten Wahlgeschichte führte (3,4% bei den Präsidentschafts- und 4,8% bei den Parlamentswahlen). Ihre Wählerschaft zog sich zurück, ihre geografische Verteilung ist unausgewogen (die KPF tritt in rund sechzig Departements kaum noch in Erscheinung), die Partei ist überaltert (nahezu drei Viertel der Wähler von Robert Hue sind älter als 45 Jahre), und sie steht nicht mehr für die politische Vertretung der großen Masse des Volkes, vor allem der Arbeiter.

– Seit 1981 dominiert die Sozialistische Partei die Linke. In den 70er Jahren näherte sich die durch den Parteitag von Epinay völlig umgestaltete Sozialistische Partei (auf diesem Parteitag gelangte mit François Mitterand ein von außen kommender Politiker an die Parteispitze) den "neuen sozialen Bewegungen", also feministischen, regionalistischen, politisch-ökologischen Bewegungen und Selbstverwaltungsbestrebungen. Sie stützte sich auf die Dynamik des Linksbündnisses (das die Kommunistische Partei seit dem Beginn der 60er Jahre auf ihre Fahnen geschrieben hatte), um sich zu profilieren und dabei als politische Formation zu erscheinen, die zugleich links (der Antikapitalismus ist offizielles Parteiprogramm) und realistisch ist. Ihre Wählerschaft nahm zu und veränderte sich: Ausgehend von ihren klassischen Bastionen in Nord-Pas-de-Calais und im französischen Süden gewann sie mehr und mehr die Stimmen der Frauen (die Mehrheit der Wähler von 1988 waren Frauen) und dehnte ihren Einfluss in die Mittelschicht aus. Anfang der 80er Jahre hatte die Sozialistische Partei die KPF in der Arbeiterschaft verdrängt. Doch mit der seit 1982 von den aufeinanderfolgenden sozialistischen Regierungen vertretenen Sparpolitik fiel sie nach und nach in der Gunst der Arbeiter. Seit 1995 kompensieren die Sozialisten diese Verluste durch den steigenden Einfluss auf Angestellte und mittlere und höhere Führungskräfte. Wie wenig stabil diese Verschiebung war, zeigen die Wahlen 2002.

– Die Grünen stellen die jüngste politische Kraft dar (die Partei wurde im Januar 1984 gegründet). Von Anfang an war das Merkmal, durch das sich die Öko-Partei auszeichnet, ihr Zögern. Zunächst ihre zögerliche Haltung in der Frage nach dem

Wesen ihrer Organisation. Die französischen Grünen waren gespalten: auf der einen Seite standen die Verfechter einer effizienten politischen Formation („parti écologiste“ – Ökologische Partei), die auf der politischen Bühne mitzuspielen in der Lage war, auf der anderen Seite standen die Anhänger, die dem Prinzip der Beteiligung an der Regierungsverantwortung in Form einer klassischen Partei abgeschworen hatten („confédération écologiste“ – Ökologisches Bündnis). Zögerlich war ihre Haltung auch in Bezug auf die politischen Ziele: Die französischen Grünen wechselten von der Verlockung einer eigenen Identität (Antoine Waechter, 1989-1993) nach der für sie misslungenen Wahl von 1993 ins Lager der Linken (Dominique Voynet, 1993 – 2002). Obwohl sie eine Bewegung mit weniger als 10.000 Mitgliedern sind, konnten die Grünen ihre Wählerbasis schrittweise erweitern. Waren sie anfangs in der Mittelschicht und in den einkommensstarken Kreisen verankert, breitete sich ihr Einfluss, trotz bedeutender Unterschiede bei den einzelnen Wahlen, landesweit und auf die verschiedenen Einkommensschichten aus. Trotzdem bleibt das Wahlverhalten der Wähler sehr ungewiss: Anfang der 90er Jahre sah es so aus, als ob die Grünen in der Lage wären, die durch die Jahre der Mitterrand-Regierung verbrauchte Sozialdemokratie abzulösen (14% bei den Regionalwahlen von 1992). Sie scheiterten jedoch bei den Parlamentswahlen von 1993 (3,6%) und den Präsidentschaftswahlen von 1995 (3,3%); bei den Wahlen zum Europäischen Parlament von 1999 verzeichneten sie einen neuen Höchststand (9,7%), den sie jedoch bei den Parlamentswahlen von 2002 nicht halten konnten (4,5% gegenüber 4,2% im Jahr 1997).

– Die extreme Linke war lange Zeit aus dem von der KPF besetzten politischen Feld „links von links“ ausgegrenzt. Sie hatte ihre Wurzeln vor allem in der studentischen Jugend und zeichnete sich stets durch ihre Zersplitterung (Trotzkismus, Maoismus, Anarchismus) und durch ihre sehr schwache Wählerbasis aus. Der Niedergang der Kommunistischen Partei schuf Platz zumindest für die beiden trotzkistischen Hauptgruppen Frankreichs: „Lutte ouvrière“ (LO – Arbeiterkampf), die über einige Verbindungen zu den Gewerkschaften (CGT und vor allem FO) eher in der Welt der Arbeiter präsent ist, profitierte davon, dass Arlette Laguiller bei allen Präsidentschaftswahlen seit 1974 kandidierte; die „Ligue communiste révolutionnaire“ (LCR – revolutionär-kommunistische Liga) engagierte sich seit Ende der 80er Jahre in der „sozialen Bewegung“. In den 90er Jahren gelang es der extremen Linken, die als Folge der langen wirtschaftlichen Depression der „neoliberalen“ Jahre einsetzende Radikalisierung der linken Bewegung zu ihrem Gunsten aufzufangen. Sie erzielte auf diese Weise Wahlerfolge, etwa bei den Regionalwahlen 1998 (22

Abgeordnete zogen in die Regionalräte ein), bei den Wahlen zum europäischen Parlament 1999 (5,2% stimmten für die Liste LO-LCR) und vor allem bei den Präsidentschaftswahlen von 1995, bei der die drei trotzkistischen Kandidaten zusammen fast 10,5 % der Stimmen erhielten und damit zwei von ihnen deutlich vor der KPF lagen.

Zweiter Teil: Welche Zukunft hat die Linke?

I. Die Situation der politischen Kräfte Frankreichs

A. Die Sozialistische Partei

Im Jahr 1993 markierte der Zusammenbruch der Sozialistischen Partei auf spektakuläre Weise das Ende der Ära Mitterand. Die Zeit für einen kompletten Neuaufbau war gekommen. In der ersten Zeit nutzte Michel Rocard die Schwäche seiner Konkurrenten (insbesondere die von Laurent Fabius), um die Führung in der Partei zu übernehmen und sie zu „modernisieren“, wobei er an seine Vorgehensweise der Jahre 1970 bis 1980 anknüpfte, als er noch der Haupttrivale Mitterands war. Da die Schwächung der KPF der Idee Recht zu geben schien, dass sich die Linke um die Sozialisten neu gruppieren wird, trat Rocard zur gleichen Zeit mit seiner Idee einer theoretischen Erneuerung des Sozialismus und einer grundlegenden Neuordnung der Linken durch die „Konferenz zur sozialen Transformation“ vor die Öffentlichkeit. Der Versuch scheiterte jedoch schnell aufgrund des persönlichen Misserfolgs des ehemaligen Premierministers bei den Wahlen zum europäischen Parlament 1994 (seine Liste erhielt lediglich 14% der Stimmen).

Nach einer Phase der Ungewissheit übernahm Lionel Jospin (er stand von 1981 bis 1988 als Nachfolger Mitterands an der Spitze der Partei) überraschenderweise die Führung der Partei. Er tat dies in einer kritischen Haltung und beanspruchte das „Recht auf eine Inventur“ der Ära Mitterands, und er stellte sich auf eine Position, die linker war, als es sich die Erben der durch Michel Rocard vertretenen „Zweiten Linken“ wünschten. Die Präsidentschaftswahlen von 1995 brachten Jospin (47,4% im zweiten Wahlgang) an die Spitze der Partei. 1997 gewann er völlig überraschend die Parlamentswahlen, wobei er seine reformistische Verankerung beibehielt und gleichzeitig auf die klare Strategie eines Bündnisses mit den übrigen linken Kräften setzte. Nach der Parlamentswahl stand Lionel Jospin daher an der Spitze einer mit den Kommunisten und den Grünen gebildeten Regierung der „Linkskoalition“. Er hatte damit sein Ziel einer Neuord-

nung der Partei erreicht, wobei er sich von der Logik der alten Strömungen freimachte (nur die linken Strömungen hielten sich trotz des 1993 auf „republikanischer“ Grundlage erfolgten Ausscheidens Jean-Pierre Chevènements bei ungefähr einem Viertel der Parteimitglieder).

In der ersten Zeit verfolgte die Regierung Jospin in der Reformpolitik eine recht klassische Linie (vor allem in der Frage der 35-Stunden-Woche), wobei sie von der günstigen Wirtschaftskonjunktur profitierte, die die Zwänge der nach den Maastricht-Kriterien notwendigen Haushaltskonsolidierung milderte. Doch die Konjunkturanfälligkeit und das Fehlen einer kohärenten Politik zur Ankurbelung des Konsums wie auch das zögerliche Angehen von Reformen in einigen entscheidenden Bereichen (vor allem in der Steuerpolitik) machten die sozialistische Führung derart vorsichtig, dass ihr Ansatz sich nur geringfügig von dem britischen „Dritten Weg“ Tony Blairs unterschied, auch wenn die französischen Sozialisten diese Politik offiziell ablehnten.

Die schlechten Ergebnisse bei den Gemeindewahlen 2001 waren also auch eine Warnung, die die Regierung nicht wahrhaben wollte, obwohl Kommunisten und Grüne eine klare Änderung der allgemeinen politischen Richtung nachdrücklich forderten. Der Druck der sozialen Bewegung zu Fragen der Löhne und der Sozialversicherung sowie zur Regelung des Problems der ohne Ausweispapiere in Frankreich lebenden Einwanderer („sans-papier“) vergrößerte die Kluft zwischen der sozialistischen Führung und der linken Basis. Bedingt durch den nahen Wahltermin 2002 war die interne Kritik in der Sozialistischen Partei begrenzt, obwohl die Strategiedebatten, die die politischen Führer wie üblich für ihre Positionierung nutzten, nie ganz verstummten: Während die sozialistische Linke und der Kreis um Henri Emmanuelli weiterhin klassisch-linke Positionen vertraten, schlugen Laurent Fabius und Dominique Strauss-Kahn einen Ton an, der stark an die „sozial-liberale“ europäische Ausrichtung erinnerte.

B. Die Kommunistische Partei

Die KPF schaffte es nicht, sich aus der tiefen Krise, die mit dem Scheitern des Linksbündnisses 1978 begonnen hatte und 1984 durch das schlechte Abschneiden bei den Wahlen zum europäischen Parlament noch verstärkt worden war, zu befreien. Das trotz der Reformversuche Michael Gorbatschows zusammenbrechende sowjetische System verstärkte diesen Prozess nur noch. Nach der Gegenbewegung zunächst der „rénovateurs“ (Erneuerer) im Jahr 1984 (Pierre Juquin) und später der „reconstructeurs“ (Wiederaufbauer) von 1987 (Claude Poperen, Marcel Rigout) waren es die „refondateurs“ (Neugründer), die sich

gegen die Beschlüsse des Generalsekretärs Georges Marchais (1970-1994) auflehnten. Auch wenn es die „Neugründer“ im Gegensatz zu ihren Vorgängern schafften, in der Partei zu bleiben, konnten sie doch gegen die geschlossene Meinung einer Mehrheit nichts ausrichten, die in der Forderung nach Erneuerung – wie übrigens auch in den Bemühungen Gorbatschows – den Keim der Zerstörung der kommunistischen Ideale sah.

Es musste das Jahr 1994 und die Ablösung Georges Marchais' durch den Fraktionschef Robert Hue abgewartet werden, damit der Versuch eines „Aggiornamento“ unternommen werden konnte. Unter dem Schlagwort der „Veränderung“ nahm der neue Parteichef eine in der Tat erstaunliche Entwicklung in Angriff, die ihn teilweise in die Nähe der kritischen Argumente der „Neugründer“ brachte. Sein erfolgreiches Auftreten bei den Präsidentschaftswahlen und der Teilerfolg bei den Parlamentswahlen von 1997 (die KPF lag bei fast 10% und kam in die Regierung) festigten seine Position in der Partei. Doch seine Politik der „Veränderung“ stieß in der Partei auf zahlreiche Vorbehalte. Hinzu kamen eine relativ unklare ideologisch-strategische Ausrichtung und die Zwänge, die sich aus der Beteiligung an der mehr denn je von der Sozialistischen Partei dominierten Regierung ergaben, die dazu führten, dass die Botschaft der neuen Führungsmannschaft wenig Gehör fand. Ungeachtet des Misserfolgs bei den Wahlen zum europäischen Parlament im Jahr 1999 (6,8%) versuchte Robert Hue, die Dynamik der Erneuerung beizubehalten und trat für die Gründung einer „neuen kommunistischen Partei“ ein, eine Idee, die im Frühjahr 2002 auf dem Parteitag in Martigue angenommen wurde.

Der Beschluss blieb jedoch im Wesentlichen auf dem Papier. Grund dafür war die Tatsache, dass es innerhalb der Partei und an ihren Außenrändern keine Kräfte für einen gemeinsamen Aufbau gab. Die während des Parteitags ruhenden internen Meinungsverschiedenheiten brachen 2001 von Neuem auf, angefacht durch Zweifel an der Wirksamkeit der Strategie einer Linkskoalition. Außerdem setzte sich der Prozess der Auflösung des Mitgliederbestandes fort: Während die KPF 1979 von offiziell 700.000 Mitgliedern sprach, zählte sie im Jahr 2000 nicht mehr als 180.000 und hatte, aller Wahrscheinlichkeit nach, vor den Wahlen 2002 weniger als 150.000 Mitglieder. Der Rückgang in den Mitgliederzahlen ging mit einem allgemeinen Absinken auch aller anderen Indikatoren einher: Die Zahl der Parteigruppen sank (13.000 im Jahr 2000 gegenüber 28.000 im Jahr 1978), die Presseverbreitung ging zurück (*L'Humanité* erreichte im Jahr 2000 eine Auflage von weniger als 40.000 Exemplaren gegenüber 120.000 Exemplaren im Jahr 1982).

Die KPF stellt sich als eine gealterte Partei dar, die ihre ideologischen Grundlagen aus der Epoche des „Marxismus-Leninismus“ verloren hat und in der die erwerbstätigen Bevölkerungsgruppen nur noch durch ihre Vergangenheit vertreten sind: Zu Beginn des neuen Jahrtausends steht die Identifizierung mit der Partei auf dem Spiel.

C. Die Grünen

Als Dominique Voynet 1993 die Führung der Grünen übernahm, markierte das den Beginn einer neuen Phase in der Geschichte der ökologischen Partei. Am Vorabend der Parlamentswahlen von 1993 machten die Grünen den Eindruck einer expandierenden Formation, fast den einer möglichen Ablösung der Sozialisten: Ihr innovatives Verhalten, ihr Charakter einer Bewegung, ihr gutes Image bei der Jugend und den Arbeitnehmern riefen Erinnerungen an die Dynamik der „neuen sozialistischen Partei“ in der ersten Hälfte der 70er Jahre wach. Das Festhalten an der durch Antoine Waechter durchgesetzten „fundamentalistischen“ Linie („weder rechts noch links“) hinderte die Grünen daran, ihren Erfolg bei den Parlamentswahlen von 1993 umzusetzen. Diese negative Erfahrung gab denjenigen Recht, die wie Dominique Voynet schon seit Jahren an einer Annäherung zwischen den Grünen und der radikalen Linken arbeiteten.

D. Voynet profitierte also anfangs von einem gewissen Konsens zwischen den Grünen, die sich in den „sozialen Bewegungen“ engagierten, und den „Linken“ in der grünen Bewegung (die im wesentlichen von dem Wirtschaftswissenschaftler Alain Lipietz vertreten werden). Dieser Konsens wurde jedoch zum Preis des Verdrängens der Grundsatzdebatten innerhalb der Linken erreicht: Zwischen der alternativen ökologischen Tradition (lange Zeit vertreten durch die deutschen Grünen) und der "liberal-freiheitlichen" Strömung war das Gleichgewicht nicht leicht herzustellen, und die Regierungsbeteiligung der Grünen – Dominique Voynet selbst wurde Umweltministerin – verschärfte das Problem noch.

Welchen Platz sollen die Grünen einnehmen? Sollen sie sich auf den Boden einer gewissen sozialen Radikalität stellen, wie es die Parteilinken und die Aktivisten in den Verbänden wollen? Oder sollen sie ihr Tun darauf ausrichten, der bevorzugte Partner der Sozialistischen Partei zu werden, um den bis jetzt durch die KPF eingenommenen Platz zu besetzen und irgendwann selbst an erster Stelle zu stehen? Der versteckt lauernde Konflikt brach teilweise 1999 mit der medienwirksamen Kandidatur von Daniel Cohn-Bendit aus. Er setzte sich für eine eindeutig „liberal-libertinäre“ Politik ein, die im europäischen Rahmen den Markt akzeptiert und mit den kritischen Stimmen der „Alt-Achtundsechziger“

und ihrer Bewegung in Einklang bringt. Trotz seines relativen Wahlerfolges (9,7%) konnte sich "Dany" in der französischen Organisation nicht durchsetzen. Nach vehementen internen Auseinandersetzungen – ein Bild, das die Grünen häufig bieten – wurde Noël Mamère ausgewählt, in den Präsidentschaftswahlen die Farben der Grünen zu verteidigen. Der Abgeordnete aus der Gironde besitzt drei Vorteile: Er ist medienwirksam; er hat sich mehrfach mit entschiedener Kritik zu Regierungsentscheidungen geäußert (vor allem zu Fragen der Sicherheit); er ist gleichzeitig mit Cohn-Bendit befreundet und unterstützte ihn bei den Wahlen zum Europaparlament.

Mit diesem instabilen Gleichgewicht gingen die Grünen im Frühjahr 2002 in die Wahl. Die Ergebnisse sind gemischt: Mamère übersprang die 5%-Hürde und machte die Grünen zur zweitstärksten Partei des Regierungsbündnisses; doch obwohl sie sich gegenüber den Parlamentswahlen 1997 leicht verbesserte, hat die Partei weniger Abgeordnete in der Nationalversammlung.

D. Die extreme Linke

Können die trotzkistischen Gruppierungen 2002 an die Wahlerfolge der letzten Jahre anknüpfen? Nach den Regionalwahlen von 1998 war sich die LCR sicher, dass aufgrund des Linksbündnisses ein Zusammengehen mit den Kommunisten und den Grünen ausgeschlossen ist. So beschloss man in Alain Krivines Partei ein Zusammengehen mit „Lutte Ouvrière“, ungeachtet der alten Rivalitäten und der zweifellos bestehenden kulturellen Unterschiede: die kompromisslose Radikalität von LO passt nicht zu dem intellektuellen und offenen Ansatz, der die LCR seit langem auszeichnete.

Die gemeinsame Ablehnung der Regierungspolitik beförderte das Bündnis zwischen den beiden konkurrierenden Parteien. Anlass zu dem Bündnis waren die Wahlen zum europäischen Parlament, bei denen die Liste LO-LCR die 5%-Hürde übersprang und es damit linksextremen Gruppierungen zum ersten Mal gelang, in das Europaparlament einzuziehen. Doch der Zusammenschluss war von kurzer Dauer: Die kulturellen Differenzen und insbesondere die Unterschiede im Verhalten gegenüber der sozialen Bewegung brachen schließlich auf, und die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen ließen bei der LO den Gedanken entstehen, von der Popularität Arlette Laguillers allein zu profitieren.

Die beiden Parteien zogen also getrennt in den Kampf. In der ersten Zeit schien es, dass „Lutte Ouvrière“ von der noch frischen Trennung klar profitierte, denn in den Meinungsumfragen erreichte die Partei Werte von bis zu 10%. Aber der engstirnige und sich ewig wiederholende Diskurs führten schließlich bei einem

Teil der potentiellen Wählerschaft zu Überdruß. Dem gegenüber hatte es die LCR mit der Wahl eines jungen unbekanntem Aktivisten, dem Briefträger Olivier Besancenot, verstanden, die Radikalität eines sich scharf gegen die Linkskoalition wendenden Diskurses mit einer gewissen Modernität im Stil zu verbinden, was einen nicht zu vernachlässigenden Teil der Jugend und der Arbeitnehmer anzog. Insgesamt jedoch wurden durch das gute Abschneiden der LCR erstaunlicherweise die parteiinternen Diskussionen neu entfacht, da nicht alle die Annäherung an die äußerst sektiererische LO von Arlette Laguiller begrüßt hatten: In den 80er Jahren hatte die LCR den Beschluss gefasst, sich der sozialen Bewegung anzuschließen, und in der Allianz mit der LO sahen viele einen Bruch mit diesem Beschluss. Dass Alain Kriviers Zögling fast gleichauf mit der medienwirksamen "Arlette" lag, bestärkte die Aktivisten in ihrer Auffassung, dass die sektiererische Haltung der LO ein Hindernis sei und die LCR sehr gut allein von der Radikalisierung des sozialen Konfliktes profitieren könne. Doch die den Präsidentschaftswahlen nachfolgenden Parlamentswahlen haben gezeigt, dass, auch wenn die trotzkistischen Gruppierungen ein wirklich historisches Wahlergebnis erzielten und sogar die KPF hinter sich ließen, sie territorial nicht verwurzelt sind, was für die Festigung ihres politischen Einflusses nötig wäre. Der Erfolg der Präsidentschafts- und die Enttäuschung der Parlamentswahlen entfachte so erneut die Strategiedebatten innerhalb des französischen Trotzkismus.

II. Die strategischen Debatten innerhalb der Linken

In den 60er Jahren, als die Institutionen der Fünften Republik die Spaltung in Linke und Rechte reaktivierten, wiederholte die KPF geduldig ihre Parole von der Union der Linkskräfte. In den 70er Jahren wurde diese Gemeinschaft realisiert, doch zum Nachteil der Kommunisten und zum Vorteil François Mitterrands. Die 80er und 90er Jahre wurden also bestimmt von einer nie in Frage gestellten Dominanz einer sozialistischen Partei, die es verstanden hatte, den symbolischen Bruch von 1968 zum eigenen Vorteil zu verarbeiten. Die Niederlage der Linken bei den Parlamentswahlen von 1993 schien das Ende der sozialistischen Ära einzuleiten; das Überraschungsergebnis von 1997 gab ihr die Chance einer Neuauflage, wobei das von Lionel Jospin gewünschte Linksbündnis die Regierungsverantwortung übernahm.

Mit dem Ausgang der Wahlen von 2002 veränderte sich die Situation der Linken. Die Sozialisten erlitten bei den Präsidentschaftswahlen eine furchtbare

Niederlage, wobei die Parlamentswahlen auch zeigten, dass sie nach wie vor die zur Zeit dominierende linke Kraft sind. Die Grünen konnten ihren Platz in der politischen Landschaft Frankreichs festigen, ohne jedoch den der KPF einnehmen zu können. Die extreme Linke hatte im Spiel der institutionalisierten Linken die Rolle des Spielverderbers übernommen, blieb jedoch in ihrem Wirken durch die unzureichende regionale Verankerung eingeschränkt, an der auch die Regionalwahlen von 1998 und die Kommunalwahlen von 2001 nicht wirklich etwas änderten. Die KPF hingegen blieb auf der Strecke, bewahrte sich jedoch eine solide lokale Grundlage und hat den Trumpf einer Parlamentsfraktion, die ihre Positionen in den zu erwartenden Debatten geschickt einzubringen versteht. Insgesamt betrachtet muss sich die Linke auf neue Kräfte besinnen.

1. Die Sozialistische Partei

1. Für die Sozialistische Partei ist der Zeitpunkt einer Neuordnung noch nicht gekommen, doch muss sie aufpassen, den Moment nicht zu verpassen. Offiziell hat sich die Mehrheit der Partei gegen die „sozial-liberale“ Richtung der britischen Labour-Partei ausgesprochen. Der von Tony Blair propagierte „Dritte Weg“ steht für die Suche nach einer Art Ersatz für den Wohlfahrtsstaat, der die sozialdemokratische Entwicklung der Nachkriegszeit bestimmte hatte. Folglich haben die theoretischen Überlegungen von Ulrich Beck und Anthony Giddens bis heute die französischen Sozialisten nicht überzeugt, da sie mit der historisch bedingten unausrottbaren Lebenskraft einer radikalen politischen Strömung rechnen müssen, die im angelsächsischen Raum kaum vorhanden ist. Lionel Jospin pflegte daher die Unterschiede zu seinem britischen Amtskollegen. Doch auch wenn sich der Diskurs der französischen Sozialisten von dem jenseits des Ärmelkanals unterscheidet, scheint sich doch die stärker „sozial“ ausgerichtete französische Regierungspolitik von der an den Ufern der Themse verfolgten Richtung nicht allzu sehr zu unterscheiden. Auf europäischer Ebene wird Lionel Jospin innerhalb der Sozialdemokraten als ein Gegengewicht zum „Blairismus“ wahrgenommen. In Frankreich trifft dies dagegen nicht zu, hier haben die Einwände der sozialen Bewegung ernste Zweifel an der Reformkraft und dem sozialen Engagement der Regierung aufkommen lassen. Wenn sie heute zwischen Sozial-Liberalismus und Sozial-Demokratie wählen müsste, worauf würde sie die Wahl wohl gründen?

2. Die dominierende Kraft des der Vergangenheit angehörenden Linksbündnisses befindet sich in der Krise. Was ist den Sozialisten widerfahren? Haben sie

schlecht regiert? Ja und Nein, antwortet Henri Emmanuelli: Seit 2000 verzichtete die Regierung darauf, Reformen durchzuführen, und ist „zum Verwalter einer sozial-liberal geprägten Phase“ geworden (*Libération*, 12. September). Ein trügerisches Argument, behaupten zehn Tage später Alain Bergounioux und Henri Weber (*Libération*, 23. September): Reformen ziehen sich durch die gesamte Legislaturperiode. Sie meinen jedoch auch, dass es den Sozialisten nicht gelungen sei, die „realistische Utopie zu verkörpern, ohne die sich die Bürger zurückziehen“. Was tun? Die Liste der Antworten, die die Sozialisten vorschlugen, ist lang. Theoretisch will keiner dem britischen Beispiel folgen: Laurent Fabius lehnt es ab, als geklonter Tony Blair daher zu kommen, und Dominique Strauss-Kahn schwört bei allem, was ihm heilig ist, dass er nicht liberal sei. Doch der Fabius-Anhänger Henri Weber diskutiert öffentlich mit Jean-Marie Bockel, der aus seiner Bewunderung für den Führer der englischen Labour-Partei keinen Hehl macht.

3. Am Tag nach der Wahl, die mit aller Deutlichkeit den Vertrauensentzug des Volkes für die Linke deutlich gemacht hatte, war man nicht gut beraten, wenn man sich in der Sozialistischen Partei zu weit „rechts“ zeigte. Bis heute befinden sich die eindeutig linken Strömungen im Aufwind. Henri Emmanuelli, der 1995 gegen Lionel Jospin im Vorentscheid zum Präsidentschaftskandidaten angetreten war, veröffentlichte sofort seinen Appell, das „Zentrum der Schwerkraft in der Sozialistischen Partei zu verschieben“, um, wie er hinzufügte, es „wieder links zu verankern“. Ihm schloss sich ein Teil der sozialistischen Linken um Jean-Luc Mélançon an. Julien Dray dagegen folgte ihnen nicht: Er hielt es lieber mit den alten „Jospinisten“ wie Jean-Marie Peillon oder dem populären Arnaud Montebourg, um mit ihnen gemeinsam dem Bedürfnis nach einer „Neuen Sozialistischen Partei“ nachzukommen, während sich Martine Aubry Ende Juni darauf beschränkte, mit ehrlicher Überzeugungskraft von den Sozialisten eine „Allianz der Ausgegrenzten, der unteren und mittleren Klassen“ zu fordern, was für sie auch bedeutete, den Gemeinschaftssinn wieder zu entdecken, den die liberale „Individualisierung“ zurückgedrängt hatte.

4. Welche politischen Inhalte und welche Allianzen werden gebraucht?

- Insgesamt bleiben die Sozialisten ihrer Logik des herrschenden ökonomischen Systems treu. Der Fragebogen, der Anfang September an die Mitglieder versandt wurde, erinnert daran, dass es das Ziel der Sozialisten ist, „den Kapitalismus zu steuern“, und selbst Henri Emmanuelli, der sich gegen einen „pseudorevolutionären Diskurs des Bruchs“ mit dieser Gesellschaftsordnung aussprach, ließ

den Gedanken einer „Unterstützung der Marktwirtschaft“ zu, wobei er hinzufügt, dass man sich ihr nicht „unterwerfen und vorbehaltlos verschreiben“ dürfe. Innerhalb dieser gemeinsamen Vorgehensweise, die langfristig die Grundlage der sozialdemokratischen Herausforderung bildet, zeichnen sich jedoch unterschiedliche Modalitäten ab. Als Leser der Theoretiker des Sozialliberalismus ziehen die Fabius-Anhänger eine Chancengleichheit für jeden Menschen der traditionellen Logik einer Verteilungsgleichheit vor. Der linke Flügel dagegen scheint sich eher der Suche nach einer Politik der sozialen Umverteilung verschrieben zu haben, die sich auf die Erhaltung eines staatlichen Sektor stützt.

- Mit welchen Allianzen soll all dies erreicht werden? Die provisorische, von François Hollande (der sich kürzlich zu einem von der stärksten Partei genau kontrollierten Linksbündnis bekannte) vertretene Hauptachse behält natürlich die „Sammlung der Linken“ als Ziel bei. Aber sie sträubt sich noch gegen das Projekt einer Einheitspartei, dessen Wirklichkeitsferne die Sozialisten am Ende des Sommers erfahren mussten. Wodurch nun kann dieses Linksbündnis ersetzt werden? Auf diese Frage wird man später antworten. Im Augenblick, so erklärte François Hollande auf der Sommeruniversität seiner Partei, „schlage ich vor, dass wir uns nur noch mit uns selbst beschäftigen“.

- Es sind eher die Anhänger des „rechten“ Flügels der Sozialistischen Partei, die weiterhin für eine „große Partei der Linken“ plädieren. Am 2. Oktober erklärte Dominique Strauss-Kahn, der erste Minister für Wirtschaft und Finanzen im Kabinett Lionel Jospin, in einem Artikel der Zeitung *Le Monde*, dass man zwischen „Reformen“ und „Radikalität“ zu wählen und sich zwischen dem Weg einer „linken Partei“ und dem eines „radikalen Pols“ zu entscheiden habe. Er brachte damit seine Befürchtungen angesichts eines eventuellen Bündnisses mit den Kommunisten, der extremen Linken, den Grünen und einem Teil der sozialen Bewegung zum Ausdruck.

B. Die Grünen

1. Seit den Präsidentschaftswahlen zeigen sich die Grünen sehr aktiv und wollen mit einer gewissen politischen Radikalität Boden gewinnen. Noël Mamère zufolge ebnet der Rückgang der Sozialistischen Partei und der KPF den Grünen den Weg, die „durchaus legitimiert sind, eine Mittlerrolle zwischen der politischen und der sozialen Linken, zwischen einer Linken in der Opposition und einer Linken in der Verantwortung zu spielen“ (*Le Monde*, 26. April). Der Kandidat der Umwelpartei bezog während des gesamten Wahlkampfes eine eindeutig „radikale“ Stellung. Er strebte an, aus seiner politischen Bewegung auf

dieser Grundlage den Ausgangspunkt für eine Neuordnung „all derer, die vom Geist von Seattle und Mailand erfüllt sind“, zu formen. Die Grünen lehnen alles ab, was den Anschein eines "radikalen Pols" weckt und bevorzugen einen Diskussionsraum oder ein „Forum“, wobei sich der Bogen „von Attac bis Act-Up“ spannt. Sie hoffen, sich mit der Besetzung des von ihrem neuen Kandidaten beschriebenen Terrains als einzige verbindende Kraft der Linken zu etablieren und sich damit zum Gesprächspartner par excellence für eine Sozialistische Partei zu machen, die „sich auf ein *aggiornamento* zu bewegen“ wird, wie Noël Mamère weiter sagte.

2. Die Grünen stecken in der Tat in einer seltsamen Situation. Alles in allem könnten sie mit ihren Wahlergebnissen zufrieden sein, denn es sind die besten, die man bei Wahlen dieser Art erzielen kann. Aber ihre zahlenmäßig geringe parlamentarische Vertretung bewirkt, dass ihre Organisation an chronischer Schwäche leidet und ihre institutionelle Einbindung von dem guten Willen eventueller Partner abhängt. Und ob zu Recht oder zu Unrecht: Die ökologische Bewegung hat das bittere Gefühl, dass ihnen ihre Führungspersönlichkeiten zunächst durch die „national-republikanischen“ Hoffnungen eines Jean-Pierre Chevènement und später mit dem Durchbruch der trotzkistischen Linken abhanden gekommen sind. Jetzt, wo sich ein Raum vor ihnen aufzutun scheint, beschäftigen sich die Grünen einmal mehr mit internen Querelen, was zu ihren absoluten Stärken gehört. Sie zu entschlüsseln ist übrigens nicht einfach.

3. Insgesamt fällt das Urteil der Grünen über das Experiment der Regierungsbeteiligung massiv kritisch aus. Ohne Zweifel ist dies der Hauptgrund für den freiwilligen Rückzug von Dominique Voynet, deren politische Amtsführung in den letzten Jahren nicht immer Zustimmung fand. Die ehemalige Umweltministerin kann sich mühen wie sie will, damit die fünf Jahre ihrer Beteiligung an „der am weitesten links stehenden Regierung in ganz Europa“, wie sie auf der Sommeruniversität der Grünen am 27. August letzten Jahres erklärte, angemessen bewertet werden. Ihre Zuhörer folgen ihr nicht und kritisieren vielmehr den sozial-liberalen Geist der letzten Regierung. Welche Orientierung soll man beibehalten? In den letzten zehn Jahren haben die Grünen aufgrund ihrer internen Meinungsverschiedenheiten und Umgruppierungen viel gezögert: Linksruck Anfang der 90er Jahre (Distanzierung von Antoine Waechter), Versuch der Annäherung an die „kritischen Linken“, 1994 „liberal-libertinäre“ Tendenzen mit Daniel Cohn-Bendit, Beteiligung am Linksbündnis

1997 usw. All dies ist vorbei und hinterlässt bei den Grünen eine Erwartung. Was soll man in der Zukunft tun?

- Dominique Voynet hätte vielleicht den Ehrgeiz, die Rolle eines Joschka Fischer in Frankreich zu spielen: Sie hatte jedoch nicht die Mittel dazu, was vor allem daran lag, dass ihr der absolute Führungsanspruch der Sozialistischen Partei Jospins nicht die Möglichkeit dazu gab. Im Herbst zeigte sie offen ihre Präferenz für die Gründung einer zeitlich begrenzten großen Linkspartei unter Einbeziehung der Grünen, was sowohl die Linken unter den Grünen als auch die Anhänger Noël Mamères ablehnten.

- Die von Noël Mamère vertretenen Grünen wünschen sich eine klare linke Verankerung, womit sie sich gegen die sicherheitsbezogenen Entscheidungen sowohl der Rechten wie auch der Sozialistischen Partei wenden. Sie verteidigen die Existenz eines öffentlichen Sektors und verurteilen entschieden die Globalisierung und die sozial-liberalen Denkweisen, die Noël Mamère ohne Zögern der Sozialistischen Partei unterstellt. Er plädiert für ein Engagement der Grünen gegen Globalisierung und Liberalismus. Mit wem kann man zusammen gehen? Die Grünen nennen bereitwillig die soziale Bewegung und kämpfen einhellig gegen die Vorherrschaft der Sozialistischen Partei. Welche Haltung beziehen sie gegenüber den anderen Teilen der Linken? Hier sind die Formulierungen verschwommener. Es gibt eine starke Tendenz, den Aufschwung der Grünen zur Bedingung einer Neugestaltung der Linken zu machen. „Seid stolz, zu den Grünen zu gehören!“, so etwa war der Sinn der Worte Noël Mamères während der jüngsten Sommeruniversität, „geht in die Verbände und zeigt euch dort als streitbare Umweltschützer.“ Man kann annehmen, dass der Erfolg ihrer Gesinnungsgenossen jenseits des Rheins die Grünen noch mehr in diese Richtung drängen wird. Doch ihre Situation ist und bleibt trotz aller Bündnismöglichkeiten ungefestigt.

- Die Linken innerhalb der Grünen entwickeln hingegen eine alternative Dynamik, die sich nach wie vor an der Tradition der deutschen Grünen in den 80er Jahren orientiert. Zur Zeit der Präsidentschaftswahlen waren sie unterbewertet, doch scheinen sie von den Entwicklungen nach den Wahlen zu profitieren. Ende November stieg Alain Lipietz, der eine Zeit lang der offizielle Präsidentschaftskandidat der Grünen war, in den Parteistrukturen auf, so dass er in Zukunft eine ganz entscheidende Rolle spielen könnte.

C. Die Kommunistische Partei Frankreichs

1. Die Kommunistische Partei ist auf der Suche nach einer Ersatzformel für das Linksbündnis und nach einer Möglichkeit, sich der Vorherrschaft der Sozialistischen Partei zu entziehen. Während seines Wahlkampfes hatte Robert Hue das Kräfteverhältnis der Linken kritisiert und betont, dass man etwas anderes finden müsse. Alternative Vorschläge entwickelte er jedoch nicht. Unmittelbar nach dem ersten Wahlgang formulierte Marie-George Buffet die Idee der Schaffung eines ständigen Forums, das auf die „Mobilisierung aller Kräfte zielen und sich mit den Fragen der sozialen Umgestaltung auf der Ebene der Politik, der Gewerkschaften, der Verbände und der Bürger befassen“ sollte. Sie tat das in der Überzeugung, dass die „Linke die Initiative in die Hand nehmen“ müsse. Unmittelbar vor dem zweiten Wahlgang wiederholte sie ihren Vorschlag in *Le Monde* vom 4. Mai, wobei „jede Sammlungsbewegung, die lediglich auf einer simplen Addition der Stimmen oder der politischen Kräfte aufbaut“, von ihr abgelehnt wurde. „Wir brauchen“, fuhr sie fort, „eine neue Dynamik des Zusammenschlusses, die sich um einen starken politischen Inhalt organisiert.“

2. Muss die KPF ihre Strategie nicht noch präzisieren, und muss sie nicht wenigstens in klarer Form über mögliche Perspektiven diskutieren? Diejenigen, die sich selbst als "Neugründer" bezeichneten, verlangen genau das. Seit Jahren schlagen sie eine tiefgreifende Reorganisation der Linken auf der Grundlage eines „neuen Gleichgewichts“ vor, wodurch die Vorherrschaft der Sozialisten abgebaut und die weiter links liegenden Komponenten gestärkt werden könnten. Dieser Schritt der Umstrukturierung, der unter dem Schlagwort „radikaler Pol“ oder „alternativer Pol“ bekannt ist, hat weder die Gründung einer einzelnen politischen Formation auf der Seite der Radikalen noch einen einfachen Zusammenschluss der Organisationen links von der Sozialistischen Partei im Sinn. Aus den Erfahrungen des Dezember 1995 zielt der Vorschlag, den das Wochenblatt der „Neugründer“ *Futurs* mehrfach unterbreitet hat, darauf ab, die am stärksten nach „Radikalität“ strebenden Kräfte zu sammeln, damit sie ein wirkliches Alternativprojekt zum Liberalismus in Umrissen entwerfen und bei Wahlen den Schwung einer subversiven politischen Dynamik nutzen können. Das ist mehr als ein einfacher Diskussionsraum, der es den einzelnen Parteien überließe, die Radikalität politisch auszudrücken, und ist gleichzeitig doch weniger als eine homogene politische Formation.

3. Im Unterschied zu den Ereignissen der 80er Jahre hat die KPF das Experiment ihrer Regierungsbeteiligung bis zum Ende durchgestanden. Sie musste zwar

„manchmal die Stimme heben“, wie sie es selbst formuliert, doch sie war bis zum Schluss in der Regierung vertreten und hat damit *grosso modo* die Spielregeln der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse eingehalten. Jetzt muss sie für ihre damalige politische Entscheidung gerade stehen. Wie kann man aus der Talsohle herauskommen? Am 26. Juni diesen Jahres stellte Marie-George Buffet auf der Nationalkonferenz in Gennevilliers noch einmal die Fragen, die sie in ihrem Schlusswort auf dem Parteitag im vergangenen Jahr schon gestellt hatte. Ist die Zersplitterung der Kräfte, „die etwas anderes erwarten“, nicht die Ursache für unsere Wirkungslosigkeit, formulierte sie, und setzte auf der gleichen Linie fort: „Muss man nicht aus diesem Anspruch – der Fähigkeit dieser Kräfte zur sozialen Umgestaltung genügend Gewicht zu geben – eine strategische Frage machen?“ Doch die Gestaltung des politischen Weges führt schnell zu Diskussionen in einer Partei, in der alle danach zu streben scheinen, die faktische Unterordnung unter die von der Sozialistischen Partei durchgesetzten Mehrheitsentscheidungen zu durchbrechen. Ein Teil der Mitglieder der KPF wie auch der Parteiführung sucht nach Bündnismöglichkeiten links von der Sozialistischen Partei. Niemand – noch nicht einmal diejenigen, die auf die Gründung eines „radikalen Pols“ orientieren – scheint dabei die Gründung eines engen Zusammenschlusses mit den Organisationen der extremen Linken anzustreben. Doch die Kommunisten zögern, wenn es um die Nutzung der politischen Konvergenzen geht. Muss man versuchen, sich von den bestehenden Gruppierungen zu lösen und die Millionen von Menschen, die ihrem Wunsch nach einer Alternative Ausdruck verliehen haben oder sich der Stimme enthielten, direkt zusammenzuführen? Dies würde voraussetzen, dass die KPF eine Fähigkeit der Sammlung verschiedener Kräfte entwickelt, von der die anderen, ob nun einfache Mitglieder oder politisch Verantwortliche, weit entfernt sind. Herstellung neuer Beziehungen zum Volk, Entwicklung anderer Formen des Umgangs mit den Verbänden, Suche nach Konvergenzen, einschließlich von Wahlbündnissen, mit allen radikalen Gruppierungen – das wären die anzustrebenden Ziele. Hierfür müssen jedoch Vorurteile überwunden werden, die immer noch viele Mitglieder haben und ein Grund für ihre vehemente Ablehnung der Sozialdemokratie und der extremen Linken sind.

D. Die extreme Linke

1. Wird die extreme Linke in der Lage sein, ihren Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen fruchtbringend für sich zu nutzen? Die unnachgiebige Haltung von Arlette Laguiller im zweiten Wahlgang (sie hatte es entschieden abgelehnt, ihren Anhängern eine Wahlempfehlung für Jaques Chirac zu geben)

zeigt, dass der Wahlerfolg nichts an der strategischen Ausrichtung der äußerst sektiererischen „Union Communiste Internationaliste“ geändert hat. Am Abend des 21. April versicherten die Freunde Arlette Laguillers lediglich, „dass es in Zukunft für die verschiedenen Abteilungen der extremen Linken darauf ankommen wird, abgesehen von den Wahlergebnissen eine größere Rolle in der Welt der Arbeiter und ihren zukünftigen Kämpfen zu spielen“. Die LCR fühlte sich durch das unerwartet gute Ergebnis Olivier Besancenots ermutigt und betonte, dass „die Frage einer neuen antikapitalistischen Kraft, einer neuen Partei der Arbeiter und der Jugend in aller Schärfe gestellt“ werden müsse. Die Organisation Alain Krivines hatte in den 80er und 90er Jahren eine Linie entwickelt, die darauf abzielte, eine Bewegung und offen für neue Formen der Mobilisierung zu sein (Protestbewegungen wie *Ras l'front, les Sans*). Sie verzichtete nach den Regionalwahlen von 1998 auf die Perspektive einer das Feld der Radikalität mit einbeziehenden politischen Formation und kehrte zu einer im klassischen Sinn „bolschewistischen“ Linie zurück, wobei sie darauf abzielte, sich das Netz der Verbände zur Stärkung der politischen Avantgarde zu Nutze zu machen. Welche langfristigen Auswirkungen werden die Präsidentschaftswahlen haben? Im Augenblick zögert die LCR, zurückgeschreckt durch die heftigen Vorwürfe der LO, sie habe sich mit dem Aufruf, am 5. Mai „gegen Le Pen“ zu stimmen, selbst verleugnet.

2. Am Tag nach der eher enttäuschenden Parlamentswahl kehrte die extreme Linke in ihre Situation der Spaltung zurück. Die 10% des 21. April haben jedoch die Notwendigkeit einer Neudefinition der strategischen Perspektiven offenkundig gemacht.

- Die Bündnisfrage beunruhigt die Freunde Arlette Laguillers sicherlich kaum, da sie es wieder einmal vorziehen, die Einsamkeit des „Revolutionärs“ zu pflegen, und sie es nicht lassen können, die „Kleinbürger“ der LCR zu geißeln.

- Die LCR dagegen ist unschlüssig. Die Aktivisten dieser Organisation wissen, dass ihr politischer Einfluss begrenzt bleibt. Eine Zeitlang hatte sie sich auf dem „Wählerkredit“ der allgemeinen Sympathie für „Arlette“ ausgeruht. Heute sind sie gezwungen, andere Konvergenzen zu finden. Aber mit wem? Im Augenblick ist die LCR etwas blockiert durch die generelle Ablehnung des Linksbündnisses und der Regierungsbeteiligung. Wenn gesagt wird, dass das Verhalten Einzelner in der Zeit von 1997 bis 2000 kein Hindernis für gemeinsame Aktionen sein müsse, so sind das schüchterne Ansätze. Aber die Idee eines Bündnisses mit den Mitgliedern der früheren parlamentarischen Mehrheit bleibt verboten. Die LCR hält sich demnach offiziell an eine doppelte Erklärung: Die Forderung nach „einer Mobilisierung aller demokratischen Kräfte“ (vgl. die Erklärung der LCR

vom 20. August gegen „die Freiheit beschränkenden Projekte“) und die Idee, dass man „eine neue antikapitalistische Kraft gründen muss, die einen Bruch mit der negativen Bilanz der Linkskoalition vollzieht“. (Olivier Besancenot, 10. Juni 2002).

D. Außerhalb der Parteien

Seit 1995 ist die Szene der „sozialen Bewegung“ mit ihren zahlreichen Versuchen einer autonomen Politisierung beschäftigt. Ausgelöst durch die November- und Dezemberstreiks, fand Ende 1995 ein Treffen zwischen den Aktivisten der Bewegung – häufig Gewerkschafter, die in den eigenen Organisationen eine Minderheit bilden oder Mitglieder in der jungen, aus der CFDT hervorgegangenen Gewerkschaft *Sud* sind – und Intellektuellen von der extremen Linken bzw. aus dem Umfeld des Soziologen Pierre Bourdieu statt. Erklärtes Ziel dieses Treffens, das sich den Namen „Generalstände der sozialen Bewegung“ gab, ist es, ausgehend von der Bewegung einen politischen Schulterschluss herzustellen, der nicht von Anfang an über die Parteien läuft. Die Bewegung schaffte es jedoch nicht, sich als Kraft zu etablieren. Doch die Akteure von 1995 treffen sich seither regelmäßig, um in einer weiter gefassten Perspektive über die anfangs gemeinsam konzipierten Aktionen hinaus im Gespräch zu bleiben. Wenn sich aus dieser Erfahrung auch keine greifbaren politischen Ergebnisse ableiten ließen, so führte sie doch wenigstens zu praktischen Gemeinsamkeiten, z. B. zur Schaffung der Kopernikus-Stiftung (Jacques Kergoat, später Yves Salesse), die sich zur Aufgabe machte, links von der Linken eine Art „Projektlaboratorium“ zu sein, vergleichbar mit der Saint-Simon-Stiftung für die Rechte und einen Teil der Linken.

Der Versuch der Politisierung der „soziale Bewegung“ gelang nicht, wofür man mehrere Gründe anführen könnte: das bewusste oder unbewusste Desinteresse der politischen Formationen, die das politische Meinungsmonopol der sozialen Bewegung weiter für sich beanspruchte; die Beibehaltung einer gewissen Kultur revolutionär- bzw. anarcho-syndikalistischer Herkunft, die gegenüber allzu staatsorientierten Parteiorganisationen prinzipiell misstrauisch ist; innerhalb der Bewegung sehr unterschiedliche Vorstellungen von dem, was moderne Radikalität bedeuten kann. Aus diesen Gründen konnte sich die radikalisierte soziale Bewegung von 1995 und die politischen Strukturen nicht zusammenschließen. Die Kluft zwischen ihnen zeigte sich besonders deutlich während der Parlamentswahlen von 1997: Alle Versuche, zu einer Absprache zwischen den Aktivisten der sozialen Bewegung und den „spezialisierten“ politischen Akteuren zu kommen, endeten mit einem Misserfolg.

Unmittelbar nach den Wahlen von 2002 wurde eine Vielzahl von Appellen verfasst, die alle zu einer Neuordnung der Linken insgesamt und zur Herbeiführung einer politischen Dynamik links von der Linken aufriefen. Diese auf Initiative von Minderheitsgruppen oder ehemaligen Mitgliedern linker Organisationen (KPF, Grüne, extreme Linke) verfassten Appelle führten zu keiner Veränderung der Parteienlandschaft. Doch die Zahl der Texte und ihrer Unterzeichner und der relativ große Erfolg der gemeinsamen Treffen lassen erkennen, wie umfassend das Feld möglicher Politisierungen im radikalen Bereich ist und wie schwer es ist, diese Initiativen der Aktivisten mit den bestehenden Organisationen zusammenzuführen.

III. Allgemeine Überlegungen

A. Das Ende einer Ära

Insgesamt steht die französische Linke mit all ihren Strömungen vor einer Entwicklung, die von mehreren historischen Umbrüchen geprägt wird:

Das Ende des Ford-Kapitalismus. Die Globalisierung geht mit einer generalisierten Liberalisierung einher, die die Lohnverhältnisse neu strukturiert, mit sowohl den Nationalstaat als auch den Wohlfahrtsstaat schwächt, die weltweite Ungleichheit verstärkt und das anfällige, durch den Sieg über den Faschismus und im Ergebnis des kalten Krieges erzielte Gleichgewicht destabilisiert. Der Eintritt in diese neue Phase schafft sowohl für die dominanten Führungen als auch für die klassischen Formulierungen der Alternative Irritationen: Die klassische sozial-demokratische Umverteilung und der „radikale Keynesianismus“ der Nachkriegszeit (also die am weitesten links einzuordnenden Varianten der Sozialdemokratie und das kommunistische Projekt der 60er Jahre) sind ebenso wie die Regierungsverantwortung nach bolschewistischem Modell den realen Gegebenheiten des heutigen Kapitalismus nicht mehr angemessen.

Das Ende der mechanischen Industrie und der Arbeiterbewegung. Die technologischen Revolutionen und der Beginn des Informationszeitalters haben zumindest in den entwickelten kapitalistischen Ländern die Produktionsprozesse verlagert, die Arbeitskollektive aufgelöst und die klassischen Grundlagen (Verbindung zwischen Großindustrie und Stadt) der Arbeiterbewegung verändert. Dabei ist der Arbeiter nicht etwa verschwunden, ganz im Gegenteil, sondern das Ende der Expansion der Gruppe der Arbeiter und die in die Tiefe gehende Transformation des Industrienetzes haben dem Mythos von der Klasse, die gemeinhin mit dem Volk gleichgesetzt wurde und deren Befreiung also auch die der Gesellschaft insgesamt sein sollte, ein Ende gesetzt. Die Betonung des Individuums – nicht zu verwechseln mit dem Individualismus, der spezifisch kapitalistischen Antwort auf diese neue Rolle des Einzelnen – und die Erkenntnis, dass soziale Entfremdung und Ausbeutung nicht zu trennen sind, jedoch auch nicht miteinander verschmelzen, relativierten den klassischen proletarischen gemeinsamen Kampf und gaben den verschiedenen Formen der Kritik an der alten Herrschaftsordnung mehr Raum. Durch den Rückgang der „Arbeiterbewegung“ wurde der Weg für die „sozialen Bewegung“ frei, in deren Mitte die „Bewegung für eine andere Globalisierung“ den universellsten Ausdruck im Weltmaßstab darstellt. Was diese soziale Bewegung - das globale Emanzipationsmodell – braucht, ist die politische Struktur, die die treibende Kraft

der Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts war und die ihr bisher noch fehlt.

Das Ende der repräsentativen Demokratie. Dieses Modell demokratischer Vertretung des Volkes hatte sich im 18. und 19. Jahrhundert durchgesetzt. Zur ersten ernsten Krise kam es mit der durch den Ersten Weltkrieg beschleunigten „Vermassung“. 1945 erlebte sie einen neuen Aufschwung und wurde „sozialer“. Gegenwärtig sieht sie sich einer bisher so nicht gekannten Strukturkrise ausgesetzt, die folgende Gründe hat: Die Nachkriegsgesellschaft wurde von Grund auf verändert (Entlohnung, Verstädterung, Feminisierung, Globalisierung, Individualisierung u. a. m.), ohne dass die Institutionen angepasst wurden. Die traditionellen Trennlinien zwischen Wirtschaft, Sozialbereich und Kultur erfassen die Komplexität der heutigen Gesellschaften nicht mehr. Die Bürgerbeteiligung, durch die der demokratische Zusammenhalt hergestellt wird, hat in den traditionellen territorialen Räumen und insbesondere im nationalen Rahmen keinen Platz mehr. Die heutige Demokratie leidet daran, sich für das Übernationale, die Welt der Arbeit und ganz allgemein die „Gesellschaft“ nicht genügend öffnen zu können. Allein im Rahmen des Repräsentationssystems wird sie dies auch nicht erreichen können.

Das Ende der „Union der Linken“, die zu Beginn der 60er Jahre ins Zentrum der Debatte rückte, als die KPF sie als Reaktion auf die Etablierung des gaullistischen Regimes der Fünften Republik auf ihre Fahnen schrieb. Sie kannte zwei Höhepunkte: 1972, als die Sozialistische Partei unter Mitterrands Führung den Vorschlag des Zusammenschlusses aufgriff und mit der KPF und den Linksradiكالen das Gemeinsame Regierungsprogramm unterzeichnete, und 1981, als François Mitterrand zum ersten Mal seit 1947 eine Regierung unter Einbeziehung kommunistischer Minister bildete. In der Zwischenzeit hatte die Sozialistische Partei ihren kommunistischen Verbündeten und Rivalen verdrängt. Die linke Regierungskoalition der jüngsten Geschichte stellt zweifellos die letzte Episode dieser historischen Periode dar.

Das heißt natürlich nicht, dass sich die französische Linke zur ihrer politischen Führungsrolle und den Mehrheitsverhältnissen, die derartige Entwicklungen ermöglichen, keine Fragen mehr stellen müsste. Doch die „Union der Linken“, die auf dem Bündnis zwischen mehreren institutionellen Parteien (an erster Stelle der KPF und der Sozialistischen Partei) aufbaute, entsprach einem bestimmten Zustand der Lohngesellschaft, der Volksvertretung und des Wohlfahrtsstaates. Die Suche nach einem Bündnis speziell zwischen den institutionellen Parteien entsprach der These, dass durch eine Präsenz in verschiedenen Behörden und Regierungsstellen die keynesianische Umverteilung organisiert und verbessert

werden könnte. Für die Sozialistische Partei ging es in den 70er Jahren darum, die reformistische Tradition des Wohlfahrtsstaates fortzusetzen. Die KPF dagegen wollte durch eine gewagte Politik demokratischer Reformen (Nationalisierungen und Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer) die Bevölkerung auf sozialistisch-kommunistische Strukturreformen vorbereiten. Dieses Gleichgewicht ist heute nicht mehr gegeben, was auf die sich unter dem Druck der Globalisierung, der Krise der politischen Vertretungen und der gegenwärtigen Art der Emanzipation vollziehende Transformation der Gesellschaft zurückzuführen ist.

B. Die Grundlagen einer Neuformierung

Die Linke wird also mit Forderungen konfrontiert, die eine Neugründung verlangen und die sich sowohl auf die Parteienlandschaft insgesamt als auch auf die Entwicklung jeder einzelnen Komponente beziehen.

Die Linke muss ihr Verhältnis zum Volk überdenken. Solange sie in der Lage war, die Erwartungen des Volkes (durch ihre aktive „gesellschaftliche“ Beteiligung) konkret auszudrücken und Träger der auf das Volk gerichteten Förderungsbemühungen zu sein, konnte sie das Volk durch eine Politik der sozialdemokratischen Umverteilung oder über den Umweg einer aus sowjetischer Utopie und konkretem Realismus bestehenden Mischideologie, die früher die Stärke der französischen Kommunisten war, durch städtische Aktionen und Gewerkschaftsmobilisierung „repräsentieren“. Um den verlorengegangenen Kontakt zum Volk wieder herzustellen, muss die Linke eine neue Basis finden (mit Blick auf die gegenwärtigen Formen der Sozialisierung und der vom Volk ausgefochtenen Kämpfe und nicht mit Sehnsucht nach der Vergangenheit). Andererseits wird von ihr erwartet, dass sie ein Gesellschaftsprojekt formulieren kann, in dem die verschiedenen Schichten der Bevölkerung den Platz finden können, den ihnen der Wohlfahrtsstaat teilweise zugestanden und der Neoliberalismus radikal weggenommen hatte.

Um wieder volksnah zu sein, muss die Linke ihre zukunftsorientierte und alternative Funktion zurückgewinnen. Ihre politische Niederlage hat vielfältige subjektive und objektive Ursachen. Ihre historischen Schwierigkeiten scheinen vor allem durch das Versagen sowohl des sowjetischen Systems als auch der Sozialdemokratie bedingt zu sein.

Neue zeitgenössische Projekte „marxistischer“ Herkunft werden den grundlegenden Dualismus, der für Frankreich so typisch ist, noch verstärken: Die Linke

teilt sich in zwei Lager: Die Einen passen sich an, da sie den Kapitalismus für unüberwindbar halten, und versuchen lediglich, seine „Auswüchse“ zu korrigieren; die Anderen gehen davon aus, dass es im Wesen des Kapitalismus liegt, Ungleichheiten zu schaffen; sie sind deshalb der Ansicht, dass soziale Umgestaltung im Interesse der Gerechtigkeit verlangt, den Kapitalismus zu „überwinden“ oder „abzuschaffen“. Dieser Dualismus hat Gründungsfunktion. Die Neuorientierung muss mehr als ein einfaches „Zurück zu den Quellen“ sein. Weder die sozialdemokratische Anpassung noch der „revolutionäre“ Geist werden durch das einfache Wiederholen der Lösungen des vergangenen Jahrhunderts weiter leben können. Die Sozialdemokraten müssen sich zwischen neuen und wirklichkeitsnahen Formen der Umverteilung einerseits und der „soften“ Version des „Sozial-Liberalismus“ andererseits entscheiden. Der radikale bzw. alternative Weg muss andere Alternativen zum Liberalismus für sich finden als das klassische Besinnen auf den Staat. Das sowjetische System hat in grausamer Weise gezeigt, in welche Sackgassen ein solcher Weg führen kann. Die kommunistische Tradition muss auf die alte, historisch jedoch in Vergessenheit geratene Erkenntnis zurückgreifen, dass der Kampf für die Emanzipation den Einklang von Kollektivem und Individuellem, die Ablehnung des Liberalismus und die Kritik am Etatismus bedeutet. Darin unterscheidet sich der revolutionäre (oder radikale) Ansatz von der sozialdemokratischen Lösung und vom „republikanischen“ Diskurs. Gleichzeitig gilt es, klar zu formulieren, dass eine Logik des „Überwindens“ des Kapitalismus davor schützt, den sozialdemokratischen Weg mit den Sackgassen eines „sowjetischen“ Systems verquicken zu wollen (Letzteres übt auf die extreme politische Linke nach wie vor Anziehung aus).

Die Linke muss sich neu konstituieren, indem sie zwei Prämissen formuliert Neugestaltung der Beziehungen zwischen sozialer Bewegung und politischen Strukturen. Das klassische Modell der Beziehung (sozialdemokratische und kommunistische Unterordnung; Trennung von „revolutionär-syndikalistisch“) entspricht nicht mehr der heutigen Zeit, in der Wirtschaft, Soziales und Politisches miteinander verwoben sind, das klassische Repräsentationsmodell, das den Parteien das Monopol der politischen Meinungsäußerung einräumte, disqualifiziert ist und die Beziehungen zwischen Einzelperson und Kollektiv neu geregelt werden. (Der Hauptgegensatz liegt tendenziell nicht mehr zwischen Individuum und Kollektiv, sondern zwischen einerseits vereinzelt und andererseits solidarisch handelnden Individuen, zwischen Individuum der Kapitalgesellschaften und Individuum der Gesellschaft, in der die Mitglieder gemeinsam für die Entwicklung der Menschen verantwortlich sind). In der

kommenden Periode wird es also darum gehen, neue Arten von Beziehungen zwischen den verschiedenen, am sozialen Konflikt beteiligten Akteuren herzustellen: Gewerkschaften, Verbände und Parteien müssen lernen, gemeinsam Projekte zu erarbeiten und dabei ihre funktionalen Unterschiede beizubehalten. Die Herstellung neuer Beziehungen zwischen den Komponenten der beiden Pole (Anpassung oder Überwindung des Kapitalismus) und zwischen den beiden Polen selbst. Diese neuen Beziehungen setzen voraus, dass man von dem klassischen Modell der organischen Verbindung (jeder Klasse oder jeder großen politischen Strömung seiner Partei) übergeht zu dem Modell der Zusammenarbeit in Netzwerken. In dieser Hinsicht muss die Projektzusammenarbeit an die Stelle der Zusammenarbeit zwischen Strukturen treten (was mehr oder weniger dauerhafte politische Gruppierungen nicht etwa ausschließt, sondern vor allem im Umgang mit den Institutionen impliziert).

Seit Beginn der 30er Jahre hat die Linke mehrere jeweils etwa 12 Jahre dauernde Zyklen der „Mäßigung“ (1947 – 1962; 1978 – 1993) und der „Radikalisierung“ (1934 – 1947; 1962 – 1978) durchlaufen. Nach dem Rückgang in den neoliberalen Jahren könnte man einen Radikalisierungszyklus mit etwaigem Beginn im Jahr 1993 ansetzen. Wird dieser Zyklus die Lage der Linken verändern und der Volksbewegung einen Aufschwung verleihen? Wie kann man in Frankreich und sicher auch in Europa der „sozialen Bewegung“ und der Bewegung der Globalisierungsgegner politische Kraft verleihen? Wird es auf dieser Grundlage möglich sein, eine Bewegung aufzubauen, die wie die Arbeiterbewegung in der Vergangenheit Veränderungen herbeiführt? Wird sich die Radikalität dieser „Bewegung“ bis in die nationalen und europäischen Institutionen durchsetzen? Diese Fragen werden die vor uns stehende Ära beherrschen, so wie die Union der Linken die drei vergangenen Jahrzehnte bestimmt hat.

Roger Martelli ist Herausgeber der Zeitschrift *Regards*,
Kommunistische Partei Frankreichs

ANHANG

1. Stimmhaltungen seit 1958

(Parlamentswahlen - Frankreich - in %)

Wahlen	1. Wahl- gang	2. Wahl- gang
23. und 30. November 1958	22,8	23,7
18. und 25. November 1962	31,3	28
5. und 12. März 1967	18,9	20,2
23. und 30. Juni 1968	20,0	22,2
4. und 11. März 1973	18,7	18,2
12. und 19. März 1978	16,8	15,1
14. und 21. Juni 1981	29,1	25
16. März 1986	21,5	
5. und 12. Juni 1988	33,9	29,8
21. und 28. März 1993	30,5	32,3
25. Mai und 1. Juni 1997	31,5	28,5
9. und 16. Juni 2002	35,8	
Mittelwert 1958-1978	21,4	21,2
Mittelwert 1981-2002	30,4	28,9
Mittelwert 1958-2002	25,9	24,3

2. Die Linksparteien zu den Parlamentswahlen unter der Fünften Republik

	1958	1962	1967	1968	1973	1978	1981	1986
KPF	18,89	21,87	22,51	20,02	21,41	20,61	16,13	9,7
SP	15,48	12,43	18,9	16,54	19,1	22,79	36,05	30,8
RAD/MRG/ PRG	5,75	4,95			1,72	2,16	1,48	0,8
DVG	5,12	2,47		0,74	0,41	1,37	0,7	1,2
Grüne								
Linke Gesamt	45,24	41,72	41,41	37,3	42,64	46,93	54,36	42,5
Extreme Linke		2,02	2,21	3,96	3,2	3,27	1,22	1,5

3. Die Linksparteien zu den Präsidentschaftswahlen unter der Fünften Republik

	1965	1969	1974	1981	1988	1995	2002
PCF		21,27		15,35	6,76	8,6	3,37
SP	31,72	5,01	43,25	25,85	34,09	23,3	16,18
MRG/PRG				2,21			2,32
DVG							
Grüne			0,75		3,78	3,3	5,25
ExtremeLinke		4,67	2,7	3,41	4,38	5,3	10,44
Linke (2. Wahlgang)	44,8		49,19	51,76	54,02	47,36	

4. Entwicklung des Verhältnisses links/rechts seit 1958

(Parlamentswahlen – Frankreich – 1. Wahlgang – in %)

Wahlen	Linke	Rechte	Differenz (in %)
23. Nov. 1958	43,6	56,4	12,8
18. Nov. 1962	43,8	56,2	14,4
5. März 1967	43,6	56,3	12,7
23. März 1968	40,5	58,9	18,4
4 März 1973	45,8	54,2	8,4
12. März 1978	52,2	47,5	4,7
14. Juni 1981	55,6	43,2	12,4
16. März 1986	45,6	54,6	9,0
5. Juni 1988	49,4	50,4	1
21. März 1993	35,3	57	21,7
25. Mai 1997	46,2	51,2	5,0
9. Juni 2002	38,8	56,1	17,3
Mittelwert 1958-1978	44,9	54,9	10
Mittelwert 1981-2002	45,2	52,1	5,6

4. Die Zusammensetzung der Wählerschaft jedes Kandidaten im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen (21. April 2002)

Lesehilfe: Die Wählerschaft d'Arlundte Laguillers besteht zu 50% aus Männern und 50% aus Frauen; die Gruppe der 18-24-jährigen macht 9% dieser Wählerschaft aus, die 25-34 jährigen 20 % etc.

	Arlundte Laguiller	Olivier Besancenot	Robert Hue	Lionel Jospin	Jean-Pierre Chevènement	Noël Mamère	Jacques Chirac	Jean-Marie Le Pen
	%	%	%	%	%	%	%	%
Geschlecht								
Mann	50	50	57	45	54	47	49	57
Frau	50	50	43	55	46	53	51	43
Alter								
18-24 Jahre	9	21	2	7	6	19	5	10
25-34 Jahre	20	22	8	15	10	26	12	15
35-44 Jahre	25	19	16	19	17	21	13	20
45-64 Jahre	30	26	32	33	31	24	35	35
65-74 Jahre	16	3	15	12	13	5	19	13
75 Jahre und darüber	2	7	27	14	22	5	16	8
Beruf								
Dienstleistungsberufe	12	20	10	12	15	18	9	13
Angestellte	24	18	14	19	11	18	15	18
Arbeiter	27	15	16	9	9	17	11	19
Rentner	18	13	45	32	37	8	35	21
Arbeitslose	3	4	2	3	1	3	3	6
Politische Nähe								
KPF	8	11	65	2	7	1	2	2
SP	21	18	10	63	17	18	2	4
Die Grünen	5	7	0	3	4	47	1	2

Rechte	8	4	1	2	13	2	63	17
Front National/M NR.	0	2	0	0	1	0	1	37

Die Linkspartei in Schweden

Schweden als Prototyp eines sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates

Linksparteien in Schweden leben und arbeiten mit der Erfahrung, dass die sozialdemokratisch dominierte Arbeiterbewegung des Landes über fast ein halbes Jahrhundert Interessen von Lohnabhängigen und Benachteiligten durch einen nationalen Klassenkompromiss unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung erfolgreicher vertreten konnte als dies der Arbeiterbewegung in anderen kapitalistischen Ländern Europas möglich war.

Seit der zweiten Hälfte der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts wurde der Begriff des „Schwedischen Modells“ als Prototyp eines sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates geprägt. Er verkörperte die frühzeitige und besonders fruchtbare Aufnahme des Keynesianischen Gedankenguts und seiner Verknüpfung mit traditionellen sozialdemokratischen Werten in der politischen Praxis. Bis zum Ende der 70er Jahre verfolgte der schwedische Wohlfahrtsstaat unter nahezu ununterbrochener Regierungsmacht der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SAP) seit 1932 (s. Anhang) den Anspruch, einen „Dritten Weg“ zwischen typisch kapitalistischen Ländern und denen des realsozialistischen Versuchs zu gehen. Das Modell erfüllte auch Beispielfunktionen gegenüber Entwicklungsländern. Zugleich stand es oft in der Kritik von seiten konservativer, marktliberaler und rechtsextremer Kräfte in Europa.

Kennzeichnend für das Modell waren :

- aktive Arbeitsmarktpolitik und kaum Arbeitslosigkeit
- ausgeprägte Sozialpartnerschaft, zentralisierte Tarifabkommen und solidarische Lohnpolitik, ein hoch entwickelter Korporatismus auf allen Ebenen der Staatsapparate
- weitgehend steuerfinanzierte öffentliche Sozialleistungen, die für alle Bevölkerungsschichten und Lebensalter der Bürger sowie für alle Fälle von Einkommensausfall etwa gleichwertigen Ersatz auf hohem Niveau boten (Universalitätsprinzip)

- ein weitgehender sozialpsychologischer Konsens um sozialdemokratisch geprägte Werte wie Gerechtigkeit, soziale Gleichheit, Sicherheit, Solidarität sowie eine dadurch geprägte politische Kultur der Konfliktlösung durch Konsensfindung und Pragmatismus.

Für die Herausbildung, die erfolgreiche Entwicklung und lang dauernde Stabilität dieses Wohlfahrtsstaates gab es in Schweden, außer in Europa generell wirksamen Ursachen für die Entwicklung der wohlfahrtsstaatlichen Existenzweise des Kapitalismus, auch *besondere nationale Bedingungen*, die zum Teil, modifiziert und abgeschwächt, fortwirken und auch für Parteien links von der Sozialdemokratie gegenwärtig bedeutsam sind.

Auf der Grundlage einer äußerst günstigen natürlichen Rohstoffbasis (Holz, Eisenerz, Wasserkraft) setzte erst im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts die Industrialisierung des Landes ein, die den damaligen internationalen Stand des technischen Fortschritts effektiv nutzte und von Anbeginn mit hochspezialisierten, intelligenzintensiven Spitzentechnologien und Produkten auf Lücken im Weltmarkt und eine entsprechende Exportstrategie orientierte. Dies wurde später und ist auch gegenwärtig eine durchgängige Strategie der Wirtschaftspolitik der sozialdemokratischen Regierungen.

Die Arbeiterbewegung war von Anbeginn hoch organisiert und wie kaum in einem anderen kapitalistischen Land sozialdemokratisch dominiert. Ca. 40% der Lohnabhängigen waren Mitglieder in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Bei den Gewerkschaften (Landesorganisation – LO) betrug der Organisationsgrad etwa 80%. Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften waren traditionell sehr eng miteinander verflochten. U.a. bestand bis in die 90er Jahre eine Kollektivmitgliedschaft von Gewerkschaftsgruppen in der SAP. Hinsichtlich Wähler- und Mitgliedschaft entstand zwischen ihnen eine auch gegenwärtig wirksame wechselseitige Abhängigkeit, die dazu beigetragen hat, die SAP alles in allem stärker links zu halten als andere sozialdemokratische Parteien und andererseits die Gewerkschaften in den Verteilungskompromiss einzubinden. (Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei war noch in den 90er Jahren mit 1,2 Mio. Mitgliedern größer als alle bürgerlichen Parteien des Landes zusammen.)

Die drei ursprünglichen Parteien des bürgerlichen Lagers (Konservative, Liberale und bäuerlich/mittelständisches Zentrum) und die in den 80er Jahren hinzugetretene Christlich-demokratische Partei sind traditionell zersplittert. Eine stabile Führerschaft als Gegenpol zur Sozialdemokratie hat sich nicht herausgebildet (zu Wahlergebnissen und Regierungen s. Anhang). Mit dem bereits 1916 erfolgten Eintritt des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei H.

Branting in eine bürgerliche Regierung waren frühzeitig erste Erfahrungen auf beiden Seiten mit einem derart institutionalisierten Klassenkompromiss gemacht worden. Aber auch harte Klassenauseinandersetzungen, Streiks, Aussperrungen, Hungermärsche, gewaltige Massendemonstrationen für das allgemeine Wahlrecht und der blutige Einsatz von Militär gegen Streikende in der 20er und 30er Jahren gehören zu Erfahrungen der Arbeiterbewegung.

Alles in allem aber bildeten demokratische politische Traditionen des Landes günstige Bedingungen für die Herausbildung des Modells. Seit den Königsgelübden bereits vor Mitte des 14. Jahrhunderts waren individuelle Persönlichkeits- und Freiheitsrechte für alle Schweden proklamiert und seither Verfassungsgrundsatz. Es gab keine längeren Perioden von Leibeigenschaft. Praktisch ist keine Generation des Landes ohne parlamentarische Erfahrung geblieben. Es gab keine zerstörerischen ethnischen und religiösen Kämpfe. Positive Erfahrungen mit reformerischer Fortentwicklung der Gesellschaft, in die auch offene Kampfformen integriert wurden, das frühzeitige Reagieren auf zugespitzte soziale Widersprüche und Kräftekonstellationen, auch außerhalb des Landes, begünstigten insgesamt die politischen Bewegungsformen des Wohlfahrtsstaates.

Ganz wesentlich scheint zu sein, dass sich Schweden Anfang des 19. Jahrhunderts aus seiner Großmachtzeit verabschiedet hatte und seit 190 Jahren an keinem Krieg mehr beteiligt war. Die Außenpolitik war auf Neutralität im Falle militärischer Auseinandersetzungen gerichtet. Völkerrechtliche Neutralität und ihre Verletzung in den Weltkriegen und auch Handel und Wandel mit kriegszerstörten Ländern förderten wirtschaftliche Prosperität. Besonders unter O. Palme als Vorsitzendem der SAP und Regierungschef war die Außenpolitik des Landes auf einen aktiven Beitrag zu nichtmilitärischen Konfliktlösungen, zu Abrüstung und auf die Respektierung der Menschenrechte in der Welt gerichtet. Soziale Errungenschaften der Länder des Realsozialismus spielten nachgewiesenermaßen für die Entwicklung des schwedischen Modells eine positive Rolle.

Die Wohlfahrtsstaatspolitik im Innern fand durch diese äußeren Faktoren ihre günstigste Entsprechung und Förderung.

Erfolg führt an Grenzen

Der Kern dieses Modells bestand wohl darin, dass zeitweilige und teilweise Übereinstimmungen von Interessen von Lohnabhängigen und jeweils unterschiedlichen, nicht an der Macht beteiligten Bevölkerungsgruppen einerseits und Kapitaleignern andererseits in einer immer neuen Mischung von Pragmatismus und Utopismus aufgefunden, hergestellt, neu definiert und veränderten Bedingungen angepasst wurden. Unterschiedliche und einander widersprechende Interessen wurden überlagert, kanalisiert, abgeschwächt und aus dem Bewusstsein gedrängt. Dem Grundinteresse der Lohnabhängigen an selbstbestimmter, von Ausbeutung freier Arbeit wurde nie entsprochen, dem Grundinteresse des Kapitals nie widersprochen, aber eine Grauzone dazwischen so produktiv wie möglich gestaltet. Von Anbeginn bestand die Strategie der sozialdemokratischen Führung darin, Wirtschaftskraft, Produktivität, Rationalisierung einerseits und Sozial- und Verteilungspolitik andererseits wechselseitig zum Nutzen aller Bereiche zu gestalten und auf dieser Grundlage eine Funktion des Staates zur Integration von Sozialdemokratie und Gewerkschaften zu erfüllen. Neuere Untersuchungen und Debatten belegen, dass gerade dies ein sehr frühzeitiges Spezifikum und eine entscheidende Ursache langer Erfolgsperioden des Wohlfahrtsstaates war.² Zum anderen hatten die Gewerkschaften (LO) in dem „berühmten“ Abkommen mit dem Arbeitgeberverband von Saltsjöbaden 1938 das Bestimmungsrecht der Kapitaleigner in den Unternehmen ausdrücklich akzeptiert.

Als mentaler Weg, von der „Sozialisierung der Produktion“, den Forderungen des „Fußvolks“ nach „ökonomischer Demokratie“ und „öffentlicher Kontrolle der Produktion“ wegzukommen, hatte bereits Branting nach dem 1. Weltkrieg gefordert, zu „versuchen, den Arbeitern das Verständnis für die ureigenen Forderungen der Produktion selbst zu geben.“³ Dies wurde eine wesentliche *bewusstseinsmäßige Komponente des Modells*: Jeweilige Erfordernisse der privatkapitalistischen Verwertung unter sich wandelnden technischen und technologischen Bedingungen sollten a priori als „Forderungen der Produktion an sich“ verstanden und als Sachzwang akzeptiert werden. Dieser Gedanke wurde nun unter den Bedingungen neoliberaler Anpassung menschlicher Arbeitskraft an

² Vgl. Lindberg, I.: Valfärden och Globaliseringen, in: Valfärd, Politik och Ekonomi i en ny värld, Arbetarrörelsens Ekonomiska Råd, AER-rapporter 1999, S.120; Schweden im Wandel – Entwicklungen, Probleme, Perspektiven, Hrg. C.H.Riegler/O.Schneider, Berlin 1999, S. 31ff, S. 327.

³ Zit. bei Dahlkvist, M.: Den instängda Demokratien. Rörelsesocialismen och statsocialismen i svensk arbetarrörelse, in: Civilsamhället som Demokratins arena, in: Demokratiutredningens skrift nr. 29, SOU 1999: 112, S. 47.

den Markt als Ausdruck des Genies des Vaters der schwedischen Sozialdemokratie empfunden.

Aber es gibt für die Suche nach linken Strategien heute nicht nur die Erfahrung eines Erfolgs des Modells. Sein Preis bestand auch darin, dass *systembedingte Grenzen* dieser Strategie eher erreicht wurden.

Selbst in den erfolgreichsten Zeiten des Modells wurden seine Versprechen von sozialer Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Volksherrschaft vor allem im Arbeitsleben der abhängig Beschäftigten und im Arbeitsprozess selbst nicht verwirklicht. *Immer blieb es abhängig von äußeren und inneren Verwertungsbedingungen des Kapitals, die es selbst nur unter dem Primat der Profitmaximierung beeinflussen konnte.* Dies waren wesentliche Gründe für Kritik an dem Modell und für alternative Politik von links, aus Gewerkschaften und von Kommunisten und Sozialisten.

Bereits Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre, als ein Maximum wohlfahrtsstaatlicher sozialer Reformen durchgesetzt war, brachen in den Erzgruben in Nordschweden, im Hafen von Göteborg, unter öffentlich angestellten Sozialarbeiterinnen in Stockholm und anderswo sogenannte wilde Streiks aus, in denen die Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Menschenwürde im Arbeitsleben einforderten. Im Lande kam es zu spontanen Sympathie- und Solidaritätsbekundungen. Es entstand eine neue Arbeiter- und Dokumentarliteratur, etwa 50 Arbeitertheater nahmen Themen von Akkordhetze, Entmündigung am Arbeitsplatz, Erniedrigungen in Abhängigkeit von Erwerbsarbeit und Ohnmacht und Angst der abhängig Beschäftigten, etwas zu ändern, auf. Schriftsteller und Publizisten wie Sara Lidman und Jan Myrdal stellten sich an ihre Seite. Anthologien wie „Das schwedische Modell der Ausbeutung“⁴ gingen von Hand zu Hand. Dies alles geschah in engstem Zusammenhang mit der gewaltigen schwedischen Volksbewegung gegen den Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk. Es waren *Elemente einer neuen Kultur gegen Hegemonie und Herrschaft des Establishments* entstanden.

Und eine zweite Zäsur machte Wesen und Grenzen der bis dahin verfolgten Strategie des Wohlfahrtsstaates deutlich:

1975 forderte der Kongress der Gewerkschaften (LO) *die Schaffung von gewerkschaftseigenen „Arbeitnehmerfonds“* aus Gewinnen der stärksten Unternehmen, um den abhängig Beschäftigten durch allmählichen Eigentumserwerb an produktivem Kapital nach und nach mehr Macht zu geben, um die Wirtschaftspolitik generell und um ihre alltäglichen Lebensbedingungen vor

⁴ dt. Ausgabe bei Kiepenheuer und Witsch, Köln Berlin, 1971.

allem als Produzenten beeinflussen zu können. Einer der Väter dieses strategischen Modells, der Gewerkschaftsökonom Rudolf Meidner, begründete seinen Vorschlag u.a. so: „Wir wollen die Kapitaleigner ihrer Macht berauben, die sie eben kraft ihres Eigentums ausüben. Alle Erfahrungen zeigen, dass es nicht ausreicht mit Einfluss und Kontrolle. Eigentum spielt eine entscheidende Rolle... Allein Funktionssozialismus (Terminus, der Eingriffe in Funktionen von Eigentum meint) reicht... nicht aus, eine durchgreifende Gesellschaftsveränderung zu erreichen.“⁵ Dieser Vorschlag schlug wie eine Bombe ein. In einer liberalen Tageszeitung war von einer „Revolution in Schweden“ zu lesen. Die herrschenden Kräfte des Großkapitals bliesen nun von allen Seiten zum Angriff auf das Modell in seiner Gesamtheit.

Vielfach wird dieser Einschnitt als das Ende der Machtbalance gesehen, auf dem das Erfolgskonstrukt gebaut war. 1982 wurde unter sozialdemokratischer Regierung ein Gesetz zur Schaffung dieser Fonds verabschiedet. Unter der Macht des Faktischen wurde das angesammelte Vermögen aber bald als risikowilliges Kapital in den Privatunternehmen eingesetzt und die erste nachfolgende bürgerliche Regierung schaffte das Gesetz ab. In der damaligen Linkspartei Kommunisten, heute Linkspartei, wurde das Projekt als reformistisch bewertet und nicht unterstützt. Von der Sozialdemokratie kam Kritik aus anderer Richtung.

An Fragen des Privateigentums an Produktionsmitteln wurde aus der linken Bewegung heraus bis zum Ende der 90er Jahre wie an einer offenen Wunde kaum noch gerührt, *Forderungen nach „Demokratie am Arbeitsplatz“*, nach verbesserten Arbeitsbedingungen und einer humaneren Arbeitsumwelt, nach veränderter Primärverteilung aus dem Arbeitsprozess und danach, den Menschen nicht auf die Verwertung seiner Arbeitskraft zu reduzieren, blieben bei allen Wandlungen in Technologien, Produktionstyp und Erwerbsleben ein zentraler Diskussionsgegenstand in der Basis der Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und links von ihr stehender organisierter Kräfte. Eine führende Vertreterin des sozialdemokratischen Denkens forderte 1986, „das Arbeitsleben so zu organisieren, dass eine neue Gleichheit geboren“ werde.⁶ Staatsfinanzierte Macht- und Demokratieuntersuchungen, Analysen in Vorbereitung von Gesetzgebungen und akademische soziologische Forschungen der 80er und 90er Jahre wandten sich dieser Thematik zu. Eine „Machtuntersuchung“ stellte 1990 fest, dass die untergeordnete Stellung der Arbeiter im Produktionsprozess eine der wichtigsten Quellen von Macht-

⁵ LO-Tidningen, Nr.19/1975, zit. nach S. Sjöberg, Samhällsfonder En socialistisk strategi för 2000-talet?, in: Socialistisk Debatt, Sth., 2/1999, S. 42.

⁶ Lo-Tidningen, Sth. 1986, Nr. 3, S. 10.

unterschieden in der Gesellschaft seien. Der Klassenbegriff als Grundlage kollektiver Solidarität werde weniger relevant. Die Menschen verstünden sich mehr und mehr als „Mittelklasse ohne Macht“.⁷ Der Chef der Metallarbeitergewerkschaft verwies unter der Artikelüberschrift „Im Arbeitsleben lebt die Armutsgesellschaft fort“ auf Ohnmacht und Unruhe an den Arbeitsplätzen und verlangte, dass „der Wohlfahrtsstaat an die Fabrikture klopfen“ müsse.⁸

Wenn im Programm der sozialdemokratischen Regierung vom Oktober 2002 die Humanisierung der Arbeitswelt, die Halbierung des Krankenstandes der Erwerbstätigen in den nächsten Jahren, der Kampf gegen Ausgebranntsein, Arbeitskraftverschleiß und Frühinvalidität weit oben stehen, dann ist klar, dass weitgehende Entrechtung und Entfremdung des Menschen im Arbeitsprozess und im Erwerbsleben generell über die Jahrzehnte des erfolgreichen Wohlfahrtsstaates *und* seiner Erosion eine konstante Konfliktlinie in der schwedischen Politik blieben.

Seit den 80er Jahren wurde schließlich immer deutlicher, dass auch dieses Modell des Wohlfahrtsstaats vom jeweiligen Interesse der führenden Kapitalgruppierungen an einem nationalstaatlich regulierten Kompromiss abhängig geblieben war, und dass es selbst die verteilungs- und sozialpolitischen Errungenschaften unter veränderten äußeren und inneren Bedingungen nicht bewahren konnte.

Neoliberale Offensive und „Systemwende“

Seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre setzte unter Federführung des äußerst ressourcenstarken schwedischen Arbeitgeberverbandes (SAF) und der konservativen Gemäßigten Sammlungspartei (M) mit deutlicher Bezugnahme auf die Politik von Reagan und Thatcher eine massive neoliberale geistige, kulturelle, sozialpsychologische und politische Offensive gegen das sozialdemokratische Modell als „dominierendes ökonomisch-politisches Paradigma“ ein. Dabei wurden Schwierigkeiten bei der Finanzierung und bürokratische Elemente bei der Administration der öffentlichen sozialen Sicherungssysteme ausgenutzt.

Von den gleichen Kräften wurden aggressive Kampagnen eingeleitet, um die bisherige Ausgestaltung des bürgerlich-parlamentarischen Systems schrittweise so zu ändern, dass künftig weniger Möglichkeiten sein sollten, auf diesem Wege in Marktmechanismen einzugreifen. Gleichzeitig kündigte der Arbeitgeber-

⁷ Vgl. Demokrati och makt i Sverige, Maktutredningens huvudrapport, Sth. 1990, SOU 1990: 44, S. 395.

⁸ Svenska Dagbladet, v. 20.9.90.

verband seine Vertretung in korporativen Machtsstrukturen auf allen Ebenen auf. An deren Stelle traten eine mehr direkte und selektive Einflussnahme der stärksten Unternehmen und Monopolgruppen auf den staatlichen Beschlussprozess und gewöhnlicher Lobbyismus. Zentralisierte Tarifabkommen wurden mehr und mehr durch branchenweise und unternehmensspezifische Abkommen abgelöst. Die sogenannte Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt und wachsender Druck auf Arbeitslose wurden erhöht. Position und Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaften wurden geschwächt.

In den 80er Jahren begann mit der Deregulierung des Kreditsystems und des Valutamarktes, mit umfangreichen Privatisierungen und marktorientierten Arbeitsformen der Verwaltungen, auch im sozialen Servicebereich, mit dem Bekenntnis des sozialdemokratischen Finanzministers zu „weniger Staat“ und dem schließlichen Vorrang von Inflationsbekämpfung und Haushaltskonsolidierung vor dem Ziel der Vollbeschäftigung die *praktisch-politische Erosion des bisherigen Modells*.

Eine neue Welle setzte Anfang der 90er Jahre mit der Wirtschaftskrise, einer Arbeitslosigkeit von fast 9%, einer Steuerreform zugunsten der Reichsten und „Krisenpaketen“ mit erheblichen Einschnitten ins soziale Netz der Lohnabhängigen und Arbeitslosen ein. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger verdoppelte sich. Die Anzahl der staatlich Angestellten verringerte sich um ca. ein Drittel, was besonders im sozialen Sektors spürbar wurde. Dieser Sektor wurde vor allem in bürgerlich regierten Kommunen mehr und mehr zu einer Anlagesphäre des Kapitals.

Diese Entwicklung ging mit abnehmender politischer Aktivität der am meisten Betroffenen, der Arbeitslosen, alleinerziehenden Mütter, wenig Ausgebildeter und Einwanderer einher. Ein Gefühl sozialer Kälte, allgemeiner Machtlosigkeit und des Ausgeschlossenenseins aus der Gesellschaft griff zunehmend um sich, wie eine umfangreiche von der sozialdemokratischen Regierung 1997 in Auftrag gegebene „Demokratieuntersuchung“ belegte. Mit der Erosion des Wohlfahrtsstaates sei eine *Tendenz zu weniger Demokratie in Schweden* einhergegangen.⁹ In gründlichen empirischen Forschungen werden innerhalb bürgerlicher Parteien und in der Sozialdemokratie eine Abwendung von Sozialreformismus hin zu Ökonomismus und marktorientiertem Denken und wachsende undemokratische Praktiken und Strukturen, eine zunehmende Entfernung der Führungen von

⁹ Vgl. u.a. En uthållig demokrati! Politik för folkstyrelse på 2000-talet, Demokratiutredningens betänkande SOU 2000:1; SOU 1999:121.

Mitgliedern, weniger lokale und basisdemokratische Verankerung und schein-demokratische Bürgernähe konstatiert.¹⁰ Es werden enorm gewachsene politische und diskursive Machtpotentiale des Marktes festgestellt und dass sehr wichtige wirtschaftspolitische Beschlüsse zunehmend von einer informellen Machtelite getroffen werden, die demokratischen Einflüssen und einem offenen Diskurs über Wirtschaftspolitik entzogen ist. Innerhalb des Machtzirkels seien Selbstdisziplinierung und Anpassung Voraussetzung für Einfluss und Positionen, wodurch gerade Kritik und Korrektur innerhalb der Eliten erschwert würden.¹¹ Zumindest in den Führungseliten der Sozialdemokratie wurde der früher ausgeprägt kollektiv und solidarisch besetzte Demokratiebegriff stärker formalisiert und individualisiert. An die Stelle des Gleichheitsverständnisses als „gleich im Ergebnis“ trat „Chancengleichheit“ usw.

Diese *ökonomisch-politische und geistig-kulturelle „Systemwende“* ging mit dem Beitritt des Landes zur Europäischen Union 1995 einher. Schweden nähert sich immer mehr der EU-Militärkooperation und der NATO an und ist in entsprechende Rüstungsprojekte eingebunden. Die Neutralitätspolitik des Landes wurde aufgegeben.

Die Hegemonie traditioneller sozialdemokratischer Werte und Politik war wesentlich unter sozialdemokratischen Regierungen verloren gegangen, ohne dass der Neoliberalismus sich vollkommen durchgesetzt hätte. Grundzüge eines Wohlfahrtsstaates in seinen minimaleren Varianten bestehen in einer nach rechts gerückten Gesellschaft fort.

Auf der Grundlage einer günstigen konjunkturellen Entwicklung der Wirtschaft wurde ab etwa 1997 der Sozialabbau gestoppt. Dennoch verlor die SAP bei der Wahl im September 1998 fast 9% ihrer Stimmen. Und die Linkspartei (V) trat mit einer Verdopplung ihrer Wählerstimmen auf 12 % als deutlicher wahrnehmbare Kraft links von der Sozialdemokratie in Erscheinung (s. Anhang).

Ein neuer Klassenkompromiss?

Von 1998 bis 2002 regierte die SAP mit einem Minderheitskabinett, das von der Linkspartei (V) und der Umweltpartei Die Grünen (Mp) gestützt wurde. In dieser Konstellation versuchte die Sozialdemokratie stärker zu traditionellen Werten

¹⁰ Vgl. Löwdin, P.: *Det dukade bordet. Om partierna och de ekonomiska kriserna*, Uppsala 1998; Teorell, J.: *Demokrati eller fätalsvälde? Om beslutsfattande i partiorganisationer*, Uppsala 1998; *Demokratiutredningen* SOU 1999: 130.

¹¹ Vgl. Sverenius, T.: *Vad hände med Sveriges ekonomi efter 1970?* SOU 1999: 150.

und der Politikgestaltung ihres Modells, u.a. zu der sehr engen Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zurückzukehren. Dafür spricht auch, dass die sozialdemokratische Regierung das Projekt der UNO „Global Compact“ zur freiwilligen Wahrnehmung von Umwelt- und Sozialverantwortung durch trans- und multinationale Konzerne nicht nur finanziell unterstützt, sondern selbst eine neue Zusammenarbeitsform/Institution zwischen Regierung, Unternehmern und Gewerkschaftsführung des Landes zur nationalen Umsetzung, Konkretisierung und Weiterentwicklung dieses Projekts ins Leben gerufen hat. Wie wird in Schweden, als einziges Land bisher, eine neue Harpsunddemokratie unter den Bedingungen der Globalisierung angenommen? Die Hochkonjunktur wurde genutzt, soziale Einschnitte der 90er Jahre wieder zu mildern.

Zudem war deutlich geworden, dass die Mehrheit der Schweden am vorrangig steuerfinanzierten Wohlfahrtsstaat festhalten und dem rigorosen Steuersenkungs- und Privatisierungskurs vor allem der konservativen Sammlungspartei nicht folgen will.

Aus den Wahlen im September 2002 konnte die SAP als Regierungspartei gestärkt hervorgehen. Zugleich war unter diesen Bedingungen für die Linkspartei im innenpolitischen Bereich kein deutliches Vakuum entstanden, in dem sie neuen Einfluss hätte gewinnen können.

Obwohl die Linkspartei 2002 ihr Wahlziel von 20% mit einem Wahlergebnis von 8,6% weit verfehlte, wurde ihr Ziel, eine bürgerliche Regierung in Schweden zu verhindern, erreicht.

Die sozialdemokratische Minderheitsregierung wird nun in vertraglicher Zusammenarbeit mit der Linkspartei und der Umweltpartei Die Grünen fortgesetzt. *Eine langfristige Strategie der SAP für eine linke Zusammenarbeit mit den beiden Stützparteien gibt es erklärtermaßen nicht. In der für die Entwicklung des Landes immer wichtiger werdenden Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik arbeitet die SAP in wechselnden Mehrheiten mit bürgerlichen Parteien zusammen.*

Obwohl rechtspopulistische bzw. fremdenfeindliche Parteien bei den gleichzeitig stattgefundenen Provinzial- und Kommunalwahlen in Kommunalparlamente einziehen konnten (insgesamt 57 in 23 Vertretungen), ist in Schweden gegenwärtig ein europäischer Trend zu mehr neoliberaler und rechtspopulistischer Regierungsmacht durchbrochen worden.

Vieles deutet zur Zeit darauf hin, dass – zumindest unter fortbestehenden günstigen konjunkturellen Bedingungen – ein neuer Kompromiss unter Einbeziehung von erheblich weniger abhängig Beschäftigten und zu schlechteren Bedingungen selbst für die Bevorzugten sowie mit abnehmender Integrationsfähigkeit des politischen Systems zustande kommt. Mit Sicherheit wächst die Abhängigkeit der

Politikgestaltung von europäischen und internationalen Bedingungen, was bisherige besondere nationale Rahmenbedingungen für linke Alternativen weiter einschränken wird. Auch in Schweden wird Alternativpolitik zunehmend europäische und internationale Dimensionen bekommen müssen.

Programmatische und strategische Positionen der Linkspartei

Die gegenwärtige Position der Linkspartei (1917 als Sozialdemokratische Linkspartei gegründet, 1919 der Komintern angeschlossen und von 1921 bis 1967 Schwedens Kommunistische Partei, danach Linkspartei Kommunisten und ab 1990 Linkspartei, siehe Daten zur Partei im Anhang) hat selbstverständlich Wurzeln in der Eigenart des schwedischen Modells und darin, dass sich die Partei seit etwa Mitte der 60er Jahre von dem sowjetischen „realsozialistischen“ Vorbild losgelöst und ihren eigenständigen Weg gesucht hat. Mitglieder der Partei, die deren weiteren Weg nicht mitgehen wollten, bildeten 1977 die Arbeiterpartei Kommunisten (APK), die sich 1995 als Schwedens Kommunistische Partei (SKP) neu konstituiert hat und in einigen Kommunalparlamenten vertreten ist. 1970 hatte sich bereits die Kommunistische Partei–KPML(r) gegründet, in der vor allem Industriearbeiter und andere Lohnabhängige, auch in basisdemokratischen sozialpolitischen Widerstandsinitiativen, internationalen Solidaritäts-, und Antikriegsbewegungen sowie in einigen Kommunalparlamenten aktiv sind. Beide Parteien stehen auf jeweils ihre Weise grundsätzlich ablehnend zur sozialdemokratischen Anpassungsstrategie und bemühen sich vor allem auch über den Anpassungskurs der schwedischen Sozialdemokratie an den Kriegskurs der USA und über Folgen für die schwedische Bevölkerung aufzuklären.

Die Linkspartei verteidigt in ihrem geltenden Programm von 2000 ausdrücklich das schwedische Wohlfahrtsstaatsmodell und will es weiterentwickeln.

Viele der sozialen Reformen seit Mitte der 30er Jahre, nach dem zweiten Weltkrieg, in den 50er und 60er Jahren waren zuerst von den Kommunisten gefordert worden. Sie haben an den Arbeitsplätzen der Lohnabhängigen und in parlamentarischen Versammlungen für bessere Löhne und anständige Arbeitsbedingungen gekämpft. Nach dem Kominternkongress 1935 haben sie den Kampf gegen den Faschismus als eine ihrer Hauptaufgaben verstanden und die Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften gesucht. In den 50er Jahren und während des kalten Krieges standen sie an der Spitze für den Kampf gegen Atomwaffen und für Abrüstung. Obwohl die Kommunisten von Führungen der

SAP und der Gewerkschaft zum Teil mit äußerst undemokratischen Methoden bekämpft wurden, blieben sie in den Gewerkschaften, den Mietervereinigungen, Solidaritätsorganisationen und auf kommunaler Ebene verankert.

Ihr größtes relativ stabiles Wählerpotential hat die Linkspartei trotz Schwankungen in den Gewerkschaften, vor allem bei gewerkschaftlich organisierten Frauen und bei Arbeitslosen sowie außereuropäischen Einwanderern. Fortschritte erreichte die Partei 2002 bei Jugendlichen und Erstwählern. Stimmverluste musste sie 2002 vor allem seitens männlicher Gewerkschaftler zugunsten der Sozialdemokratie hinnehmen. (In Schweden sind in der Landesorganisation der Gewerkschaften 5 % mehr Frauen als Männer organisiert, 2002 waren sechs von zehn Wählern der Partei Frauen, 12 % der schwedischen Wählerinnen stimmten für die Linkspartei.)

Im geltenden Parteiprogramm von 2000 wird festgestellt:

„Die Politik in Schweden wird immer noch von dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit dominiert.“ und: „Unsere politische Arbeit geht von einer Analyse der herrschenden Machtverhältnisse von einer Klassen- und Geschlechterperspektive aus.“¹²

In ihrem Programm und in nahezu 20 aktuell-politischen Handlungsprogrammen oder Plattformen für einzelne Politikfelder erklärt sie, wie sie als sozialistische Partei, „als Teil der internationalen und schwedischen Arbeiterbewegung“ dazu beitragen will, dass die Menschen mehr Möglichkeiten haben, eine größere Verantwortung für ihre tägliche Lebenssituation in allen Bereichen zu übernehmen, am Arbeitsplatz ebenso wie in politischen Gremien usw. Ziel ist eine sozialistische Gesellschaft als Verwirklichung „eines ökonomisch und politisch demokratischen Systems“. Seine Verwirklichung „erfordert die Abschaffung des Kapitalismus, gleiche Verteilung der Ressourcen der Gesellschaft samt einer demokratischen Kontrolle der Wirtschaft und der Macht über Produktionsmittel.“¹³

Ein weiterer Grundpfeiler ihrer Politik ist auf die Überwindung der Unterdrückung der Frauen in der Gesellschaft gerichtet. Die Überwindung patriarchaler Machtstrukturen ist immanenter Bestandteil des Kampfes für eine gleiche, gerechte und demokratische Gesellschaft.

¹¹För en solidarisk Värld, S. 31 f.

¹³ ebenda, S. 3

Als dritte strategische Linie wird der Einsatz für eine ökologisch nachhaltige Entwicklung gesehen. Auf der Grundlage politischer Beschlüsse müssten Produktions- und Konsumtionsmuster umgestellt werden.

Und der vierte Eckpfeiler ist der *Kampf für internationale Solidarität*, für eine Welt, in der nicht „Oberklassen“ herrschen und niedere unterdrückt werden. Die Entwicklungshilfe müsse auf 1% vom BNP erhöht werden.

Die Partei spricht sich im Programm gegen eine EU-Mitgliedschaft des Landes aus, verfolgt aber zugleich mehr und mehr die Strategie, die EU von innen demokratisieren zu wollen. Sie ist gegen den Beitritt des Landes zum Euro-Währungsgebiet.

Der Kampf für Sozialismus soll in der *gesamten* Gesellschaft geführt werden, im Arbeitsleben, in den Wohngebieten, zu Hause und in der Gesellschaft, für gleiche Arbeits- und Machtverteilung zwischen Frauen und Männern. Er soll von den Bürgern in ihrer Eigenschaft als Konsumenten gegen die Wegwerfgesellschaft geführt werden usw.

Die Partei betrachtet den tagespolitischen Kampf und den konstruktiven, ergebnisorientierten Einsatz in gewählten Vertretungskörperschaften als unumgänglichen Teil ihres „langfristigen Kampfes für ein sozialistisches Schweden und für eine solidarische Welt.“ Sie orientiert auf permanente Zusammenarbeit mit anderen Teilen der Arbeiterbewegung, mit Frauen-, Umwelt- und Solidaritätsbewegungen und betont, dass sie gerade im letzten sehr erfolgreichen Jahrzehnt ihrer Arbeit sehr viel an Erkenntnissen und Erfahrungen dieser Bewegungen aufgenommen hat.

Die Partei sieht in der *Mobilisierung und Organisation öffentlicher Meinung* die entscheidende Aufgabe und Fähigkeit der Partei, die Politik nach links zu drücken. *“Ein gut entwickelter außerparlamentarischer Kampf ist eine Voraussetzung für Erfolg in der parlamentarischen Arbeit.“*¹⁴ Entsprechend führt die Partei ihren Wahlkampf deutlich gerichtet an die, die ihren Einsatz brauchen und sie führt ihn auch zur politischen Aktivierung ihrer Wähler und Sympathisanten *nach* der Wahl.

Zur Zeit erarbeitet eine Programmkommission den Entwurf für ein neues Parteiprogramm, das im Jahr 2004 beschlossen werden soll. In den Auseinandersetzungen um dieses Programm und in der Kommission selber spiegeln sich unterschiedliche Auffassungen zur Strategie der Partei wider. Sie hängen eng mit der Frage einer Regierungsbeteiligung der Partei zusammen.

¹⁴ ebenda, S. 32.

Es gibt Positionen, dass ein neues Grundsatzprogramm anderen Aufgaben im Wege oder im Widerspruch zur Tagespolitik stünde. Es wird gefordert, den Passus zu streichen, dass der Kapitalismus überwunden werden müsse. Es gibt verstärkt Auffassungen, dass es wieder an der Zeit sei, über Macht- und Eigentumsfragen, über Wirtschaftsdemokratie und politische Demokratie, über Funktion und Umgang mit Staatseigentum etc. zu diskutieren. Auf diesem Gebiet wird die Arbeit, auch im Rahmen der Programmdebatte, mit weiteren Analysen, Diskussionen, Berichten und Konferenzen fortgesetzt. *Eine pragmatische Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie und strategische Zukunftsdebatten seien gleichzeitig möglich.* Bedenken gibt es hinsichtlich einer zunehmenden Gewichtung der Gleichstellungsfrage in Relation zur Klassenfrage, wobei davon ausgegangen wird, dass die Unterdrückung der Frau in der Gesellschaft nicht aus der Klassenfrage abgeleitet und mit einer Lösung der ersten nicht auch die zweite aus der Welt geschafft werden könne, wie in der Arbeiterbewegung lange Zeit angenommen wurde.

Die Strategie, wie die *Zusammenarbeit mit der SAP* bis hin zu einer Regierungskoalition, auszugestalten ist, wird in der Linkspartei seit längerem kontrovers diskutiert. Eine gemeinsame Position besteht darin, eine bürgerliche Regierung zu verhindern.

Zum einen übte der sozialdemokratische Ministerpräsident wiederholt Druck auf die Links-partei aus. Sie sollte sich von kommunistischen Strömungen und Klassenkampfrelikten in ihrem Parteiprogramm trennen, wenn sie regieren wolle. An eine Koalition sei auch wegen der „sicherheitspolitischen Glaubwürdigkeit“ des Landes nicht zu denken. Auch verlange die Linkspartei zu hohe Staatsausgaben.

Zum anderen belegten Untersuchungen zum Jahresausgang 2001, dass ca. 60% der Sozialdemokraten/Sympathisierenden für eine Beteiligung der Linkspartei an der Regierung waren. Von der schwedischen Bevölkerung insgesamt waren 44% dafür, 42% dagegen. Unter den Wählern bürgerlicher Parteien sprach sich die ganz überwiegende Mehrheit dagegen aus.

Während vor allem die Vorsitzende der Partei Gudrun Schyman, die zu den beliebtesten Politikerpersönlichkeiten des Landes gehört, die Regierungsbeteiligung schon auf dem Parteitag 1998 zum Wahlziel machen wollte, lehnte die Mehrheit dies ab. Statt dessen wurde ein Forderungskatalog für eine Tolerierung aufgestellt. Dabei ging es nicht darum, unter keinen Umständen in eine Regierung zu gehen. Parteimitglieder forderten aber, dass die SAP ihre aktuelle Politik ändern müsse. Auch auf dem Parteitag im Mai 2000 wurde durch die Mehrheit eine Passage aus dem Leitantrag des Vorstandes zur Regierungsbeteiligung

gestrichen. Ende Mai 2001 übten ein Drittel des erweiterten Parteivorstandes und mehrere Reichstagsabgeordnete scharfe Kritik an der damaligen Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Regierung. Die Verhandlungsführer der Partei hatten ihr striktes „Nein“ zum Haushaltsentwurf der Regierung binnen zwei Tagen in Zustimmung verwandelt, ohne dass etwas im Sinne der Forderungen der Linkspartei geändert worden war.

Es wurde gefordert, auf dem nächsten Parteitag die Position zur Regierungsbeteiligung gründlich zu revidieren.

Auf dem Parteitag im Januar 2002 wurde dann jedoch nicht mehr so sehr um das „Ob“, sondern eher um das „Wann“ und „Wie“ diskutiert. Ein Katalog mit inhaltlichen Mindestanforderungen für eine eventuelle Regierungsbeteiligung der Linkspartei, wurde diesmal von der Mehrheit abgelehnt. Aus der Parteiführung wurde mit dem Hinweis auf notwendiges Vertrauen gegen einen solchen Katalog und von Befürwortern eines solchen Beschlusses mit der Forderung nach deutlichen Botschaften an Mitglieder und Wähler argumentiert.

Für mehr Einfluss auf das Arbeitsleben

Sowohl in der parlamentarischen Arbeit der Linkspartei als auch darüber hinaus nehmen die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik und die Politik zur Humanisierung des Erwerbslebens breiten Raum ein. Dabei wird von der Einschätzung ausgegangen, dass der Arbeitsmarkt die Machtverhältnisse in der Gesellschaft widerspiegelt und dass eine Verminderung der Arbeitslosigkeit für den einzelnen Arbeitslosen, für die in Arbeit Stehenden und für die gesellschaftlichen Machtverhältnisse generell besonders wichtig ist. Nach Ansicht von Carl-Henrik Hermansson, langjähriger Vorsitzender und Reformier der Partei, einer der profiliertesten Forscher und z.Z. Vorsitzender des schwedischen Zentrums für marxistische Gesellschaftsstudien, müssten die Arbeitenden in allen Unternehmen *an ihren Arbeitsplätzen*, die Arbeitsbedingungen, die Arbeitsumwelt und die Lohngestaltung betreffend, *um mehr Macht kämpfen*. Auf diesem Wege könnte ein Ausgangspunkt für eine gesellschaftliche Alternative geschaffen werden – und zwar unabhängig von der Eigentumsfrage. Er könnte sich vor allem kooperatives Eigentum vorstellen und hält die anfänglichen Arbeiterräte in Jugoslawien für einen richtigen Ansatz.¹⁵

¹⁵ Vgl. C.-H.Hermansson, Schattenseiten des Kapitalismus begrenzen – das ist nicht genug, in: Neues Deutschland v. 30.12.99.

Als Schwerpunkte zur Verminderung der Erwerbslosigkeit sieht die Linkspartei, die großen regionalen Unterschiede im Lande zu vermindern, hohe Teilzeitarbeitslosigkeit abzubauen und die Situation älterer Menschen und gering Ausgebildeter sowie der Einwanderer zu verbessern.

In der parlamentarischen Arbeit werden z.B. konkrete Vorschläge unterbreitet, bei der Aufstellung des Budgets bei einzelnen Politikfeldern *Konsequenzanalysen über die Auswirkungen politischer Entscheidungen für die Beschäftigungs- und Lebenssituation in den verschiedenen Regionen des Landes* vorzulegen. Die Regierung solle Voraussetzungen prüfen, regionale Beschäftigungsentwicklung und stärker selbstbestimmte Lebensweisen durch Stimulierung und Unterstützung von lokalen und regionalen Fonds von Produzenten zu fördern.

Viele Initiativen, konkrete Realisierungs- und Finanzierungsvorschläge sind zur *schrittweisen Verminderung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden* per Gesetz (und jeweils konkretisierende Abkommen zwischen den Arbeitsmarktorganisationen) unterbreitet worden; ebenso zur Reduzierung der Überstundenarbeit und für größeren Einfluss der Beschäftigten auf die Arbeitszeitgestaltung. Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich und einem erhöhten Beschäftigungseffekt seien durch Produktivitätssteigerungen möglich und sollten durch Verringerung von Arbeitgeberabgaben, also aus dem Staatsbudget, finanziert werden. Überstundenabbau sollte durch eine progressive Arbeitgeberabgabe im Verhältnis zum Umfang der Überstunden in dem jeweiligen Unternehmen stimuliert werden. Auf längere Sicht würden die vorgeschlagenen Maßnahmen auch eine Reihe positiver ökonomischer Effekte bringen. Die Linkspartei konnte ihre Vorschläge in Verhandlungen mit der Regierung Ende 2000 nicht durchsetzen, hält aber an einem 6-Stunden Arbeitstag ohne Lohneinbußen fest.

Die Linkspartei hat sich bei den im wesentlichen EU-konformen Veränderungen der Arbeitsmarktpolitik der Regierung *gegen zunehmende außertarifliche Beschäftigung, Schuldzuweisungen und Zwangsmaßnahmen gegenüber Arbeitslosen und gegen Verschlechterungen ihrer finanziellen Situation gewandt.*

Sie setzt sich dafür ein, dass das Arbeitslosengeld wieder 90% des Arbeitsinkommens betragen und die Versicherungsbedingungen für kurzzeitig Beschäftigte, viele Frauen, Jugendliche und Einwanderer verbessert werden sollen.

Immer wieder unternimmt die Partei Vorstöße, um die *Lohndiskriminierung der Frauen und weitere Benachteiligungen im Arbeitsleben*, die mit der Systemwende in den 90er Jahren zugenommen hatten, *abzubauen*. Hier sind mit der Änderung des Gleichstellungsgesetzes im Jahr 2001, mit der Pflicht zur Offenlegung

unbegründeter Lohnunterschiede auch in der Privatwirtschaft und mit der Setzung einer 3-Jahresfrist zur Beseitigung geschlechterdiskriminierender Unterschiede Voraussetzungen zur Veränderung geschaffen worden. Generell will die Partei den noch immer geschlechtersegregierten Arbeitsmarkt aufbrechen, um in der Gleichstellungspolitik insgesamt voran zu kommen.

Die Partei führt den Kampf gegen die seit 1996 *erfolgte rapide Verschlechterung des Arbeitsrechts für die Lohnabhängigen als* wesentlichen Bestandteil ihres Einsatzes gegen eine weitere Schwächung der generellen Position der abhängig Beschäftigten auf dem Arbeitsmarkt. Sie konnte aber auch als Stützpartei der Regierung den Negativtrend nicht aufhalten.

Generell ordnet die Linkspartei ihre Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik in ihren *gesamtpolitischen Ansatz* ein und fordert z.B., die Wirtschaftspolitik nicht zu stark auf den Export, sondern stärker auf die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen und auf den Binnenmarkt zu orientieren. So wurden u. a. Vorschläge für eine stärker nachfragestimulierende Steuer- und Verteilungspolitik und für Steuersenkungen im Dienstleistungssektor gemacht.

In der praktisch-politischen Tagesarbeit wird darauf hingewiesen, dass Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und rapide zunehmende prekäre Arbeitsverhältnisse ernsthaft nur durch eine Demokratisierung der ökonomischen Macht und den Kampf gegen unproduktives Kapital in Schweden und im internationalen Rahmen zu bekämpfen sind. Auch dazu werden konkrete Vorschläge unterbreitet. Insgesamt müsse der Einfluss der Gewerkschaften auf allen Ebenen wachsen, um auf diesen Politikfeldern voran zu kommen.

Möglicherweise sind in diesem Politikbereich der Einsatz der Partei für eine Milderung der unmittelbar brennenden Tagesprobleme der Unterprivilegierten und gleichzeitig das Bemühen, strukturelle Fragen einer in die Zukunft gerichteten Politik aufzunehmen, am deutlichsten sichtbar, damit verbunden: Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft und Verknüpfung parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit.

Der Jugendverband der Linkspartei: selbständige Kraft der linken Bewegung

Die Junge Linke (Ung Vänster) wurde bereits 1903 als Schwedens Sozialdemokratischer Jugendverband gegründet, „revolitierte jedoch vom aller ersten

Anfang gegen die Rechtswendung der alten Mutterpartei SAP.¹⁶ und nannte sich seit 1921 Schwedens Kommunistischer Jugendverband. Er machte ähnlich wie die Kommunistische Partei Richtungskämpfe, Spaltungen, Niederlagen durch und ist seit 1991 als Junge Linke wirksam. Eher als die gesamte Partei drängte der Jugendverband auf eine Trennung von der „moskautreuen Linie“ und entwickelte zugleich antikapitalistische Kritik und entsprechende Positionen, enger geknüpft an unmittelbare Interessen der Jugend, weiter. Er intensivierte seine gewerkschaftlichen Aktivitäten und die Arbeit für Bildung und Ausbildung sowie den Einsatz für bessere Bedingungen Wehrpflichtiger. Frühzeitig hat der Verband mit alternativen und progressiven Kulturbewegungen, die in den 70er Jahren entstanden waren, zusammengewirkt und sich in internationale Solidaritäts- und Friedensbewegungen eingebracht, so gegen den Vietnamkrieg der USA, für das chilenische Volk nach dem Militärputsch gegen Allende, gegen das südafrikanische Apartheidregime, für den Kampf der Palästinenser für ihre Unabhängigkeit. Mit wachsender Kraft nahm der Jugendverband Themen wie Umweltschutz und Geschlechtergleichstellung auf.

Ung Vänster ist mit seinen ca. 13 000 Mitgliedern organisatorisch, programmatisch und von seinen Statuten völlig unabhängig von der Linkspartei und bildet wie der 1998 gegründete Studentenverband der Linken (Vänsterns Studentförbundet) einen der drei selbständigen Teile „derselben Bewegung“.

Das *Prinzipienprogramm* von Ung Vänster von 2001 (daneben existieren ein Handlungsprogramm und weitere Plattformen für verschiedene Politikfelder für die nähere Perspektive) bezieht sich für die Analyse der Gesellschaft und die Bestimmung politischer Ziele ähnlich wie die Linkspartei auf marxistische und feministische theoretische Ansätze. Antifaschismus und Antimilitarismus werden als zentrale politische Aufgaben des Verbandes hervorgehoben.

Auf der Grundlage einer Definition von gesellschaftlichen Klassen in Abhängigkeit von ihrer Stellung in der Produktion (Eigentum von Kapital, Beschlussrecht über die Anwendung von Produktionsmitteln und Bestimmung über die Arbeitskraft anderer Menschen) und große Veränderungen *innerhalb* der schwedischen Arbeiterklasse berücksichtigend, geht das Programm davon aus, dass die Arbeiterklasse eine Mehrheit in der schwedischen Bevölkerung ausmacht und dass der grundlegende Interessenkonflikt zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie dem Kapitalismus als System innewohnt. Daraus würden auch in Schweden Unterdrückung und Ungleichheit hinsichtlich Macht und Einfluss in der Gesellschaft und unterschiedliche Möglichkeiten, sein eigenes Leben zu

¹⁶ Det unga gardet, ung vänster, Faktaserie 3/2000, S. 49.

beeinflussen, erwachsen. Trotz aller positiven Veränderungen in der Tätigkeit des schwedischen Staates und des parlamentarischen Systems, hätten sich der Charakter des Staates und seine Funktion, die ökonomische Ordnung und die Macht der herrschenden Klasse zu festigen, nicht geändert. Besonders deutlich sei die ideologische Wirksamkeit des Staatsapparates um bei den Unterdrückten eine Akzeptanz der Macht der Herrschenden zu sichern.

Die Aufgabe des Jugendverbandes wird darin gesehen, „zusammen mit anderen progressiven Kräften, den täglichen Interessenkampf in einer gemeinsamen Strategie zusammenzuführen, um die Machtstellung der Bourgeoisie zu brechen und die Klassengesellschaft abzuschaffen.“¹⁷

Banken, Großunternehmen, strategisch wichtige Unternehmen müssten unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Gesellschaftsfonds und Arbeitnehmerfonds sollten zur Stärkung der Macht der Arbeitenden und des gesellschaftlichen Einflusses auf Produktion und Kreditversorgung genutzt werden. Unabhängig von Eigentumsformen müsse der Einfluss der Beschäftigten in den Unternehmen garantiert werden.

Zur Strategie des Jugendverbandes wird unter der Überschrift „*Reform für Revolution*“ ausgeführt, dass eine sozialistische Umwandlung der Gesellschaft nicht ohne Willen und Unterstützung der Mehrheit des Volkes, bekräftigt in allgemeinen und freien Wahlen, geschehen kann. Zugleich könne sie niemals nur auf dem Wege von Reformen im Rahmen des kapitalistischen Systems vonstatten gehen.¹⁸

Als Projekte von strategischer Bedeutung werden Reformen angestrebt:

- zur Einschränkung von Kapitalmacht durch Verstaatlichung von Banken, Großkonzernen etc.
 - zur Stärkung von Macht und Rechten der Beschäftigten am Arbeitsplatz
 - zur Stärkung und zum Zusammenhalt der Arbeiterklasse
 - zur Schaffung von Allianzen von unterschiedlichen Gruppen in der Gesellschaft
- Sozialistische Reformen würden auf grundlegende Konflikte in der Gesellschaft hinweisen und Bewusstheit darüber schaffen und fördern.

Forderungen nach Reformen, die im Rahmen des Kapitalismus nicht erfüllbar sind, könnten das Bewusstsein über die Begrenztheit des Kapitalismus fördern.¹⁹

Die vorherrschende bürgerliche Hegemonie habe sehr stark zur Entradikalisierung der Arbeiterbewegung und zur Vergrößerung der Kluft zwischen

¹⁷ Principprogram, antaget av Ung Vänsterns kongress 2001, S. 45.

¹⁸ ebenda, S. 50.

¹⁹ ebenda, S. 51 f. und Nilsson, R.: Vänsterns roll i valrörelsen, in: Motviljan, Ung Vänster Skånes Interntidning, nr. S – 2002, S. 22 f.

Führung und Basis beigetragen. Deshalb hätten sich viele Arbeiterwähler der Linkspartei zugewandt. Der Jugendverband sieht eine Aufgabe darin, zur Radikalisierung der Arbeiterbewegung beizutragen. Er betrachtet die Gewerkschaft als seinen natürlichen Bündnispartner.

Eine kämpfende und parteipolitisch ungebundene Gewerkschaftsbewegung, die sich aus der *Konfliktperspektive* für die Interessen der Arbeiter einsetzt sei von größtem strategischen Gewicht, sie könnte Voraussetzungen schaffen, die bürgerliche Hegemonie zu brechen.

Die Hauptkraft für Sozialismus sei die schwedische Arbeiterklasse. Zugleich seien Allianzen zwischen ihr und Gruppen innerhalb der Mittelschichten, die ein objektives Interesse an einer sozialistischen Umwandlung haben, notwendig.

Des weiteren wird eine *feministische Strategie* zur „Änderung des gesellschaftlichen Geschlechtervertrages“ durch politischen Kampf auf allen Ebenen und durch Stärkung und Formierung der Frauen als Gruppe verfolgt, um auf längere Sicht wirkliche und nicht nur formelle Macht zu erobern. Hier werden mit aller Entschiedenheit Orientierungen und Forderungen sowie praktische Politik der Mutterpartei, was u.a. die Stellung der Frauen im Arbeitsprozess betrifft, vertreten. Es gehe um ein Aufbrechen des geschlechtersegregierten Arbeitsmarktes, um gesetzlich festgelegte positive Sondermaßnahmen, um dies zu erreichen, es geht um die Durchsetzung von gleichem Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, und um den Einsatz gegen ungerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit.

In diese Perspektive wird auch eine gesetzlich festzulegende Arbeitszeitverkürzung ohne Lohneinbußen eingeordnet und deutlich gemacht, in welchem hohem Grade die Unterdrückung und Ungleichbehandlung der Frauen im Erwerbsleben, insbesondere der Arbeiterinnen, eine Frage des auszutragenden Klassenkonflikts und also gemeinsame Sache von Männern und Frauen sei.

Ebenso wird die Verteidigung des öffentlichen Sektors und eines generellen sozialen Sicherungssystems *auch* als eine strategisch wichtige Gleichstellungsfrage gesehen. Im öffentlichen Sektor hätten insbesondere Frauen ihren Arbeitsplatz und zugleich sind öffentliche, bezahlbare Sozial- und Pflegeeinrichtungen eine Voraussetzung dafür, dass Frauen nicht zurück an den Herd gezwungen werden.

Zugleich orientiert der Jugendverband auf den selbständigen feministischen Kampf unabhängig von Männern, „weil es sich um einen Interessenkonflikt handelt, den beide Gruppen nicht gewinnen können. Eine Erweiterung der Macht, des Einflusses, der Wirkungsräume, des Einkommens der Frauen bedeutet eine Einschränkung derselben für Männer. Männer als einzelne Individuen können bei

einem feministischen Kampf gewinnen aber als Gruppe werden sie zum Vorteil der Frauen Raum verlieren. Deshalb ist die Junge Linke dafür, dass sich Frauen in gewisser Hinsicht besonders organisieren.“²⁰

In diesem Bereich der Verknüpfung von Klassen und Geschlechterperspektive sieht der Jugendverband auch besonders Gelegenheit und Notwendigkeit, über Partei- und Organisationsgrenzen hinweg und mit Bewegungen Bündnisse einzugehen.

Entgegen dem aktuell verstärkten Trend zur Diskussion um Erziehung, Verhaltensmuster, Vorbild etc. orientieren die Jungen Linken auf eine stärker politisch als moralisch ausgerichtete Gleichstellungsdebatte.

Ung Vänster strebe nicht wie in der Regel andere Jugendverbände politischer Parteien des Landes danach, in Parlamente gewählt zu werden, sondern unterstütze mit eigenen Wahlplattformen, Methoden der politischen Arbeit und eigenen Adressaten, eben der Jugend den Wahlkampf der *Linkspartei* und *arbeite mit ihr auf den unterschiedlichen Ebenen zusammen*. Wechselseitig würden auch unterschiedliche Auffassungen und Praktiken respektiert. Ein Mitglied der Reichstagsgruppe der Linkspartei und der zentralen Parteiführung berichtet z.B. des öfteren in der Zeitung des Jugendverbandes über Arbeit und Probleme der Partei im Parlament und er schließt mit dem Satz: „Keine Revolution ohne Reformen – keine beständigen Reformen ohne Revolution“.²¹

Im Wahlkampf setzte sich der Jugendverband gemäß seinem Motto „aufwiegeln und organisieren“ über die Gewinnung von Stimmen für die Linkspartei hinaus die Ziele,

* mehr Jugendliche zu erreichen und zu organisieren,

*die Organisation des Verbandes zu stärken und die

*soziale Basis des Verbandes zu verbreitern.²²

Die Tatsache, dass die Linkspartei bei der Wahl im September 2002 im Unterschied zu generellen Verlusten, gerade bei den Erst- und Jungwählern Stimmen gewinnen konnte, spricht für den Erfolg der Strategie des Jugendverbandes.

In Auswertung der Wahl im Jugendverband wurde zudem konstatiert, dass er auch hinsichtlich der anderen Ziele ein Stück weiter gekommen sei. Während in den vergangenen Jahren die Jugendverbände der bürgerlichen Parteien und bis

²⁰ ebenda, S. 59.

²¹ Larsson, K., in : Rak Vänster, 6/2001, S. 25.

²² Vgl. Nilsson, R., a.a.O., S. 23.

vor kurzem auch der der Sozialdemokratie an Zulauf verloren hätten, konnten die Jungen Linken Mitglieder gewinnen.

Ihre *Hauptaufgabe* sieht die Jugendorganisation darin, innerhalb der im Volk verankerten Bewegungen zu arbeiten. Jedes Mitglied solle in dieser Weise aktiv sein und der Verband selbst arbeitet in Allianzen und Netzwerken, verstärkt auch in Bewegungen und Initiativen gegen die neoliberale Globalisierung und zum Beispiel in regionalen und örtlichen „Sozialforen“, Attac-Gruppen, antirassistischen Initiativen etc. mit. Größter Wert wird auf verschiedenste Formen jugendgemäßer Bildungsarbeit gelegt.

Der Verband strebt als einem wichtigen Prinzip seiner politischen Massenarbeit danach, möglichst breite auch blocküberschreitende Handlungsalternativen und Aktionen zustande zu bringen, *ohne* die politischen Forderungen „auszudünnen“.

In seiner landesweiten Zeitung „RÖD PRESS“, in der Mitgliederzeitung „RAK VÄNSTER“, die mit sechs bis acht Nummern im Jahr herauskommen, sowie in Zeitungen auf Provinzebene leben diese Zielsetzungen in vielen lokalen Berichten, kritischen Debatten, grundsätzlichen Orientierungen, theoretischen Beiträgen, Rezensionen, Aufrufen etc. entsprechend der Feststellung aus dem Programm: „Der tägliche Kampf im Alltag ist die wichtigste Quelle für das Erkennen der Widersprüche in der Gesellschaft.“ Erfahrungen daraus seien wiederum eine wichtige Voraussetzung für den weiteren Einsatz für das Ziel.²³

(Übrigens gilt für die Mitgliederzeitung, dass jedes Mitglied das Recht hat, dass sein eingesandter Beitrag veröffentlicht wird.)

Die Umweltpartei Die Grünen und Veränderungsstrategien

Möglichkeiten und Grenzen der politischen Wirksamkeit der Linkspartei werden durch die Position der Umweltpartei Die Grünen (Mp) beeinflusst, und umgekehrt hat diese Partei im Zusammenwirken mit der Linkspartei ihren Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung erhöht. Sie ist die kleinste der im Reichstag vertretenen Parteien und hat bei den letzten Wahlen nur knapp die 4%-Sperrschwelle durchbrochen (siehe Anhang). Die Umweltpartei ist aus der Anti-Kernkraftbewegung hervorgegangen und erst 1981 gegründet worden. Selbst ordnet sie sich nicht auf einer rechts-links-Skala der Parteien ein, wird aber gewöhnlich dem „sozialistischen Block“ von Sozialdemokratie und Linkspartei zugerechnet. Bei verschiedenen Fragen der Arbeiterbewegung wie Arbeitsrecht, Kündigungs-

²³ Prinsipprogram , S. 60 f.

schutz u.a. nimmt sie eher bürgerliche Positionen ein. Nach der Wahl in diesem Jahr war sie bestrebt, in einer bürgerlichen Mitte-Regierung mitzuarbeiten, weil G. Persson ihr Ministerposten versagte. *Längerfristig wird in der Partei eine rot-grüne Zusammenarbeit, auch in einer Regierung, für möglich gehalten.* In der Parteibasis gibt es jedoch Widerstand gegen den Regierungskurs, weil befürchtet wird, dass die Partei ihren Charakter als Alternativbewegung und Anti-Partei „wegkompromisst“.

Im *Programm* der Partei heißt es: „Der Mensch ist zuerst ein biologisches, soziales und geistiges Wesen, nicht ein ökonomisches. Um unsere menschliche Würde wieder erobern zu können, muss die Wirtschaft ökologischen, demokratischen, sozialen und kulturellen Zielen unterstellt werden. Wir dürfen Entscheidungen über unsere Zukunft weder politischen und bürokratischen Eliten noch selbstlaufenden ökonomischen Kräften überlassen, deren einziges Ziel darin besteht, Geld zu verzinsen.

Wir wollen, dass die Demokratie wiedererobert und entwickelt wird. Das geschieht am besten durch erhöhte Teilnahme.“²⁴

Von ihren konsequent demokratischen emanzipatorischen Grundpositionen ausgehend, fordert die Partei den *Austritt Schwedens aus der EU und den Nichtbeitritt zum Euro-Währungsgebiet.* Die Volksabstimmung zum Euro sollte Regierungsvorstellungen widersprechend, erst 2006 stattfinden, weil dann die Auswirkungen in den bereits beigetretenen Ländern erkennbar sein würden. Bei den Abstimmungen im Reichstag im Juni und im November diesen Jahres zur Übertragung von Hoheitsrechten des Parlaments auf die EU haben alle Abgeordneten der Grünen gegen diesen Beschluss gestimmt.

Die Neutralitätspolitik des Landes soll wieder aufgenommen und weiterentwickelt werden. Neutrale Länder würden mehr denn je für humanitären und konfliktvorbeugenden Einsatz gebraucht. Die Grünen treten für eine totale militärische Abrüstung und dafür ein, dass Schweden seinen Waffenexport einstellt. Sie verlangen eine Begrenzung der Beweglichkeit des internationalen Kapitals, treten für die Tobinsteuer ein, für die Unterstellung des Welthandels unter ökologische und soziale Spielregeln und für den Stop von Importen von Waren, die umweltwidrig oder unter sozial inakzeptablen Umständen hergestellt werden. Die reichen Länder müssten ihre Politik so ändern, dass sie selbst weniger Ressourcen der Erde verbrauchten, damit die armen Länder mehr Raum für ihre

²⁴ Ett grönt Sverige, Kurzfassung, S. 2.

Entwicklung hätten. Die Entwicklungshilfe soll erhöht werden, für Schweden zunächst auf 1% vom BNP.

Von einem grundlegenden Gesellschaftsprinzip der Solidarität im Innern wie nach außen ausgehend, sollten ökonomisch besser gestellte Mitglieder der Gesellschaft auch mehr als gegenwärtig zum gemeinsamen Sektor beitragen. Kinder-, Altenfürsorge, Schule und Gesundheitswesen sollten „in der Hauptsache öffentlich und solidarisch finanziert“ und keine von Gewinninteressen gesteuerte „Geschäftsidee“ sein.

Eine wichtige Rolle in der mittelfristigen Politik der Grünen spielt der Begriff der *Lebensqualität im Zusammenhang mit Erwerbsarbeit* und besseren Möglichkeiten des Einzelnen, seine Lebenszeit selbstbestimmter zu gestalten.

Die sozialen Scherungssysteme sollen von der strengen Kopplung an Lohnarbeit befreit und schrittweise eine Grundsicherung für alle, unabhängig von bisherigen Beitragssystemen, eingeführt werden. Alle sollen ein Recht auf Arbeit haben, aber man spreche lieber von einer vernünftigen Versorgung für alle als von Vollbeschäftigung. Arbeit soll vernünftig aufgeteilt aber „Lohnarbeit soll nicht das Zentrale im Leben sein und die Strukturen der Gesellschaft, Systeme und Normen sollen nicht in einseitiger Anpassung an die Rolle des Menschen als Lohnempfänger entwickelt werden. Wir wollen, dass die Menschen Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl auf bedeutend breiteren Grund bauen können.“²⁵ Künftig müsse den Bedürfnissen und dem Recht der Kinder auf mehr Zeitzuwendung für Fürsorge und Liebe u.a. durch Verbesserung der Bedingungen für die Elternzeit, durch eine Humanisierung der Arbeitswelt, die Beendigung der Lohndiskriminierung für Frauen und durch eine Verkürzung der Arbeitszeit auf eine 35-Stundenwoche spätestens 2006 entsprochen werden.

Die Strategie der Umwelpartei Die Grünen *hinsichtlich Wirtschafts- und Umweltpolitik* geht davon aus, dass ökonomisches Wachstum kein politisches Ziel sein könne, da es nur ein Maß für die Größe nicht aber für die Qualität der Wirtschaft sei. Plädiert wird für eine „Kreislaufwirtschaft“, in der die Endlichkeit der Ressourcen und Überlebenserfordernisse auch kommender Generationen eine zentrale Rolle spielen. Durch politische Beschlüsse müsse der Rahmen bestimmt werden, in dem der Markt über Produktion und Konsumtion entscheidet. Ökonomische Steuerungsmittel sollen so eingesetzt werden, dass sich für Unternehmen und Menschen lohnt, d.h., dass für sie billig ist, was auf lange Sicht Nachhaltigkeit befördert. Was dem entgegen wirkt, soll teuer, was direkt gefährlich ist, verboten werden. In diesem Sinne soll auch die Steuerpolitik

²⁵ Ebenda.

stärker als ökonomisches Steuerungsmittel für nachhaltige Entwicklung eingesetzt werden.

In Fragen der Umwelt-, der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungshilfepolitik stimmen die Positionen von Linkspartei und Umweltpartei weitgehend überein.

Die Umweltpartei Die Grünen vertritt noch *basisdemokratische Züge einer Bewegung und Reste eines Anti-Partei-Verständnisses. Sie verfolgt sehr konkrete Forderungen zur Entkrustung und demokratischen Erneuerung des politischen Systems.*

Demokratie könne ohne Offenheit nicht funktionieren, auch nicht ohne Kontrolle der ökonomischen und politischen Machthaber durch den normalen Menschen. Deshalb müsse das schwedische Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung verteidigt und erweitert, statt geschwächt und eingeschränkt werden.

Das aktive und passive Wahlrecht soll generell auf 16 Jahre gesenkt werden. In allen staatlichen Untersuchungsgremien und politisch zusammengesetzten Ausschüssen und Leitungen sollen per Gesetz Frauen und Männer zu gleichen Teilen vertreten sein. Politische Arbeitsformen sollen so verändert werden, dass mehr Menschen teilnehmen können, ohne Familienleben und andere Werte zu opfern. Neue Regeln sollen *politische Ämterhäufung und lebenslanges Berufspolitikertum verhindern.* Spätestens nach drei Mandatsperioden müssten politische Ämter aufgegeben werden. Der Schutz für alte Parteien durch die 4%-Klausel soll aufgehoben werden. Die direkte Demokratie soll auf allen Ebenen einen völlig neuen Stellenwert bekommen. Von der kommunalen bis zur zentralen Ebene sollen beschließende Volksabstimmungen möglich sein, wenn mindestens 5 % der jeweiligen Bürger dies fordern. Jede Verfassungsänderung soll durch eine obligatorische beschließende Volksbefragung entschieden werden. Wer in Schweden wohnt, soll unabhängig davon, wo er geboren ist, gleiche Rechte und Pflichten haben. Einbürgerung soll nach drei Jahren Aufenthalt im Lande möglich sein.

Schließlich gehen die Grünen davon aus, dass „die besten Voraussetzungen für wirkliche Demokratie“ durch ein „breit gestreutes und verantwortungsvolles“ Eigentum gegeben sind. Deshalb wollen sie Unternehmen in genossenschaftlichem und Direkteigentum der Produzenten in einer mehr sozial funktionierenden Wirtschaft stimulieren.

Zusammenarbeit von Linkspartei und Umweltpartei mit sozialdemokratischen Regierungen seit 1998

Probleme einer (wie auch immer gearteten) Zusammenarbeit mit einer sozialdemokratischen Regierung waren mit wachsender Akzeptanz und zunehmendem Einfluss der Linkspartei im letzten Jahrzehnt einerseits und dem nach schweren Wahlverlusten 1998 erfolgten teilweisen Einschwenken der Sozialdemokratie auf mehr traditionelle sozialdemokratische Positionen andererseits, auf die Tagesordnung praktischer Politik gesetzt worden.

Von 1998 bis 2002 hat die Linkspartei gemeinsam mit der Umweltpartei auf der Grundlage einer schriftlichen Vereinbarung mit der sozialdemokratischen Minderheitsregierung in den Bereichen Wirtschaft, Beschäftigung, gerechte Verteilung, Gleichstellung und Umwelt zusammengearbeitet. In Fragen der EU-Politik, Beitritt zum Euro, Außen- und Sicherheitspolitik war ein Zusammenwirken wegen grundsätzlicher Differenzen von Anbeginn ausgeschlossen worden.

In einem detaillierten Bericht der Linkspartei über diese Zusammenarbeit wird ausgeführt, inwieweit sie dazu beitragen konnte, die Regierungspolitik nach links hin zu beeinflussen. Steuereinnahmen der Kommunen und auch die staatlichen Beiträge an sie konnten erhöht werden, was direkt der Sozialpolitik zugute kam. Die offene Arbeitslosigkeit wurde von 6,5 auf unter 4 % gesenkt. In der Steuerpolitik konnten schlimmste Einschnitte zu Lasten von Lohnabhängigen wieder abgemildert werden. Durch ein novelliertes Gleichstellungsgesetz soll mit größerer Konsequenz etwas für mehr Lohngerechtigkeit für Frauen durchgesetzt werden. Die Entwicklungshilfe wurde aufgestockt und im Jahr 2004 soll sie 1% des BNP betragen.

Als besonders problematisch wurden der Budgetprozess selbst und zu späte Informationen durch das Finanzministerium sowie bestimmte Formen der Zusammenarbeit eingeschätzt. Dies habe sich sowohl auf Möglichkeiten der Einflussnahme als auch auf den innerparteilichen demokratischen Prozess in der Linkspartei negativ ausgewirkt.²⁶

In der Wahlplattform der Linkspartei für 2002 wurde eingeschätzt, dass eine neue linke Mehrheit eine „bedeutend radikalere Politik als bisher“ verwirklichen müsse.

Die Umweltpartei verweist bei Erfolgen ihrer Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Regierung auf Steueränderungen und höhere Posten im Budget zugunsten des Umweltschutzes, auf die Erhöhung der Entwicklungshilfe, auf Experimente mit einem freien Jahr für Erwerbstätige, wenn dafür Arbeitslose eingestellt werden, auf eine Senkung der Mehrwertsteuer für Bücher und auf

²⁶ www.vansterpartiet.se/viriksdag/6898.cs

härtere Maßnahmen gegen gesellschaftliche Diskriminierungen verschiedener Art. Es sei eine aktivere Debatte über Zukunftsfragen geführt worden.

Gemessen an der Anzahl ihrer Mandate im Reichstag habe die Partei in Debatten und im Beschlussprozess viel erreicht. Selbstverständlich stellt sie fest, dass sie sich mehr erhofft hatte.²⁷

Nach der Wahl im September 2002 arbeiten Linkspartei und Umweltpartei erneut mit einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung zusammen. In ihrer Vereinbarung „121 Punkte für ein sichereres, gerechteres und grüneres Schweden“ vom 4. Oktober 2002 erklären sie: „Wir wollen zusammenarbeiten mit einer deutlichen Politik für ein grünes, gleichgestelltes Volksheim, in dem nachhaltiges Wachstum, Vollbeschäftigung und sichere Wohlfahrt von technischer Entwicklung, moderner Umstellung und verringerten Gräben vorwärts getrieben werden“.²⁸

Mit dem „Volksheim“ als spezifisch schwedischem Terminus für das Wohlfahrtsstaatsmodell seit den 30er Jahren wird unter schlechter gewordenen Gesamtbedingungen dennoch an dieser Tradition, vor allem auch sozial-psychologisch, anzuknüpfen versucht.

Die Linkspartei schätzt ein, dass in dem Übereinkommen große Teile von ihrem Wahlmanifest und weiterentwickelte Formen für die Zusammenarbeit enthalten sind. Damit sei es möglich, Einfluss und Durchschlagskraft der Partei auf die Politik zu erhöhen. Die Grünen hatten insbesondere auf einer Stärkung des Eisenbahnwesens, Reduzierungen im Militärhaushalt und einer Überprüfung der Zusammenarbeitsformen nach zwei Jahren bestanden.

In dieser *Vereinbarung zur Zusammenarbeit* sind u.a. enthalten:

- bis 2004 soll ein Beschäftigungsgrad von 80% erreicht werden
- die permanente Finanzierung des öffentlichen Sektors wird prioritiert
- Änderungen des Steuersystems für mehr umweltgerechtes Verhalten
- gesondertes, sehr konkretes sozialpolitisches Reformprogramm bis 2004, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben seien
- falls Steuersenkungen möglich würden, sollten Lohnabhängige und Kleinunternehmen bevorzugt werden
- Kürzung von Verteidigungsausgaben

²⁷ Miljöpartiet de Gröna – Tre år av grönt samarbete med rött – klara gröna framgångar!, www.mp.se

²⁸ Hundratjugoen punkter för ett tryggare, rättvisare och grönare Sverige, 4 oktober 2002, www.regeringen.se

- Aufstellung eines nationalen Handlungsplans zur Überwindung geschlechtsdiskriminierender Lohnunterschiede
- Lösung der schweren Milieuprobleme für Schweden in dieser Generation
- aktiver Beitrag zu nachhaltiger globaler Entwicklung
- Einrichtung eines nationalen Zentrums zur Förderung von Produkten und Dienstleistungen im Bereich der Umwelttechnik und zum Export auf diesem Gebiet
- Weitere Verbesserungen für Elternurlaub in Länge und finanzieller Absicherung
- Mehr Lehrer und weiteres Personal für Schulen und Vorschule
- Verbesserung der Situation armer Kinder in Schweden
- Verbesserung der Pflege- und Fürsorgesituation; Krankenhäuser dürfen nicht gewinnorientierten Privatunternehmen überlassen werden
- Humanisierung des gesamten Arbeitslebens mit starkem Einfluss der Arbeitenden selber, Minderung von Stress, Arbeitshetze, psychischen Verschleißerscheinungen und Frühinvalidität
- bis 2008 Halbierung der Anzahl der Krankheitstage²⁹

Außen-, Verteidigungs-, Sicherheits- und EU-Politik sind weiterhin von der Zusammenarbeit ausgenommen, soweit sie nicht budgetrelevante Fragen oder Fragen der vereinbarten Sachgebiete betreffen.

Die *Formen der Zusammenarbeit* werden laut Übereinkommen erweitert. Es soll monatliche Beratungen zwischen den Führern der drei beteiligten Parteien geben. Die Stützparteien bekommen jeweils ein Koordinierungsbüro im Finanzministerium, denen auch Untersuchungsressourcen zugänglich sein sollen. Die Milieupartei soll politisch Sachkundige in das Umwelt-, das Wirtschafts- und das Landwirtschaftsministerium entsenden und die Linkspartei entsprechende Vertreter in das Finanzministerium und weitere Departements auf Gebieten der Zusammenarbeit.

U.a. für strategische Fragen, Verwaltung und staatseigene Unternehmen sollen gemeinsame Arbeitsgruppen eingesetzt werden. Schließlich soll eine gemeinsame Arbeitsgruppe nach zwei Jahren die Formen der Zusammenarbeit auswerten, Veränderungsvorschläge unterbreiten und den Parteivorsitzenden zur Beratung vorlegen. Dann könnte entschieden werden, die Zusammenarbeit in den

²⁹ Ebenda.

festgelegten Formen fortzusetzen, Koalitionsverhandlungen einzuleiten oder die Zusammenarbeit abubrechen.

Diskussion und Kritik

Was die Linkspartei betrifft, so werden in der Basis, in Parteigruppen und auf Parteikongressen, in der Mitgliederzeitung der Partei „Vänsterpress“, in regionalen und lokalen Blättern, aber auch in der traditionsreichen 1906 als „Norrskens Flamman“ gegründeten nunmehr Unabhängigen Sozialistischen „Flamman“ und wohl noch stärker in „Proletären“, der Zeitung der Kommunistischen Partei–KPML(r), sowie im Organ von Schwedens Kommunistischer Partei „Riktpunkt“ im Kontext mit Analyse und Kritik der sozialdemo-kratischen Regierungspolitik auch die Politik der Vänsterpartiet im Reichstag und ihre Zusammenarbeit mit der Regierung diskutiert, kritisch begleitet, getadelt, konkretes Abstimmungsverhalten oder Entscheidungen, zum Teil die gesamte „Regierungsstrategie“ abgelehnt bzw. alternative Wege und Forderungen an die Partei formuliert.

Es wird deutlich, in welchem Maße und in welcher Art und Weise die Regierungszusammenarbeit der Linkspartei eine Herausforderung an die gesamte Partei und an alle Strömungen und Gruppierungen der antikapitalistischen Bewegung des Landes beinhaltet. Ersichtlich wird die absolute Notwendigkeit einer konstruktiven Debatte und Kritik unterschiedlicher Auffassungen und Gewichtungen strategischer Ansätze und politischer Praktiken. Aus verschiedenen Ebenen und Sichten kommt ein unerschöpflicher Quell produktiver Verarbeitung von Erfahrungen. Unverzichtbar sind: Vielfalt und Solidarität im Lern- und Suchprozess. Verallgemeinerungsfähiges erscheint im Einzelnen und Besonderen.

In dem vom Parteikongress der Linkspartei 2000 angenommenen Dokument heißt es: *“Wenn die Partei keine ideologische lebendige Debatte und keine eigene Theoriebildung hat, riskieren wir, in einer Situation zu landen, in der wir nur eine im Grunde bürgerliche Politik administrieren.”*³⁰ Es wird gefordert, neue Methoden zu entwickeln, wie parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit einander unterstützen können, wie etwa bei der Kampagne für die Verkürzung der Arbeitszeit, wo neue Bündnisse und Netzwerke entwickelt worden seien. Auch in Auswertung der Erfahrungen anderer europäischer linker Parteien in

³⁰ Socialistisk Offensiv, S. 9.

Regierungen wird aus der Parteiführung eingeschätzt, dass es außerordentlich schwierig sei, im Parlament eine linke Politik zu betreiben, wenn es keinen Druck von außen gäbe. Man müsse sich wieder auf klassische Basisarbeit einrichten, war eine Schlussfolgerung aus einem inter-nationalen Erfahrungsaustausch über linke Parteien und Regierungszusammenarbeit in diesem Jahr in Stockholm.³¹

Kritisiert wird eine zu starke Fixierung der letzten Parteikongresse der Linkspartei auf parlamentarische Arbeit und auf die Regierungsfrage, wodurch Diskussionen zu Politikinhalt zum Teil gelähmt worden seien. Auch in Auswertung der Wahl 2002 wurde in Lokalorganisationen und in der Parteiführung eine zu starke Orientierung und Konzentration auf die Regierungsfrage und eine zu große Ähnlichkeit mit der rhetorisch radikaler aufgetretenen Sozialdemokratie als eine Ursache der Wahlverluste von ca. 30 % der Stimmen bemängelt. *Viele Arbeiterwähler hätten lieber das Original statt die Kopie gewählt.*³² Nicht Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie schlechthin wird vielfach in Frage gestellt, sondern kritisiert, dass die sozialdemokratische Regierung ihre Stützparteien für ihre Zwecke ausnutzen würde.³³ Bei allem Stolz, „Verantwortung zu übernehmen“, was regierungstauglich bedeuten solle, müsse zuerst gefragt werden: „Verantwortung übernehmen, wofür?“³⁴

Unverständnis wird in Auswertung der Wahl von 2002, darüber geäußert, dass in den Wahlkämpfen keinerlei Kritik mehr an der Politik der Sozialdemokratie geübt worden sei. Generell würden die auf eine noch engere Regierungszusammenarbeit orientierten Kräfte in der Parteileitung und in der Reichstagsfraktion mit einem Kniefall vor der Sozialdemokratie nicht nur der Partei schaden, sondern auch große Teile der Arbeiterklasse enttäuschen, wenn die Linke aufhört, links zu sein. Göran Persson habe mit dem letzten Übereinkommen mit Linkspartei und Umweltpartei vor der Volksabstimmung zum Euro-Beitritt Servilität gezeigt, um die Anti-Euro-Bewegung zu neutralisieren. Das Kapital werde seinerseits vor der Euro-Abstimmung die Arbeiterbewegung nicht herausfordern. Diese Strategien müssten entlarvt statt verschleiert werden.³⁵

Forderungen, die das Profil der Partei in früheren Wahlkämpfen ausmachten und gerade Fragen, bei denen die Sozialdemokratie nach rechts rückt, wie hinsichtlich EU und Außenpolitik, müssten wieder deutlich focusiert werden. Es wird gefragt,

³¹ Flamman v. 26.9.2002.

³² Vänsterpress, Nr. 9/2002.

³³ Flamman, v. 19.7.2001.

³⁴ Flamman, v. 2.10.01.

³⁵ Proletären, Nr. 38, v. 19.-25.9. 2002.

warum Forderungen aus der Wahlplattform, auf die man sich geeinigt hatte und die für Gewerkschafter so wichtig seien, wie die Anhebung des Arbeitslosengeldes auf 90%, aus dem Wahlkampf verschwunden seien. Dasselbe gelte hinsichtlich des Kampfes um das Arbeitsrecht, die Verkürzung der Arbeitszeit u.a. Es wird, bezogen auf den letzten Wahlkampf, resümiert: „*Klassenfragen sind im Wahlkampf weggefallen... Es ist deutlich, dass wir keine sozialistische Strategie haben. Diese Diskussion muss jetzt in Gang kommen.*“³⁶

Vielfach wird gefordert, generell die Konfliktlinien, die Konfliktperspektive der Gesellschaft und ein insgesamt systemkritisches Verhalten wieder stärker in den Mittelpunkt auch der öffentlichen Debatten zu stellen. Fragen des Umgangs mit staatlichem Eigentum, des Zusammenhanges von Macht und Eigentum dürften in der Partei nicht länger verdrängt werden.³⁷

Da die Mehrheit der Bevölkerung den Wohlfahrtsstaat aber nicht Sozialismus wolle, müsste in und mit der Öffentlichkeit wieder *offensiv geklärt werden, dass eben auch Verteilungspolitik öffentliches Eigentum und strukturelle Veränderungen brauche.*

Für Kraft und Veränderungspotential der Linkspartei seien die Nähe zur Regierung und die Stimmenmaximierung nicht so entscheidend, sondern Respekt und Stärke aus der Übereinstimmung mit viel mehr Bürgern, die deutlich mehr linke Politik wollten als es bisherige Wähler der Partei gäbe. Mit der Wahl der Bevölkerung 2002 gegen eine bürgerliche Regierung sei der Auftrag an die Linkspartei gestellt, auf wirkliche Veränderungen in der Machtverteilung in der Gesellschaft zu drängen. Linkswähler seien für „krumme Sachen“ und „doppeltes Spiel“ besonders empfindlich. Es gehöre zum Schlimmsten, jetzt Vertrauen zu verlieren. Wenn nun nicht wirklich Gräben zwischen Klassen und Geschlechtern vermindert werden könnten, wachse die *Gefahr einer vielleicht sehr starken Rechtsentwicklung* im Lande.³⁸

Generell wird angemahnt, deutlicher Kompetenzfelder der Partei und konkrete für Mitglieder und Adressaten der Parteipolitik klar erkennbare Forderungen *einheitlich* von Parteiführung, Reichstagsfraktion, führenden Genossen, und allen Parteimitgliedern zu vermitteln. Im Wahlkampf 2002 habe jeder seine eigene Politik vertreten, die Führung in ihrer Gesamtheit habe die Verantwortung für das politische Profil nicht wahrgenommen.³⁹

³⁶ Vänsterpress, Nr. 10/2002, S. 13.

³⁷ s. FN 31.

³⁸ Vgl. Etzler, A. Vänstern får inte tappa förtroendet, in: Flamman, v. 19.9.2002, der Autor ist Verfasser eines in der Linken diskutierten Buches zur Strategie der Linken: Ta det tillbaka.

³⁹ Flamman, Leitartikel v. 17.9.2002.

In der Parteiführung bestand in Auswertung der Wahl 2002 weitgehend Einigkeit darin, dass vor allem organisatorische Mängel den Wahlkampf gekennzeichnet hätten. Die Partei hätte ihr Vermögen eingebüßt, sich selbst für ihre eigene Politik auszubilden, statt dessen sei sie dem Agieren der Medien ausgeliefert gewesen. Es wurde beschlossen, einen *Vorschlag für eine Parteireform zu erarbeiten*. Einsatz und Erfolg der Jungen Linken mit einem übergreifenden Plan und entsprechenden einheitlichen klaren Handlungslinien wurden gewürdigt.⁴⁰

Es wird Auffassungen aus der Parteiführung entgegengetreten, dass die alten Volksbewegungen der Arbeiterbewegung, die Schweden geprägt hätten, wie Gewerkschaften, Mieter-verbände, Arbeiterbildungsvereine, Sportvereine etc. nicht mehr existieren würden und *die Partei sich zu einer neuen modernen Volksbewegung entwickeln sollte*, in der alle Ansichten und Initiativen vertreten und respektiert wären und das Parlamentarische so durch außerparlamentarische Arbeit ergänzt würde. In dem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die aktive Mitwirkung der Linkspartei in den existierenden Volksbewegungen seit den 70er Jahren beträchtlich abgenommen habe. Statt die Bewegungen für tot zu erklären und politische Allianzen *innerhalb* der Partei sammeln zu wollen, sollte die Partei wieder eine aktive Massenarbeit in ihnen betreiben. Als Partner von Bündnissen gegen Rechts sollte die Partei in bestimmten Fragen lieber ihr politisches Profil schärfen als es zu verbreitern.⁴¹

Mehr parlamentarischer Einfluss und Zusammenarbeit mit der Regierung erfordere *mehr innerparteiliche Demokratie*, Widerstand gegen Karrierismus, generell die Entwicklung und Erneuerung der innerparteilichen Arbeit, der Bildungstätigkeit und einer ideologischen Offensive, insgesamt das Begreifen der Partei als Instrument zur Veränderung der Gesellschaft. Wenn in der Politik in etablierten Strukturen immer wieder gegen Wahlversprechen verstoßen werde, untergrabe dies Vertrauen sowohl in die Führung als auch in innerparteiliche Demokratie. Innerhalb der Partei müssten Ideen und konkurrierende Gedanken willkommen sein und dynamisch diskutiert werden. Macht brauche auch innerhalb der Partei Gegenmacht. In Auswertung der Wahl 2002 verwahrten sich Parteimitglieder unter Bezugnahme auf eine Einschätzung der Vorsitzenden dagegen, aus Niederlagen Erfolge zu machen oder einseitige Wertungen vorzunehmen.⁴² Deutlich wurde kritisiert, dass seitens der Parteiführung weder in der Mitgliederzeitung noch in „Flamman“ oder anderweitig eine Diskussion zur

⁴⁰ Vgl. Vänsterpress, Nr. 9/2002.

⁴¹ Flamman, Nr. 39 v. 7.10.1999.

⁴² Vänsterpress, Nr.10/2002, Nr. 11/2002.

Wahlplattform 2002 eingeleitet worden sei und im Vorfeld keine Änderungsanträge zur Plattform an den Parteikongress hätten gestellt werden können. Sehr viele Delegierte, die reden wollten, seien auch auf dem Kongress nicht zu Wort gekommen.⁴³

Als äußerst nachteilig wird empfunden, dass zu wesentlichen Fragen die *praktische Politik der Partei in etablierten Strukturen auf Landes-, Provinz- und kommunaler Ebene*, und auch das Stimmverhalten von Mandatsträgern im Reichstag und in seinen Ausschüssen sowie in der Regierungszusammenarbeit zu *oft im Widerspruch zu Erklärungen des Parteivorstandes, zu Dokumenten und Konferenzen, zu Reden von Funktionären, und zu Parteibeschlüssen stehen würden*. So hätten im Reichstag bei Abstimmungen zur Abtretung von Hoheitsrechten des Parlaments an die EU im Juni 2002 17 Vertreter der Linkspartei, die erklärter Gegner der EU ist, dafür oder als Abwesende nicht dagegen gestimmt. 1999 habe es kein einheitliches Verhalten gegen Beschneidung von Tarif- und Kampfrechten der Lohnabhängigen gegeben. Gegen einen ausdrücklichen Parteitagsbeschluss sei der Privatisierung von wichtigen Staatsunternehmen (Telia), Krankenhäusern, Sozialeinrichtungen etc. zugestimmt worden. Entgegen allen früheren Positionen zur Abwicklung der Atomwirtschaft ab 2005 habe die Linkspartei zugestimmt, dass die Kraftwerke weiterlaufen, solange sie profitabel sind.⁴⁴

Aus der faktischen Politik, die die Partei betreibe, werde deutlich, welche Ansichten in der Linkspartei überwiegen würden und dass sie kein zuverlässiges Gegengewicht gegen die Rechtspolitik der Regierung sei.⁴⁵

Weitere strategische Elemente

Die grundsätzliche Orientierung der Linkspartei, bürgerliche Regierungen zu verhindern und zu versuchen, eine noch schnellere und rücksichtslosere marktliberale „Europäisierung“ des Landes wesentlich durch Regierungszusammenarbeit mit der Sozialdemokratie aufzuhalten und soziale Verschlechterungen der 90er Jahre abzumildern, ist in den letzten Jahren in der Partei sicher stärker ausgeprägt worden. Zugleich werden Probleme und Nachteile mit dieser Strategie

⁴³ Flamman, v. 11.11. u. 20.12.2001.

⁴⁴ Flamman, Nr. 44, v. 11.11. 1999, Flamman v.20.6.2002.

⁴⁵ Riktpunkt, v. 13.6.2000, S. 2.

zunehmend deutlich: sowohl hinsichtlich der *tatsächlichen* Gestaltungsmöglichkeiten staatlicher Politik im Sinne der Zielsetzungen der Partei als auch hinsichtlich ihres Einflusses unter Anhängern, Wählern und zu Gewinnenden. Aber die Partei in ihrer Gesamtheit verfolgt komplexere Strategien

Unter anderem im Zusammenhang mit dem Ausschluss der EU-, Außen- und Sicherheitspolitik von der vertraglichen Zusammenarbeit mit der Regierung wird deutlich, *dass die Linkspartei auch die strategische Orientierung einer kraftvollen außerparlamentarischen, mit Bewegungen und Initiativen verbundenen und vernetzten Strategie verfolgt und in welchem kompliziertem Wechselverhältnis der Sinn einer Regierungsstrategie gerade davon abhängt.*

In Vorbereitung auf die im September 2003 stattfindende Volksbefragung zum Beitritt des Landes zum Euro-Währungsgebiet hat die Partei gleichzeitig mit inhaltlichen Positionen gegen den Beitritt und mit ihrer entsprechenden Antragsarbeit im Reichstag auch ihre Forderungen hinsichtlich des Prozederes der Volksbefragung öffentlich gemacht.

Die Vorsitzende hat gefordert, dass finanzielle Ressourcen für die Parteien und Kampagneorganisationen rechtzeitig und auf eine Weise verteilt werden müssen, dass die Nein-Seite nicht von vorn herein benachteiligt wird. Alle beteiligten Initiativen und Organisationen sollen ihre Finanzierungsquellen offen legen. Der Staat müsse sich neutral verhalten, sachlich und unparteiisch informieren, wobei Erfahrungen der Volksbefragung zum EU-Beitritt 1994 zeigten, dass es schwierig war, objektives Material zu bekommen. Beide Seiten, Befürworter und Gegner, sollten entsprechendes Material gutheißen und Möglichkeiten bekommen, jeweils ihre Standpunkte zu verbreiten.

Es sollte ein parlamentarisches Komitee zur Vorbereitung und Durchführung der Volksbefragung eingesetzt werden, um all dies zu überwachen.⁴⁶

So wird konkret in der politischen Praxis nach Wegen gesucht, dass direktdemokratische Institute nicht auch durch die Macht des Geldes ausgehöhlt und entwertet werden. Neue Formen der Verknüpfung mit dem parlamentarischen Einsatz werden entwickelt.

Die Linke, das Eigentum und die Macht

Angesichts bisheriger Erfahrungen gerade auch der Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Regierungen ist es schließlich auch kein Zufall, dass die

⁴⁶ www.vansterpartiet.se/viriksdag/11489.cs?tempeltemplate=1407

Partei Fragen nach Eigentum und Macht in der Gesellschaft *als Strategieproblem der Linken wieder aufnimmt.*

Auf einer Konferenz im März diesen Jahres und in einem 20-seitigen Diskussions- und Strategiedokument wird davon ausgegangen, dass in der schwedischen Gesellschaft eine Machtverschiebung von Arbeit zu Kapital und eine Einschränkung von Demokratie und politischem Handlungsspielraum zugunsten des sogenannten Marktes stattgefunden hat.

„Die Entwicklung stellt Forderungen an die Linke, ihre Analysen und ihre Politik hinsichtlich zum Beispiel Globalisierung, Feminismus und Miljöarbeit zu entwickeln. Als einen ersten Schritt in einem größeren Rahmen haben wir uns entschieden, Fragen des Eigentums zu behandeln. ... *Das Ziel der Strategie ist ökonomische Demokratie*, in der alle einen realen Einfluss auf die Produktion und die Wirtschaft und ebenso Macht und Einfluss an ihren Arbeitsplätzen und im Alltag haben. Das setzt Veränderungen der Eigentumsverhältnisse, wie wir sie heute haben, voraus. ...

In diesem Dokument wollen wir unsere Strategie auf jenem Gebiet entwickeln, das die durch Eigentum begründete Macht des Kapitals herausfordert. ... Das Fundament im Marxismus ist dessen *Focus auf die Eigentumsverhältnisse und deren entscheidende Bedeutung in allen Gesellschaftsformationen. Produktivkräfte samt Eigentums- und übrigen Produktionsverhältnissen bilden die materielle und ökonomische Basis, die entscheidende Bedeutung für grundlegende Machtverhältnisse hat und dafür , welche Politik, Kultur, Ideologie etc. betrieben wird.*“⁴⁷

Eine moderne sozialistische Strategie müsse auf eine Bewegung von unten her bauen und auf eine Vielfalt von gemeinsamen Eigentumsformen. Die übergreifende Strategie bestünde darin, nach und nach das gemeinsame demokratische Eigentum im Verhältnis zum privaten zu vergrößern, so dass der Hauptteil der Wirtschaft, demokratisiert wird und schließlich in gemeinsames Eigentum übergeht.

Sozialistische Gegenmacht müsse auf lokalem, regionalem, nationalem und internationalem Niveau entwickelt werden.⁴⁸

Dabei wird eine strukturelle und eine funktionelle Perspektive gesehen: gemeinsames Eigentum und Kontrolle über Produktionsmittel und zugleich demokratische Organisation sowie eigenständige Macht und Einfluss der Menschen.

⁴⁷ Vänstern, *ägandet och makten*, Brommatryck 2002, S. 1.

⁴⁸ Vgl. ebenda.

Debatte und Strategien sollen sich auf staatliches, kommunales, genossenschaftliches und auf Eigentum von Lohnempfängern konzentrieren.

Staatseigentum sollten strukturbestimmende Einrichtungen aus Bank-, Kredit- und Börsensektor sowie wichtige Bereiche der Energie-, Verkehrs-, Arzneimittelproduktion und der Medieninfrastruktur sein. Der Staat müsse weiterhin die Kontrolle über strategisch bedeutsame Naturressourcen ausüben. Des Weiteren sollten Unternehmen Staatseigentum sein, die aus Effektivitäts-, Gerechtigkeits- oder sozialen Gründen nicht privat betrieben werden sollten, wie z.B. pharmazeutische Aktiengesellschaften.

Der Reichstag sollte die Eigentumsstrategie und die Vorstände der Leitungen von staatlichen Unternehmen bestimmen. Auswertung und Kontrolle der Tätigkeit sollten durch Formen der öffentlichen Einbeziehung der Bürger, also der eigentlichen Eigentümer, gesichert werden. Diese Unternehmen sollten als Vorbild für andere Unternehmer, für Arbeitsbedingungen, Arbeitsmilieu etc. fungieren.

Auf *Provinz- und Kommunalebene*, wo im wesentlichen Schulbildung, Gesundheitswesen, Pflege, Kinder- und Altenfürsorge realisiert werden, würde mit diesem Teil des öffentlichen Sektors ein erheblicher Teil der Gegenmacht gegen private Kapitalmacht gebildet.

Davon ausgehend plädiert die Linkspartei für die Beibehaltung der Steuereinnahmen der Kommunen und weitere Steuerfinanzierung des öffentlichen Sozialsektors. Gewinnorientierte Unternehmen im Pflege- und Schulbereich sollten wieder in den öffentlichen Sektor zurückgeführt werden. Die gewählten Provinzial- und Kommunalparlamente seien für neue demokratisierte Leitungs- und Kontrollmechanismen verantwortlich, durch die den Angestellten im öffentlichen Servicesektor und den Nutzern breitere Mitbestimmung ermöglicht wird. Es wird vorgeschlagen, direkt gewählte regionale Körperschaften einzurichten, um übergreifende Aufgaben zu lösen.

Auch genossenschaftliche und ideelle, von ihren Mitgliedern oder Interessenten geleitete Organisationen sollten ihren Platz in den kommunalen Strukturen behalten.

Für Unternehmen und Aktiengesellschaften vor allem im Bereich der Infrastruktur, in denen Kommunen Mehrheitseigner sind, sollten die gewählten Vertretungen konkrete durchdachte Eigentümerstrategien entwickeln und festlegen, wie die Bürger auch in die spätere Kontrolle einbezogen und ihre Mitgestaltungsrechte gesichert werden.

In dem Strategiepapier werden Vorschläge unterbreitet, *wie generell durch politische Steuerung weiteren Privatisierungen entgegen gewirkt werden kann*. Es wird auf Erfahrungen mit entsprechender zeitlich begrenzter Gesetzgebung verwiesen und es werden ökonomische, auch zeitweilige Erleichterungen für kommunales Eigentum sowie wirtschaftliche Sanktionen bei seinem Verkauf vorgeschlagen. Privatisierungen sollten nur nach Erlaubniserteilung in Relation zur Situation der Kommune erfolgen. Unter Hinweis auf Holland und Kanada wird vorgeschlagen, per Gesetzgebung in Bereichen wie Gesundheitswesen und Pflegeeinrichtungen die Tätigkeit von gewinnorientierten Unternehmen zu verbieten.

Schließlich wird der Bereich der *kollektiven Kapitalbildung durch Fonds* aufgegriffen und neue Vorschläge unterbreitet.

„Die Arbeitnehmer der Welt sind durch ihr angesammeltes Pensionskapital in größerem Umfang Eigentümer als es dem Wert der drei führenden Börsen der Welt entspricht. Dennoch sind es die Kapitalisten, die die Macht in dem ganz und gar dominierenden Teil der größeren Unternehmen der Welt haben. Kollektive Kapitalbildung durch Fonds ist eine Strategie, die zur Entwicklung von ökonomischer Demokratie und von einem demokratischen Sozialismus beitragen kann.“⁴⁹

Zum Beispiel ginge es um *gewerkschaftseigene Pensionsfonds*, die auf dem Grundprinzip der ökonomischen Demokratie beruhen: gemeinsames Eigentum und demokratische Steuerung nach dem Prinzip: eine Person – eine Stimme. Gewerkschaftsfonds müssten Einfluss und Macht aus Aktieneigentum nutzen, um zum Beispiel Stilllegungen von gewinnbringenden Unternehmen oder Verlegung von Produktion in Niedriglohnländer zu verhindern. Gewerkschaftsmitglieder sollten die Wahl haben, ihr Pensionskapital in den von den Gewerkschaften gebildeten Fonds einzuzahlen und die Leitungen zu bestimmen. Es wären Kombinationen mit verschiedenen regionalen Fonds denkbar. Auf längere Sicht könnten Unternehmen im Eigentum der abhängig Beschäftigten und von ihnen verwaltet, geschaffen werden. Das wäre, ohne Probleme und Konfliktpotentiale zu negieren, für die hoch organisierte Arbeiterbewegung in Schweden ein Weg allmählicher Machtveränderung.

Unter der Überschrift *Gesellschaftseigene Fonds* werden weitere Projekte diskutiert.

Das noch existierende staatliche *Pensions-Fondssystem* sollte im Rahmen einer veränderten Verantwortung des Staates als Eigentümer durch Streichung von

⁴⁹ Ebenda, S. 11.

Investitionssperren und anderen Behinderungen als Faktor für mehr Macht der Einzahler in der Wirtschaft aktiviert werden. Das könnte dazu führen, dass Gewinne wieder in Schweden investiert würden.

Anknüpfend an dem Projekt der *Arbeitnehmerfonds aus der Mitte der 70er Jahre* und unter Berücksichtigung von Problemen mit diesem Modell wird ein *Vorschlag für Gesellschaftsfonds* skizziert:

Größere Unternehmen mit mindestens 100 bis 200 Beschäftigten und einem bestimmten Umsatz überführen einen Anteil ihres jährlichen Gewinns in Form von neu gezeichneten Aktien in Arbeitnehmerfonds in den entsprechende Unternehmen, wo er weiter als arbeitendes Kapital fungiert. Die Liquidität der Unternehmen wäre damit nicht gefährdet. Nach Berechnungen zu den Arbeitnehmerfonds-Vorschlägen in den 70er Jahren würden bei einem Anteil überführten Gewinns zwischen jeweils 10 und 20% diese Fonds nach 20 bis 40 Jahren eine Aktienmajorität an den Unternehmen haben. Damals hatten etwa 1% der schwedischen Firmen mehr als 100 Angestellte. In ihnen wurden über 80% des Gewinns der schwedischen Industrie erwirtschaftet. Und in diesen wenigen Großunternehmen arbeiteten 60% aller Beschäftigten in der schwedischen Wirtschaft.⁵⁰

Um im Unterschied zu dem früheren Projekt eine Balance zwischen Gewerkschaften/ Mitgliedern und anderen Bürgern, unterschiedlich rentablen Unternehmen bzw. unterschiedlichen Regionen des Landes herzustellen, sollten diese Fonds mit gesellschaftlichen Fonds auf regionaler Basis und einem nationalen Ausgleichsfonds kombiniert werden. Diese Fonds sollten von Leitungen unter Verantwortung gewählter regionaler Vertretungskörperschaften, Vertretern von Regierung/Reichstag und Gewerkschaften verwaltet werden. Später sollten die Belegschaften in den Leitungen der Unternehmen vertreten sein. Durch eine solche Machtteilung bei Gesellschaftsfonds würden Gruppenegoismus und widerstreitende Interessen ausbalanciert und das Prinzip: Jeder Bürger (nicht jeder Gewerkschafter) – eine Stimme verwirklicht werden.

⁵⁰ Vgl. S. Sjöberg, *Samhällsfonder...* a.a.O.

Im Bewusstsein der Widerstände gegen solche komplexen Strategien zur Entwicklung von Gegenmacht wird darauf hingewiesen, dass *auf internationalem Niveau Fondsstrategien gegen die globale Kapitalmacht* entwickelt werden müssten.⁵¹

In einer vorausgegangenen Arbeit zu diesen Vorschlägen werden Für und Wider der Fondsprojekte diskutiert. Hinsichtlich der „ewigen Frage in der Arbeiterbewegung Reform oder Revolution“ werden diese Fondsvarianten als „Strukturreformismus“, als ein „Reformismus mit Focus auf den Kern des gegenwärtigen kapitalistischen Systems, das private Eigentumsrecht am ‘produktiven Kapital’, (als) eine reformistische Methode mit einem revolutionären Ziel, (als) ein Reformismus, der darauf abzielt, die Produktionsweise zu revolutionieren.“ bezeichnet.⁵² Resümierend verweist der Autor darauf, dass entscheidende Voraussetzung aller Alternativen sei, dass die Linke als hegemonistischer Block im Sinne Gramscis agiere. Das sei die große Aufgabe der kommenden Jahre.

Diese Diskussionsangebote zu linker Strategie sind von der bürgerlichen Presse selbstverständlich als böser Rückfall in den Kommunismus geschmäht worden. In Wahleinschätzungen wird davon ausgegangen, dass diese Vorschläge die Partei auch Wählerstimmen gekostet hätten. Innerhalb der Linkspartei wurden sie nicht einhellig gebilligt. Es wird auch in der Partei auf das „abschreckende Beispiel des Staatssozialismus“ verwiesen.

Von Gewerkschaftsfunktionären wird zudem auf die Abhängigkeit von den USA und auf Probleme mit ausländischem Eigentum, auf persönliche Eigentümerbefugnisse von Pensionären, und darauf verwiesen, dass die Wiederaufnahme der Idee der Arbeitnehmerfonds eine „Kriegserklärung“ sei.⁵³

Von links wird kritisiert, dass die politische Praxis der Linkspartei vielfach den analytischen und strategischen Positionen dieses Papiers widerspräche, und dass dies nicht thematisiert werde. Skepsis wird hinsichtlich der weiteren Rolle dieses Papiers als Diskussionsangebot, als Dokument zur Strategie der Partei oder als Ausdruck recht unterschiedlicher Strömungen in der Partei geäußert.⁵⁴

Selbst in der bisherigen Aufnahme dieses aus vielerlei Gründen wichtigen und interessanten Dokuments wird deutlich, gegen *welche* Widerstände die Linkspartei anzukämpfen hat, wie vielschichtig und entwicklungsoffen ihre Strategien sind.

⁵¹ Vgl. Vänstern, ägandet och makten, S. 15.

⁵² S.Sjöberg, Samhällsfonder, a.a.O., S. 42.

⁵³ Flamman, v. 14.3.02.

⁵⁴ Proletären, Nr. 12 v. 21-27.3.2002.

Erfolgskriterien linker Politik ?

Aus programmatischen und strategischen Dokumenten und realisierter Politik, aus reflektierten Erfahrungen und kontroversen Debatten geht hervor, worin jeweils Erfolg gesehen und wie er gemessen werden sollte – abhängig von sich verändernden Rahmenbedingungen und Anforderungen an den Einsatz der Linken. Da geht es um Kurz- und Länger-fristigkeit, um verschiedene Elemente der Strategien zu verschiedenen Zeiten, um die Spezifik des Handelns jeweiliger Akteure, z.B. der Mutterpartei und dem Jugendverband. Schließlich geht es um Erfolg durch Zusammenwirken aller Komponenten. Und nicht zuletzt hängt Erfolg zunehmend von koordiniertem Einsatz linker Kräfte, Parteien und Bewegungen und sonstiger Gegnern der marktradikalen, militarisierten und kriegेरischen Globalisierung in Europa und in der Welt ab.

Selbstverständlich ist eine Debatte um Erfolgskriterien selbst Teil der Suche nach und der Auseinandersetzung um linke Politik.

Einigkeit besteht in der Linkspartei wohl darin, dass es um *einen möglichst hohen Grad der Beeinflussung der gesellschaftlichen Entwicklung im Interesse derer geht, die von der Partei deutlich genannt werden*, z. B. in der Wahlplattform von 2002: Menschen, die auf generelle steuerfinanzierte öffentliche Sozialleistungen angewiesen sind, Frauen, die bei Lohn und sonst im Leben diskriminiert werden, Menschen, die wirkliche Arbeiterpolitik brauchen, die Umweltschutz vor Profitinteresse stellen, Flüchtlinge aufnehmen und die Beistandpolitik verbessern wollen.

In diesem Kriterium ist ein Bekenntnis zu Interessenpolitik enthalten.

„Wenn wir an die Macht kommen und die Gesellschaft nicht verändern, haben wir verloren.“

Gestritten wird um Wege und Erfolge in parlamentarischen Strukturen bis hin zur Regierungsbeteiligung und dabei um den Wert von Stimmenmaximierung und Besetzung von Ämtern etc. Nach den Wahlen in diesem Jahr wurde die Verhinderung einer bürgerlichen Regierung von der Parteivorsitzenden als wichtigstes Ziel und Erfolg der Partei gewertet.

Verschiedentlich wird davon ausgegangen, dass durch die Wirksamkeit der Partei in Strukturen des politischen Systems deren Funktionen und Mechanismen demokratisiert werden könnten. Als ein Argument für eine Beteiligung der Partei an der Regierungsverantwortung wird u.a. angeführt, dass man in Ministerpositionen die EU-Politik des Landes besser beeinflussen könnte, weil sie wesentlich von der Exekutive und nicht vom Parlament bestimmt würde. Insoweit würden hier Erfolge zu erreichen sein.

Besonders im Jugendverband gilt die Arbeit jedes Mitgliedes und des Verbandes als Organisation in alten und neuen sozialen, ökologischen, solidarischen Bewegungen und eine außerparlamentarische Mobilisierung von Gegenmacht als wichtiges Erfolgskriterium. Der Jugendverband der Linkspartei konnte seine Mitgliederzahl im Unterschied zu bürgerlichen Jugendverbänden erhöhen. Wie schon erwähnt, hat er wesentlichen Anteil daran, dass Erst- und Jungwähler 2002 entgegen übrigen Wahlverlusten der Partei zunehmend für die Linkspartei gestimmt haben. Es gibt die Auffassung und eine entsprechende politische Praxis, dass Parlamentarismus erfolgreich sei, wenn das Außerparlamentarische im Parlament vertreten werde.

Mit der eigenen kritischen, sozialistischen Sicht auf die Gesellschaft und die Entwicklung in der Welt mehr Menschen mit Verstand und Herz zu erreichen, gilt als Erfolg, weil Voraussetzung zur Überwindung der geistigen Führerschaft der Bourgeoisie. Das sei der erste Schritt, dass mehr Menschen sich emanzipieren und gemeinsam etwas ändern.

Fortschritte beim „*Wie*“ der wechselseitigen Unterstützung von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf, bei der Schaffung neuer Bündnisse und Netzwerke und bei der Erhöhung der Kampagnefähigkeit der Partei im Zusammenwirken ihrer verschiedenen Strategieelemente, Ebenen und Akteure gelten wohl der Mehrheit in der Partei, insbesondere in der Basis, als wesentliches Kriterium, weil zugleich Voraussetzung für Erfolg.

In allem drückt sich die „ewige“ und vor allen sozialistischen und kommunistischen Parteien stehende *Aufgabe und Zerreißprobe* aus, mit dem Alltagskampf im Interesse der Lohnabhängigen und Ausgestoßenen *zugleich* grundlegende Veränderungen der Macht- und Eigentumsstruktur dieser Gesellschaft einzuleiten – *und* für beides Mehrheiten zu gewinnen, die dies letztlich selbst erkämpfen.

Anhang

Allgemeine Daten zum Land

Fläche 450.000 km², (fünftgrößtes Land Europas)
Einwohnerzahl 8,9 Millionen, davon 18% Zuwanderer in
1. und 2. Generation
Einwohner je km² ca. 20
Gliederung Einheitsstaat, 21 Provinzen, 289 Kommunen
Mitglied der EU seit 1995, nicht Mitglied der EURO-Zone

BNPWachstum seit 1999 zwischen 3,8 und 2,1%
Steuerquote seit 2000 bei ca. 51%
Öffentliche Ausgaben seit 1999 bei ca. 58% vom BNP
Anteil des priv. Wirtschaftssektors 85% mit steigender Tendenz
Anteil des Exports am BNP ca. 40%
Erwerbsbevölkerung 4,3 Millionen
Erwerbsquote 76%
Frauen von 16 bis 64 Jahren 70%
Männer 73%

offene Arbeitslosigkeit in % der Arbeitskräfte insgesamt	3,9%
in arbeitsmarktpolitischen Programmen Beschäftigte in % der Arbeitskräfte	3,1%

Wahlssystem

Verhältniswahlssystem mit Ausgleichsmandaten, 4%-Sperrklausel oder 12%
Stimmanteil in einer Provinz zum Überspringen der Sperrklausel,
bei Provinziallandtagen: 3%-Sperrklausel,
kombinierte Personenwahl seit 1998

Wahlrecht

aktives und passives: auf allen Ebenen mit 18 Jahren, Wahlrecht bei Provinzial-
und Kommunalwahlen für Ausländer nach drei Jahren gemeldetem Aufenthalt

Ergebnisse der Wahlen zum schwedischen Reichstag seit 1968

Jahr	M	Fp	C	SAP	V	MP	Kd	Sonst.	Nyd	total % Mandate	Wahlbe- teiligung
1968	12,9 32	14,3 34	15,7 39	50,1 125	3,0 3			4,0 0		100 233	
1970	11,5 44	16,2 58	19,9 71	45,3 163	4,8 17			2,3 0		100 350	88,3 %
1973	14,3 51	9,4 34	25,1 90	43,6 156	5,3 19			2,3 0		100 350	90,8 %
1976	15,6 55	11,1 39	24,1 86	42,7 152	4,8 17			1,7 0		100 349	91,8 %
1979	20,3 73	10,6 38	18,1 64	43,2 154	5,6 20			2,1 0		100 349	90,7 %
1982	23,6 86	5,9 21	15,5 56	45,9 166	5,6 20	1,6 0	1,9 0			100 349	91,4 %
1985	21,3 76	14,2 51	9,8 43	44,7 159	5,4 19	1,5 0	2,6 0			100 349	89,9 %
1988	18,3 66	12,2 44	11,3 42	43,2 156	5,8 21	5,5 20	2,9 0	0,7 0		100 349	86,0 %
1991	21,9 80	9,1 33	8,5 31	37,6 138	4,5 16	3,4 0	7,1 26	6,7 25	1,2 0	100 349	86,0 %
1994	22,4 80	7,2 26	7,7 27	45,3 161	6,2 22	5,0 18	4,1 15	0,9 0	1,2 0	100 349	86,1 %
1998	22,9 82	4,7 17	5,1 18	36,4 131	12,0 43	4,5 16	11,8 42	2,5 0	0,1 0	100 349	81,4 %
2002	15,1 55	13,3 48	6,2 22	39,9 144	8,3 30	4,5 17	9,3 33	3,4 0		100 349	80,1 %

(erste Zahl: Stimmenanteil in %, zweite Zahl: Anzahl der Mandate)

Verteilung der schwedischen Mandate im Europäischen Parlament

	M	Fp	C	Kd	SAP	V	Mp	Wahlbeteiligung
1995	5	1	2	-	7	3	4	41,6 %
1999	5	3	1	2	6	3	2	38,4 %

C - Centerpartiet - Zentrumsparterie (bis 1957 Bauernbund)

Fp - Folkpartiet Liberalerna - Volkspartei die Liberalen

Kd - Kristdemokraterna - Christlich-demokratische Partei

M - Moderaterna - Gemäßigte Sammlungspartei (bis 1969 Rechtspartei)

Mp - Miljöpartiet De Gröna - Umweltpartei Die Grünen

Nyd - Ny Demokrati - Neue Demokratie

SAP - Socialdemokratiska Arbetarepartiet - Sozialdemokratische Arbeiterpartei

V - Vänsterpartiet - Linkspartei (bis 1967 Kommunistische Partei Schwedens;
bis 1990 Linkspartei Kommunisten)

Schwedische Regierungen seit 1932

Zeitraum Ministerpräsident

politische Zusammensetzung

1932-1945

Per Albin Hansson (SAP)

(außer Juni-September 1936)

1945-1969 Per Albin Hansson (SAP)

Tage Erlander (SAP)

1969-1976 Olof Palme (SAP)

1976-1978 Thorbjörn Fälldin (C)

1978-1979 Ola Ullsten (Fp)

1979-1981 Thorbjörn Fälldin (C)

1981-1982 Thorbjörn Fälldin (C)

1982-1986 Olof Palme (SAP)

1986-1991 Ingvar Carlsson (SAP)

1991-1994 Carl Bildt (M)

1994-1998 Ingvar Carlsson/Göran Persson (SAP)

1998-2002 Göran Persson (SAP)

2002- Göran Persson (SAP)

SAP (z.T. in Koalition mit Bauernbund bzw. Sammlungsregierung)

SAP (von 1951-1957 4 Minister der Centrumspartei)

SAP

C (8), M (6), Fp (5), parteilos (1)

Fp

M (8), C (7), Fp (5)

C (10), Fp (7), parteilos (1)

SAP

SAP

M (8), Fp (4), C (4), Kd (3)

SAP

SAP

SAP

Zur Vänsterpartiet (Linkspartei)

- 13 868 Mitglieder (Dez. 2001), organisiert auf örtlicher, Distrikts- und zentraler Ebene,
- 280 Ortsverbände, in denen alle Mitglieder der Kommunen/Stadteile organisiert sind,
- jährliche Wahl der Leitungen,
- alle örtlichen Parteigruppen in einer Provinz sind in einem Distrikt zusammengefasst,
- es bestehen 23 Distrikte,
- auf jährlichen Delegiertenkonferenzen werden die Distriktsleitungen und ihre Vorsitzenden gewählt, Arbeitsplan und Budget beschlossen, Vorschläge von Mitgliedern und Ortsverbänden beraten,
- jedes zweite Jahr findet ein Parteitag als höchstes beschließendes Organ mit 225 Delegierten aus den Ortsvereinigungen statt, er wählt die höchsten zentralen Parteiorgane, auch das Komitee zur Ausarbeitung eines neuen Programms,
- die Linkspartei arbeitet u.a. im New European Left Forum (NELF) und in der Vereinigten Linken im Europaparlament (GUE/NGL) mit. Sie hat 3 Abgeordnete im Europaparlament,
- Parteivorsitzende ist seit 1993 Gudrun Schyman.

Prof. Dr. jur. et phil. habil. Edeltraut Felfe
Regionalwissenschaftlerin
Am Hang 5
D 17498 Riemserort/Greifswald
Tel./Fax: 038351/80213
e-mail: felferiems@aol.com

Umbruch und Suche

Aufgaben der PDS bei der Ausprägung ihres Profils als linke und sozialistische Partei

1. Einleitung

Nahezu in allen Teilen der Welt sind die linken politischen Kräfte mit neuen Situationen und Herausforderungen konfrontiert. Die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) befindet sich gegenwärtig in einer sehr komplizierten Entwicklungsphase. Ihre klare Niederlage bei den Bundestagswahlen im September 2002 und scharfe innerparteiliche Auseinandersetzungen zwingen dazu, das Profil der Partei und ihre Positionierung in der Gesellschaft wesentlich genauer zu bestimmen.

Die PDS ist nach mehr als zehn Jahren einer überwiegend erfolgreichen Entwicklung in eine krisenhafte Situation geraten. Bereits im Frühjahr des Jahres 2002 zeichneten sich ernste Probleme der Partei im Wahlkampf ab. Bei den Bundestagswahlen im September 2002 verlor die PDS landesweit rund 20 Prozent der früheren Stimmanteile und konnte ihren Status als Fraktion im Bundesparlament nicht erneuern (Siehe Anhang, Grafik 1).⁵⁵ In enger Verbindung mit der Wahlniederlage kam es auf dem folgenden Parteitag (Oktober 2002) zu heftigen Kontroversen, bei denen prinzipiell gegensätzliche Positionen formuliert wurden (Vgl. 8. PDS-Parteitag 2002). Diese Streitfragen bleiben weiterhin aktuell und beeinträchtigen die Handlungsfähigkeit der Partei. Ein politischer Aufbruch ist somit notwendiger denn je, wenn die PDS nicht in die Bedeutungslosigkeit verfallen soll.

Ein Blick nach Europa und in andere Teile der Welt zeigt, dass nicht wenige Linksparteien mit ähnlichen Schwierigkeiten konfrontiert sind. Die Linke befindet sich vielerorts in einem Suchprozess. Verallgemeinert gesagt, gilt es dabei, schlüssige und politisch produktive Antworten zu mindestens folgenden Fragen zu finden: *Was vermag eine linke Partei in komplex entwickelten, in die*

⁵⁵ Die PDS ist im Bundestag weiterhin lediglich mit zwei Vertreterinnen präsent, die bei der Bundestagswahl 2002 ein Direktmandat gewinnen konnten.

Globalisierung einbezogenen kapitalistischen Gesellschaften tatsächlich zu verändern? Mit welchem Profil und mit welchen politischen Themen bzw. Forderungen muss sie in Erscheinung treten? Wie soll eine moderne Partei aufgebaut sein, um möglichst viele Mitglieder zu binden und um gleichzeitig spürbar in die Öffentlichkeit hinein wirken zu können?

Mit Sicherheit ist es einer einzelnen Partei allein nicht möglich, ausreichende Antworten zu diesen komplizierten Fragen zu finden. Die theoretische Diskussion und der Austausch von Erfahrungen mit anderen linken Akteuren sind deshalb zwingend notwendig. In diesem Sinne kann der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierte Workshop ein wichtiger Schritt auf dem Weg längerfristiger Lernprozesse sein.

2. Deutschland in der Blockade

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für das Wirken der PDS sind in Deutschland durch Prozesse wirtschaftlicher Stagnation und durch ein relatives politisches Kräftegleichgewicht zwischen neoliberal-konservativen Akteuren und starken Vertretern eines überwiegend rechtsorientierten sozialdemokratischen Kurses gekennzeichnet. Trotz wachsender sozialer Konflikte bleiben die Chancen für eine kurzfristige Änderung des politischen Kräfteverhältnisses eher gering. Die deutsche Gesellschaft befindet sich in einer komplizierten Situation, die in vieler Hinsicht mit dem Begriff „Blockade“ beschrieben werden kann. Seit Jahren sind Massenarbeitslosigkeit und nur geringe wirtschaftliche Wachstumsraten zu verzeichnen, so dass sich die Haushaltslage extrem angespannt hat. Infolge dessen ist das relativ weit gefächerte Sozialsystem, das als wichtige zivilisatorische Errungenschaft gelten kann, in seiner Substanz bedroht. Realistische Konzepte eines wirtschaftlichen Aufschwungs sind nicht in Sicht. Blockierend scheint auch das Kräfteverhältnis zwischen wichtigen Großakteuren zu wirken, so dass durchgreifende Gestaltungsprojekte für die deutsche Gesellschaft nicht in Angriff genommen werden. Das mit knapper Mehrheit regierende Bündnis einer eher rechtsorientierten Sozialdemokratie mit den Grünen steht einem fast gleichstarken Block konservativ-neoliberaler Kräfte (parteipolitisch in Form der Christlichen Parteien und der Liberalen) gegenüber. In der Entscheidungsfindung überwiegen so Kompromisse und ein Vorgehen des „Muddling Through“, insgesamt aber in Richtung eines überwiegend neoliberal geprägten Entwicklungspfades. Noch ist dabei offen, ob die Positionen, welche die SPD-geführte Regierung gegen eine militärische Intervention der USA in den Irak

einnimmt, so von Dauer sein werden, dass sie nachhaltige Ansätze für demokratisch-alternative Politik bilden.

Als wichtige Rahmenbedingungen fallen auch mehrere kulturelle und mentale Faktoren ins Gewicht. Deutschland ist ein Land mit starker Ordnungs- und Staatsfixierung, in dem Dynamik, Risikobereitschaft oder Improvisationsfähigkeit, aber auch Humor, Gelassenheit und Lebenslust keine sonderlich hoch geschätzten Eigenschaften darstellen. Vor allem in Westdeutschland ist die Situation zu verzeichnen, dass sich bei großen Teilen der Bevölkerung Bestrebungen der „Besitzstandswahrung um jeden Preis“ mit vermehrten Ängsten infolge von Zukunftsunsicherheit vermengen. Ostdeutschland bleibt ein Bundesgebiet mit fortdauernder wirtschaftlich-sozialer Benachteiligung und Instabilität; dennoch haben hier viele Menschen die Erschütterungen der staatlichen Vereinigung nach 1990 verarbeitet und eigene Lebensstrategien entwickelt. In ihrem Denken und Fühlen ist das Streben nach Anerkennung ihrer Leistungen und nach gleichberechtigter Behandlung deutlich zu spüren.

Insgesamt werden im Alltagsbewusstsein der Bevölkerung vor allem die sozialen Konflikte, aber auch die erlebten Machtverhältnisse kritisch reflektiert (Siehe Anhang, Tabelle 1). Die Tatsache, dass Massenarbeitslosigkeit zur Dauererscheinung geworden ist und dass die Sozialsysteme zu erodieren drohen, drückt sich dementsprechend auch in den von vielen Bürgern formulierten Forderungen bzw. Erwartungen an die neue Regierung aus (Siehe Anhang, Tabelle 2).

Das Spektrum von politischen Kräften, die sich einem neoliberalen Kurs entgegen stellen können, ist weit gefächert, aber gleichzeitig auch zersplittert. Gewerkschaftliche Aktionen entwickeln sich, bleiben aber vom Umfang her begrenzt. Umwelt-, Friedens- und globalisierungskritische Bewegungen können in der letzten Zeit auch in Deutschland einen gewissen Aufschwung verzeichnen (Siehe Anhang, Tabelle 3); bislang wird dadurch aber noch kein spürbarer Einfluss auf das politische Kräfteverhältnis ausgeübt. Im Parteiensystem vertritt gegenwärtig allein die PDS konsequent linke soziale, demokratische und friedenspolitische Positionen; sie besitzt zur Zeit jedoch keine ausreichende Handlungsfähigkeit, um einen Beitrag zum notwendigen politischen Aufbruch leisten zu können.

3. Zur Entwicklung der PDS

Die PDS ist eine Partei, in deren Entwicklungsgeschichte mehrere historisch besondere Faktoren zum Tragen kommen. Entstanden aus schmerzhaftem Bruch mit einem staatssozialistisch fixierten Parteienmodell wirkte sie in den

1990er Jahren insgesamt erfolgreich. Gegenwärtig treten jedoch angestaute Probleme zu Tage, die seit mindestens fünf Jahren im Rahmen innerparteilicher Diskussionen nicht bearbeitet bzw. verdrängt wurden.

Die PDS entstand unter besonderen Bedingungen, die bis in die Gegenwart ihre innere Verfasstheit beeinflussen. Mit dem Zusammenbruch des sozialistischen „DDR-Modells“ bildete sich aus Teilen der ehemals herrschenden Partei, der SED, in Verbindung mit linken Aktivisten aus Westdeutschland schrittweise eine neue Partei heraus. Dieser Neuanfang war von scharfen und schmerzhaften Auseinandersetzungen geprägt, die vor allem das Scheitern des sozialistischen Systems, das Thema „Stalinismus“ und die Perspektive einer linken Alternative zum Gegenstand hatten. Die PDS trug von Beginn an die Merkmale einer gleichsam „asymmetrischen Zusammensetzung“. In ihrer Mitgliedschaft, die von etwa 200.000 Personen im Jahr 1990 auf gegenwärtig rund 75.000 Frauen und Männer sank, sind heute mehr als die Hälfte im Rentenalter, die meisten davon ehemalige Mitglieder der SED und zu großen Teilen eng an die Geschichte der DDR gebunden. Im westlichen Teil Deutschlands bilden bisher etwa 5.000 Personen ein Netz von PDS-Verbänden, wobei deren politischer Einfluss insgesamt gering bleiben muss.

Die Entwicklung der PDS lässt sich grob anhand folgender Phasen beschreiben:

* *1989/90: Eine Zeit des „Umbruchs“.* In diesem Zeitraum vollzog sich der Übergang von der SED zur PDS. Dies war mit turbulenten Vorgängen und Auseinandersetzungen verbunden, in deren Ergebnis man den Willen bekundete, eine „neue“ Partei zu formieren, die sich vom stalinistischen Erbe distanziert und in strikt demokratischer Weise sozialistische Werte vertritt. Die PDS konnte auf Grund der zu dieser Zeit besonderen Wahlgesetzgebung im Status einer „Gruppe“ im Bundesparlament tätig werden.

* *1991 bis 1993/94: Eine Zeit der Konsolidierung der PDS,* in der sich die Parteistrukturen festigten und wichtige Diskussionen zur genaueren Bestimmung des Charakters der PDS geführt wurden. 1993 erfolgte die Annahme eines neuen Parteiprogramms. Bei den Wahlen 1994 verfehlte die PDS knapp die 5-Prozent-Marke, verblieb aber weiterhin im Bundestag. In einem Bundesland erreichte die Partei eine so starke Position, dass sie die Regierungsfunktion – in Form der Tolerierung – mit beeinflussen konnte.

* *1994 bis 1998: Eine Zeit der Stärkung der PDS,* aber auch neu entstehender Problemlagen. Die PDS konnte ihren Einfluss auf kommunaler Ebene deutlich

erhöhen.⁵⁶ Man begann stärker über das Problem von Regierungsbeteiligung zu diskutieren, wobei nicht selten konträre Positionen zu tage traten. Bei den Wahlen 1998 verzeichnete die PDS fast überall Gewinne und konnte als Fraktion in den Bundestag einziehen. In einem Bundesland bildete sie gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei (SPD) die Regierungskoalition. Gleichzeitig blieben aber wichtige Probleme ungelöst: Diskussionen zur langfristigen Strategie wurden immer wieder verschoben; ferner gelang es nicht, den Aufbau der PDS in Westdeutschland voran zu treiben und sich im geistig-kulturellen Leben der Gesellschaft fest zu verankern.

** 1999 bis Ende 2001: Eine Zeit weiterer Erfolge, aber auch einseitiger Entwicklungen.* Die PDS verstärkte ihren Einfluss auf kommunaler Ebene und war in Regierungsverantwortung mehr oder weniger erfolgreich bemüht, eigene politische Projekte zu bearbeiten. Beim Aufkommen von internationalen Konflikt- und Kriegssituationen vertrat die Partei einen klaren, konsequent friedensbejahenden Kurs. Als in der Hauptstadt Berlin infolge eines Finanzskandals Neuwahlen notwendig wurden, erzielte die PDS ein sehr gutes Wahlergebnis und bildete gemeinsam mit der SPD eine Rot-Rot-Regierung. Problematisch blieb weiterhin, dass die Strategie-Diskussionen – auch angesichts neuer Fragestellungen in einer globalisierten, veränderten Welt – und die notwendige innere Modernisierung der Partei nicht auf den Weg gebracht wurden.

** Ende 2001 bis Ende 2002: Eine Zeit der Stagnation und des Aufbrechens von Krisen.* Insgesamt gelang es nicht, der Öffentlichkeit ein klares Bild vom politischen Profil der PDS zu vermitteln. Erfolge in der Regierungstätigkeit blieben zunächst gering und umstritten; in Berlin geriet die Partei immer mehr in die Kritik der Bevölkerung. Ein wenig überzeugend und widersprüchlich geführter Wahlkampf ab Beginn des Jahres 2002 verstärkte die negativen Tendenzen. Die PDS musste bei allen Wahlen Niederlagen hinnehmen (siehe auch Abschnitt 4). Im Herbst des Jahres 2002 wirkte die Partei innerlich zerrissen und ohne nennenswerte politische und intellektuelle Ausstrahlung. Sie bedarf grundlegender Schritte der Modernisierung und Erneuerung.

⁵⁶ Der Einfluss der PDS ist im Osten Deutschland auch weiterhin beachtlich: Sie verfügt über fast 6.500 kommunale Mandate, davon 3 Landratsmandate und über 200 Bürgermeisterposten. In Westdeutschland gibt es etwa 100 Mandatsträger, darunter eine Stadträtin in der Großstadt München.

4. Strategisch-konzeptioneller Problemstau in der PDS

Innerhalb der PDS existiert ein Spannungsfeld mehrerer ungeklärter Probleme, angestauter Konflikte und beachtlicher Defizite in bezug auf wichtige Politikbereiche. Herausragend sind hier vor allem Fragen des Verhältnisses von „Systemopposition“ und „verantwortungsvoller Gestaltung“ in der Gesellschaft. Probleme der „politisch-kulturellen Hegemonie“ und der Umgang mit Macht werden in diesem Kontext zu wenig thematisiert.

Wie bereits angedeutet, haben sich bei der PDS in den letzten Jahren einerseits zu wichtigen Themenfeldern unterschiedliche Ansichten herausgebildet; zum anderen wurden nicht wenige Problembereiche faktisch ignoriert oder gering geschätzt. Dissens zu konkreten politischen Positionen oder zur Bedeutung des jeweiligen Gegenstandes ist vor allem bei folgenden Themen anzutreffen:

a) Das *Verhältnis von „Opposition“ und „Gestaltung“* bildet einen zentralen Punkt von Auseinandersetzungen, wobei „Gestaltung“ insbesondere in Hinsicht auf die Mitwirkung in Regierungsverantwortung konträr diskutiert wird. Die jeweiligen Vertreter „extremer“ Positionen formulieren hierbei ein Ausschließungsverhältnis: Die PDS solle *entweder* in prinzipieller Opposition zum kapitalistischen System nahezu vollständig Protest zum Ausdruck bringen, weil eine Teilhabe an Regierungsverantwortung ineffektiv sei und nur zur Anpassung führe *oder* sie müsse gerade durch Mitwirkung an Verwaltung sowie Regierung tätig werden und Kritik bzw. Protest zurück stellen. Die auch auf dem Geraer Parteitag im Herbst 2002 verwendete, gleichsam verbindende Formulierung, die Partei müsse „gestaltende Opposition“ wahrnehmen, wurde von Teilen führender PDS-Vertreter als „inhaltsloser Formelkompromiss“ kritisiert und abgelehnt.

b) Eng damit verknüpft, ist der *Umgang mit den politischen „Stärken“ und „Schwächen“* der PDS, die auch im Meinungsbild der Bevölkerung in Form von unterschiedlichen Images der Partei zu Tage treten, problematisch (Siehe Anhang, Tabelle 4). Wie sich zeigt, verfügt die PDS über mehrere klar positiv besetzte Image-Felder (Eintreten für soziale Gerechtigkeit, die Interessen Ostdeutschland, für Frieden, für Demokratie „von unten“, Protestartikulation u. a.) Hier ist die Zahl der Menschen, die Erwartungen an die Partei haben, bedeutend größer als die Anzahl der realisierten Wählerstimmen. Gleichzeitig wird aber erkennbar, dass man der PDS auf verschiedenen Gebieten nur wenig zutraut – bei der Wirtschaftspolitik, auf dem Feld der inneren Sicherheit oder allgemein in Hinsicht auf die Fähigkeit, politische Forderungen wirklich

durchsetzen zu können. Im innerparteilichen Streit wird dieses unterschiedliche Meinungsbild gegenüber der PDS zumeist einseitig betrachtet: Einige Kräfte sehen allein die „Schwäche“ der Partei (z. B. bei der Wirtschaftspolitik), kritisieren dies und fordern auf, schnellstens alle Kompetenzen einer regierenden Partei zu erwerben. Andere Vertreter meinen, die Profilierung der PDS solle vor allem auf den Feldern erfolgen, auf denen ihre „natürlichen Stärken“ liegen (z. B. Eintreten für soziale Gerechtigkeit). Ein produktiver Umgang mit diesem Widerspruchsverhältnis ist jedoch bisher nicht erreicht.

c) Im Rahmen der PDS betrachtet man politische Probleme in zu geringem Maße aus einer klaren *Machtperspektive* heraus. Noch zu selten werden Fragen nach dem jeweiligen konkreten Kräfteverhältnis (innerhalb von Regierungen oder im Parlament, aber auch im öffentlichen politischen Raum) gestellt. Für nicht wenige Verantwortungsträger in der PDS gelten vor allem „Verhandlungen“ mit politischen Partnern als das wichtigste, zum Teil sogar als das einzige wirksame Gestaltungselement. Daraus folgt, dass die PDS oft nicht in der Lage ist, die gegebenen Kräfteverhältnisse mit eigenen Machtpotenzialen zu beeinflussen und zu ihren Gunsten zu verschieben. Die Schaffung von „Gegenmacht“, z. B. über eine mobilisierte Öffentlichkeit, oder die gezielte Inszenierung von Konflikten in parteipolitischen Koalitionen gehören bislang nur vereinzelt zum Handlungsrepertoire der PDS.

d) Eng damit verknüpft ist der Umgang mit „*Protest*“, insbesondere mit Formen des „Sozialprotestes“, zu einem umstrittenen Gegenstand geworden. Obwohl in der Bevölkerung Protestgefühle und -motivationen in Größenordnungen von rund 20 Prozent der Wahlberechtigten vorhanden sind (siehe Anhang, Tabelle 5), wird dieses Thema eher zögerlich behandelt und nicht selten – mit Blick auf Regierungs- beteiligung in Ländern (und eventuell doch eintretender im Bund) – auf verschiedene Weise verdrängt. Hier wirken sich zwei unterschiedliche Faktoren aus: Zum einen mangelt es an Gestaltungskraft und an Ideen, um kulturvolle, intelligente und „spritzige“ Protestformen auf den Weg zu bringen; die PDS hat dies partiell wieder „verlernt“. Zum anderen kommen Argumentationen zum Tragen, die verfechten, dass das Aufgreifen der Protest-Komponente den Charakter der Partei irreversibel in Richtung auf eine linkspopulistische Profilbildung beeinflussen würde. Die Stagnation bei der Bearbeitung dieses Problemfeldes wiegt um so schwerer, da viele Bürgerinnen und Bürger vor der Bundestagswahl von der PDS Protestartikulation nachweislich erwartet haben (siehe Anhang, Tabelle 4) und dies in bestimmtem Maße weiterhin tun.

e) In der PDS werden *Fragen des „Kulturell-Politischen“*, insbesondere Probleme einer veränderten „kulturellen Hegemonie“ in der Gesellschaft oder in Teilen von ihr, nicht in notwendigem Maße diskutiert. Dies liegt teilweise darin begründet, dass große Teile der (älteren) Mitgliedschaft infolge ihrer Sozialisation in der DDR wenig Verständnis für zivilgesellschaftliche und sozio-kulturelle Ansätze oder Aktionsformen entwickelt haben. Hinzu kommt, dass in den letzten Jahren in PDS-internen Debatten Überlegungen zu einer „kritischen Gegenkultur“ mit Distanz behandelt oder geradezu vernachlässigt wurden. Solche Diskussionen betreffen beispielsweise den Umgang mit der Medienwelt und mit der öffentlichen Meinungsbildung, die heutige Rolle der Kunst sowie auch Fragen eines selbstbestimmten und solidarischen Alltagslebens der Bürger, die sich Tendenzen der bedingungslosen „Vermarktung“ zu widersetzen vermögen.

f) In diesem Zusammenhang verwundert es nicht, dass das *Verhältnis der PDS zu den neuen sozialen Bewegungen* bisher nicht produktiv entwickelt werden konnte. Gerade zu diesem Thema gab es in den letzten Monaten oftmals scharfe, aber nicht sonderlich fruchtbringende Auseinandersetzungen, die vor allem auf das Verhältnis der PDS zur globalisierungskritischen und Friedensbewegung gerichtet waren. Zahlreiche Funktionäre und Verantwortungsträger der Partei sehen in den neuen sozialen Bewegungen keine wesentlichen politischen Kräfte und fürchten, dass eine enge Bindung der PDS an diese Gruppen das Ansehen der Partei im parlamentarischen Raum beschädigen könne. Nicht wenigen Mitgliedern sind die Bewegungen oftmals noch fremd, und sie können sich Formen des Zusammenwirkens nur schwer vorstellen. Im Ergebnis dessen ist festzustellen, dass die PDS trotz wichtiger thematischer Übereinstimmungen mit verschiedenen neuen Akteuren (z. B. mit den Forderungen von Attac) de facto in der Position eines mehr oder weniger interessierten Beobachters der aktuellen Kämpfe verharrt. Dies ist um so dramatischer, da wichtige Teile der PDS-Wähler und -Sympathisanten an Bewegungen des globalisierungskritischen Kampfes großes Interesse zeigen und sich möglicherweise von der Partei abwenden werden, wenn diese in ihrer Passivität verharrt (siehe Anhang, Grafiken 2 und 3).

g) Die innere Verfasstheit bzw. der *Charakter und die Arbeitsweise der Partei* selbst bilden gleichfalls Punkte, bei denen Auseinandersetzungen über Jahre hinweg nicht zu den erforderlichen Resultaten geführt haben. Die dringend notwendige „Erneuerung“ der Partei (Umbau der Strukturen, Kommunikation,

Personal, Mitgliedergewinnung etc.) wurde nur zögernd betrieben. Dem lag zugrunde, dass die Positionen der Personen, die eine weitere Gestaltung der PDS als „moderner Mitgliederpartei“ anstreben, auf den Widerstand derer stießen, die das Modell einer „Wähler-“ bzw. „Berufspolitiker-Partei“ (vgl. von Beyme 2000) favorisierten.

Während der Jahre 2001/2002 wirkten sich nahezu alle hier kurz skizzierten Probleme gleichsam komprimiert auf den Wahlkampf der PDS aus. Er war sichtbar gekennzeichnet von parteiintern betriebenen machtpolitischen Auseinandersetzungen – so zwischen den Anhängern der erwähnten „Parteimodelle“ – und widerspiegelte dementsprechend die innere Zerrissenheit der PDS auch personell, wodurch nicht zuletzt die Möglichkeiten selbstkritisch-produktiver Diskussionen im Wahlkampf stark beeinträchtigt wurden. Das Verständnis von „Opposition“ und „Gestaltung“ blieb strittig; dies beeinflusste die konzeptionelle Arbeit und den Umgang mit den Images der PDS im Ganzen negativ. Im Ergebnis dessen bescheinigten die Wähler der Partei, dass sie kein klares Profil erkennen ließ und dass ihr Agieren zur Interessenvertretung der Bürger (vor allem im Osten als dem „ureigenen“ Gebiet der PDS) schwach war (siehe Anhang, Tabellen 6 bis 6b). Etliche Protestwähler wechselten bei ihren Wahlentscheidungen von der PDS zu anderen Parteien hin (siehe Anhang, Tabellen 7a und 7b). Überlagert wurde dies durch den selbstgewählten Rücktritt eines der Symbolträger der PDS, des Berliner Wirtschaftssenators Gregor Gysi auf Grund persönlicher Fehler noch in seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter. Trotz weiterer äußerer Faktoren offenbarte die Wahlniederlage der PDS vor allem selbstverschuldete und seit längerem angestaute Konflikte bzw. nicht bearbeitete Defizite. Dementsprechend kam man in einer dem Parteivorstand der PDS vorgelegten kritisch-analytischen Studie zu der Aussage: *„Es gelang, empirische Belege zu finden, die vor allem die „Profil-Hypothese“, die „Kompetenz-Hypothese“ und die „Gysi-Hypothese“ als hauptsächliche Einflussfaktoren auf das Wahlergebnis der PDS stützen, ohne dass die anderen Hypothesen („Ereignis“ und „Polarisierung“) dadurch als völlig zweitrangig erscheinen müssen. Übergreifend ist aber festzustellen: Ohne entscheidende Veränderungen an den miteinander verflochtenen Elementen „Öffentliches Profil – Kompetenz(-ausstrahlung) – Personen“ werden die Chancen für die PDS gering bleiben.“* (FOKUS 2002: 51)

5. Programmatische und strategische Positionen in der Diskussion

Die PDS steht vor außerordentlich wichtigen strategischen Entschlüssen. Neben der endgültigen Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms geht es um die Entscheidung über strategische Optionen für die nächsten fünf bis zehn Jahre. In der aktuellen Debatte zeichnen sich hier gegensätzliche Positionen ab.

Eine entscheidende Bedingung für das politische Überleben der PDS besteht darin, dass im Zeitraum der Jahre 2002/2003 klare Aussagen zur künftigen Programmatik der PDS und zum strategischen Kurs der Partei getroffen werden. Vorgesehen ist, dass ein neues Parteiprogramm bis zum Oktober 2003 zur Abstimmung kommt. Die notwendigen Diskussionen dazu konzentrieren sich bisher auf einen Entwurf, der im April 2001 vorgelegt wurde. Den Kern dieses theoretisch ernst zu nehmenden Dokumentes bildet ein gewisser „Bruch“ mit bestimmten früheren Sozialismusvorstellungen, die eine neue Gesellschaft vor allem als „Struktur-Modell“ auffassten. Im Unterschied dazu wird im neuen Entwurf „Sozialismus“ nicht als abstraktes Modell oder als ein gesamtgesellschaftliches System definiert, sondern als das Streben nach einem Zustand aufgefasst, in dem alle Bürgerinnen und Bürger Zugang zu wichtigen Gütern erhalten, die ihnen ein Leben in Selbstbestimmtheit, Freiheit und sozialer Sicherheit ermöglichen. Zu diesen „Freiheitsgütern“ zählt man demokratische Partizipation, Schutz vor Gewalt, soziale Sicherheit, Zugang zur Erwerbsarbeit, geschützte Umwelt sowie Zugriff auf Bildung und Kultur. Dementsprechend heißt es im Programmentwurf: *„Sozialismus geht von den realen Bedürfnissen und Interessen von Menschen aus. Sozialismus fragt danach, welche Lebensbedingungen Menschen hervorbringen müssen, um frei zu sein, und was sie tun müssen, damit die Verfügung über diese Güter nicht zur Ausbeutung und Unterdrückung anderer führt. Sozialismus ist für uns jene historische Bewegung, die die gesellschaftlichen Macht- und Eigentumsverhältnisse so gestalten will, dass diese Güter auch wirklich effektiv und umweltgerecht produziert werden und dass über sie solidarisch verfügt wird.“* (Programmentwurf der PDS 2001: 4-5). Ohne Übertreibung kann hier festgehalten werden, dass der vorgelegte Programmentwurf Positionen umreißt, die für die deutsche Linke einen wirklichen geistigen Aufbruch verkörpern.

In einer Studie, die vor allem die empirisch feststellbare Resonanz der „Freiheitsgüter“ bei den so genannten „einfachen“ Menschen zum Gegenstand hatte, konnte man heraus arbeiten, dass als beachtliche *Vorzüge* des Programmentwurfs folgende Elemente gelten (vgl. Chrapa 2002a):

a) Der Grundansatz – die Orientierung auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität, die sich im Konstrukt der „Freiheitsgüter“ manifestiert – fixiert ein zutiefst *humanistisches Herangehen*. Weder „Verhältnisse“ oder „Strukturen“ noch abstrakte Großgruppen-Subjekte stehen im Mittelpunkt, sondern der lebendige (Einzel-)Mensch in seiner Subjektivität. Bei genauerer Betrachtung ist es, allen Vorwürfen von Sozialromantik zum Trotz, höchst „modern“ (weil den Konfliktlagen der heutigen Welt entsprechend), wie hier eine „Wiederentdeckung des Menschen“ dokumentiert wird.

b) Der Programmentwurf verkörpert einen *neuen* und eigenständigen *theoretischen Ansatz*, um „Sozialismus“ unter den gegenwärtigen Bedingungen zu begründen. Im Unterschied zu „Strukturmodellen“, die an die Einführung großer Basisinstitutionen (z. B. Planwirtschaft, Machtzentralisation) gebunden sind, orientieren seine Grundgedanken darauf, die Nutzung vorhandener Institutionen (z. B. des Marktes) *auf andere Weise* zu gestalten. Dafür arbeitet man, vor allem in Form der „Freiheitsgüter“, einen *Maßstab* heraus, der auf die Bewertung des „Outputs“ der Institutionen angelegt werden kann und muss. Dieser Maßstab ist – im Unterschied zu ähnlichen Überlegungen wie z. B. im gültigen SPD-Programm – logisch aufgebaut, inhaltlich komprimiert und gleichzeitig so breit gefasst, dass er die wichtigsten gesellschaftlichen Felder umschließt.

c) Die im Programmentwurf formulierten Gedanken stellen sich in mehrfacher Hinsicht als *strikt realitätsbezogen* dar. Dies betrifft zum einen die bereits erwähnte Orientierung auf den Menschen in seiner Individualität, zum anderen die in diesem Text heraus gearbeiteten Verknüpfungen mit in der Bevölkerung weit verbreiteten Denkweisen und Wünschen. Hinzu kommt aber noch ein wesentlicher Aspekt politischer Praxis: Wie u. a. im Abschnitt III des Programmentwurfs ausgeführt, lassen sich aus den „Freiheitsgütern“ folgerichtig zahlreiche politische Schritte und Forderungen ableiten, die einerseits unmittelbaren Alltagsbezug haben und andererseits auf Auseinandersetzungen mindestens im Zeitrahmen des kommenden Jahrzehnts gerichtet sind.

d) Die Realitätsbezogenheit des Programmentwurfs kommt in einem weiteren wichtigen Punkt dadurch zum Ausdruck, dass in der inneren Struktur der „Freiheitsgüter“ die *„gleichberechtigte Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft“* (Programmentwurf der PDS 2002: 21) auf einen zentralen Platz gestellt ist. Dafür gibt es gewichtige theoretische und empirische Argumente. Zu ersteren

zählt die Überlegung, dass es gerade die Forderungen und Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung sind, die Freiheit, Gleichheit und Solidarität in einen praktischen sozialen Kontext stellen und somit wirksam machen. Empirisch ist ferner ausführlich belegbar, dass der Wunsch nach einem Mehr an wirklicher Demokratie in den letzten Jahren zu einem in der Bevölkerung massenhaft vorhandenen Einstellungskomplex geworden ist (vgl. Chrapa, Wittich 2001, siehe auch unter anderem Bestrebungen der Bürgerinitiative „Mehr Demokratie“, www.mehrdemokratie.de).

Programmatische Entscheidungen sind jedoch noch nicht identisch mit der Festlegung notwendiger strategischer Optionen. „Strategie“ muss hier als „*situationsübergreifendes, erfolgsorientiertes Ziel-Mittel-Umwelt-Kalkül*“ verstanden werden (Raschke 2002: 210). Für die PDS bedeutet dies, ausgehend von sozialistischen Werten und Zielen, eine strategische Orientierung zu formulieren, die dem gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnis entspricht und die sowohl die „Stärken“ als auch die „Schwächen“ der PDS berücksichtigt. Sie muss den „strategischen (Zeit-)Raum“ der nächsten Jahre fixieren, notwendige Mittel und Ressourcen (einschließlich strategischer Partner) beschreiben sowie gleichzeitig (Wahrscheinlichkeits-)Aussagen über das Verhalten anderer gewichtiger Akteure im politischen Feld treffen.

Insgesamt stellt sich also die Frage: *Wie und mit welchen Inhalten kann das „Projekt PDS“ auf lange Sicht im Rahmen der bundesdeutschen Gesellschaft (und mindestens mit europaweitem Blick) klarer profiliert werden?* Die dabei zu entwickelnden Grundpositionen müssen den realen Konfliktlinien in modernen Gesellschaften entsprechen, Stringenz aufweisen sowie verständlich/vermittelbar und kompatibel mit praktischer Politik (den inneren Zustand der PDS einschließend) sein. Strategische Überlegungen sollten über Legislaturperioden hinaus reichen und die Dialektik sozialer Zeit (in der Verschränkung von Prozessketten sozialer und politischer Vorgänge) berücksichtigen. Inhaltlich steht die PDS vor der Aufgabe, an der Profilierung eines Projektes über gegenwärtige Konstellationen hinaus zu arbeiten.

In den gegenwärtigen Diskussionen innerhalb der PDS existieren – mit unterschiedlicher Deutlichkeit formuliert – im wesentlichen *drei strategische Herangehensweisen*:

Zum *einen* sind es Überlegungen, die den neoliberalen Kapitalismus gleichsam als „Supermacht“ ansehen, der alle Gesellschaftsbereiche fortschreitend dominiert. Notwendig wären deshalb die Verteidigung sozialer und demokratischer Errungenschaften, konsequenter Protest, das Führen von Abwehrkämpfen und die

scharfe Kritik an den kapitalistischen Zuständen. Für die PDS würde daraus folgen, dass sie sich vor allem als „*systemkritische Kampfpartei*“ darstellen müsse. Problematisch an diesem Ansatz ist, dass er reale Gestaltungsmöglichkeiten des Hier und Heute gering schätzt oder negiert. Eine solche Strategie birgt die Gefahr in sich, dass die PDS, trotz scheinbarem Radikalismus, in ihrer Tätigkeit wirkungslos bleibt, sich selbst isoliert und die Züge einer Sekte annimmt. Die hier angedeuteten Gefährdungen sind durchaus real. Inhaltliche Blockaden, Stagnation und Ausgrenzungsprozesse können dazu beitragen, dass Vertreter eines solchen Kurses das Profil der PDS zu prägen beginnen.

Zweitens gibt es, durch eine Reihe prominenter Verantwortungsträger in der Partei unterstützt, die strategische Option vor allem im Bündnis der so genannten „Mitte-Links-Parteien“, also vor allem mit der sozialdemokratischen Partei und den Grünen, Reformprojekte anzustreben. Dies schließt ein, möglichst starke Positionen im parlamentarischen System zu erlangen und Kurs auf breite Regierungsbeteiligungen (auf Länder- und Bundesebene) zu nehmen, weil – so eine Auffassung der Vertreter dieses Projekts – nur auf diesem Wege („von oben“) Veränderungen zu erreichen wären. Die PDS müsste sich dementsprechend vor allem als eine „*regierungsorientierte Reformpartei*“ definieren. Die hier skizzierte strategische Option beinhaltet unbestreitbar wichtige positive Elemente. Parteienbündnisse und Regierungsbeteiligung sind auch aus linkssozialistischer Sicht notwendig und können unter bestimmten Bedingungen sehr nützlich sein. Sie ermöglichen neue Gestaltungsfelder und fordern die praktischen Kompetenzen einer Partei heraus.

Bei diesem Ansatz stellen sich jedoch *mehrere Elemente als problematisch* dar und erfordern deshalb eine (sachlich-)kritische Beleuchtung:

- Es bestand und besteht die Gefahr der von Wunschdenken getragenen *Überschätzungen der PDS im parteipolitischen Kräfteverhältnis*. Im strategisch absehbaren Zeitfenster bleibt die PDS auf Bundesebene ein ausgesprochen schwacher Partner der SPD; auf der Ebene der östlichen Bundesländer figuriert sie bestenfalls in einer gleichstarken – gegenwärtig jedoch zumeist unterlegenen – Position. Ohne eine Verstärkung ihrer originären Kräftepotenziale könnte das aus der Regierungsorientierung resultierende „Etikett“ der PDS, vor allem Partnerin der Sozialdemokratie zu sein, dazu führen, dass die Partei an eigenständigem Profil verliert.
- Tendenziell entwickelte sich aus diesem Weg bereits jetzt eine gewisse *Einseitigkeit der politischen Handlungsfelder und -ausrichtungen*. Parlamentarisches Handeln und Regierungs- sowie Verwaltungsaktivitäten erhalten

dabei Priorität; außerparlamentarische Aktionen können „nachrangig“, Protestartikulationen sogar „störend“ wirken.

- Mit all dem verknüpft erscheinen wichtige *Elemente des Politik-Stils* als problematisch. Im Unterschied zu bislang diskutierten programmatischen Vorstellungen der PDS – Orientierung auf Selbstbestimmtheit und Selbstorganisation freier Individuen – werden beim benannten Kurs Veränderungen vor allem als „von oben kommend“ angezielt.

Eine *dritte* strategische Variante orientiert gezielt auf ein eigenständiges politisches Projekt der PDS. In einem aktuellen Strategiepapier wird der Ansatz folgendermaßen charakterisiert: Für die PDS geht es darum, „*mit sehr langfristiger Perspektive den Weg einer gestaltenden Oppositionskraft zu beschreiten und ihr Hauptziel in einem Beitrag zur Veränderung von geistigen und politischen Kräfteverhältnissen in der Gesellschaft, der Schaffung von Voraussetzungen für eine deutliche Linkswende zu sehen. Unter den gegebenen Bedingungen kann gestaltende Oppositionskraft nur bedeuten, radikaldemokratische Positionen in allen Bereichen der Gesellschaft zur Geltung zu bringen. Die Gestaltungsmacht sollte vor allem im Hinblick auf die Formierung alternativer Ansätze, das Erproben auf kommunaler und regionaler Ebene, die Förderung breiter alternativer gesellschaftlicher Koalitionen, die Herausbildung einer kritischen Gegenöffentlichkeit, die Stärkung von Protestfähigkeit und realer Partizipation entwickelt werden. Dies schließt Regierungsbeteiligung (auch perspektivisch auf der Bundesebene) nicht prinzipiell aus, ordnet sie aber der Opposition gegenüber dem Neoliberalismus in seinen verschiedenen Spielarten unter. ... Es wäre ein Ansatz, der Aktivität, Selbstbestimmung und Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen sucht und nicht bestrebt ist, politische Ziele vor allem dadurch zu erreichen, indem für „unsere Menschen“ besser verwaltet wird. Es ist ein Ansatz der Aktivierung der politischen Gesellschaft anstelle ihrer Verwaltung, der Veränderung von unten anstelle der Verordnung von oben und der Selbstorganisation anstelle der Bevormundung. Dies schließt Regierungskoalitionen auf Länderebene nicht aus, ordnet sie aber diesem Ziel unter und betont damit die strategische Eigenständigkeit der PDS. Die PDS würde sich als Partei des sozialen und demokratischen Engagements für Gerechtigkeit und Selbstermächtigung der Bürgerinnen und Bürger sowie friedlicher Konfliktlösung profilieren. Es wäre ein Ansatz, der es erlaubt, eigene Vorstellungen zur Zukunft jenseits einer neoliberalen Globalisierungskonzeption gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Gruppen mit höherer Wirksamkeit und Akzeptanz auf die Tagesordnung zu stellen. Dies schließt Berührungspunkte mit der SPD und den*

Grünen ein, aber ausgehend von einem eigenen Ansatz. Ein solcher Ansatz zielt darauf, in Gesamtdeutschland schrittweise das vorhandene Potenzial linker Bürgerinnen und Bürger für die PDS zu gewinnen und in Ostdeutschland die Hegemonie links von der Mitte in der ganzen Breite zurückzugewinnen und auch Teile derer, die sich der politischen Mitte zuordnen und zugleich stark Werte von Solidarität, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung betonen, wieder zu gewinnen.“ (Brie/Brie/Chrapa 2002: 11).

Der Vorteil des letztgenannten Ansatzes liegt in seinem konsequenten Realismus. Schrittweise und partielle Veränderungen der Gesellschaft werden hierbei – unter genauer Kalkulation der wirklichen Kräfteverhältnisse – als breiter und komplexer Prozess aufgefasst, im dem die demokratische Teilhabe selbstbestimmt handelnder Individuen entscheidend ist. Die Rolle der PDS könnte bei einem solchen Herangehen als „*Partei der politischen Gesellschaft*“ charakterisiert werden. Schwierigkeiten bei dieser Orientierung bestehen zweifellos darin, dass Schritte auf einem so skizzierten, sehr langen Weg ungeheure Anstrengungen erfordern und eine Veränderung des Politik-Stils der PDS notwendig machen. Mit den hier skizzierten Ansätzen verknüpfen sich Gruppierungen innerhalb der PDS, die jedoch nicht immer scharf voneinander abgegrenzt sind und die auch unter verschiedenen Bezeichnungen – nicht selten etikettierend-vergrößert gebraucht – figurieren. Gruppierungen des erstgenannten Kurse wären mit dem mehr oder weniger zutreffenden Begriff „*Traditionalisten*“ erfassbar; Zusammenschlüsse und Personen der zweiten Strategie-Linie verstehen sich selbst oft als „*(Reform-)Pragmatiker*“ oder „*Regierungssozialisten*“. Die Vertreter der dritten Option – als Gruppe nur relativ lose verbunden – sind am ehesten mit dem Begriff „*Reformsozialisten*“ zu beschreiben.⁵⁷

Im Spannungsfeld dieser drei Kräftegruppen kam es seit Beginn des Jahres 2002 in strategischen Diskussionen zu Auseinandersetzungen über Orientierungen, die an die Begriffe „*Mitte-Links-Option*“ und „*Mitte-Unten-Option*“ gebunden sind. Ersteres steht – als Projekt der Reformpragmatiker – im wesentlichen für eine „*Parteienkoalition*“ bzw. ein Parteienbündnis; die zweite Linie (der Reformsozialisten) für einen breiten gesellschaftlichen Aufbruch vieler Akteure unter Einschluss und bei Mitwirkung der PDS. Das hier zu Tage tretende, zweifellos

⁵⁷ Der ehemalige Leiter der Abteilung „*Grundsatzfragen*“ des PDS-Parteivorstandes, Thomas Falkner, spricht hier von „*neuen*“ Reformern (im Unterschied zu den Traditionalisten und Pragmatikern). Nach Meinung des Autors irrt er allerdings gründlich, wenn er die Bestrebungen dieser Gruppe darauf verkürzt, dass sie „*in erster Linie die Partei reformieren*“ wollen, wobei er, etwas gönnerhaft, hinzufügt, dass dabei auch „*programmatisch Taugliches*“ produziert wurde. (Falkner 2000: 22).

sehr wichtige Problem differenter strategischer Vorstellungen wurde bisher nur in Ansätzen sachlich erörtert – es dominierten Missverständnisse, Unterstellungen oder „Schlagabtausch“.

Aktuell sind allerdings Überlegungen erkennbar, die ein gemeinsames Herangehen an die „Mitte-Unten-Option“ möglich erscheinen lassen, vor allem dann, wenn die drei Dimensionen eines solchen strategischen Kurse – kulturelles Leitbild, Akteursbündnis, Parteienverbund – genauer in den Blick genommen werden. Der Sozialwissenschaftler Helge MEVES bemerkt dazu sehr treffend:

„Die Reformsozialisten unterscheiden drei verschiedene Ebenen, auf denen die PDS ihre Möglichkeiten je spezifisch ergreifen soll (vgl. Chrapa 2002b: 4ff.; Brie/Brie/ Chrapa 2002: 9ff).

Auf der Ebene der öffentlichen Meinung und der alltagskulturellen Vorstellungen (Hervorhebung M. C.) geht es ihnen darum, einen Wandel der dominierenden Vorstellungen zu erreichen. Mit diesem kulturellen Projekt soll z. B. das Verständnis für das Verhältnis zwischen „Kapitallogik“ und „Soziallogik“ zugunsten der letzteren verschoben werden, um zivilgesellschaftliche Organisationsformen gegenüber dem Markt zu stärken. Das setzt voraus, diese Freiheit in der Lebensgestaltung in der Öffentlichkeit zu verteidigen und die Menschen zu derartigen Formen des Engagements zu bewegen.

Auf die zweite Ebene wird die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen, Verbänden und Netzwerken von globalisierungskritischen Bewegungen, über lobbyistische Verbände bis zu Bürgerbewegungen projiziert. Ziel ist hier, gegenseitig gleichberechtigte Verhältnisse aufzubauen, in die jeder seine spezifischen inhaltlichen und organisatorischen Besonderheiten einbringt und alle, faktisch durch Tausch, voneinander profitieren. Ein Tausch kommt nur zu Stande, wenn Verschiedenes getauscht werden kann, was auch für den anderen von Interesse sein kann. Darum muss auch jeder seine Stärken selbstbewusst entwickeln, vertreten und einbringen. Ausgeschlossen sind damit revolutionstheoretische Ideen, nach denen Bündnispartner vereinnahmt bzw. instrumentalisiert werden sollen.

Auf der dritten Ebene schließlich sind parteipolitische Bündnisse in- und außerhalb von Parlamenten gemeint. Hier geht es also darum, wie opponiert, toleriert und koalitiert wird. Die strategische Option auf dieser Ebene ist ein Mitte-Links-Parteienbündnis, zu dem keine Alternative absehbar ist.

Die Kriterien für die Art und Weise des Wirkens und die Form der Zusammenarbeit sollen im Spannungsfeld gesellschaftlicher Konfliktlinien und politischer Identität der PDS entwickelt werden. Dieses kulturelle Projekt und Leitbild kann potentiell für alle interessant werden, deren Lebens- und

Einkommensverhältnisse prekär sind und für die der Mensch selbstbewusst und solidarisch leben soll. Das alles, und nicht nur das Agieren auf der Ebene sozialer Aktionsbündnisse, sind die Mitte-Unten-Optionen. Soweit das kulturelle Projekt und das Leitbild der Reformsozialisten.

Die Reformpragmatiker können an dieses kulturelle Projekt und Leitbild anknüpfen, wenn sie die PDS über ihre parteipolitische Identität innerhalb des parlamentarischen Systems hinaus verstehen. Die Traditionalisten wiederum können anknüpfen, sofern sie ihre ablehnende Position gegenüber Regierungsbeteiligungen auf Länderebene korrigieren. Die Mitte-Unten-Optionen sollten für die gesamte PDS attraktiv sein, weil ein Wandel der öffentlichen Meinung und stabile soziale Bündnisse die Gestaltungs- und Darstellungsmacht in der gesamten Gesellschaft kontinuierlich und erhöhen.“ (Meves 2003: 7-8).

6. Suche nach Orientierungen: „Erfolgskriterien“

„Erfolgskriterien“ für das Wirken einer linksdemokratischen, sozialistischen Partei lassen sich nicht in formaler Weise festlegen. Traditionell gilt die „Kräfte-maximierung“ im politischen System als politikwissenschaftlich begründeter Erfolgsfaktor. In Ergänzung bzw. als für linke Parteien wichtige Präzisierung dessen werden drei weitere Kriterien zur Diskussion gestellt.

Parteien wirken in einer komplexen Umwelt, die ständigen Veränderungen unterworfen ist. Sie handeln als kollektive Akteure in Konkurrenz mit anderen und mit der Orientierung auf Ziele in einem unterschiedlichen Zeithorizont. Es ist deshalb recht schwierig, klare „Erfolgskriterien“ für die Tätigkeit von Parteien zu bestimmen. Wenn solche Kriterien Sinn haben sollen, dann müssen sie der empirischen Überprüfung zugänglich, also auch in gewisser Hinsicht „messbar“ sein. In der aktuellen politikwissenschaftlichen Literatur werden deshalb teilweise formalisierte Kriterien benannt: Parteien wären dann erfolgreich, wenn sie ein Maximum an „Wählerstimmen“ („Votes“), an „Ämtern“ („Offices“) und an „politischem Einfluss“ („Policies“) erzielen (vgl. Wiesendahl 2002: 194f.). Ein solches Herangehen ist zweifellos praktikabel; mindestens der Stimmen- und Ämter-Anteil sagt – über längere Zeit betrachtet – tatsächlich messbar etwas über Erfolg oder Misserfolg einer Partei aus. Bei der Bewertung des politischen Einflusses fällt eine genaue Erfassung naturgemäß schwerer.

Das hier skizzierte Kriterium der „Kräfte-maximierung“ bleibt allerdings insofern formal und einseitig, dass es in starkem Maße auf die Rolle von Parteien im politisch-parlamentarischen System ausgerichtet ist. Um den inhaltlichen Aspekten von Politik und dem Wirken von Parteien auch im außerparla-

mentarisch-zivilgesellschaftlichen Raum besser zu entsprechen, sollen drei weitere Kriterien zur Diskussion gestellt werden. Nach Ansicht des Autors wirkt eine Partei dann erfolgreich, wenn sie folgende Bedingungen erfüllt (und, damit verknüpft, über die Zuwächse an „Policies“ zunächst „Votes“ sowie auch „Offices“ erreicht):

Erstens: Begründete strategische Positionierung im Spannungsfeld wichtiger Konfliktlinien in der Gesellschaft.

Mehrere fundierte politikwissenschaftliche Theorieansätze gehen davon aus, dass die in der Gesellschaft vorherrschenden wichtigen Konfliktlinien („Cleavages“) den Raum markieren, in dem Parteien ihre Identität bestimmen und Felder der wirksamen politischen Aktivität festlegen können. Für die PDS bedeutet dies, ihren strategischen Fokus auf ausgewählte, empirisch überprüfbare Konfliktlinien zu richten. In der Mitte der 1990er Jahre konnte die PDS auf diesem Wege insbesondere über die Positionierung zur „sozialen Gerechtigkeit“ (vs. „Marktfreiheit“) Eigenständigkeit und Ausstrahlungskraft gewinnen (vgl. Brie 2000: 20ff.). Gegenwärtig wären vor allem folgende Konflikte zu betrachten:

- „Soziale Exklusion vs. soziale Inklusion“ (mit den Themen: Soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Arbeit),
- „Antidemokratisch-hierarchische Tendenzen vs. demokratisch-selbstbestimmte Partizipation der Bürger“ (mit den Themen: Unterstützung von demokratischen Alltagsaktivität, Gesetzgebungen, Mitbestimmung, Verstärkung plebizarer Elemente u. a.),
- „Kriegerische/Gewaltorientierte vs. friedliche Konfliktlösungsmechanismen“ (mit den Themen: Kriegsverhinderung, internationale Sicherheit, aber auch demokratisch legitimierte „innere“ Sicherheit etc.).

Es kann empirisch nachgewiesen werden, dass alle diese Cleavages im Denken großer Menschengruppen eine bedeutende Rolle spielen (Siehe auch Anhang, Tabellen 1 und 2). Diese Konfliktlinien bilden allerdings zunächst nur einen abstrakten Rahmen oder Möglichkeitsraum ab, der mit konkreten politischen Optionen angefüllt werden muss.

Zweitens: In der Öffentlichkeit (und der öffentlichen Meinung) deutlich wahrnehmbare Vertretung charakteristischer Politik-Projekte. Für linke Parteien ist der Zugang zur „Öffentlichkeit“ wichtiger denn je. Dies betrifft nicht nur das Agieren der Parteien im Spiegel der großen Massenmedien, sondern ebenso die Öffentlichkeit des Alltagslebens (Kommunen, Gemeinschaften, Organisationen).

Für die PDS wäre zwischen Erfolg und Misserfolg insofern zu unterscheiden, inwieweit es ihr gelingt, mit ausgewählten, inhaltlich begründeten Politik-Projekten in der Vielfalt von Öffentlichkeit größere Menschengruppen diskursiv zu erreichen. Bei den Projekten sollte es sich um alternative Vorschläge zu solche Themen wie Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, moderne Bildungspolitik, gerechte Renten und Löhne, gesellschaftliche Umverteilung, Friedenssicherung oder die demokratische Gestaltung der Globalisierungsprozesse handeln. Ob ein solches Vorgehen letztlich „erfolgreich“ ist, könnte über empirische Untersuchungen (z. B. Medienanalysen, Bevölkerungsumfragen u. a.) ermittelt werden.

Drittens: Spürbare und mit Lerneffekten verbundene innere Weiterentwicklung (Modernisierung) der Partei als politische Organisation.

Dieses Kriterium geht von der Gestaltung des Widerspruchs „Stabilität (und Stagnation)“ vs. „Veränderung“ innerhalb von Parteien aus. Für einen solchen Ansatz steht der Begriff „Parteireform“, wobei diese Handlungsform jedoch nicht als einmaliger Akt, sondern als dynamischer Prozess des „reflexiven Lernens“ zu verstehen ist. Für die PDS folgt daraus, dass es ihr gelingen muss, in den nächsten zwei Jahren spürbare Veränderungen auf den Feldern „Innere Struktur“ (neues System der Basisorganisationen, „offene“ Strukturen etc.) „Kommunikation“ (Transparenz des Parteilebens, Nutzung moderner Kommunikationsmittel u. ä.) und „Aktionsfähigkeit“ (Wirken im öffentlichen Raum, Kampagnen, Eröffnung breiter linker Diskussionskreise u. a.) zu vollziehen.

Wie bereits angedeutet, ist der „Erfolg“ einer Partei nicht allein in Zahlen auszudrücken. Andererseits bestehen dennoch Chancen, sich dieser Größe analytisch anzunähern. Gelingt es dabei, regelmäßig konsequent realistische Einschätzungen vorzunehmen (z. B. über besondere kollektive Gremien der Partei) und wird dies mit den Möglichkeiten eines externen Screenings durch Experten verbunden, dann könnten sich die hier zur Diskussion gestellten Kriterien als produktiv erweisen.

7. Ausblick

Wie im vorgelegten Text an verschiedenen Stellen ausgeführt, steht die PDS nicht allein vor einem immer wieder notwendigen Orientierungsprozess, wie er für alle Parteien charakteristisch ist. Auf Grund ihrer Entwicklung und ihrer inneren Widersprüche muss sie ihr Profil um den Preis des politischen Überlebens erneuern und klar ausprägen. In Diskussionen dazu macht das Wort von „Schicksalsjahr 2003“ die Runde. Diese Formulierung ist jedoch alles andere

als eine rhetorische Überspitzung: Im Zeitraum des Jahres 2003 müssen innerhalb der PDS „Modernisierungsschübe“ auf den Weg gebracht werden, damit die Partei in den Fokus der Wahrnehmung vieler Menschen zurück kehrt und damit sie mit neu gewonnenen Kräften in die Wahlkämpfe des Jahres 2004 (Europawahl und Landtagswahlen) eintreten kann.

Bis Mitte Januar 2003 allerdings war die Situation innerhalb der PDS weiterhin eher von Blockaden und feindseligen Auseinandersetzungen gekennzeichnet. Erst schrittweise und nicht zuletzt unter dem Druck kritischer Meinungsäußerungen aus der Parteibasis begann sich bei Teilen der Kontrahenten die Erkenntnis durchzusetzen, dass weder ein innerparteiliches „Muddling Through“, noch Ideologisierung (mit entsprechenden Feindbildern) noch rein machtpolitische Kämpfe (in Form von Putsch-Szenarios) wirklich zur Überwindung der Krise in der PDS beitragen können.

Auch unter den Einfluss der Anforderungen, die an die Partei bei der Verhinderung des drohenden Krieges der USA gegen den Irak gestellt werden, scheinen Prozesse einer gewissen Verständigung und der Hinwendung zur praktischen Politik in Gang zu kommen. Davon zeugen das recht breite friedenspolitische Engagement vieler PDS-Gliederungen und -Vertreter, die Arbeit an den profilbildenden Schwerpunktthemen „Arbeit“, „Soziale Sicherheit“ und „Gesundheit“, die forcierten Anstrengungen zur Vorlage eines endgültigen Programmentwurfes sowie begonnene Schritte bei einer „Partei-reform“, die bis zum Sommer des Jahres bereits erste Ergebnisse zeigen soll.

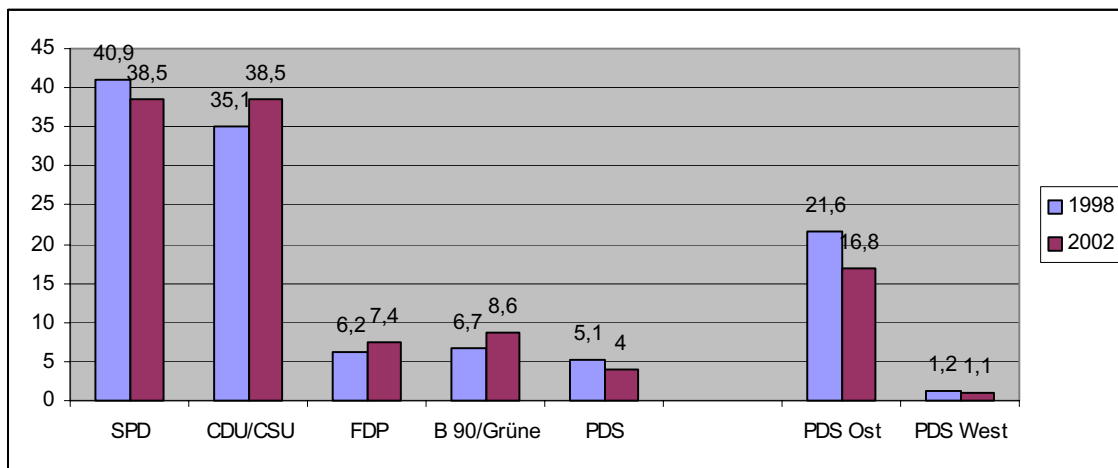
Dies sind ermutigende Anzeichen. Dennoch muss die Zukunft der PDS gegenwärtig im Ganzen noch als ungewiss bezeichnet werden. Gerade, weil eine linke, sozialistische Partei in Deutschland mehr denn je nötig ist, wäre zu hoffen, dass sie die komplizierten Aufgaben ihrer Profilprägung in der nächsten Jahren meistern kann.

Anhang:

Ausgewählte empirische Daten:

Grafik 1: Wahlergebnisse wichtiger Parteien in Deutschland: Bundestagswahlen 1998 und 2002

(SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands, CDU/CSU = Christlich Demokratische Partei/Christlich Soziale Union, FDP = Freie Demokratische Partei, B 90/Grüne = Partei „Bündnis 90/Die Grünen“, PDS = Partei des Demokratischen Sozialismus.



Angaben in Prozent. Quelle: Amtliche Wahlstatistik.

Tabelle 1: Wahrnehmung von Konflikten in der deutschen Gesellschaft (Oktober 2002)								
	Deutschland Ost				Deutschland West			
(In Prozent, gerundet)	Konflikt ist...		Konflikt wird...		Konflikt ist...		Konflikt wird...	
Konflikt...	Sehr stark/ Stark	Ge ri ng	An- wach- sen	Ab- neh- men	Sehr stark/ Stark	Ge ri ng	An- wach- sen	Ab- neh- men
Arm - Reich	80	1	84	1	70	4	70	6
Arbeitgeber - Arbeitnehmer	69	5	61	3	64	8	50	8
Oben - Unten	66	6	58	4	62	11	50	7
Umweltschutz – Wirtschaftsinter- essen	66	4	57	5	69	4	59	8
Ost - West	57	6	24	32	46	13	18	41
Ausländer - Deutsche	56	5	53	7	53	8	52	12
Links - Rechts	52	8	39	7	50	15	34	13
Jung - Alt	37	18	39	7	48	20	46	11
Familien mit Kindern - Singles	34	26	30	10	43	24	42	11
Männer - Frauen	16	46	10	16	20	48	10	29

Quelle: FOKUS-Studie „Aufbruch 2002?“

Tabelle 2: Erwartungen an die neue Bundesregierung (Oktober 2002)						
(In Prozent, gerundet)	Deutschland Ost			Deutschland West		
Dieses Problem...	Muss oberste Priorität haben	Ist auch sehr wichtig	Ist nicht so wichtig	Muss oberste Priorität haben	Ist auch sehr wichtig	Ist nicht so wichtig
Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit	92	7	1	90	9	1
Chancen für die Jugend	58	40	2	59	35	6
Modernisierung des Bildungswesens	56	41	3	55	41	4
Gestaltung des Rentensystems	51	46	3	58	40	2
Schutz vor Rechtsextremismus	50	40	10	43	41	16
Durchsetzung von Sicherheit und Ordnung	50	42	8	40	43	17
Annäherung der alten und neuen Bundesländer	45	45	10	27	48	25
Soziale Gestaltung des Steuersystems	45	46	9	42	44	14
Bessere Chancen für kleine und mittlere Unternehmen	44	49	7	54	38	8
Wirksamer Umweltschutz	38	57	5	39	52	9
Förderung von Familien	37	53	10	38	43	19
Beiträge zur friedlichen Konfliktlösung bei internationalen Streitfällen	35	46	19	34	44	23
Geschlechtergleichstellung	21	48	31	21	49	31
Stärkung internationaler Positionen Deutschlands	19	54	27	22	53	25

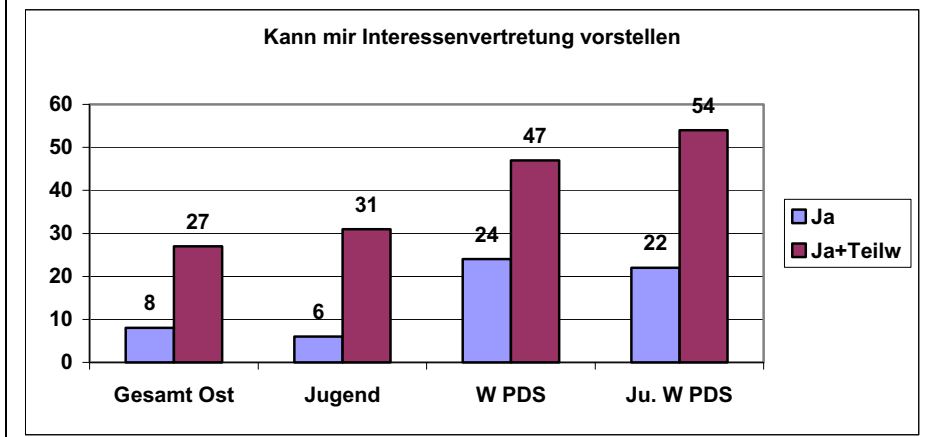
Förderung von Großunternehmen	8	32	60	13	35	52
Quelle: FOKUS-Studie „Aufbruch 2002?“						

Tabelle 3: Bewertung wichtiger politischer und sozialer Akteure (Oktober 2002)			
	Ich kann mir die Vertretung meiner Interessen vorstellen durch...		Ich interessiere mich für diese Organisation...
(In Prozent, gerundet)	Ja	Ja, teilweise	Ja + Ja, etwas
Umweltorganisationen/-bewegungen	29	31	50
Gewerkschaften	24	30	36
Friedensbewegung	22	28	40
Bürgerinitiativen	19	31	37
Globalisierungskritische Bewegung (z. B. Attac)	12	18	25
Vereine	11	27	31
Regierung	10	36	/
Frauenorganisationen/-bewegungen	9	26	24
Kirchen	6	23	26
Quelle: FOKUS-Studie „Aufbruch 2002?“			

Tabelle 4: Images der PDS im Meinungsbild der Wahlberechtigten im Zeitvergleich										
(Angaben in Prozent, gerundet)	Deutschland Ost					Deutschland West				
Die PDS...	98	00	01	2/02	7/02	98	00	01	2/02	7/02
Setzt sich für Menschen in Ostdeutschland ein	63	/	47	56	55	41	/	35	38	36
Engagiert sich für sozial Benachteiligte	48	/	36	43	40	10	/	13	16	15
Praktiziert auch öffentlichen Protest	/	/	33	/	41	/	/	13	/	18
Setzt sich für soziale Gerechtigkeit ein	35	37	39	42	40	4	9	13	12	11
Engagiert sich für friedliche Außenpolitik	/	/	26	/	/	/	/	9	/	/
<i>Betreibt eine konsequente Friedenspolitik</i>	/	/	/	33	33	/	/	/	10	14
<i>Hat gute außenpolitische Konzepte</i>	/	/	/	9	5	/	/	/	1	1
Hat gute Politiker/innen	24	25	25	33	29	3	7	8	7	7
Vertritt am wirksamsten meine Interessen	18	/	20	/	23	2	/	4	/	3
Handelt entschlossen gegen Rechtsextremismus	/	/	31	/	/	/	/	13	/	/
Hat zukunftsorientierte Ideen	13	25	16	22	21	2	7	4	8	7
Engagiert sich für mehr Demokratie „von unten“	25	/	29	/	/	7	/	8	/	/
Sollte künftig mehr Einfluss haben	/	/	27	/	/	/	/	8	/	/
Ist den Meinungen der Bürger gegenüber aufgeschlossen	/	/	25	/	/	/	/	6	/	/

Setzt sich für Freiheits- und Bürgerrechte ein	/	/	23	/	/	/	/	9	/	/
Vertritt Position gegenüber Ausländern, die ich teile	/	/	19	/	/	/	/	4	/	/
Macht eine gute Ausländerpolitik	/	/	/	10	9	/	/	/	3	3
Kann wirklich Veränderungen durchsetzen	11	21	6	14	13	3	4	2	5	5
Hat gute Konzepte für innere Sicherheit	7	/	11	10	10	1	/	2	2	2
Engagiert sich für Umweltschutz	/	/	11	/	/	/	/	1	/	/
Vertritt eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik	8	12	12	8	8	1	1	2	1	2
Macht sich für die Interessen der Jugend stark	22	/	/	31	26	4	/	/	8	9
Würde eine effektive und moderne Bildungspolitik betreiben	/	/	/	27	22	/	/	/	3	5
Könnte etwas für ein effektives und gerechtes Gesundheitssystem tun	/	/	/	14	19	/	/	/	5	4
Ist glaubhaft und vertrauenswürdig	13	/	/	17	12	1	/	/	3	3
Ist eine Gefahr für die Demokratie	10	/	/	7	10	35	/	/	28	29
Könnte für ein langfristig stabiles Rentensystem sorgen	/	/	/	11	10	/	/	/	2	3
Kann wirksam etwas zur Verringerung der Arbeitslosigkeit tun	/	/	/	9	8	/	/	/	2	3
Quellen: Wahlstudien der PDS.										

Grafik 2: Meinungen zur globalisierungskritischen Bewegung (Ost): Mögliche Interessenvertretung (W PDS = Wähler PDS, Ju. W PDS = Jugendliche PDS-Wähler. Angaben in Prozent, gerundet)



Grafik 3: Meinungen zur globalisierungskritischen Bewegung (West): Mögliche Interessenvertretung (A PDS = Anhängerschaft PDS. Angaben in Prozent, gerundet)

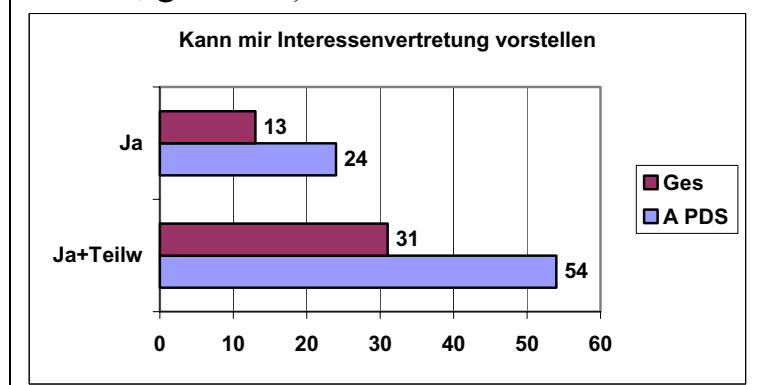


Tabelle 5: Aussagen zu Wahlgründen bei der Bundestagswahl 2002		
(Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent, gerundet)		
Habe gewählt, weil...	Ost	West
ich es als meine Bürgerpflicht ansehe.	49	57
die Partei meiner Wahl im Vergleich mit anderen noch „das kleinere Übel“ war.	37	41
ich glaube, dass sich auf diese Weise etwas verändern lässt.	35	31
ich bestimmten Personen Kompetenz vertraue.	29	26
ich mich einer Partei recht eng verbunden fühle.	21	20
ich damit auch Protest ausdrücken wollte.	21	17
mich das Programm der Partei überzeugt hat.	19	18
man das eben am Wahltag so macht.	3	3
Aus einem anderen Grund.	3	2

Tabelle 6: Interpretation des Ausgangs der Bundestagswahl 2002 für die PDS

(Antworten: Das stimmt...: 1+2: Ganz genau +Überwiegend, 4+5: Eher nicht+ Überhaupt nicht. Angaben in Prozent, gerundet)	Ost		West	
	1+2	4+5	1+2	4+5
Der Rückzug Gregor Gysis aus der Politik hat dem Ansehen der PDS geschadet.	78	6	77	7
Die Ziele, Inhalte und Kandidaten waren in der Öffentlichkeit zu unauffällig.	71	11	60	21
Die ostdeutsche Kompetenz der PDS ist zunehmend verloren gegangen.	62	16	66	12
Die PDS konnte sich kaum als Friedenspartei profilieren.	48	26	63	12
Die Polarisierung zwischen Schröder und Stoiber schadete den kleinen Parteien.	42	36	35	43

Tabelle 6a: Interpretation des Ausgangs der Bundestagswahl 2002 für die PDS und besondere Wählergruppen (Ost)

(Antwort: Das stimmt... Ganz genau+Überwiegend. Ges = Gesamtpopulation, W PDS = Wählerschaft PDS, Pot PDS = Potenzial PDS, WW = Wechselwähler, NW = Nichtwähler, Prot-W = Protestwähler, Spät-W = Spät entschlossene Wähler, Jug = Jugend, Fr = Frauen, Angaben in Prozent, gerundet)

	Ges Ost	W PDS	Pot PDS	W W	N W	Pro t- W	Spä t -W	Ju g	Fr
Der Rückzug Gregor Gysis aus der Politik hat dem Ansehen der PDS geschadet.	79	<u>70</u>	80	80	77	<u>74</u>	77	<u>70</u>	78
Die Ziele, Inhalte und Kandidaten waren in der Öffentlichkeit zu unauffällig.	72	<u>79</u>	<u>78</u>	74	<u>82</u>	74	<u>77</u>	68	71
Die ostdeutsche									

Kompetenz der PDS ist zunehmend verloren gegangen.	62	<u>37</u>	<u>47</u>	<u>67</u>	<u>81</u>	55	<u>69</u>	<u>56</u>	60
Die PDS konnte sich kaum als Friedenspartei profilieren.	47	<u>27</u>	<u>35</u>	<u>52</u>	49	43	50	49	46
Die Polarisierung zwischen Schröder und Stoiber schadete den kleinen Parteien.	42	<u>63</u>	<u>53</u>	44	<u>55</u>	<u>48</u>	<u>32</u>	<u>47</u>	42

Tabelle 6b: Interpretation des Ausgangs der Bundestagswahl 2002 für die PDS und besondere Wählergruppen (West)

(Antwort: Das stimmt... Ganz genau+Überwiegend. Ges = Gesamtpopulation, A PDS = Anhängerschaft PDS, WW = Wechselwähler, NW = Nichtwähler, Prot-W = Protestwähler, Spät-W = Spät entschlossene Wähler, Jug = Jugend, Fr = Frauen. Angaben in Prozent, gerundet)

	Ges Wes	A PDS	W W	N W	Pro t- W	Spä t -W	Ju g	Fr
Der Rückzug Gregor Gysis aus der Politik hat dem Ansehen der PDS geschadet.	77	75	74	<u>67</u>	76	76	<u>68</u>	78
Die ostdeutsche Kompetenz der PDS ist zunehmend verloren gegangen.	66	<u>55</u>	69	<u>71</u>	66	64	<u>60</u>	62
Die PDS konnte sich kaum als Friedenspartei profilieren.	63	<u>53</u>	<u>74</u>	<u>50</u>	<u>53</u>	<u>57</u>	<u>57</u>	<u>58</u>
Die Ziele, Inhalte und Kandidaten waren in der Öffentlichkeit zu unauffällig.	61	<u>75</u>	60	<u>83</u>	65	<u>52</u>	60	59
Die Polarisierung zwischen Schröder und Stoiber schadete den kleinen Parteien.	35	<u>52</u>	37	35	<u>42</u>	<u>46</u>	<u>45</u>	37

Tabelle 7a: Aussagen zu Wahlgründen und besondere Wählergruppen (Ost)

(Ges = Gesamtpopulation, W PDS = Wählerschaft PDS, Pot PDS = Potenzial PDS, WW = Wechselwähler, NW = Nichtwähler, Prot-W = Protestwähler, Spät-W = Spät entschlossene Wähler, Jug = Jugend, Fr = Frauen, Angaben in Prozent, gerundet)

Habe gewählt, weil...	Ges Ost	W PDS	Pot PDS	W W	N W	Pro t-W	Spät -W	Jug	Fr
ich es als meine Bürgerpflicht ansehe.	49	45	49	50	/	47	<u>43</u>	48	48
die Partei meiner Wahl im Vergleich mit anderen noch „das kleinere Übel“ war.	36	<u>25</u>	<u>48</u>	<u>46</u>	/	36	<u>42</u>	33	35
ich glaube, dass sich auf diese Weise etwas verändern lässt.	34	<u>42</u>	30	35	/	32	31	30	34
ich bestimmten Personen Kompetenz zutraue.	30	26	<u>35</u>	28	/	28	26	32	30
ich mich einer Partei recht eng verbunden fühle.	21	62	21	8	/	<u>26</u>	<u>8</u>	<u>13</u>	17
ich damit auch Protest ausdrücken wollte.	21	<u>38</u>	25	<u>29</u>	/	100	24	22	19
mich das Programm der Partei überzeugt hat.	18	<u>32</u>	15	15	/	17	14	23	15
man das eben am Wahltag so macht.	3	1	2	2	/	4	7	2	1
Aus einem anderen Grund.	3	2	3	3	/	4	5	6	0

Tabelle 7b: Aussagen zu Wahlgründen und besondere Wählergruppen (West)

(Ges = Gesamtpopulation, A PDS = Anhängerschaft PDS, WW = Wechselwähler, NW = Nichtwähler, Prot-W = Protestwähler, Spät-W = Spät entschlossene Wähler, Jug = Jugend, Fr = Frauen. Angaben in Prozent, gerundet)

Habe gewählt, weil...	Ges	A PDS	W W	N W	Pro t-W	Spät -W	Jug	Fr
ich es als meine Bürgerpflicht ansehe.	58	53	53	/	55	<u>67</u>	54	58
die Partei meiner Wahl im Vergleich mit anderen noch „das kleinere Übel“ war.	42	40	<u>54</u>	/	<u>52</u>	<u>53</u>	<u>35</u>	39
ich glaube, dass sich auf diese Weise etwas verändern lässt.	32	<u>40</u>	<u>40</u>	/	<u>40</u>	<u>26</u>	30	34
ich bestimmten Personen Kompetenz zutraue.	27	<u>39</u>	<u>21</u>	/	28	<u>34</u>	<u>22</u>	27
ich mich einer Partei recht eng verbunden fühle.	21	<u>33</u>	<u>5</u>	/	24	20	20	19
mich das Programm der Partei überzeugt hat.	19	<u>30</u>	<u>9</u>	/	<u>31</u>	19	22	19
ich damit auch Protest ausdrücken wollte.	18	<u>27</u>	<u>29</u>	/	100	<u>29</u>	19	18
man das eben am Wahltag so macht.	3	2	0	/	2	7	3	4
Aus einem anderen Grund.	2	0	2	/	4	3	3	2

Literatur

8. Parteitag der PDS, 2002. Materialien des Geraer Parteitages. In: Disput, 10/2002. Berlin.

Brie, Michael, 2002: Die PDS – Strategiebildung im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Konfliktlinien und politischer Identität. In: Brie, Michael; Woderich Rudolf (Hrsg.): Die PDS im Parteiensystem. Berlin.

Brie, André; Brie, Michael; Chrapa, Michael, 2002: Für eine moderne sozialistische Partei in Deutschland. Standpunkte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 7/2002. Berlin.

Chrapa, Michael 2002a: Freiheitsgüter als Werte und Motivation. In: Brie, Michael; Chrapa, Michael; Klein, Dieter: Sozialismus als Tagesaufgabe. rls Manuskripte 36, Berlin.

Chrapa, Michael 2002b: Stärken und Schwächen der PDS im Wahljahr 2002. Standpunkte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 02/2002, Berlin.

Chrapa, Michael; Wittich, Dietmar 2001: Bürgermeinung 2001. Studie. Berlin/Halle.

Falkner, Thomas, 2002: Sozialisten im Abseits? In: Ende der Nachwendzeit. PDS am Ende? Perspektive 21. Zeitschrift der SPD. Potsdam.

FOKUS-Studie „Aufbruch 2002?“, 2002. Politische Einstellungen der Bevölkerung in den alten und neuen Bundesländern nach der Bundestagswahl. Berlin/Halle.

Meves, Helge, 2003: Die Mitte-Unten-Optionen und die Verelendung des Proletariats.

Zur Karriere eines Konzeptes der PDS zwischen dem Bundestagswahlsonntag 2002 und dem Chemnitzer Programmparteitag 2003 (Manuskript). Frankfurt am Main.

Programmentwurf der PDS, 2001. In: Pressedienst der PDS. 27.04.2001. Berlin.

Raschke, Joachim, 2002: Politische Strategie. In: Nullmeier, Frank; Saretzki, Thomas (Hrsg.): Jenseits des Regierungsalltags. Frankfurt am Main.

Von Beyme, Klaus, 2000: Parteien im Wandel. Wiesbaden.

Wiesendahl, Elmar, 2002: Die Strategie(un)fähigkeit politischer Parteien. In: Nullmeier, Frank; Saretzki, Thomas (Hrsg.): Jenseits des Regierungsalltags. Frankfurt am Main.

Dr. Michael Chrapa

Soziologe, Parteienforscher, Vorsitzender des FOKUS-Institutes Halle, Leiter des Projektes der Rosa-Luxemburg-Stiftung „Analysen zur politischen Meinungsbildung“

Fon: +49-172-3548059, e-mail: chrapa@aol.com

FOKUS-Institut:

D-06126 Halle, Falladaweg 9, Fon+Fax: +49-354-6901249

Internet: www.fokus-germany.de, e-mail: fokus-halle@web.de

Paulo Vanucchi

BRASILIEN 2002

Wie der Sieg der Arbeiterpartei PT erreicht wurde

Acht Tage nach dem bedeutenden Sieg vom 27. Oktober 2002, erinnerte sich Luiz Inácio Lula da Silva während seiner Rede vor der Nationalen Exekutive der Arbeiterpartei PT (Partido dos Trabalhadores), die zum ersten Mal nach den Wahlen zusammengetreten war, an Folgendes: “1985 gab ich der Zeitung ‚Folha de S. Paulo‘ ein ganzseitiges Interview, in welchem ich behauptete, dass wir niemals über Wahlen an die Macht gelangen würden. Siebzehn Jahre später sehe ich mit Befriedigung, dass meine Voraussage falsch war”.

In diesem selbstkritischen Satz zeigte sich eine der zwei Grundachsen, die immer den Weg der Arbeiterpartei und Lulas eigenen prägten: mit der Praxis lernen, immer die theoretischen Standpunkte mit den Lektionen, die das Leben erteilt, vergleichen, alle doktrinären Erklärungen in das unerbittliche Sieb der konkreten Erfahrung geben.

Wenn man die durch die PT in den 22 Jahren ihrer Existenz erprobten Kriterien sucht, die es Wert wären, heute als die für den Sieg im Jahr 2002 entscheidenden Faktoren vorgestellt zu werden, darf diese Art, Theorie und Praxis bewusst zu verbinden, ohne Zweifel weder vergessen noch als zweitrangig angesehen werden.

Generelle Forderungen, wie die nach einer engen Verbindung zwischen Theorie und Praxis, führen zu einer breiten Übereinstimmung zwischen allen Aktivisten und allen demokratischen sozialistischen Parteien weltweit, wenn man durch die ruhigen Wasser universeller Äußerungen navigiert. Die Meinungen gehen jedoch unvermeidlich auseinander, sobald der harte Boden des realen Lebens betreten wird, wo dieselbe Praxis auf verschiedene Weise interpretiert wird, je nach vorheriger theoretischer Fragestellung. Oder wenn jemand daran erinnert, dass die Unterordnung der theoretischen Meinung unter die Lehren der Realität auch die Gefahren des Pragmatismus, der sich aus dem Verlassen des langfristigen Horizontes ergeben kann, einschließt, oder die des Eklektizismus, der die Dichte eines kohärenten politischen Denkens in den *fashion*-Wellen der Neuigkeiten, die ständig in Verteidigung des Alten produziert werden, auflöst.

Daher muss ein Text, der die siegreichen Erfahrungen der PT für die Teilnehmer des Workshops, welcher durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung für Dezember 2002 in Berlin vorgeschlagen wurde und unter Anwesenheit demokratischer sozialistischer Parteien aus Deutschland, Brasilien, Frankreich, Italien und Schweden stattfindet, mit zwei wichtigen Vorbemerkungen beginnen.

Die erste ist, deutlich herauszustellen, dass die brasilianische Erfahrung mit der intellektuellen Ehrlichkeit vorgestellt werden soll, die in einem Dialog zwischen Parteien, die sich so hochgesteckte Ziele wie die Eroberung der Gleichheit und Freiheit als die wahren regulierenden Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens gesetzt haben, erforderlich ist. Neben der Offenheit erscheint auch die Bescheidenheit eine goldene Regel in dem heute von den Brasilianern der PT erlebten Moment des Sieges, des Enthusiasmus und der großen Hoffnungen zu sein, um Selbstgefälligkeit bei denen zu verhindern, die blind sind für die harten Lektionen der zahlreichen erlittenen Niederlagen in der Geschichte Brasiliens welche siegreichen Perioden wie der gegenwärtigen folgten.

Was das Gebot der Offenheit angeht, so zeigt dieser Text eine Arbeiterpartei, der der Autor seit ihrer Gründung als Mitglied angehört und deren glühender Anhänger er ist, ohne die vielen Widersprüche, Schwierigkeiten und Einschränkungen, welche die Partei kennzeichnen zu verschweigen. Im Hinblick auf die Gefahr der Selbstgefälligkeit sei daran erinnert, dass, so wie aus den Niederlagen die ersten Samen eines kommenden Sieges wachsen, im Umkreis jeden Sieges schon – wahrnehmbar oder nicht – die Keime möglicher Niederlagen enthalten sind, welche sich in dieser faszinierenden Dialektik ergeben, die die Evolution der menschlichen Gesellschaft und insbesondere der demokratischen Institutionalisierung prägt, die sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts herausgebildet hat und wo die Rotation und der Wechsel der Regierungsparteien als Lösung und nicht als Problem angenommen werden.

Die zweite Vorbemerkung bezieht sich auf die Notwendigkeit, die großen Unterschiede klar herauszustellen, die die brasilianische Realität von der der anderen vier Ländern trennt, welche an diesem von der Rosa-Luxemburg-Stiftung veranstalteten Seminar teilnehmen. Die besonderen sozio-ökonomischen Verhältnisse Brasiliens und auch die Lehrzeit der Konsolidierung seiner politischen Institutionen verdienen erwähnt zu werden, um nicht der Versuchung zu erliegen, direkte Parallelen zwischen so unterschiedlichen Kontexten zu ziehen. Der größte Reichtum der Erfahrung der PT liegt in ihrer Einzigartigkeit. Und in der Anerkennung dieser Einzigartigkeit liegt das viel versprechende Feld für einen produktiven Dialog und für einen fruchtbaren Erfahrungsaustausch mit vier europäischen Ländern, welche durch eine fortgeschrittene kapitalistische Entwicklung

gekennzeichnet sind und ein soziales und politisches Profil aufweisen, das sich radikal von dem der lateinamerikanischen Länder unterscheidet.

Nach diesen zwei Vorbemerkungen sollen nun die wesentlichen Merkmale des politischen Prozesses vorgestellt werden, welcher die PT und die brasilianische Arbeiterklasse zum kürzlichen Wahlsieg geführt hat. Dabei wird mit einer allgemeinen Erörterung der Faktoren begonnen, welche zur Stärkung der Partei im Zeitraum 1980-2000 geführt haben, und geendet mit der strategischen Anpassung, die ab dem Jahr 2000 erfolgte, als ein Sieg im Kampf um die Präsidentschaft wahrscheinlicher wurde.

Aus didaktischen Gründen ist es empfehlenswert, auch die ersten 20 Jahre des Bestehens der Partei annähernd in zwei Hälften aufzuteilen: in eine erste Phase von der Gründung bis zum Wahlkampf 1989, als Lula im zweiten Wahlgang, bei geringem Stimmenunterschied, eine Niederlage gegen Fernando Collor de Mello erlitt, und in die daran anschließende Phase, die durch die Tatsache charakterisiert war, dass die Aussicht auf den Sieg von da an greifbar war und neue Dynamik in das Parteileben kam, je mehr wir dazu übergingen, einige der wichtigsten brasilianischen Städte zu regieren.

Entscheidende Merkmale der Partei blieben in allen 22 Jahren ihres Bestehens erhalten. Andere veränderten sich, indem sie natürlich den Reifeprozess wieder spiegelten, der jeder Organisation, die Bestandteil des sozialen Lebens ist, eigen ist. In der ersten Hälfte agierten wir als eine ausgesprochen kritische Partei, bei der die Anklage des *status quo* im Vordergrund stand. Wir formulierten umfassende und systematische Alternativen zu allen Formen der kapitalistischen Herrschaft, welche bestimmt waren durch die tiefe und undifferenzierte Ablehnung der gesamten regierenden politischen Elite. Wir haben jegliche Idee einer Allianz abgelehnt, die sich nicht auf eine radikale programmatische Basis – radikal hier im weitesten Sinne als Suche nach den Wurzeln der Erscheinungen verstanden – stützte.

In der zweiten Hälfte durchliefen wir einen langsamen Prozess der Versöhnung zwischen dieser radikalen Heftigkeit, die niemals aufgegeben wurde und einem wachsenden Bewusstsein der Notwendigkeit, kurzfristige, gangbare politische Alternativen vorzustellen, um konkret in den Verlauf des politischen Prozesses im Lande unter den Gegebenheiten der politischen Realität eingreifen zu können. Teilerrungenschaften und Zwischenziele wurden übereinstimmend festgelegt – Konsens bedeutete in der PT niemals Einstimmigkeit – was ein notwendiger Prozess war, um ehrgeizigere Ziele auf einer theoretischen Grundlage zu erreichen, die eine Wiederholung der scharfen Trennung zwischen Reform und

Revolution wie zu den Zeiten von Lenin, Trotzki und Rosa Luxemburg zu vermeiden suchte.

Es gibt viele wichtige Punkte, die erwähnt werden könnten, wenn man versucht, eine Liste der wesentlichen Elemente der ethisch-politischen Integrität der Arbeiterpartei im Hinblick auf ihr doktrinäres Gerüst aufzustellen. Vier Aspekte verdienen, als die wahren Schlüssel des erreichten historischen Erfolges besonders hervorgehoben zu werden:

- Die von Beginn an bestehende, außerordentlich enge und fundierte Verbindung zwischen der Partei und den sozialen Kämpfen des Volkes;
- offene, antidogmatische, heterodoxe und sogar synkretistische Position in allem, was doktrinäre Themen des Sozialismus betrifft;
- tiefe Verpflichtung der Idee der Demokratie sowie der Absicht gegenüber, diese in allen ihren grundlegenden Komponenten zu vertiefen;
- Kreatives Konzept des Parteilebens, das die Arbeiterpartei sowohl vom traditionellen Modell der “Kaderpartei” unterscheidet, als auch von dem stark institutionalisierten Rahmen, den sich die europäische Sozialdemokratie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zugelegt hat.

Wohlgemerkt: bei jedem dieser vier wichtigen Hauptpunkte (denen andere Analytiker natürlich noch weitere hinzufügen könnten) hat sich das Drängen auf eine Verbindung von Theorie und Praxis innerhalb der im zweiten Absatz dieses Textes aufgeführten Formen niemals nach dem leninistischen Paradigma gerichtet, welches in der Formulierung “ohne revolutionäre Theorie gibt es keine revolutionäre Praxis” zum Ausdruck kommt. Die politische Theorie wurde nie als der erste Moment gesehen, dem der zweite, die Aktion, folgt. Das Handeln und das Denken waren immer miteinander verflochten. Das hat oft Verwirrung und Unsicherheiten hervorgerufen. Aber nie politische Lähmung.

Bevor detailliert auf jedes einzelne dieser vier ausgewählten Fundamente eingegangen wird, lohnt es sich festzuhalten, dass die Erklärung für diese Merkmale in der besonderen Herkunft unserer Partei zu finden ist. In Umschreibung eines bekannten Titels von Lenin kann man sagen, dass die PT folgende “drei Quellen und drei Bestandteile” hat:

1. die kämpferische Gewerkschaftsbewegung, welche in der zweiten Hälfte der 70er Jahre in dem am meisten industrialisierten Gebiet Brasiliens entstanden ist;
2. der Anschluss der von der Katholischen Kirche ausgehenden und durch die so genannte Theologie der Befreiung inspirierten Volksbewegungen und -organisationen;

3. die Erfahrung des Parteaufbaus und das selbstkritische Nachdenken der übriggebliebenen der zehn marxistischen Gruppen, mit ihrer sehr unterschiedlichen ideologischen Orientierung, die unter der brutalen politischen Unterdrückung durch das Militärregime besonders im Zeitraum 1969-1974 schwer zu leiden hatten.

Wer mit nur drei Quellen nicht zufrieden ist, kann noch zwei weitere hinzufügen, die zahlenmäßig weniger eindrucksvoll, aber auch sehr wichtig für die PT waren:

4. Kreise von Parlamentariern, die sich zu einem linken Flügel in der Brasilianischen Demokratischen Bewegung MDB (Movimento Democrático Brasileiro), der einzigen von den Militärs vor der Parteienreform von 1979 zugelassen Oppositionspartei, zusammengeschlossen hatten und von denen der Vorschlag zur Gründung einer neuen Partei kam;
5. für Brasilien sehr wichtige Intellektuelle, wie der Erzieher Paulo Freire, der Historiker Sérgio Buarque de Hollanda, der Literaturkritiker Antonio Candido, der trotzkistische Veteran Mário Pedrosa und andere, die danach kamen, wie der Soziologe Florestan Fernandes, welche in der Gründung der PT nichts weniger als die Realisierung des jahrzehntelang gehegten utopischen Traums sahen: Aufbau einer starken politischen Organisation, die von wirklichen Arbeiterführern gelenkt wird; die massenhafte Hinzuziehung der Arbeiterklasse zur bewussten Beteiligung an der politischen Routine des Landes; die Annahme einer sozialistischen Position, die nicht mit dem sterbenden Modell des "realen Sozialismus" verbunden ist; die von den eigenen nationalen und kulturellen Wurzeln unseres Landes ausgehende Verbindung von Sozialismus und Demokratie; Artikulation der strategischen Ziele der Partei, wobei in entsprechenden Plänen die Bedeutung der sozio-ökonomischen Gleichheit und der individuellen und politischen Freiheiten festgehalten wird.

Es wäre nicht gerecht, von jener Liste der Intellektuellen eine Figur auszuschließen, die, obgleich sie nicht den Grad der Bedeutung und die Anerkennung wie die fünf oben erwähnten Namen erreicht hat, doch einen wesentlichen Beitrag zur Erarbeitung der grundlegenden Theorie der PT leistete: Francisco Weffort.⁵⁸

⁵⁸ Der Politikwissenschaftler und Professor an der Universität São Paulo, Weffort, der viele Jahre lang Sekretär für internationale Beziehungen und Generalsekretär der PT war (die Nummer 2 in der internen Hierarchie) schockierte das Umfeld der PT und die akademischen Kreise des Landes, als er sich, bald nach seiner Beteiligung an der nationalen Koordinierung der Präsidentschaftswahlkampagne Lulas im Jahre 1994, dem gewählten Präsidenten, Fernando Henrique Cardoso, anschloss und für acht Jahre dessen Kulturminister wurde. In einem höflichen und respektvollen persönlichen Gespräch, um das er Lula gebeten hatte, um ihm seine

Es ist an dieser Stelle erforderlich, einige geschichtliche Informationen zu geben, um die Entwicklung der PT entsprechend in den brasilianischen Kontext einordnen zu können.

Mit einer Bevölkerung von 170 Millionen Einwohnern, mit 8,5 Millionen Quadratkilometern Fläche, mit siebentausend Kilometern Atlantikküste, der größten Süßwasserreserve des Planeten, zwei Dritteln des Amazonas-Waldes (mit seinem Schatz der biologischen Vielfalt) innerhalb der Landesgrenzen, das heißt mit ausgedehnten fruchtbaren Böden für die Landwirtschaft, mit tropischem und gemäßigttem Klima, großer Dichte an mineralischen Rohstoffen, einem großen touristischem Potential auf Grund zahlreicher Naturwunder, einer annehmbaren Industrieproduktion (neben dem natürlich besten Fußball der Welt), ist Brasilien bekanntlich ein Land von großer strategischer Bedeutung.

Vor der großen Währungsentwertung, die im Januar 1999 einsetzte, überstieg das Inlandbruttoprodukt 800 Milliarden Dollar, was Platz acht in der Weltwirtschaft garantierte. Heute steht das Land an zehnter Stelle. Dieses dynamische und positive Bild wird allerdings von einem tragischen Szenarium der Not, des Hungers und der sozialen Ausgrenzung überschattet, was das Land zum wahren Spitzenreiter auf den Gebieten: Ungleichheit der Einkommensverteilung, hohe Analphabetenrate, wachsende Arbeitslosigkeit und explosiv zunehmende Gewaltkriminalität macht.

Diese Situation ist ein Resultat der Jahrhunderte währenden kolonialen Herrschaft (durch Portugal) und der extensiv geführten Landwirtschaft. Auf ausgedehnten Landgütern widmete man sich dem Anbau von Zuckerrohr, dann von Kaffee, von Gummi, und gegenwärtig dem Anbau von Soja, Mais und anderen Produkten. Die seit 1500 praktizierte Sklavenarbeit mittels gefangen gehaltener und durch die katholische Missionierung "zivilisierter" Indios sowie durch von europäischen Händlern hergebrachte Afrikaner führte dazu, dass sich das Rad dieser monokulturellen Wirtschaft bis zum Ende des 19. Jahrhunderts weiter drehte.

Die gleiche Logik räuberischer Nutzung menschlicher und natürlicher Ressourcen wurde im Verlauf des gesamten 20. Jahrhunderts beibehalten, als die Sklavenarbeit bereits abgeschafft war. Von der Sklaverei 1888 vorgeblich befreit, haben die brasilianischen Arbeiter keine auch noch so kurze Erfahrung des sozialen Aufstiegs und der wirtschaftlichen Verbesserung über die Einkommensverteilung machen können.

Entscheidung zu erklären, rechtfertigte er sich mit dem Argument, dass er den Sieg von Fernando Henrique vorausgesehen habe und ihm dessen Einladung als letzte Chance erschienen sei, auf den Zug in Richtung Verwirklichung des historischen Projekts seiner Generation aufspringen zu können. Jetzt, mit dem Ergebnis von 2002, hat das Leben gezeigt, dass dies nicht die letzte Chance war.

Es gab drei aufeinander folgende, unterschiedliche und sich ergänzende Perioden der Industrialisierung, die zur Herausbildung einer bedeutenden Arbeiterschaft im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts führten. Die erste dieser Perioden begann mit der so genannten Revolution der 30er, die zur Machtübernahme durch Getúlio Vargas führte. Dieser regierte das Land diktatorisch bis 1945 und verkörperte den Aufstieg der aufstrebenden Industriesektoren eines Landes, welches begonnen hatte zu verstädtern, an die Macht. Die konservativen Landbesitzer wurden nicht vollständig vom politischen Apparat entfernt, aber sie begannen, sich diesen mit den dynamischeren Gruppen zu teilen, deren Symbol Vargas war, der es verstand, die nordamerikanischen strategischen Interessen während des Zweiten Weltkrieges zu nutzen, um die Errichtung der ersten nationalen Eisenhütte auszuhandeln.

Im Jahr 1945 abgesetzt und über Wahlen 1951 wieder an die Macht gelangt, vervollständigte Vargas die erreichte Eroberung im Bereich der Eisenverarbeitung durch die Errichtung von Petrobras, das sich in fünfzig Jahren zu einem der wichtigsten Erdölunternehmen der Welt entwickelte und längerfristig gesehen dem Land Autonomie auf diesem strategischen Gebiet garantieren wird.

Der zweite Zyklus der industriellen Expansion, ermöglicht durch die vorher aufgebaute Grundindustrie, wurde durch Entscheidungen der Regierung Juscelino Kubitscheks (1956-1960) in Gang gesetzt. Diese leitete durch den Bau von Brasília im Herzen des brasilianischen Territoriums die ökonomisch-soziale Entwicklung des Landesinneren ein und brachte gleichzeitig die wichtigsten multinationalen Unternehmen der Automobilindustrie dazu, sich in Brasilien niederzulassen und als Zugpferde des brasilianischen industriellen Lebens in den Jahren von 1960 bis 1980 zu dienen.

Der dritte und letzte dieser Zyklen wurde durch das System der politischen Unterdrückung des Militärs möglich gemacht, die 1964 den fortschrittlichen Präsidenten João Goulart gestürzt hatten, weil dieser einen leicht linksgerichteten, nationalistischen Reformismus vertrat.

Es wurde daraufhin eine Diktatur errichtet, die zwei Jahrzehnte andauerte und sich an einem ausgeprägt rechten Konservatismus lateinamerikanischer Prägung orientierte, der auf geopolitischen Auffassungen aufbaute, welche im Umfeld des Kalten Krieges erarbeitet worden waren, sowie auf der in den Laboratorien des Pentagon entwickelten Doktrin der Nationalen Sicherheit. Im Zentrum dieser Ideologie stand die Behauptung, dass sich die Teilung der Welt in den kapitalistischen, christlichen Westen und den kommunistischen, atheistischen Osten in dem Vorhandensein eines "inneren Feindes" wieder spiegele, der in jedem lateinamerikanischen Land existiere, wenn auch verborgen unter der

Verkleidung des Gewerkschaftsaktivisten, des linken Künstlers oder Intellektuellen, des aufrührerischen Studenten oder des Priesters, der über die Armut des Volkes besorgt ist, und der bereit sei, die Macht bei der ersten besten Gelegenheit zu ergreifen.

Vom streng wirtschaftlichen Gesichtspunkt gesehen ergänzte das Militärregime die bereits geschaffene industrielle Basis um die Errichtung eines chemischen und petrochemischen Sektors und sie schuf damit gleichzeitig Exportplattformen, die es dem Land erlaubten, den Platz des fünftgrößten Waffenexporteurs der Welt sowie den des Vierten im Verkauf von Getreide einzunehmen. Durch den Bau von Straßen in Richtung Amazonien bzw. solchen, die dieses Gebiet durchquerten, wurde eine neue Welle des nationalen Zusammenschlusses initiiert und man versuchte auf diese Weise, Amazonien in die räuberische kapitalistische Entwicklung einzubeziehen. Daneben entstand ein erstes national integriertes Telekommunikationssystem, von Rio Grande do Sul bis Acre, das das Netz "Rede Globo de Televisão" zu einem wahrhaft meinungsbildenden Imperium machte (erinnert sei an die "ideologischen Apparate des Staates", die durch den französischen Marxisten Louis Althusser beschrieben wurden).

Bevor es in eine Phase des wirtschaftlichen Ausverkaufs auf Grund der durch den Krieg im mittleren Osten ausgelösten Erdölkrise getreten ist, hat das von 1964 bis 1985 herrschende Militärregime ein Modell eingeführt, mit dem es möglich war, ab 1968, als massenhaft Auslandskapital ins Land geflossen kam, eindrucksvolle Wachstumskennzahlen zu erzielen. Bis 1972 wuchs die Wirtschaft um ca. 10% pro Jahr, weshalb man zu dieser Zeit von einem "Brasilianischen Wunder" sprach. Das Beschäftigungsniveau stieg, was wenigstens zu einem wirtschaftlichen Ausgleich führte für die gewaltsame Vernichtung durch Eisen, Feuer und Folter der politischen Organisationen, die in der Illegalität gegen die Diktatur kämpften, und von denen viele die Guerilla-Taktiken von Castro und Che Guevara übernommen hatten.

Ab 1974 sah sich das Militärregime wachsenden Schwierigkeiten in der Wirtschaft gegenüber. Die Machtergreifung durch Ernesto Geisel, dem vierten Präsidentengeneral, der durch Verfahren gewählt worden war, die nichts mit einem demokratischen Rechtsstaat zu tun hatten, markierte den Beginn eines im Zickzackkurs verlaufenden Prozesses politischer Spannungen, welcher sich bis 1985 verstärkte, als ein mit den Militärs verbündeter Zivilist, José Sarney, Vize des ohne die Stimme des Volkes gewählten Präsidenten Tancredo Neves, der im März, am Vortag der Machtergreifung, erkrankt und im April verstorben war, die Präsidentschaft der Republik übernahm.

In ihren ersten zehn Jahren hat die im April 1964 errichtete Militärdiktatur den Gewerkschaften, die durch Haft, Drohungen, Verfolgungen, Entlassung der Gewerkschaftsführer und Eingriffe in die Gewerkschaftseinrichtungen zum Stillhalten gezwungen wurde, schweren Schaden zugefügt. Die künstlerischen und kulturellen Meinungsäußerungen wurden beschnitten und für einige Jahre eine Zensur der Druckerzeugnisse eingeführt. Die Studentenbewegung, die nach der Unterdrückung von 1964 rasch wieder an Kraft gewonnen hatte, sah sich ab 1968, im Zusammenhang mit den weltweiten Studentenunruhen, zunehmender Polizeigewalt ausgesetzt, wobei es zu mehreren Zusammenstößen auf der Straße kam, die zum Tod von Demonstranten führten.

Das nach 1945 aufgebaute politische Wahl- und Parteiensystem wurde abgeschafft und gewaltsam ein strenges Zweiparteiensystem geschaffen, in dem die Allianz Nationalen Erneuerung Arena (Aliança Renovadora Nacional) die Situation nutzte und eine komfortable Mehrheit im bevormundeten und geknebelten (und 1969 sogar geschlossenen) Parlament stellte. Der Brasilia-nischen Demokratischen Bewegung MDB (Movimento Democrático Brasileiro) fiel die Rolle einer geduldeten Opposition zu, was sie bis 1974 in die Grenzen einer Minderheit zwang, die nicht in der Lage war, das Spiel mit gezinkten Karten zu ändern, welches unter dem Deckmantel demokratischer Institutionen gespielt wurde, die die Generäle als Tarnung zuließen, um so Kritik auf internationaler Ebene zu vermeiden.

Nach der Machtübernahme durch Geisel kam es zu einem allmählichen Nachlassen dieses repressiven Einschließens, sei es, weil den Militärs auf Grund der neuen ökonomischen Schwierigkeiten ein Lockerungsprozess angeraten schien, oder sei es, weil sich verschiedene Bereiche der brasilianischen Gesellschaft zu organisieren begannen und Demonstrationen für die Wiedererlangung der Demokratie durchführten.

Die MDB erzielte bei den Parlamentswahlen im Jahr 1974 einen außerordentlichen Zuwachs, was Geisel zu institutioneller Taschenspielererei wie der Einführung von Maßnahmen zur Ernennung von Senatoren (die respektlos "bionische Senatoren" genannt wurden) und zu anderen Zaubertricks zwang, um so die Mehrheit in der Legislative behalten zu können, in einem Kontext, in dem eine neue Eskalation der Gewalt, besonders nach dem Sieg von Jimmy Carter in den nordamerikanischen Wahlen im Jahr 1976, wenig Erfolg zu versprechen schien.

Der letzte der Präsidentengeneräle, João Batista Figueiredo, übernahm im Jahr 1979 die Macht und spielte bis 1985 eine unrühmliche Rolle, sowohl was die Wirtschaftszahlen angeht, als auch im Hinblick auf die zunehmende politische

Isolation der Regierungspolitiker der Arena. Diese offizielle Partei verlor in den Wahlen von 1978 weiter an Kraft, was die Strategen der Diktatur dazu brachte, 1979 eine Parteienreform zu planen, welcher es bestimmt war, als überraschendes geschichtliches Phänomen des ungewollten Kindes die PT hervorzubringen.

Das erste und wesentlichste der bereits erwähnten wesentlichen Elemente der PT, das so genannte kämpferische Gewerkschaftsbewegung, welche in jener Zeit entstand und damals von Lula personifiziert wurde, war die direkte Frucht dieses politischen und wirtschaftlichen Klimas der Agonie des Militärregimes.

Geboren im Jahr 1945 im ländlichen Inneren eines immer wieder von Dürre heimgesuchten nordöstlichen Bundesstaates, Pernambuco, war Luiz Inácio Lula da Silva eins der überlebenden Kinder von Millionen, die in den armen Gebieten Brasiliens zur Welt kommen. Die statistische Wahrscheinlichkeit ist groß, dass diese Kinder im ersten Lebensjahr auf Grund von Unterernährung oder Endemien sterben. Wenn sie unter miserablen Bedingungen diese erste Hürde der natürlichen darwinschen Selektion überwunden haben und nicht in den darauf folgenden Jahren sterben, wandern sie im zähen Kampf ums Überleben im großen Strom in den entwickelteren mittleren Süden, vor allem nach São Paulo.

So war es bei Lula. Mit sieben Jahren wurde er durch seine Mutter in den Bundesstaat São Paulo gebracht, zusammen mit sieben Geschwistern, vom Vater verlassen, der sich mit einer Minderjährigen davongemacht hatte, um eine neue Familie zu gründen. Lula arbeitete seit seinem 12 Lebensjahr in verschiedenen Berufen, so als Verkäufer von Orangen und Erdnüssen, Schuhputzer, Färbergehilfe und anderen Gelegenheitsjobs, bis er 1961 mit 14 Jahren seine erste Anstellung als Metallarbeiter bekam. Neben seiner Arbeit gelang es ihm, die Fachausbildung als Schlosser zu absolvieren und er erlebte einen deutlichen beruflichen Aufstieg in den Jahren des so genannten Wirtschaftswunders.

Seine Beteiligung am Gewerkschaftsleben begann im Jahre 1966, durch den Einfluss von Kollegen und vor allem eines Bruders, der der Kommunistischen Partei Brasiliens angehörte, die damals gezwungen war, in der völligen Illegalität zu agieren. Die Gewerkschaft der Metallarbeiter von São Bernardo do Campo und Diadema, heute umbenannt in Gewerkschaft der Metallarbeiter des ABC⁵⁹, der Lula ab 1975 vorstand, war zu jener Zeit auf Grund der hohen Konzentration von Arbeitern in den riesigen multinationalen Konzerne, die sich während der Regierung Kubitscheks in dieser Region angesiedelt hatten, die wichtigste

⁵⁹ ABC ist der Name eines sich dynamisch entwickelnden städtisch-industriellen Ballungsgebietes, welches an São Paulo (ca. 10 Millionen Einwohner) grenzt und sieben Bezirke sowie eine Bevölkerung von 2,7 Millionen Einwohnern umfasst. Der Name ABC kommt von den Anfangsbuchstaben der drei Städte: Santo André, São Bernardo und São Caetano)

Arbeitergewerkschaft Brasiliens. Um nur zwei große Unternehmen deutschen Kapitals zu erwähnen, die sich in São Bernardo niedergelassen hatten, ist anzumerken, dass das örtliche Volkswagen-Werk fast 40.000 Arbeiter beschäftigte und Mercedes Benz weitere 18.000. Insgesamt erreichte die Gewerkschaftsbasis 140.000 Metallarbeiter, einschließlich der in anderen großen Unternehmen wie Ford mit 10.000 und Scania mit 4.000 Arbeitern.

Im Jahr 1977 startete die durch Lula geführte Gewerkschaft eine Lohnkampagne zum Ausgleich für die seit 1973 auf Grund von Manipulationen der Inflationsdaten durch die Wirtschaftsbehörden des Militärregimes erlittenen Lohnverluste. Der oppositionelle Ton dieser Aktion spiegelte deutlich die Gärung im Bewusstsein der Arbeiter in den verschiedenen Gebieten des Landes wieder. In dem Maße, wie die Unzufriedenheit des Volkes wuchs und andererseits die Angst vor Repression einer wachsenden Kampfbereitschaft Platz machte, nahm auch der Grad der politischen Unterdrückung ab.

Im folgenden Jahr nahmen die Metallurgen der ABC-Gewerkschaft, ausgehend von Scania, dem Lkw-Hersteller mit schwedischem Kapital, wieder ihre Streikaktivitäten auf, die seit 1964, von wenigen Ausnahmen im Jahr 1968 abgesehen, unterbrochen waren.

Nachdem die Angst überwunden war, verbreitete sich das Gefühl der Unzufriedenheit über das ganze Land und 1979 und 1980 gab es wiederholt durch die ABC-Gewerkschaft initiierte Streiks und Massendemonstrationen, die Lula zum nationalen Symbol eines neuen Typs von Gewerkschaft machten. In der Presse wurden oft meist falsche Vergleiche zwischen ihm und Lech Walesa angestellt, der zu jener Zeit als der große Führer der Demonstrationen im polnischen Gdansk galt.

Das neu entstandene Gewerkschaftsbewegung beruhte hauptsächlich darauf, die Arbeiter im Kampf für ihre Rechte zu organisieren und zu mobilisieren, und der Apathie und dem Klima der Bürokratisierung, die sich der Mehrheit der brasilianischen Gewerkschaften in den letzten Jahren bemächtigt hatten, ein Ende zu setzen. Die Demokratie wurde ein Hauptziel dieser kämpferischen Gewerkschaftsbewegung, die sich bewusst war, dass eine Verstärkung ihrer Kämpfe die Aufhebung der durch die Generäle verhängten strengen Ausnahmegesetze erforderlich machte, durch die Streiks verboten waren, direkte Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern fast ausgeschlossen, das Ministerium für Arbeit (bereits seit Getúlio Vargas) die Gewerkschaftsorganisationen bevormundete und die Absetzung ihrer Führer anordnen konnte, wie es mehrfach bei Lulas Gewerkschaft geschehen war. Ganz zu schweigen vom Gesetz der Nationalen Sicherheit, das diesen Gewerkschaftsführer und seine

Genossen ins Gefängnis und vor ein Militärgericht gebracht hat, einem drakonischen "gesetzlichen" Instrument zur Zügelung jeglicher oppositioneller Aktivitäten, eingesetzt in Nachahmung der in diesem Text bereits erwähnten Ideologie des "inneren Feindes".

Darüber hinaus wandte sich diese neue Gewerkschaftsbewegung gegen bestimmte Muster traditioneller Taktiken, die seit vielen Jahren von orthodoxen Marxisten in Brasilien angewandt wurden, einem Land, in dem die Kommunisten jahrzehntelang die Gewerkschaftsorganisationen angeregt und gelenkt haben, ohne den Kampf um die Autonomie dieser Organisationen gegenüber dem Staat an erste Stelle zu setzen. So wertvoll der Einsatz der brasilianischen Kommunisten bei der Stärkung des Gewerkschaftskampfes gewesen sein mag, so hat er sich immer nach der Theorie gerichtet, nach der die Gewerkschaft als Übertragungskette der auf Parteiebene getroffenen Entscheidungen anzusehen sei, was offensichtlich zur gefährlichen antidemokratischen Schief lagen im Leben der die Arbeiter vertretenden Organisationen führte.

Die machtvolle Energie der Streiks und Demonstrationen der Metallarbeiter der ABC-Gewerkschaft fand ein vielfältiges Echo in mehreren Bundesstaaten, hervorzuheben sind besonders die Bankangestellten von Porto Alegre, die durch den derzeitigen Gouverneur von Rio Grande do Sul, Olívio Dutra, geführt wurden, die Erdöl-Arbeiter von Campinas unter Führung von Jacó Bittar, beides Mitbegründer der PT, die Lehrer des öffentlichen Schulnetzes von Minas Gerais und verschiedene Gewerkschaften anderer Regionen.

Das Eindringen der Arbeiterklasse auf die Bühne der Politik führte zu einem vom Kampf gegen die Diktatur vollkommen verschiedenen Ansatz. Dieser Kampf war seit 1974 immer stärker geworden, sei es dadurch, dass bestimmte Teile der MDB eine weiter links stehende Position eingenommen hatten, sei es durch die Wiederaufnahme der Studentendemonstrationen und durch die Neuformierung der Nationalen Studentenunion União Nacional dos Estudantes (noch per Gesetz verboten, aber abnehmender Verfolgung ausgesetzt), sei es durch das Wiederaufleben der kulturellen und künstlerischen Manifestationen der Regimekritiker, sei es durch die Gärung in den Basiskirchgemeinden, die im Folgenden näher erklärt werden, sei es weiterhin durch die ersten Rückkehrer aus dem Exil und die Freilassung der politischen Gefangenen, die nicht in bewaffneten Aktionen verwickelt waren, in einem Klima des wachsenden Drucks für eine umfassenden und uneingeschränkten Generalamnestie. Kurz, das Land war weniger der Gefahr politischer Repression ausgesetzt und engagierte sich mehr in der Forderung nach politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechten.

Die beginnende bzw. sich verstärkende, reiche politische Debatte um die Wiederaufnahme der großen Massenarbeiterdemonstrationen mündete in der Forderung, dass sich diese Bewegung unverzüglich die Schaffung einer einzigen Arbeiterzentrale auf die Fahnen schreiben solle, um so auf direkte Art den Ausnahmegesetzen zu trotzte, die ausdrücklich dieses elementare Recht auf Zusammenschluss verwehrten. Auf der anderen Seite führte die offizielle Ankündigung, dass die Militärbehörden tatsächlich eine Reform zur Abschaffung des Zweiparteiensystems einleiten würden (was schließlich zur unvermeidlichen Niederlage der Arena in den zukünftigen Wahlen führte), dazu, dass in dieser selben Debatte parallel eine Frage gleicher oder sogar noch größerer Wichtigkeit gestellt wurde: Was sollen die Arbeiter im Hinblick auf das Thema politische Parteien machen?

Die kämpferische Gewerkschaftsbewegung, die im Jahr 1978 in der ABC-Gewerkschaft 1978 explosiv zum Ausbruch kam, regte ein zweigeteiltes Wachstum an. Die gleichen politischen Impulse und die gleiche umformende Energie fungierten wie ein Fluss, der sich in zwei parallele Arme teilt: einer, der zur Gründung der Einheitszentrale der Arbeiter (Central Única dos Trabalhadores) führte, die schon eher vorbereitet, aber erst 1983 Wirklichkeit wurde, und der andere, der ab 1979 in die Errichtung der PT mündete.

Wichtig für die Konsolidierung dieser beiden neuen Instrumente der Organisation und des Kampfes der Arbeiterklasse waren die durch den zweiten der hier als Gründer der Partei der Arbeiter aufgeführten Beteiligten – die christlichen Basisgemeinden der katholischen Kirche – eingebrachten menschlichen und politischen Ressourcen.

Innerhalb von zehn Jahren kam es allmählich zur Herausbildung und Stärkung eines Wandels in der Haltung der Katholiken Brasiliens und anderer lateinamerikanischer Länder von großer historischer Bedeutung im Sinne einer wachsenden Verpflichtung gegenüber den ökonomischen und sozialen Bedingungen der armen Mehrheit des Kontinents. Diese Verlagerung führte die Kirche dazu, mutig die Bedingungen der Ausbeutung, denen diese Massen ausgesetzt waren, anzuprangern und konkrete Aktionen zu deren Überwindung anzuregen.

Im Jahr 1966 ist der mit der kolumbianischen Nationalen Befreiungsarmee (Exército de Libertação Nacional) verbundene und an Castro und Guevara orientierte Guerilla-Priester Camilo Torres im Kampf gefallen. 1968 haben die in Medellin zu einer Konferenz zusammengetroffenen lateinamerikanischen Bischöfe ein Dokument verabschiedet, dass sich auf den ökonomischen und sozialen Kontext ihrer Länder bezog: *“Es reicht nicht nachzudenken, größere*

Klarheit zu bekommen und zu sprechen. Es ist notwendig zu handeln. Dies ist die Stunde des Wortes geblieben, aber es ist auch mit dramatischer Dringlichkeit die Stunde der Tat". Und es bestand kein Zweifel, dass sich dieses Handeln auf den politischen Kampf bezog.

Die theoretische Basis dieser Migration der Katholiken in Richtung linker Positionen wurde nach und nach durch die so genannte Theologie der Befreiung begründet. Deren Hauptvertreter waren der Peruaner Gustavo Gutierrez, ein Priester, der zu jener Zeit mit maoistischen Positionen sympathisierte, und in Brasilien der Dominikaner Frei Betto und der Franziskaner Leonardo Boff, beide persönliche Freunde von Lula und Förderer der Gründung der PT.

Die Theologie der Befreiung entspricht bekanntlich der Suche nach möglichen Elementen der Verbindung zwischen Christentum und Marxismus, in einer Radikalisierung des Weges, welcher durch die in Europa vor allem ab den letzten Jahren des Zweiten Weltkrieges gemachten Erfahrungen des Dialogs und der Zusammenarbeit der beiden Gruppen bereits eröffnet worden war. Die theoretische Herausforderung der Theologie der Befreiung bestand darin, in erfinderischer Form eine Abgrenzung zu den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Grundlagen des marxistischen Denkens zu schaffen, das weitgehend von den christlichen Linken assimiliert worden ist während sie die philosophischen Grundlagen dieser Theorie in Frage stellten, da diese unerbittlich in Richtung Atheismus als der offiziellen Staatsreligion während der kommunistischen Erfahrung des 20. Jahrhunderts zeigten. Diese Herausforderung kann in der aus diesem Dialog hervorgegangenen einfachen und durchschlagenden Überlegung zusammengefasst werden: Wir dürfen uns nicht in unendlichen Diskussionen über die Sterblichkeit oder Unsterblichkeit der Seele verlieren, wenn wir völlig darin übereinstimmen, dass Hunger tödlich ist.

Seit 1972 hatte sich die Nationale Bischofskonferenz Brasiliens (Conferência Nacional dos Bispos do Brasil) zur wichtigsten Stimme der zivilen Gesellschaft entwickelt, indem sie wachsende Vorbehalte gegenüber der Haltung der herrschenden Militärs zeigte und die systematisch gegen politische Gefangene angewandte Folter, die oftmals in Mord und mysteriösem Verschwinden endete, anprangerte. Es handelte sich um eine völlige Kehrtwende, verglichen mit dem Verhalten der Katholischen Kirche angesichts des Militärputsches von 1964, als sie diesen nicht nur begrüßte, sondern sogar half, ihn durch die "Märsche der Familien mit Gott für die Freiheit", die in verschiedenen Gebieten durchgeführt stattfanden, mit vorzubereiten.

Im Verlauf dieser Wende verließen ab 1968 Priester und Nonnen zu Hunderten und Tausenden die Klöster und Kirchen in den reichen Gebieten der großen

Städte, um in den armen Randgebieten oder in ländlichen Konfliktgebieten zu leben, wobei sie sich der Verkündigung des Evangeliums widmeten, was dann in der Diskussion von konkreten Problemen aus dem Leben des Volkes mündete. Die Basiskirchengemeinden stellten eine neue Existenz- und Handlungsform der Katholischen Kirche dar. Aus diesem Ansatz resultierte eine wachsende Politisierung, was wiederum zu Gefängnis, Folter und sogar Mord an Geistlichen führte, wodurch es zu Distanzierung und Feindseligkeiten zwischen Kirche und Militärstaat kam.

Als 1979 der Prozess des Aufbaus der PT begann, passte sich die von seinen Gründern vorgestellte pädagogisch-strategische Idee von der Schaffung einer politischen Organisation, die von der Volksbasis, von unten nach oben, ausgeht, wie ein Handschuh den Formulierungen dieses linken Christentums an. Die neue Idee kehrte das leninistische Schema um, wonach die Partei von avantgardistischen Kreisen ausgehend strukturiert werden soll, um danach Personen und Gruppen unter den Arbeitern und dem Volk als Mitglieder zu werben. In Brasilien und anderen lateinamerikanischen Ländern hatte diese Orientierung bei verschiedenen Parteien zu einem Verhalten geführt, das im christlichen Umfeld als System der Kooptation oder der politischen Manipulation kritisiert wurde.

Die in den ersten Texten der PT Erklärung, dass die Befreiung der Arbeiter das Werk der Arbeiter selbst sein soll, als entfernte Wiederholung einer Formulierung aus der Feder von Marx, wurde ebenfalls völlig an die von den christlichen Gemeinden verfolgte Orientierung angepasst. Diese Gemeinden waren von dem Erzieher Paulo Freire und seiner "Pädagogik des Unterdrückten" inspiriert, nach welcher es keine Erzieher und Erzogene gibt, sondern eine ständiger Austausch von Kenntnissen stattfindet, die immer auf der eigenen praktischen Erfahrung beruhen, auf der Grundlage der vielfältigen kulturellen Aspekte, mit denen jeder Mensch verbunden ist. Denn alle sind "Doktoren" auf einem bestimmten Gebiet des menschlichen Wissens.

Die Verbindung zwischen der kämpferischen Gewerkschaftsbewegung – radikal in ihrer Bereitschaft zum Kampf und in der Lage, die neuralgischen Zentren des wirtschaftlichen Lebens zu lähmen – und dem ausgedehnten Netz von volksverbundenen Geistlichen, das sich über das gesamte brasilianische Territorium erstreckte, führte zu einer bemerkenswerten Ausweitung der Idee, bei der sich die durch die Basisgemeinden angebotene Kapillarwirkung und der Kampfgeist der neuen Gewerkschaftsbewegung perfekt ergänzten.

Das dritte Gründungselement der PT, das Archipel der überlebenden illegalen Gruppen und der übrig gebliebenen Kader derjenigen marxistischen Organisationen, die durch die Repression vernichtet worden waren, garantierte

seinerseits die organisatorischen Grundlagen für den Aufbau der Partei und trug dazu bei, dass die neue Partei die gesamte brasilianische und internationale sozialistische Tradition berücksichtigte, sei es, indem viele ihrer Tugenden mit eingeflossen sind, sei es, dass Fehler, die bereits zu Verzerrungen und sogar Entartungen wie beim Stalinismus geführt hatten, erörtert wurden.

Es fehlte der Führerschaft der kämpferischen Gewerkschaftsbewegung und auch den in die PT aufgenommenen christlichen Kreisen die spezifische Erfahrung des Parteilebens, die ihnen Autonomie bei der Erarbeitung programmatischer Dokumente gegeben hätte, bei der Definition der Regeln der Disziplin, die das Zusammenleben gegensätzlicher Strömungen innerhalb der Organisation regulieren sollten, und vor allem, um beständige – und linke – Argumente zu finden, um anderen marxistischen Gruppen, die sich vehement gegen die Schaffung der PT sträubten, entgegenzutreten zu können.

Es ist wichtig festzuhalten, dass sich unter diesen auch die beiden kommunistischen Parteien befanden, die seit 1962 in Brasil nebeneinander bestehen, wobei beide für sich in Anspruch nehmen, die wahren Erben der 1922 unter dem Eindruck der Kommunistischen Internationale gegründeten Partei zu sein. Sowohl die Brasilianische Kommunistische Partei (Partido Comunista Brasileiro), die sich nach der Spaltung im Jahr 1962 weiter mit sowjetischen Positionen identifizierte, als auch die Kommunistische Partei Brasiliens (Partido Comunista do Brasil), die ursprünglich auf chinesischer und später albanischer Linie war und zwischen 1972 und 1974 eine Landguerilla im Osten Amazoniens unterhielt, widersetzten sich wütend der Gründung der PT und warfen dieser vor, ein Kunstprodukt der Generäle zu sein, um die Opposition und die Gewerkschaftsbewegung zu spalten. Es fehlten nicht einmal sporadische Verdächtigungen, dass Lula ein Agent der CIA sei, was auch Walesa in dieser Zeit vorgeworfen wurde.

Der allgemeine Grundtenor dieser Verurteilung war es, die PT des Makels zu beschuldigen, sozialdemokratisch orientiert zu sein, mit dem gleichen Bedeutung, den diese Anschuldigung in den 20er und 30er Jahren in Deutschland und auch in den übrigen Ländern Europas erhalten hatte, d.h. als Begriff, um den Beschuldigten die Eigenschaft von notorischen Verrätern der Arbeiterklasse und des Sozialismus zuzuschreiben. Andere, weniger bedeutende marxistische Gruppen eröffneten ebenfalls das Feuer auf das neue Parteienvorhaben mit den gleichen Argumenten.

In Bezug auf die an marxistischem Gedankengut orientierten politischen Gruppierungen und Personen, die sich am Aufbau der PT beteiligt haben, lohnt es sich festzuhalten, dass die Geburt der Partei einen seltenen Moment der

politischen Übereinstimmung zwischen verschiedenen Gruppierungen möglich werden ließ. In Umkehrung des in den 60er und 70er Jahren beobachteten Phänomens (in Brasilien und in verschiedenen anderen Ländern Lateinamerikas) der Spaltungen und scharfen Konfrontationen zwischen den Strömungen, mit einer Zentrifugalwirkung, die die Linke zerstückelte und schwächte, gingen nun die Gruppen und Personen, die noch vor kurzem wilde Gegner gewesen waren, dazu über, friedlich innerhalb der PT zusammenzuleben.⁶⁰

Aus dieser dreifachen Fusion von kämpferischen Gewerkschaftern, die reinen Tisch mit der bisherigen Tradition der blassen oder durch bürokratische, marxistische Organisationen bevormundeten Gewerkschaftsbewegung machen wollten, von linken Christen mit Tendenz zu einem an der Basis orientierten politischen Verhalten, und von leninistischen Mitgliedern verschiedener Strömungen und Herkunft, konnte nur eine Partei hervorgehen, in der die internen Polemiken zu ständigen und sehr heftigen Diskussionen führten. Über die Massenmedien entstand nach außen das Bild der PT als einer in unzählige Strömungen zerstückelten und durch unendliche Diskussionen geprägten Partei.

Bei einer bestimmten marxistischen Orthodoxie, die immer nur das Eine und den Glauben an eine einzige Wahrheit gelten ließ, hat der erbitterte Pluralismus der PT stets außerordentliches Befremden hervorgerufen. Aber in Wirklichkeit ist diese Pluralität, auch wenn sie zu Verzögerungen bei der Beschlussfassung führt und den Eindruck vermittelt, dass die Mitglieder der Partei einander nicht verstehen, vielleicht eines der entscheidenden Elemente zur Erreichung einer effektiven Handlungseinheit gewesen.

Es hat immer Meinungsverschiedenheiten mit trotzkistischen Zirkeln und einigen Gewerkschaftern, die vorher zweifelhafte Wege gegangen sind, gegeben; mit aus der Illegalität kommenden Kämpfer der Linken und mit christliche Kreise, die zu einem so genannten "basisorientierten" Vorgehen tendierten (alles muss immer über die Basis gehen, die Basis hat immer Recht, die Führer kennen die Meinung der Basis nicht usw.); mit aus der MDB ausgetretene Parlamentarier und PT-

⁶⁰ Um Beispiele für derzeit wichtige Führer zu nennen, so gehörten vorher der Kommunistischen Partei Brasiliens stalinistischer Herkunft der Abgeordnete José Genoíno und Tarso Genro, zweimal gewählter Präfekt von Porto Alegre und einer der Mentoren des Weltsozialforums, an, beides Kandidaten der PT, die in den Gouverneurswahlen von São Paulo bzw. Rio Grande do Sul besiegt wurden. Zwei der wichtigsten möglichen Minister Lulas, Antonio Palocci, der als Finanzminister gehandelt wird, und Luiz Gushiken begannen in den 70er Jahren in Verbindung mit der Gruppe "Freiheit und Kampf", einer trotzkistischen Gruppierung lambertistischer Strömung, politisch aktiv zu werden.

Der Landesvorsitzende der Partei, José Dirceu, möglicher zukünftiger Leitender Minister des Zivilkabinetts und politischer Koordinator der neuen Regierung gehörte einer Dissidentenfraktion der Nationalen Befreiungsaktion ALN an, die von Carlos Marighella geführt wurde, dem wichtigsten Vertreter der von Che Guevara inspirierten Guerillaorganisationen in Brasilien. Und es könnten noch weitere Beispiele genannt werden.

Mitgliedern, die diese als von bürgerlichen parlamentarischen Praktiken infiziert ansahen, und mit vielen weiteren gereizten Gegenpositionen. Trotzdem geschah das offensichtliche Wunder eines ziemlich gut funktionierenden Zusammenlebens als überzeugendes Beispiel dafür, dass es möglich ist, eine auf Unterschiedlichkeit basierende Einheit aufzubauen. Eine starke politische Einheit ohne entsprechende ideologische Einheit.

Diese komplexe Mischung am Ursprung der PT hätte in einer Fusion enden können, wie sie schon vielfach in der Geschichte der brasilianischen Linken und der anderer Länder versucht worden ist und meist nur wenige Jahre dauerte. Die wirksame Impfung gegen diese Tendenz, die sich die PT versuchte von Anfang an selbst zu verabreichen, bestand darin, die bereits erwähnte Souveränität des Handelns über die theoretischen Erklärungen zu stellen. Wir sind bereits auf Tatsache eingegangen, dass diese Option oft Probleme brachte, wenn die Partei falsche Wege zu gehen schien, als ob es an theoretischen Erklärungen fehlte, die klarer definierten, was zu tun sei. Aber zweifellos liegt in dieser Orientierung eines der grundlegenden Geheimnisse für das Wachstum und die Konsolidierung der Partei.

Die Festlegung des Primats der Praxis in der Definition des politischen Profils der PT war ein Punkt der Übereinstimmung zwischen den klar denkenden Teilen der drei oben vorgestellten Gründungselemente. Die Führer der kämpferischen Gewerkschaftsbewegung haben in der Zeit deren Formierung die Bedeutung der Praxis als wahren Kanon in ihre Formulierungen zur Politik, die sich auf intuitive Erkenntnisse stützten, welche sich mit der Zeit oft als genial herausstellten, aufgenommen. Sie artikulierten Theorie und Praxis in einem solchen Ungleichgewicht zu Gunsten letzterer, dass sie den Spott der aus anderen Richtungen stammenden Mitbegründer hervorriefen.

Die Betonung der Priorität der Praxis stellte auch eine Art Dogma der Anhänger der Theologie der Befreiung dar, die auf diese Weise ihre Idee von der Verlagerung des Zusammenlebens von Christen und Marxisten vom Gebiet der unvermeidlichen philosophischen Schwierigkeiten auf das Feld der praktischen Zusammenarbeit gestärkt sahen. Unter großen Teilen der Marxisten der PT fand diese Definition eine feste Grundlage in Passagen von Marx wie der von der "Kritik der Rechtsphilosophie von Hegel", in der er erklärt, dass "*die Waffe der Kritik nicht die Kritik der Waffen ersetzen kann*" und dass "*sich das Denken in materielle Macht verwandelt, sobald es die Massen ergreift...*"

Aber keiner sprach von einer abstrakten, universellen, allgemeinen Praxis, die im Marxismus oftmals neues Futter für spitzfindige theoretische Formulierungen

lieferte. Die PT sprach von der konkreten, täglichen Praxis der Volks- und Gewerkschaftsbewegungen.

Nachdem die Partei strukturiert und 1980 vollständig zugelassen war, bestand der erste Schock für einen Teil der alten marxistischen Kreise (von denen sich viele aus Kämpfern der Altersgruppe um 20 der verschiedenen trotzkistischen Varianten zusammensetzen) im Problem der Einbindung in die Arbeiterbewegung, in die Volkskämpfe in den Stadtvierteln und bald darauf in der Verbindung mit den Landarbeitern.

Bei diesem Thema mit den Vertretern der Kirchenbasis einer Meinung, verurteilten die Gewerkschafter, die Urheber der Idee von der Schaffung einer Partei gewesen waren, viele von ihnen auch Christen, da die große Mehrheit der Brasilianer den Katholizismus oder den evangelischen Glauben praktiziert, die Tendenz, unsere Versammlungen in reine Diskussionen über das Schicksal des Sozialismus, die Kritik der in der internationalen Geschichte gegangenen Irrwege, über größere Probleme wie den Imperialismus, Klassendefinitionen und andere hochtrabende Themen zu verwandeln. Dieser Block, der eine große Mehrheit in den entstehenden Parteistrukturen bildete, ging nicht in die Falle, sich für diese theoretischen Labyrinth zu entscheiden. Er zwang systematisch die so genannten linken Gruppen in Richtung konkreter Basisarbeit.

Diese Spannung ließ alle reifer werden, indem sich eine Dialektik einstellte, die bis heute, mit guten und schlechten Momenten, im Parteienleben fortbesteht. Das Zusammenleben wurde nur möglich und produktiv in dem Maße, wie alle Kreise der Partei die Idee des Zusammengehens, die im dem Plan, etwas Neues zu schaffen, enthalten war, akzeptierten. Synthese hier im hegelschen und von Marx hervorgehobenen Sinne u verstehen, d.h. jeder der drei Gründungsblöcke der PT (oder der fünf – je nach Auffassung) lehnt bestimmte Praktiken seiner innerparteilichen Rivalen ab, aber er assimiliert sie in einer höheren Form, die über der ursprünglichen liegt.

Bevor es zum zweiten der vier Punkte geht, die als Schlüssel zum Verständnis für den historischen Sieg der PT hier vorgetragen werden, das heißt zur Vision der Partei im Hinblick auf den Sozialismus, ist es erforderlich, die Diskussion über das erste dieser Kriterien, das der engen Verbindung zwischen Parteileben und sozialer Mobilisierung, durch einige Gedanken über die Entwicklung dieser (Streit-)Frage zu vervollständigen.

Vor 1982, dem Jahr unserer ersten Wahlerfahrung, bestanden die Kämpfe, die die Partei initiierte und stärkte, in den großen Gewerkschaftsdemonstrationen, die dem durch Lula geführten Kreis den Status einer vorherrschenden Kraft im inneren Parteiengleichgewicht einbrachte; es waren auch die Volksbewegungen

in den Stadtvierteln (für Gesundheit, Transport, Wohnungen, Bildung etc.), die sich in den großen Städten vervielfachten; es waren die Kämpfe der Bauern und der Landarbeiter ohne Land; es waren die Aktionen der zivilen Gesellschaft, die sich wieder der Frage der Demokratie zuwandten (Amnestie, Aufhebung der Ausnahme Gesetze, Einberufung einer Konstituierenden Nationalversammlung); es waren die Kämpfe zu traditionellen Themen der Geschichte der Linken, wie die Studentenbewegung; es waren schließlich die vordringlichsten Aufgaben im nationalen Kontext: die neue Rolle der Frau, die Forderung nach Rechten für die Afro-Brasilianer (die in einigen Regionen des Landes die Mehrheit darstellen), der politische Kampf für die Umwelt, das Problem der Ureinwohner, alle Aktionen von Minderheiten.

In den parteiinternen Auseinandersetzungen kam es unvermeidbar zum Aufeinandertreffen gegensätzlicher Positionen von Studenten, die sich in ihren politischen Vorträgen besser artikulieren konnten und zu einer überzeugenden Argumentation fähig waren, aber kaum mit dem Volk verbunden waren, auf der einen Seite und jenen tief im Gewerkschaftskampf verwurzelten Mitgliedern, viele davon Gewerkschaftsführer in großen Fabriken, mit großer sozialer Kompetenz aber erst beginnender politischer Ausbildung, die ihre politisch interessierten Gesprächspartner darüber ausfragten, wie viele Personen er mobilisieren könne, in wessen Namen er spreche und andere ironische Bemerkungen, die an die berühmte *boutade* von Stalin erinnerten, der sich erkundigte, wie viele Zimmer der Papst wohl habe.

Aber bei diesen Konfrontationen hielten sich die Gegner in ihrer Kritik an klare Grenzen. Der junge Leiter einer prinzipientreuen, marxistischen Gruppe wusste, dass, wenn er die Kritik am "entpolitisierten" Argument seines Gegners übertrieb, er eine wesentliche Voraussetzung der neuen Partei verletzte: die, dass die Arbeiter einbezogen werden und sogar selbst die Parteiorganisationen leiten sollen, ohne vorher Zulassungskurse zur politischen Befähigung absolvieren zu müssen. Letzten Endes enthielten die Grunddokumente der PT klar die eindeutige Option für den Aufbau einer "Partei der Massen", und nicht einer Organisation, die sich nur aus einer Avantgarde zusammensetzt. Die politische Bildung der Arbeiter würde folglich innerhalb der Reihen der Partei erfolgen, wo es Pflicht war, jeden Neuling und jüngst zum politischen Kampf Gekommenen wohlwollend aufzunehmen und denen, die sich als weniger informiert oder als schlechte Kenner der Labyrinth und Geheimnisse der sozialistischen Tradition erwiesen, größtmögliche Toleranz entgegenzubringen.

Auf der anderen Seite war sich das mit der Kirche verbundene "basisorientierte" Mitglied oder der Gewerkschafter "mit der rauen Schale" bewusst, dass seine

Verurteilung des Verhaltens und der politischen Ideen der PT-Mitglieder, die im Namen des “Marxismus-Leninismus” sprachen, nicht in einen antikommunistischen oder zornigen Ton abgleiten durfte, in einem Kontext, in dem wir alle unter dem selben Mantel der Solidarität lebten, den zu weben uns die rechte Militärdiktatur gezwungen hatte.

Ab 1982, nahm diese Verbindung mit der Praxis und die Notwendigkeit der Verwurzelung in der Basis immer komplexere Gestalt an, je stärker sich die PT einem Betätigungsfeld zuwandte, welches traditionell von der marxistischen Linken in Brasilien und in der gesamten Welt als Zusatz- oder Nebenpunkt und sogar als unnötige Handlungsbühne angesehen wurde – dem Wahlkampf. In den zwei Jahrzehnten nach der Geburt der PT haben die Dokumente und Absätze, welche dem Wahlkampf nur eingeschränkte Bedeutung zumaßen, eine immer geringere Rolle in den Parteibeschlüssen gespielt.

Wenn es anfangs noch wesentlich war zu wissen, wie viele Gewerkschaften oder soziale Aktivitäten der einzelne Führer oder eine Strömung kontrollierten, wurde es ab 1982, als man dazu überging, aller zwei Jahre Munizipal- und allgemeine Wahlen durchzuführen, immer wichtiger nachzurechnen, wer ist stimmberechtigt und wer nicht, um seinen Einfluss und seine Wichtigkeit unter den Führern der Partei messen zu können.

In zwei Fällen, – in den sozialen Kämpfen und bei den Wahlkämpfen – erwies sich die oben erwähnte Impfung als wirksam gegen eines der am meisten verbreiteten Laster der traditionellen Linken vieler Länder, das heißt der Neigung zur Diskussion und zur Zuspitzung der Meinungsverschiedenheiten über Streitfragen, die nicht direkt mit dem realen Leben der Arbeiterklasse in Verbindung stehen, ihre dringenden Fragen, das Interesse daran, kurzfristig die Probleme des täglichen Lebens lösen zu wollen, die nicht bis zum Eintreffen einer Revolution, die die Geschichte neu erfinden würde, warten können.

Immer, wenn die Parteiorgane diesen Weg einschlugen, wurden die Verantwortlichen schließlich auf die ein oder andere Weise dafür bestraft, sei es dadurch, dass immer weniger Leute die Versammlungen besuchten, sei es durch Niederlagen ihrer Gruppe in einem Wahlkampf der Gewerkschaft, sei es durch die entmutigende Anzahl von Stimmen für Kandidaten, die ihre sozialen Wurzeln verloren hatten oder abgehobene Reden hielten, die für fast alle Wähler unverständliche waren.

In dem bisher Gesagten kann man schon die Grundlinien des Prozesses erkennen, welcher in der PT zu einer ziemlich weit gefassten Formulierung in Bezug auf sozialistisches Gedankengut führte, in dem Maße, wie der “Schmelztiegel” dieses pluralistischen Parteiengebäudes von allen die Annahme einer politischen

Theoretisierung verlangte, wo der Dogmatismus immer als größeres Problem angesehen wurde als der Eklektizismus. Doktrinaire Strenge und der Vortrag von Texten von Marx oder Lenin fanden nie größeres Gehör in einer Partei, die sich ausdrücklich als eine in Bezug auf klassische ideologische Formulierungen bekenntnisfreie politische Organisation gegründet hat.

Zunächst führten die Mechanismen der Beschränkung, die die Generäle in die neuen Parteiengesetze eingebracht hatten, sowie das vorsichtige Vermeiden einer Radikalisierung, die von der Diktatur als Vorwand für eine Rücknahme des Öffnungsprozess hätte genutzt werden können, zum Beschluss, in das Parteienprogramm, welches durch das Wahlgericht des Militärregimes genehmigt werden musste, keine direkten Hinweis auf den Sozialismus aufzunehmen. Aber dieses Programm zeigte schon eine klassenbewusste Note und enthielt komplette Passagen, die eindeutig marxistisch inspiriert waren:

*“Der Kampf der PT gegen das Gewaltregime soll eine alternative, von der Unterdrückungsmaschinerie befreite, politische und ökonomische Macht schaffen, die den Arbeitern und Unterdrückten die umfassendsten Freiheiten garantiert, welche sich auf die Mobilisierung und Organisation der Volksbewegung stützt und die der Ausdruck des Rechts und des Wunsches ist, das Schicksal des Landes selbst zu bestimmen. Eine Macht, die auf dem Weg zu einer Gesellschaft ohne Ausbeuter und Ausgebeutete voranschreitet. Bei der Schaffung dieser Gesellschaft, müssen sich die brasilianischen Arbeiter klar darüber sein, dass dieser Kampf gegen die Interessen des nationalen und internationalen Großkapitals gerichtet ist.”*⁶¹

Die erste offizielle Erwähnung des sozialistischen Charakters der PT sollte erst im folgenden Jahr, am 27. September 1981 in einer von Lula gehaltenen Rede erfolgen, anlässlich der in Brasilia stattfindenden ersten offiziellen Tagung der bereits zugelassenen Partei. In diesem Dokument, an dessen Vorbereitung neben Lula auch Frei Betto und Francisco Weffort beteiligt waren, finden sich folgende Erklärungen:

“Die Arbeiter sind diejenigen, welche in der gegenwärtigen Gesellschaft am meisten ausgebeutet werden. Deshalb spüren wir es am eigenen Fleisch und wollen mit aller Kraft eine Gesellschaft, die, wie unser Programm sagt, eine Gesellschaft ohne Ausbeuter sein wird. Und dies kann nur eine sozialistische Gesellschaft sein.

⁶¹ Programm der Partei der Arbeiter, angenommen am 1. Juni 1980. Siehe: Resolutionen von Tagungen und Kongressen – 1979-1998, Verlag Fundação Perseu Abramo, São Paulo, 1998, S. 68 und 69.

Aber nicht nur das ist ein Problem. Es reicht nicht, dass einer sagt: ich will den Sozialismus. Die große Frage ist, welchen Sozialismus? Sind wir vielleicht verpflichtet, mit dem ersten besten sozialistischen Theoretiker, der an unsere Tür klopft, der gleichen Meinung zu sein? Sind wir vielleicht verpflichtet, diesem oder jenem Modell, welches in diesem oder jenem Land angewendet wird, zu folgen? (...)

Wir wissen, dass wir auf den Sozialismus zugehen, aber auf die Art von Sozialismus, die uns passt. Wir wissen, dass es uns nicht passt, und auch nicht unsere Perspektive ist, die Idee des Sozialismus anzunehmen, um ein Lindermittel für die vom Kapitalismus verursachten Übel zu finden, oder um die Krise, in dem sich das Wirtschaftssystem befindet, in den Griff zu bekommen. Wir wissen auch, dass es uns nicht passt, als Perspektive einen bürokratischen Sozialismus zu übernehmen, der mehr den neuen Kasten von Bürokraten und Privilegierten dient als den Arbeitern und dem Volk.

Der Sozialismus, den wir wollen, definiert sich über das gesamte Volk, als konkrete Forderung der Volkskämpfe (...) Der Sozialismus, den wir wollen, erwächst nicht aus einer Verordnung, weder unserer, noch der von anderen. Der Sozialismus, den wir wollen, wird sich in den Kämpfen des Alltags definieren, auf die gleiche Weise, wie wir dabei sind, die Partei der Arbeiter aufzubauen ”.⁶²

Es stimmt, dass zu dieser Zeit verschiedene Gruppen innerhalb der Partei die Verteidigung des Sozialismus mit anderen Schwerpunkten übernommen hatten, und sich zu Vertretern der marxistischen Tradition des 19. und 20. Jahrhunderts erklärten. Aber es handelte sich wohlgerne um die Ideologie von vielen wichtigen Führern und Teilen der Partei, nicht um die offizielle Ideologie der PT selbst.

Die revolutionäre Erfahrung, die direkt zu den Herzen und Köpfen der Mitglieder unserer Parteibasis sprach, war die Sandinistische Revolution von 1979. Aber die an der Spitze stehenden Führer der PT wahrten angesichts dieser Leidenschaft immer eine kritische Distanz in dem Bewusstsein der enormen Unterschiede, die die Verhältnisse in Nikaragua von denen in Brasilien trennten⁶³. Es ist wahrscheinlich, dass die Zusammenarbeit zwischen Christen und Marxisten, die zum

⁶² Siehe selbes Buch und selbe Ausgabe, S. 113 und 114.

⁶³ 1980, als wir den Kommandanten der Sandinisten, Daniel Ortega, eins der neun Mitglieder der ersten revolutionären Regierungsjunta, bei einem Besuch in São Paulo durch die Stadt führten und dabei den Park Dom Pedro durchquerten, der den Beginn der Westzone der Stadt darstellt, informierten wir ihn an dieser Stelle freundlich provozierend darüber, dass in diesem Teil unser Stadt 3 Millionen Einwohner leben, mehr als die Bevölkerung Nikaraguas.

Sieg der Sandinisten führte, hilft, die Faszination zu erklären, den diese revolutionäre Erfahrung auf die PT-Basis ausgeübt hat.

Im Verlauf der 80er Jahre nahm in der PT die Tendenz zu, in der durch die Mischung, aus welcher die Partei entstanden ist, gestellten Forderung nach ideologischer Freizügigkeit, kein Laster sondern eine Tugend, kein Problem, sondern eine Lösung zu sehen. Ausgehend von diesem Standpunkt war die PT nicht entstanden, um eine weitere von vielen marxistischen oder marxistisch-leninistischen Parteien zu sein, die schon das Gesicht zahlreicher Länder verändert haben, und sie war auch keine neue sozialdemokratische Partei. Erst nach dem Fall der Berliner Mauer sind wir dazu übergegangen, diese Idee in allen Einzelheiten zu formulieren, aber schon viel früher waren wir uns darüber einig, uns als eine postkommunistische und postsozialdemokratische Partei zu präsentieren.

Aus verschiedenen Gründen identifizieren wir uns nicht mit der kommunistischen Tradition. Vom Standpunkt desjenigen, der von Brasilien aus nach draußen blickt, erschien das Problem der individuellen und politischen Freiheiten im Ostblock und in China als ein großes Hindernis dafür, dass sich die Gründer der PT als Vertreter dieser Tradition betrachten konnten.

Im besonderen Fall von Kuba sind wir bis heute sehr gespalten. Einerseits haben wir immer die außerordentlichen Errungenschaften der Revolution von 1959 bewundert und wir verbeugen uns vor der Tatsache, dass dieses Land seit 40 Jahren standhält, als eine Insel der nationalen Würde in einem von den Vereinigten Staaten unterworfenen Lateinamerika, einem Land, das gegen Kuba eine verabscheuungswürdige wirtschaftliche und politische Blockade verhängt hat. Auf der anderen Seite lehnen wir das auf der Insel geltende Einparteiensystem ab. Wir sind nicht mit der durch die Partei ausgeübten Kontrolle der Gewerkschaft einverstanden und verurteilen die Abwesenheit von Wahlen, die diesen Namen verdienen. Wir lehnen nachdrücklich nichtakzeptable Aspekte ab wie zum Beispiel die Existenz der Zensur von Veröffentlichungen, was zu Absurditäten führt wie dem Verbot der Bücher von "verdorbenen" Dissidenten des Marxismus, wie Mao und Trotzki, oder von Denkern, die Meilensteine in der Geschichte des menschlichen Wissens gesetzt haben, wie der Begründer der Psychoanalyse, Sigmund Freud.

Vom Blickpunkt desjenigen aus, der von außen nach Brasilien schaute, so führten die politische Praxis der zwei hier bestehenden kommunistischen Parteien, die opportunistische Handlungsweise, die sie in der Gewerkschaftsbewegung entwickelten, ihre sektiererische Haltung gegenüber neuen Erscheinungen wie der Theologie der Befreiung, die Mehrdeutigkeit ihrer politischen Taktiken in

Hinblick auf das Militärregime, dazu, dass sich uns mehr als erbitterte Gegner und weniger als mögliche Partner zu einem über alle Unterschiede hinweg vereinbarten gemeinsamen Handeln erschien. Diese gemeinsame Handeln kam aber glücklicherweise zehn Jahre zu Stande, als sich die PT bereits als eine stärkere Organisation als die Brasilianische Kommunistische Partei und die Kommunistische Partei Brasiliens erwiesen hatte.

Bezüglich der Festlegung, dass wir keine sozialdemokratische Partei sein wollen, so erfolgte diese Entscheidung allein auf Grund der Feststellung, dass diese Parteien im Allgemeinen völlig das strategische Ziel des Aufbaus des Sozialismus aufgegeben hatten, wohingegen sich unsere wenn auch vage, ungenaue, unbestimmte und weit von dem minutiösen Entwurf der Kommunisten entfernte sozialistische Perspektive als ein Punkt großer Übereinstimmung zwischen den großen Mehrheiten der Partei erwies, ohne durch die Tatsache besonders gestört zu werden, dass es zwei oder drei Parlamentarier gab, zwei oder drei Intellektuelle, zwei oder drei Gewerkschafter, die der PT angehörten ohne sich jemals als sozialistisch zu erklären.

Wenn auf der einen Seite die ideologische Freizügigkeit der PT diejenigen Parteikreise, welche immer für eine stärkere Anlehnung der Partei an das so genannte sozialistische Lager (das, um genau zu sein, zu dieser Zeit schon nicht mehr existierte) eingetreten waren, stark irritierte, so schützte uns auf der anderen Seite der offene und innovative Charakter unserer Positionierung vor dem Risiko, irgendwann in der Zukunft dazu gezwungen zu sein, eine Art Bad Godesberg der PT durchzuführen.

Die Anwesenheit in der Partei, sogar in den höchsten Leitungsebenen, sowohl von Einzelpersonen, die sich als marxistisch bezeichneten, als auch der schon erwähnten politischen Gruppierungen wurde als legitim, positiv und willkommen angesehen. Aber genauso respektiert und begrüßt wurde die Anwesenheit von Gewerkschaftern, Intellektuellen, aus der MDB ausgetretenen Parlamentariern, Christen und jeder Art von Genossen, deren ideologisches Universum sich nicht mit marxistischem Denken mischte, mit politischen und philosophischen Überzeugungen, welche entweder auf christlichem Humanismus oder auf demokratischen Republikanismus beruhten, mit Berührungspunkten zu Begriffen des Sozialismus, oder sogar auf konfusen Sympathien für den bestehenden "Sozialismus" – wie sie sagten – in Schweden oder in anderen europäischen Ländern, in denen der Wohlfahrtsstaat in der Zeit der "glorreichen dreißig" ein beneidenswertes Niveau erreichte.

Es wäre nicht gerecht zu meinen – wie es einige sektiererische Splittergruppen der PT tun – dass der Austausch zwischen den verschiedenen Polen, die die Partei

gründeten, nur in einer Richtung erfolgte, dass nur die Marxisten lehrten, während die Nicht-Marxisten lernten. Wenn wir das Maß der Toleranz, das innerhalb der PT im Hinblick auf unterschiedliche Meinungen besteht, mit den traurigen Spektakeln vergleichen, die durch leninistische Parteien geboten werden, die tragische Erfahrungen mit der Abqualifizierung von Minderheiten, mit autoritärem Ausschluss von Andersdenkenden, Ausweisung von Dissidenten bis hin zur blutigen Unterdrückung gemacht haben, können wir feststellen oder zumindest annehmen, dass alle in der PT durch die Tatsache gelernt haben, dass innerhalb der Partei Positionen vertreten werden, die den Mensch als Einzelhandelnden bewerten, der nicht durch den Willen der Mehrheit erdrückt wird. Auf die gleiche Weise haben alle durch die Einbeziehung von moralischen Formulierungen gelernt, die dem alten Argument entgegenstehen, dass der Zweck die Mittel heiligt.

Auf die Frage, welches also die Hauptfaktoren waren, die die PT dazu führten, sozialistische Überzeugungen mit der hier vorgebrachten Vorsicht aufzunehmen, kann man antworten, dass der wichtigste Faktor die nicht vorhandene Identifikation mit dem zu diesem Zeitpunkt real existierenden Sozialismus war, an dem wir die offensichtlich undemokratische Tendenz ablehnten, die wenige Jahre später zu dessen Zerfall führen sollten.

Teile der Partei sahen – allerdings nur eine kurze Zeit lang – mit Missfallen die Sympatiebekundungen Lulas für Walesa während des Höhepunkts der Solidarosc-Bewegung. Viele Mitglieder, wie auch der Autor dieses Textes, mit einer vorherigen politischen Bildung, die bestimmte Dogmen enthielt, fürchteten, dass diese Bekundungen durch die CIA, den Pentagon oder durch irgendeinen antikommunistischen Kreuzzug ausgenutzt werden könnten. Wir vergingen nicht vor Liebe zu Moskau, aber wir dachten immer noch, dass der “real existierende Sozialismus”, mit all seinen Problemen, seiner Ungleichheit und den bürokratischen Auswüchsen, noch ein wichtiger Bestandteil im internationalen Kampf für den Sozialismus sei. Mit der Zeit zeigte es sich, dass die intuitive Orientierung von Gewerkschaftern wie Lula beständiger war und besser mit der Realität übereinstimmte, als alle unseren ausgeklügelten theoretischen Abhandlungen auf marxistischer Grundlage.

Jedenfalls ist es gut daran zu erinnern, dass, als die Berliner Mauer fiel, sie auch auf unsere Köpfe in Brasilien stürzte. Als wir Schritt für Schritt mit dem Kandidaten der Rechten, Collor de Mello, die Präsidentschaftswahl in jenem November bestritten, erhielten wir Tag für Tag einen neuen Schlag, wenn die Propaganda des Gegners im Fernsehen pausenlos die euphorischen Szenen beim Falls der Mauer zeigten, und die Kamera dann abrupt auf Lulas Gesicht

schwenkte oder auf den fünfzackigen Stern der PT, während Sprecher behaupteten, dass unsere Partei der brasilianische Vertreter des Sozialismus sei, welcher diese nun gestürzte Diktatur in Ostdeutschland hervorgebracht hatte sei.

Ein Jahr später, bei der 7. Nationalen Tagung der PT, nahmen wir als Schlussresolution ein Dokument mit dem Titel "Der Sozialismus der PT" an, welches die Entwicklung unseres Denkens zu diesem Thema in den letzten zehn Jahren systematisiert, mit Schwerpunkt auf den markanten Unterschieden zwischen unserem historischen Projekt und dem Weg, den wir auf Grund dieser Erfahrung eingeschlagen haben. Den kommunistischen Kollaps in Osteuropa behandelnd, wird in dem Text erklärt, dass *"die bereits eingetretenen und die noch im Verlauf befindlichen Veränderungen in den Ländern des so genannten realen Sozialismus einen positiven geschichtlichen Sinn haben, auch wenn dieser Prozess von reaktionären Strömungen beherrscht sein sollte, welche die Rückkehr zum Kapitalismus begünstigen."*

*Solche Bewegungen müssen aufgewertet werden, nicht weil sie ein Projekt zu Erneuerung des Sozialismus darstellen, sondern weil sie die politische Lähmung beenden und die verschiedenen politischen und sozialen treibenden Kräfte agieren lassen. Sie führten zu demokratischen Errungenschaften und in der Perspektive können sie dem Sozialismus neue Möglichkeiten eröffnen"*⁶⁴

Die Größe der Herausforderung, vor der die demokratischen Sozialisten der gesamten Welt seit diesem Kollaps stehen, der fast einer Neugestaltung des historischen Projekts entspricht, welches Marx Mitte des 19. Jahrhunderts auf eine höher Stufe gestellt hatte, wird in der selben Resolution zusammengefasst:

"Das Scheitern so vieler Erfahrungen des realen Sozialismus, verbunden mit der konjunkturellen Stärkung der kapitalistischen Ideologie, selbst in einem Land wie dem unseren, welches Opfer der schärfsten und destruktivsten Widersprüche des Kapitalismus ist, ruft uns zusammen zu einer erneuerten kritischen und nachdenklichen Anstrengung, die in der Lage ist, ethisch und historisch die Perspektive des demokratischen Sozialismus wieder zu beleben."

Aber was für ein Sozialismus? Welche Gesellschaft, welchen Staat wollen wir mit großem Einsatz aufbauen? Wie soll seine Produktionsstruktur organisiert sein und welche politischen Institutionen soll es geben? Wie werden wir in der praktischen Politik die listigen Gespenster der autoritären Herrschaft bezwingen? Es ist unnötig, die Größe der historischen Aufgabe zu betonen, die darin besteht, diesen Heimsuchungen theoretisch und praktisch entgegenzutreten. Eine Aufgabe, die nicht nur von der PT abhängt und die den Einsatz aller in

⁶⁴ Siehe: Resolutionen der Tagungen und Kongresse..., Zitierte Ausgabe S. 432.

*unserer Gesellschaft verfügbaren freiheitlichen Energien erfordert. Ebenso es notwendig ist, auf analoge Kräfte aus anderen Richtungen zurückzugreifen”.*⁶⁵

Im darauf folgenden Jahr wurde diese Frage erneut in der Resolution unseres ersten Kongresses behandelt: *“Wir nehmen die Herausforderung einer Wiederherstellung der sozialistischen Utopie nicht nur als eine erneute theoretische Ausarbeitung eines Zukunftstraums an, sondern vor allem als eine neue Art und Weise, Politik zu machen und zu leben, eine neue soziale und Parteipraxis, welche wirklich freiheitliche und sozialistische Werte einschließt. Es reicht nicht, das Sozialismusmodell als Versuch staatlicher Umsetzung der Utopie abzulehnen. Es ist notwendig, ohne Selbstgefälligkeit unsere Analyse zu vertiefen, um unsere sozialen und parteibezogenen Praktiken von autoritären Anzeichen, die wir in unseren Reden verurteilen, befreien”*⁶⁶

Es stimmt jedoch, dass in den folgenden Jahren, selbst in der kurzen Zeit, in der in der nationalen Leitung der PT eine knappe Mehrheit von Mitgliedern des linken Flügels der Partei bestand (1993-1995), die Beschäftigung mit dem Thema des Sozialismus immer weniger Raum in den offiziellen Dokumenten einnahm. Die Resolutionen konzentrierten sich im wachsenden Maße auf konkrete Themen des politischen Disputs mit den herrschenden Kreisen im Zusammenhang mit zwei unterschiedlichen Entwürfen für Brasilien: dem neoliberalen von Collor de Mello, der nach dem Sieg von Fernando Henrique Cardoso wieder zu Kräften kam, und die von uns sowohl in der Präsidentschaftswahl von 1994 als auch in der von 1998 beständig vorgetragene volksdemokratische Alternative.

Wenn wir jetzt zur Erörterung des dritten der Hauptpunkte kommen, die wir als wesentlich für den politischen Weg der PT ansehen, der radikalen Verpflichtung zur Demokratie in unserem Parteienentwurf, dann scheint es bei einer genauen Aufrechnung offensichtlich so zu sein, dass im Laufe der Entwicklung der PT diese programmatische Komponente immer mehr als gemeinsames Flagge verstanden, aufgenommen und postuliert wird, als die vorhergehende.

⁶⁵ Ebenda, S. 433.

⁶⁶ Ebenda, S. 497.